VI

DER HERBSTFELDZUG 1813

DIE UMFORMUNG DES VERWALTUNGSRATS UND DIE ORGANISATION DER DEUTSCHEN LANDESBEWAFFNUNG DURCH STEIN — VERFASSUNGSPLÄNE

Promemoria Steins [Prag,] 19. August 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Gen. 1 1/2, Konzept

Vorschläge zur Reorganisation des Verwaltungsrats[1]).

1. Wenn ein Land erobert wird und durch die Gewalt der Waffen seine bissherige Regierung als feindlich verliehrt, so muss diese durch eine Behörde ersetzt werden, die Nahmens des Eroberers das besetzte Land verwaltet und dessen Kräfte zu des ersteren Zwecken benutzt.
2. Diese Behörde wird aus einer Persohn bestehen, wenn die Eroberung nur durch einen kriegsführenden Staat geschieht, sie muss aber aus mehreren Mitgliedern gebildet werden, sobald das Land von den Armeen verbündeter Mächte besetzt wird.
3. Ist das Kriegs Theater und eroberte Land von einem grossen Umfang, so können die verbündeten Mächte für die Zeit des Krieges es in gewisse Bezirke zerlegen und die Verwaltung und Benutzung derselben einem jeden von ihnen besonders überweisen.
4. Eine solche Verabredung müsste gegenwärtig zwischen denen verbündeten Mächten und Oesterreich getroffen werden, ehe die Armeen in Deutschland einrücken. Der Eintritt der Heere geschieht in Sachsen, Bayern, Franken, zuerst wahrscheinlich in ersterem; will nun jeder Intendant der Russischen, Oesterreichischen, Preussischen Armeen requiriren, verwalten, verordnen, so entstehen widersprechende Maasregeln; soll ein aus allen verbündeten Mächten zusammengesetzter Verwaltungs Rath gebildet werden, so wird die Stelle zusammengesetzt, ihr Geschäftskreis zu ausgedähnt.
Am zweckmässigsten wäre es also, wenn Oesterreich eine besondere Abtheilung des Kriegs Theaters zu seiner Verwaltung und Benutzung er-

[1]) In den Verhandlungen über die Neugestaltung des Verwaltungsrats, die in den nächsten Wochen in Fluss kamen, tritt Stein zum ersten Mal in konkretem sachlichen Gegensatz direkt Metternich entgegen. Metternich versucht dabei, Steins Einfluss sowohl im Verwaltungsrat wie in den übrigen deutschen Angelegenheiten nach Möglichkeit zu beschränken.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

hielte — ihm könnte das südliche Deutschland überwiesen werden als das seinen Waffen erreichbare, es unmittelbar berührende, dessen Einwohner durch ihre Gesinnungen ihm am meisten zugethan sind.
Um alle Collisionen in dem Fall zu vermeiden, wo die Truppen der einen Macht im Bezirke der andern sich bewegen sollten, so würde von der letzteren die Verpflegung gegen Abrechnung und Vergütung übernommen werden.
Da man auf dem Punkte steht, in Deutschland einzurücken, und besonders die Räumung der Lausitz bald zu erwarten ist, so tritt die Nothwendigkeit ein, mit Oesterreich eine Verabredung über die Verwaltung der eroberten Länder abzuschliessen.

Alopaeus an Stein — Doberan, 8./20. August 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 17 1/2

Offensive der Franzosen gegen Lauenburg und Boitzenburg.

Stein an Münster — Prag, 23. August 1813

Nach Pertz. Stein III. S. 406 ff. — Unvollständige Abschrift im Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht 30 mit eigenhändigen Korrekturen Steins

Erwartung der militärischen Ereignisse. Bundespapiergeld. Konflikt mit d'Ivernois. Stimmung in Oesterreich. Einfluss Metternichs auf den Zaren.

Ich hoffe, Ew. Excellenz haben mein Schreiben aus Reichenbach erhalten — unterdessen hat sich die Angelegenheit des Beytritts Oesterreichs entwickelt. — Wir verdanken ihn, nächst Gott, dem klugen Benehmen Humboldts und Anstetts, der Tollheit Napoleons, denen edlen Gesinnungen des Kaysers Alexander, der Beharrlichkeit des Königs und des Staatskanzlers — nicht der weichlichen egoistischen Politik Metternichs — und seines guten Kaysers.
Jetzt leben wir in der gespanntesten Erwartung der militairischen Ereignisse, die ganz in unserer Nähe vorgehen und die uns vielleicht von hier vertreiben. — Die Vergangenheit wird in der anliegenden kleinen Broschüre dargestellt [1]).
Das wichtigste ist in diesem Augenblick, Preussen und Russland mit Geldmitteln zu unterstützen, um es zur Fortsetzung des Krieges in den Stand zu setzen. Euer Excellenz werden sich erinnern, dass ich im Januar a. c. ein von den verbündeten Mächten verbürgtes und von ihnen einlösbares Papiergeld vorschlug [2]) — dass England diesen Vorschlag annahm, in der Folge aber, durch die zudringlichen Rathschläge des Chevalier d'Ivernois veranlasst, vorschlug, die Hälfte der angetragenen Summe von 30 Millionen Mark, also 15 Millionen Thaler, auf seinen Credit allein zu übernehmen, den übrigen beiden Mächten es zu überlassen, ob sie ein eigenes Papiergeld zu schaffen für gut finden.

[1]) Nicht ermittelt.

[2]) S. oben S. 197 und S. 326. Anm. 5.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Es war keine Zeit mehr, über den Werth dieser Maasregeln zu discutiren, man nahm sie also an, es ist aber dringend nöthig, ihre Ausführung zu beschleunigen, und Euer Excellenz schreibe ich, um Sie zu ersuchen, von Ihrer Seite hiebey mitzuwürken und dazu beyzutragen, dass das Projekt der Convention so angenommen werde, wie es an Herrn Jacobi geschickt worden ist. Ich besorge nämlich, dass sich d'Ivernois von neuem einmische und neue Rücksprachen verursache oder neue unpassende Ideen einschiebe. Eine solche äusserte er bereits, indem er meinte, England solle statt von ihm verbürgtes Papiergeld zinstragende Obligationen verfertigen, die man an die Kapitalisten in Deutschland verkaufen könnte; er bedenkt aber nicht, dass durch eine Reihe sehr bekannter Umstände eine allgemeine Geldloosigkeit entstanden ist, dass die noch übrig bleibenden Kapitalien bei weitem höher als zu 6 pCt. benutzt werden können, dass endlich alle unsere grossen Handelsstädte in den Händen des Feindes sind und dass doch nur auf diesen Plätzen grosse Geld Geschäfte gemacht werden können. Die Obligationen können zwar als ein Austauschungs Mittel gebraucht werden für den, der dazu Lust hat, und als solche sind sie in der Convention angenommen worden, sie können aber die Stelle des vorgeschlagenen Papier Geldes nicht vertreten.

Dieses wird aber mit Erfolg gebraucht werden können und sich im Werth erhalten:

1) weil es von den verbündeten Mächten als Circulations Mittel, als Geld in einem grossen Theil von Deutschland erklärt wird —

2) weil man es in mässiger Menge ausgiebt und die Verausgabung der Russischen Bank Assignationen alsdann aufhört —

3) weil es in Englische Obligationen verwandelt werden kann und

4) England dessen Wiedereinziehung gegen baares Geld verbürgt.

Ich ersuche Euer Excellenz, alles dieses wohl zu prüfen und als Object der Convention, welche heute eingesandt wird, nachdrücklichst zu unterstützen.

Den gegenwärtigen Geist des hiesigen Volkes finde ich bey weitem nicht so gut gestimmt wie anno 1809, weil die Regierung nichts thut, noch thun will, um ihn aufzuregen. Damals lenkten die Grafen Stadion das Ruder; sie brauchten jedes Reitzmittel, um die edleren Gefühle in denen Menschen zu erwecken, und sie erreichten ihren Zweck auf das vollkommenste — jetzt steht ein kalter, absichtlicher, flach berechnender Mann an der Spitze, der sich vor jeder kräftigen Maasregel scheut und sich das Ziel nahe steckt und mit kümmerlichem Flickwerk sich behilft — daher die ehebrecherische Heyrath, die thörigte Hoffnung eines partiellen Friedens, der kindische Friedens Congress, das elende Ultimatum u. s. w. In diesem Augenblick erhält aber Metternich eine Suprematie in denen Rathschlägen wegen der Freude des Kaysers Alexander über den Beytritt Oesterreichs und seiner Hoffnung, hiedurch den Krieg auf

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

eine ehrenvolle Art zu beendigen, der schwachen Hingebung Nesselrodes — eine Suprematie, die dieser Mann gewiss auf keine Deutschland beglückende Art ausüben wird, die man beobachten und beschränken muss. Leider ist aber der inepte Lord Cathcart hierzu nicht geeignet, Ernst Hardenberg ein blosses lauerndes und herumschnüffelndes Werkzeug Metternichs, Stewart ein verständiger Mann, der aber nach dem Haupt Quartier des Kronprinzen abgehen wird [1]). — Um so wichtiger ist es, dass Sie einen verständigen, geschäftserfahrenen Mann an den Wiener Hof von Seiten Englands schicken, der Metternich beobachtet und influirt.

Ich schreibe Ew. Excellenz dieses zu Ihrem eigenen Gebrauch.

Alopaeus an den Verwaltungsrat — Doberan, 12./24. August 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 17 1/2

Besetzung von Lauenburg und Boitzenburg durch die Franzosen. Gefecht bei Vellahn (21. August). Aufbietung des Landsturms in Mecklenburg. Auflösung der Behörden in Schwerin. Versuche Bernadottes, sich durch Bildung einer „Hanseatischen Zentralkommission" bestehend aus einem hamburger und einem lübecker Senator (Gries und Curtius) einen Einfluss auf die Hansestädte zu sichern [2]). Ueberreicht die Note des mecklenburg-strelitzschen Ministeriums vom 2. August.

Gneisenau an Stein — Goldberg, 28. August 1813

St. A.

Der Sieg an der Katzbach.

Wir haben einen grossen Sieg vorgestern erfochten [3]). Die Schlacht dauerte bis in die Nacht hinein, und die Folgen derselben waren, als das Bulletin geschrieben wurde, noch nicht zu übersehen. Jetzt kennen wir einigermassen die Resultate derselben. Etwa 60 Kanonen, 200 Munitionswagen, 7000 Gefangene sind in unseren Händen. Wir haben mit 4 Armeekorps und dem Cavallerie Corps Sebastiani gefochten. Macdonald commandirte gegen uns etwa 80 000 Mann. Alles hat sich in die wildeste Flucht aufgelösst. Wir sind nun im Verfolgen. Wir haben den Feind in die Falle gelockt. Im Begriff, ihn anzugreifen, fanden wir ihn selbst im Marsch, um uns anzugreifen. Wir stellten die Armee hinter sanfte Anhöhen. Er wähnte die Preussen und die Russen unter Sacken [4]) bei Jauer. Wir zeigten ihm nur eine schwache Arrièregarde. Er wollte selbige überrennen. Schnell liessen wir die Preussen und die Russen unter Sacken hinter den Höhen hereinbrechen. Der unaufhörliche Regen hatte alles durchnässt; der Sturm schlug uns ins Gesicht. Unaufhaltsam ging

[1]) S. oben S. 261. Anm. 2.

[2]) Vgl. hierzu auch den Brief von Alopaeus an Stein vom 9./21. August, ebd.

[3]) Zu den hier und im folgenden erwähnten militärischen Ereignissen vgl. Friederich, Herbstfeldzug 1813. I. S. 223 ff.

[4]) Fabian von Osten-Sacken (1752—1837). Er kommandierte das auf dem rechten Flügel der schlesischen Armee stehende russische Armeekorps.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

der Soldat mit geschlossenen Massen auf den Feind los. Nur kurze Zeit schwankte die Waage. Endlich stürzte unsere Infanterie den Feind den steilen Thalrand der wüthenden Neisse und der Katzbach, woran er mit seinem Rücken geklemmt war, hinunter. Diese Ueberraschung hatte Schrecken und Verwirrung bei ihm verbreitet. Die ganze Armee desselben ist aufgelösst, alles eilt in der wildesten Flucht zurück. Die angeschwollenen Gewässer und der grundlose Boden erschweren das Verfolgen.

Unsere Armee hat durch Tapferkeit, Anstrengungen und Entbehrungen sich hochverdient um die gute Sache gemacht. In 8 Tagen hat sie sieben g r o s s e Gefechte [1]) und eine entscheidende Schlacht geliefert. Diese Tage sind der Triumph unserer aus ihrer Asche hervorgegangenen umgeschaffenen Infanterie.

Empfangen Ew. Excellenz meine Glückwünsche zum Sieg der guten Sache so wie die Versicherung meiner Verehrung.

Gneisenau an Stein — Holstein bei Löwenberg, 29. August 1813

St. A.

Der Sieg an der Katzbach. Der Anteil der russischen Generale.

Unser Sieg am 26. d. ist noch viel vollständiger als die Dunkelheit der Nacht, die darauf folgte, uns erlaubte zu übersehen. Die Schlacht hatte etwas bis 9 Uhr nachts gedauert. Die Infanterie stand zwar in ihren geordneten Massen; die Cavallerie aber war durch den Sieg selbst aufgelösst und in Haufen umher zerstreut. Berichte gingen nicht ein, der angeschwollene Fluss fing an, die diesseitigen Truppen von den jenseitigen zu trennen. Jetzt erst können wir etwas klarer übersehen, was diese Niederlage dem Feinde gekostet hat. 80 Kanonen, 12—14000 Gefangene, 300 Pulverwagen, Schmieden u. s. w. sind in unsern Händen. Allerwärts liegen in den grundlosen Wegen und Feldern Leichname halb vergraben; umgestürzte Kriegsfahrzeuge. Ueberall auf dem Wege von Liegnitz biss Löwenberg und Bunzlau sieht man die Wirkungen des Schreckens

[1]) Nämlich bei Lähn (18. August), bei Zobten und Siebeneichen (19. August), bei Gröditzberg (19. August), bei Löwenberg (21. August), bei Niederau-Goldberg (23. August), bei Wolfsberg (23. August). — Nach dem allgemeinen Feldzugsplan der Verbündeten hatte jede ihrer drei Armeen gegen den ihr gegenüberstehenden Feind offensiv vorzugehen, solange sie Napoleon nicht direkt gegenüber hatte, eine Schlacht mit dem Kaiser jedoch nach Möglichkeit zu vermeiden und sich vor seinen Offensivstössen zurückzuziehen. Dementsprechend ging die schlesische Armee zunächst gegen den ihr gegenüberstehenden Marschall Ney vor, der ohnehin näher an Napoleons zentrale Stellung bei Dresden herangezogen werden sollte. Als aber der Kaiser am 20. August selbst die Führung gegen Blücher übernahm, zog dieser sich zurück und ging erst, als Napoleon wiederum seinen Marschällen die Verfolgung überliess und nach Dresden zurückkehrte (23. August, s. unten S. 411), aufs neue zur Offensive über, die an der Katzbach auf die französische Offensive stiess. In der Zwischenzeit war Ney im Oberbefehl durch den Marschall Macdonald abgelöst worden.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

der Feinde. Eine solche vollständige Niederlage haben die Feinde noch nie durch eine Schlacht erlitten. Auf dem Rückzug von Moskau lösste sich ihre Armee durch Hunger auf, aber hier durch Waffengewalt.
In meinem letzen Schreiben an Ew. Excellenz über die Schlacht habe ich vergessen, des Generals von Sacken rühmlich zu erwähnen. Er hat abermals hier mit der höchsten Einsicht sich benommen. Er ist ein geborener General. Ich beschwöre Ew. Excellenz, ihn dem Kaiser zu empfehlen. Der Ruhm der Russischen Nation erfordert diess. Erfahrung, Einsicht, Entschlossenheit, vortrefflicher Wille gehen bey ihm Hand in Hand. Mit Vergnügen wollte ich als sein Adjudant dienen. Er ist, wie ich höre, bereits 61 Jahre alt. Er verdient, an der Spitze einer grossen Armee zu stehen. Lange ist dieser Mann von den Dummköpfen über ihm verleumdet worden. Dass er einem Bennigsen nicht gehorchen wollte, ist in der Natur der Dinge. Dagegen ist Langeron [1]) ein Elender, der dadurch, dass er aus der schönen Position, die ich ihm angewiesen hatte, fast sein sämtliches Geschütz zurückschickte, uns beinahe ein grosses Unglück zugezogen hätte. Er verdient nicht, eine Kompagnie zu commandiren. Das Geschütz schickte er zwei Meilen zurück, nur um einen Vorwand zu haben, sich nicht zu schlagen. Der Feind ward dies gewahr und berechnete darauf hin seinen Angriff des Langeronschen Corps. Glücklich, dass wir ohne Wissen des Feindes zur Hand waren, um einen Stoss in des Feindes Angriff zu thun.
Den General Rudziewitsch [2]) dürfen Ew. Excellenz dem Kaiser gleichfalls als einen seiner tapfersten und entschlossensten Offiziere nennen, der es verdient, in die höheren Stellen gesetzt zu werden. Er wird, wo er zugegen ist, den Russischen Soldaten gefürchtet machen.
Die Thätigkeit des Generals Graf Witt [3]) kann ich nicht genug rühmen. Ueberall, wo geschlagen wird, ist er gegenwärtig; überall ordnet er mit Einsicht an. Er ist daher ein vortrefflicher General der Avantgarde.
Noch sind zwei Grusinier, die Generale Panschiuleseff [4]), voll des vortrefflichsten Willens. Der eine dieser Brüder hat bei Goldberg ein glänzendes Gefecht gehabt, indem er ein Karrée von drei Bataillonen, die sich auf das entschlossenste wehrten, niedermachte und zerstreute.

---

[1]) Graf Alexander Feodorowitsch Langeron (1763—1831), ein französischer Emigrant, der 1790 in russische Dienste getreten war. Er kommandierte im Herbstfeldzug 1813 das russische Armeekorps auf dem linken Flügel der schlesischen Armee. Ueber sein Verhältnis zu Blücher und Gneisenau sowie sein Verhalten in den Gefechten vor der Schlacht an der Katzbach und während dieser Schlacht s. Friederich, a. a. O. I. S. 255, 270 ff., 298 ff.
[2]) Alexander Jakowlewitsch Rudziewitsch (1776—1829). Er kommandierte Langerons Vorhut und schlug sich überall, wo er an den Feind kam, mit der grössten Tapferkeit.
[3]) Generalmajor Graf de Witt, Kommandant der Ukraine-Kosaken-Regimenter beim Armeekorps Langerons.
[4]) Beide Generalmajore bei den russischen Corps der schlesischen Armee, der eine beim Corps Sacken, der andere beim Corps Langeron.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Dem Verdienste seine Krone. Ew. Excellenz werden, was ich hier sagte, an den rechten Ort bringen.
Gott erhalte Sie.

Denkschrift Steins für Alexander I. [1]) Prag, Ende August 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. IV. 1 2/3. Reinkonzept und Originalkonzept

Die deutsche Verfassungsfrage. Unhaltbarkeit des durch die Napoleonischen Kriege geschaffenen Zustandes und der Souveränität der Einzelstaaten. Zerstörung des Nationalbewusstseins und des Nationalcharakters durch die Willkürherrschaft der „36 kleinen Despoten". Die Zersplitterung Deutschlands als politisches Machtmittel Frankreichs. Die Neubildung einer einheitlichen deutschen Verfassung als europäisches Interesse. Steins Verfassungsideale. Versuche einer Reichsreform unter den gegebenen politischen Verhältnissen (Dualismus Preussen—Oesterreich, die Frage der Mittelstaaten, das dritte Deutschland). Wiederherstellung des deutschen Kaisertums, Befugnisse des Kaisers. Neubildung des deutschen Reichstags (Zusammensetzung und Kompetenzen), Einführung von Landständen in den Einzelstaaten. — Appell an den Zaren, die Hoffnungen des Volkes auf Verwirklichung seiner nationalen Ziele zu erfüllen. Tiefstes Misstrauen gegen Oesterreich.

Sur la Constitution Allemande.

La sagesse et l'intrépide et noble persévérance de Sa Majesté l'Empereur Alexandre ont amené les grandes affaires de l'Europe à un point où il est permi enfin d'espérer que les résultats d'une longue et cruelle lutte de 20 ans seront pour la malheureuse Allemagne un ordre des choses qui garantit à l'individu la sûreté de sa personne et de sa propriété et qui procure à la nation de plus grands moyens de résistance contre la France, son ennemie naturelle, implacable et destructive.

On peut donc s'occuper maintenant de l'intérêt le plus important de 15 millions d'hommes, estimables pour leurs caractères et leurs lumières, qui tiennent à deux puissances par des rapports de voisinage, par l'identité de la langue, des moeurs etc.

L'objet dont il s'agit est de la plus haute importance, et ceux qui sont appelés par leurs places à s'en occuper et qui ne lui voueront point l'attention la plus sérieuse, ne pourront éviter d'être jugés sévèrement par leurs contemporains et la postérité.

L'ancienne constitution de l'Allemagne, quelque fautive qu'elle était, assurait à chaqu'un de ses habitants la sûreté de sa personne et de sa propriété, elle était garantie dans les grands territoires par les états provinciaux, par un ordre judiciaire réglé et fixé, dans les petits terri-

[1]) Diese Denkschrift liegt in zwei vielfach von einander abweichenden Fassungen vor, die in Anbetracht der Wichtigkeit ihres Gegenstandes hier beide nacheinander zum Abdruck kommen. Die für den Zaren bestimmte Fassung lag mir nur in ihrem im Geh. Staatsarchiv Berlin befindlichen undatierten Konzept vor. Nach Lehmann (Stein, III, S. 309, A. 1) befindet sich die Ausfertigung (datiert 7. September 1813) in Petersburg, sie ist mir jedoch nicht zugänglich gewesen. — Die zweite, deutsche Fassung war für Hardenberg bestimmt und folgt nachstehend.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

toires par les tribunaux de l'empire et la magistrature exercée par l'empereur. —

Le pouvoir des princes était limité en matière d'impôt et de liberté personnelle de l'individu. Toutes ces barrières sont détruites, 15 millions d'hommes sont à la merci de la volonté arbitraire de 36 petits despotes. Qu'on suive avec attention l'histoire de l'administration de la Bavière, du Wurtemberg et du Royaume de Westphalie, et on sera frappé de voir jusqu'à quel point les habitants ont été rendus malheureux par l'esprit novateur désordonné, par l' orgueil démesuré et par la prodigalité sans bornes et un libertinage effréné de leurs différents gouvernements.

La progression dans laquelle un tel état des choses détruira la morale publique, le bonheur de l'individu, est d'une rapidité effrayante. L'ancien partage de l'Allemagne en petits territoires ôtait à ses habitants le sentiment de leur nationalité, diminuait en eux celui de la force et de l'indépendance, mais comme ils jouissaient de la protection des lois, il leur restait leur moralité et le sentiment de la dignité de l'individu.

Toutes ces qualités se perdent dans ces petites despoties, où l'individu dépend dé la volonté arbitraire du prince et de ses agents, et où il est anéanti, s'il ose tenter d'alléger ses fers.

La démoralisation sera donc accélérée et l'éloignement réciproque des habitants des différents pays augmenté, si malheureusement une paix future consoliderait l'état présent des choses.

En conservant ces petites despoties, l'influence de la France en Allemagne le sera également, si même on dissoudrait la Confédération du Rhin. Plusieurs de ces petits territoires sont contigus à la France, p. e. Wurtemberg, Bade, Darmstadt, d'autres plus éloignés, comme la Bavière, la Saxe, jaloux de leurs voisins, considèrent la France comme leur protecteur, à laquelle d'ailleurs l'habileté de ses agents diplomatiques, ses anciennes liaisons, des avantages momentanés offerts à propos, assurèrent un degré d'influence auquel les autres puissances ne parviendront jamais.

La conservation de ce partage de l'Allemagne en 36 souverainetés est, par conséquent, pernicieuse à la liberté et à la moralité de la nation et perpétue l'influence prépondérante de la France sur une population de 15 millions, influence contraire à la tranquillité de l'Allemagne même et à celle des autres puissances de l'Europe. Si ceux qui sont chargés de soigner leurs intérêts ne s'occupent point de profiter de la crise du moment pour rétablir l'Allemagne sur une base solide, s'ils ne pensent qu'à amener sans efforts un état intermédiaire et tolérable d'une tranquillité passagère, on leur reprochera avec raison ou de méconnaître les devoirs de leur position ou de négliger à les remplir. Il est donc impossible d'éviter la discussion sur la constitution à donner à l'Allemagne quand son indépendance sera reconquise, le bonheur de ses habitants, l'intérêt de l'Europe, l'honneur et le devoir de ceux qui la gouvernent, exigent impérieusement qu'on la discute avec toute l'énergie que son

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

étendue et toute la gravité que son importance demandent, et qu'on écarte l'influence de la frivolité, de la légèreté et du désir d'éviter les difficultés pour ne point se priver des jouissances auxquelles on est habitué.

L'Allemagne a une tendance à se séparer en deux grandes parties, en celle du sud et celle du nord, l'Autriche exerçait une suprématie sur la première, la Prusse sur la seconde, la différence originaire des peuplades qui l'habitent, de leurs moeurs, de leurs opinions religieuses, de leurs institutions communales, amena et hâta cette séparation qu'on pourrait effectuer complètement dans le moment présent. Cependant la conservation de l'unité de la nation est possible, elle est sans doute préférable, mais pour l'assurer, il est nécessaire de modifier les anciennes institutions. Tout ce qu'on dira dans la suite sur l'organisation à donner à l'Allemagne entière est aussi applicable si on y voudrait établir deux systèmes fédératifs sur lesquels l'Autriche et la Prusse exerceraient une suprématie séparée.

La première condition du rétablissement de l'indépendance de l'Allemagne est l'abolition de toutes les institutions françaises et la dissolution de la Ligue du Rhin sur laquelle Sa Majesté l'Empereur Alexandre et le Roi de Prusse se sont déjà prononcés.

La souveraineté des 36 despotes sera remplacée par l'ancienne supériorité territoriale — la puissance de l'empereur devra être augmentée en rétablissant les limites des territoires telles qu'elles étaient en 1803. Les princes seront privés du droit de guerre et de paix qui sera transféré à la diète et à l'empereur, on délèguera à celui-ci le pouvoir exécutif, surveillance sur les tribunaux de justice, sur la perception des impôts, sur les institutions militaires.

Le pouvoir législatif sera confié à la diète et à l'empereur, l'organisation de la première sera perfectionnée.

La supériorité territoriale s'occupera de la police intérieure, de l'arrondissement, de l'institution publique de son administration de justice — on rétablira dans les territoires les assemblées provinciales.

En conférant la dignité impériale à l'Autriche, le pouvoir de celle-ci se trouvera sans doute augmenté, il est peut-être même de conseil de la lui conférer pour prévenir qu'elle ne considère ses intérêts entièrement séparés de ceux de l'Allemagne et parce qu'elle a pour elle l'habitude des peuples, le prestige des siècles, mais il importe tout autant de lier la Prusse fortement à l'Allemagne et de lui donner un degré de forces intérieures pour pouvoir concourir à la défense sans s'épuiser ou sans risquer son existence politique.

L'esprit et la nationalité allemande est d'ailleurs mieux conservée en Prusse que dans cette Autriche dont la population se compose en grande partie de Slaves et de Hongrois, qui est limitrophe des Turcs et Polonais, dont la civilisation se trouve arrêtée par ces circonstances, si même

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

l'esprit intolérant de son gouvernement n'avait nui aux progrès des lumières pendant le XVII. et le XVIII. siècle.

C'est le sentiment de sa faiblesse intérieure qui empêcha la Prusse de prendre une part énergique à la guerre de la révolution, sa population n'était que de 9 mill. d'hommes, ses revenus montaient à 36—38 mill. d'écus, son armée à 250/m hommes — ses revenus étaient donc insuffisants pour des guerres extérieures, sa population trop faible pour l'entretien de son armée, surtout en temps de guerre, ses provinces étaient détachées et une grande partie de ses sujets, les Polonais, avaient des sentiments hostiles contre le gouvernement.

L'esprit actif, économe et guerrier de la nation, le degré de civilisation auquel elle et son gouvernement sont parvenus, la position géographique, le long des côtes de la Baltique, à l'embouchure des grandes rivières, entre la Russie et la France, rendent la Prusse un Etat extrêmement important. La Russie, l'Angleterre et l'Autriche ont reconnu la nécessité de son rétablissement, mais son rétablissement sera peu utile si on n'augmente point en même temps sa force intérieure.

La Prusse a d'ailleurs été suffisamment punie de sa conduite politique, si pernicieuse depuis la paix de Bâle pour l'Europe[1]), et a reconquis son ancienne gloire militaire et des droits à une place marquante parmi les nations par la conduite la plus énergique et la plus noble.

La Prusse devrait avoir une population de 11 millions d'hommes, et ses rapports avec l'Allemagne seraient ceux d'un état de cet empire et d'un garant de sa constitution.

Une telle union entre la Russie, l'Allemagne, l'Autriche et la Prusse, basée sur les principes indiqués, observée avec fidélité et énergie, garantira à ces grands pays leur indépendance politique d'une manière solide contre cette France ambitieuse, remuante et perfide, et la Russie sera à jamais sûre d'une invasion destructive de ses frontières et dangereuse pour son intégrité, si le système d'agression serait plus sagement combiné et si la dépendance, dans laquelle ses voisins se trouveraient de la France, permettrait à celle-ci de diriger ses efforts constamment et avec opiniâtreté contre sa rivale[2]).

En Allemagne, tous les amis de l'humanité, des idées libérales, tous ceux pour lesquels le mot de patrie n'est point un son vide de sens, attendent la régénération de leur patrie de l'Empereur Alexandre. Ils ont vu réussir d'une manière si brillante les efforts qu'il a faits pour triompher du despotisme envahissant de Napoléon, ils s'abandonnent à l'Empereur

[1]) Zu diesem Urteil Steins über die preussische Politik in den Revolutionskriegen vgl. auch seine Ausführungen in den Geschichtswerken Bd. III, S. 651ff., dazu meine Einleitung zur ersten auszugsweisen Edition dieser Geschichtswerke (Freiherr vom Stein, Staatsgedanken, Tübingen 1924) S. 6 ff.

[2]) Bis hierher nach dem Reinkonzept, das Folgende nach dem Originalkonzept.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

qu'il achèvera son grand ouvrage en donnant à l'Allemagne une forme qui assure à la nation son indépendance, à l'individu sa liberté civile. Ils voient dans l'accession de l'Autriche une augmentation de masse, mais point une augmentation de lumières et de sentiments nobles et élevés, et ils ne peuvent encore se décider à accorder leur confiance à son ministre, auquel la majeure partie des Autrichiens refusent la leur. Ils trouvent ses vues politiques rétrécies, calculées sur le moment, sa manière d'exécuter froide et égoiste, ils comparent l'enthousiasme que le gouvernement avait inspiré en 1809 à tous les esprits avec la tiédeur qui se manifeste maintenant, les principes de patriotisme et d'amour pour l'humanité qui l'animaient alors avec le langage réservé, calculateur, qu'il emploie — ils ne peuvent se livrer à l'espérance de devoir à ce ministre des résultats grands et nobles et d'une bienfaisance étendue, ils les attendent du sauveur de la Russie et de l'auteur de cette ligue sainte contre celle qu'a formée l'auteur du mal et de la perversité.

Denkschrift Steins für Hardenberg — Prag, Ende August 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. IV. 1 2/3. Konzept

Inhaltlich im wesentlichen übereinstimmend mit der vorstehend abgedruckten Denkschrift für Alexander I., im Text zahlreiche Abweichungen.

Ueber eine Deutsche Verfassung.

Gerecht und bescheiden ist der Wunsch jedes Deutschen, das Resultat eines zwanzigjährigen blutigen Kampfes sey für sein Vaterland ein beharrlicher Zustand der Dinge, der dem Einzelnen Sicherheit des Eigenthums, der Freyheit und des Lebens, der Nation Kraft zum Widerstande gegen Frankreich als ihrem ewigen, unermüdlichen, zerstöhrenden Feind verschaffe.

Es ist die Rede von der grössten irdischen Angelegenheit [*von*] 15 Millionen gebildeter, sittlicher, durch ihre Anlagen und den Grad der erreichten Entwicklung achtbarer Menschen, die durch Gränzen, Sprache, Sitten und einen inneren unzerstöhrbaren Charakter der Nationalität mit zwei anderen grossen Staaten verschwistert sind [1]). Der Gegenstand der Erwägung ist also wichtig, der Moment verhängnisvoll, Zeitgenossen und Nachwelt werden strenge diejenigen beurtheilen, die, zu der Lösung der Aufgabe berufen durch ihre Stellung im Leben, ihr nicht alle Kraft und allen Ernst widmen.

Die alte Verfassung Deutschlands versicherte jedem seiner Einwohner Sicherheit der Persohn und des Eigenthums, in den grösseren geschlossenen Ländern (territoriis clausis) verbürgten beides Stände, Gerichtsverfassung, in denen übrigen die Reichsgerichte, die Ober Aufsicht des Kaysers. Die Willkühr der Fürsten war durchaus in der Abgaben Er-

[1]) Die Stelle ist bei Stein durch eine nachträgliche unvollständige Korrektur verdorben, eine andere Lesart bei W. A. Schmidt, Gesch. der deutschen Verfassungsfrage S. 59, sie gibt jedoch grammatisch keinen rechten Sinn.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

hebung, in ihrem Verfahren gegen die Persohn ihrer Unterthanen beschränkt. Alle diese Schutzwehren sind eingerissen, 15 Millionen Deutsche sind der Willkühr von 36 kleinen Despoten Preiss gegeben, und man verfolge die Geschichte der Staats Verwaltung in Bayern, Württemberg und Westphalen, um sich zu überzeugen, wie es einer wilden Neuerungs Sucht, einer tollen Aufgeblasenheit und einer gränzenloosen Verschwendung und thierischer Wollust gelungen ist, jede Art des Glücks der beklagenswerthen Bewohner dieser einst blühenden Länder zu zerstöhren.

Die Folgen eines solchen Zustandes werden fortschreitend verderblicher. Nahm die ältere Zerstückelung Deutschlands seinem Bewohner [*das*] Gefühl der Nationalität, verminderte sie das seiner Selbständigkeit, gab sie ihm einen kleinlichen, vom grossen Interesse des Vaterlandes abgewendeten Blick, so behielt er, der unter dem Schutz der Gesetze lebte, doch Sittlichkeit, ein Gefühl seiner persöhnlichen Würde. Beides wird aber schnell untergehen in diesen kleinen Despotien, wo er der Laune des Regenten und seiner Günstlinge Preiss gegeben und unwiderbringlich verlohren ist, sobald er es nur im geringsten wagt, seine Fesseln zu lösen, sich zu erheben. Der Deutsche wird also fortschreitend schlechter, kriechender, unedler werden, die Entfremdung der verschiedenen Länder mit jedem Jahre wachsen, sollte die gegenwärtige Zerstücklung durch den zukünftigen Friedenschluss befestigt werden.

Durch die Erhaltung dieser kleinen Despotien bleibt ferner der überwiegende Einfluss Frankreichs auf Deutschland fortdauernd, wird gleich der Rheinbund formell aufgelöst, denn es gränzen mehrere dieser kleinen Souverains als Baden, Württemberg, Darmstadt usw. unmittelbar mit Frankreich, an das sie die Furcht fesselt. Die mehr zurückliegenden, als Bayern und Sachsen, sehen aus Eifersucht gegen ihre mächtigeren Nachbaren Frankreich als ihren Beschützer an, das durch die mehrere Gewandtheit seiner diplomatischen Agenten, durch seine bissher begründeten Verbindungen, durch anscheinende Vortheile, die es momentan anzubiethen im Stande ist, einen Grad von Einfluss behaupten kann, der denen übrigen Mächten aus mehreren Gründen unerreichbar seyn wird.

Die Fortdauer der Zerstücklung Deutschlands in 36 Despotien ist folglich verderblich für die bürgerliche Freyheit und für die Sittlichkeit der Nation und verewigt den überwiegenden Einfluss Frankreichs über eine Bevölkerung von 15 Millionen zum Nachtheil für sie selbst und für die Ruhe der übrigen Mächte Europens. Benutzen die an der Spitze der Deutschen Angelegenheiten stehenden Staatsmänner die Crise des Moments nicht, um das Wohl ihres Vaterlandes auf eine dauerhafte Art zu befestigen, beabsichtigen sie nur, auf eine leichte, bequeme Art einen Zwischenzustand herbeyzuführen, durch welchen die nächsten Zwecke einer vorübergehenden Ruhe, einer etwas erträglichen Lage erreicht werden, so werden Zeitgenossen und Nachwelt sie des Leichtsinns,

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

der Gleichgültigkeit gegen das Glück des Vaterlands mit Recht anklagen und als daran schuldig brandmarken.

Die Frage, welche Verfassung soll Deutschland erhalten als Resultat des zwanzigjährigen Krieges, kann auf keine Art umgangen werden, das Wohl seiner Bewohner, das Interesse Europens, die Ehre und Pflicht der die grossen Angelegenheiten der Nationen leitenden Staatsmänner erfodert, dass man sie mit allem dem Ernst, der ihrem Umfange, und mit der tiefen Besonnenheit, die ihrer Heiligkeit gebührt, erwäge und Flachheit, Leichtsinn und Genussliebe entferne.

Die Art der Auflösung der Aufgabe muss zwar das Erreichbare, aber auch das unter dieser Bedingung möglichst Vollkommene bezwecken.

Das Wünschenswerthe, aber nicht das Ausführbahre, wäre ein einziges, selbständiges Deutschland, wie es vom 10.—13. Jahrhundert unsere grossen Kayser kräftig und mächtig beherrschten. Die Nation würde sich zu einem mächtigen Staat erheben, der alle Elemente der Kraft, der Kenntnisse und einer gemässigten und gesetzlichen Freyheit in sich fasst. Dieses schöne Loos ist ihr nicht beschieden, auf andern Weegen muss sie ihre innere gesellschaftliche Entwicklung zu erreichen suchen, die dieser entgegenstehenden Hindernisse beseitigen, neue Einrichtungen und Verfassungen schaffen.

Deutschland hat eine Richtung genommen zu einer Trennung in zwey grössere Theile, in das nördliche und südliche. In dem ersteren besass Preussen, in dem letzteren Oesterreich ein Uebergewicht in den öffentlichen Angelegenheiten. Verschiedenheit der ursprünglichen Stämme seiner Bewohner, der Sassen und Franken, der Sitten, der Religion, der Gemeinde Einrichtungen veranlassten und beförderten diese Trennung, und sie würde ohne Schwierigkeit in dem gegenwärtigen Augenblicke können ausgeführt werden. Ist es möglich, die Einheit der Nation zu erhalten, so hat dieses ohnstreitig einen grossen Vorzug in Hinsicht auf Macht und innere Ruhe. In diesem Falle ist es nöthig, die Macht des Kaysers oder des Oberhaupts des Staates noch mehr zu verstärken. In wiefern ist aber dieses den Absichten der Verbündeten angemessen?

Das, was in der Folge gesagt wird von der Organisation der Staats Verfassung des Ganzen, kann auch angewandt werden, wenn man sich Deutschland in zwey grössere Bundes Staaten aufgelöst denkt, die sich an Preussen und Oesterreich anschliessen.

Bereits im December äusserte sich der tapfere und geistvolle Kronprinz von Schweden in einem dem Russischen Hofe mitgetheilten Memoire über die Nothwendigkeit einer Deutschland zu gebenden neuen Verfassung, die die kayserliche Gewalt verstärkt, ohne die Landes Hoheit gänzlich zu lähmen [1]). Auch der Churhannöversche Minister Graf Münster schlägt in seinem Memoire d. d. 5. Januar 1813 vor, den

[1]) S. oben S. 190. Anm. 2.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Ständen das Recht des Krieges und Friedens zu nehmen und es dem Reichstage zu übertragen.

Die Vernichtung der Französischen Organisation und die Auflösung des Rheinbundes sind die ersten Bedingungen der Wiederherstellung der Deutschen Freyheit.

„Diese trügerische Fessel, mit welcher der Allentzweyende das erst zertrümmerte Deutschland umschlang, kann als Wirkung fremden Zwangs und als Wirkung fremden Einflusses länger nicht geduldet werden" sagt der verewigte Feldmarschall Kutusoff in dem nahmens der verbündeten Mächte an die Teutschen den 25. März a. c. erlassenen Aufruf.

Mit ihr gehe die Souverainetät oder die Despotie der 36 Häuptlinge unter und gestalte sich um in eine denen Bedürfnissen und Wünschen der Nation angemessen umgeformte Landeshoheit.

Die Macht des Kaysers werde vergrössert, man setze ihn in Stand, eine Oberherrlichkeit auszuüben, indem man allen denjenigen Mitgliedern des Reichs, so nach dem Reichs Deputations Schluss von anno 1803 unmittelbar waren, diese Eigenschaft wieder beylege, die Länder in die damalichen Gränzen einschränke, denn es waren die grossen Deutschen Staaten, so sich durch Neutralitäts, Allianz Verträge an Frankreich anschlossen und ihren Pflichten gegen Deutschland entzogen, nicht die kleineren, die fest an der alten Verfassung hielten und von ihrer Erhaltung ihr Heil erwarteten. Die Vergrösserung einzelner Stände, die Aufhebung vieler kleinen, waren Mittel, deren sich Frankreich bereits 1806 bediente, um den Einfluss des kayserlichen Hofes zu vernichten, und diesem Mittel muss um so kräftiger entgegen gewürkt werden, als es in der Natur eines Bundes kleiner Staaten liegt, dass seinen Mitgliedern eine immer rege Neigung zur Unabhängigkeit und Vergrösserung beywohnt, die nur durch ihre Kleinheit und ihr Unvermögen unschädlich gemacht werden kann.

Die Macht der Stände werde ferner geschwächt, man nehme ihnen das Recht, Krieg und Frieden zu schliessen und übertrage es dem Kayser und dem Reichstag.

Der Kayser erhalte das Recht der exekutiven Gewalt, das heisst die Ober Aufsicht über die Reichs Gerichte, ihre Visitation, die unmittelbare Leitung der Verhältnisse mit fremden Mächten, der Militair Angelegenheiten, *der Reichs Kasse* [1]). Er ernenne die Generalität, den General Stab, das Commissariat allein. In denen kleinen Staaten, so unter dreytausend Mann stellen, ordnet er unmittelbar die militairische Organisation, in denen grösseren übe er die Oberaufsicht aus.

Die allgemeinen Militair Anstalten, als Festungen, Genie, Artillerie, Fuhrwesen leitet und ordnet er allein.

Es wird ihm eine Civil Liste und der Bedarf für das Kriegswesen, Reichs Gerichte, Gesandtschaften anvertraut, aus diesen die Staatsbeamten, so er ernennt, besoldet. Das Reichs Ministerium besteht aus dem Reichs

[1]) „Der Reichs Casse" nachträglich gestrichen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Feldmarschall, dem Reichs Canzler, der das constitutionelle und politische leitet, dem Reichs Finanz Minister mit ihren Canzleyen, mit ihren in den Territorien angestellten Unterbehörden. Der Deutsche Kayser hat sein eignes von Oesterreich verschiedenes corps diplomatique.
Die Staatsbeamten dürfen nur Deutsche seyn, sie dürfen nicht in andern Diensten zugleich stehen.
Der Sitz der Deutschen Verwaltungs Behörden ist in Regensburg, nicht im kayserlichen Hoflager — hierhin wird der Reichshofrath verlegt — hier ist der Deutsche Hofkriegsrath, der Reichs General Feldmarschall, der Reichs Canzler, die Reichs Casse usw. und der Reichstag.
Der Kayser und der Reichstag üben die gesetzgebende Gewalt aus, ihm wird von dem kayserlichen Prinzipal Commissair die Nachweisung über den Zustand der verschiedenen Verwaltungs Zweige vorgelegt zur Einsicht und Beurtheilung.
1) Auf dem Reichstage gilt die Stimmen Mehrheit. Das jus eundi in partes und alle auf die Religions Verschiedenheiten Bezug habende Einrichtungen, z. B. corpus catholicorum, Paritäten in den Deputationen usw. werden aufgehoben, die Gleichheit der Ansprüche und Rechte der drey Religionspartheyen bestätigt und schlechterdings gar kein Unterschied zugelassen.
Die Reichstags Mitglieder sind Repräsentanten, keine Gesandte, es werden der städtischen Bank noch Abgeordnete aus der Reichsritterschaft aus den Territorien, so die Stände wählen, beygeordnet wegen der verminderten Zahl der Reichs Städte.
2) Dem katholischen Religions Theil werden noch 27 Stimmen zugelegt, um ihn dem protestantischen gleich zu setzen.
3) Münz und Zoll Wesen gehört für den Reichstag. Alle Territorial Zoll Einrichtungen werden aufgehoben und Gränz, Land und See Zölle für Rechnung des Reiches errichtet.
4. Die Gegenstände der Landes Hoheit bleiben innere Landes Polyzey, Rechtspflege, Erziehung, Cultus, Militair und Finanzen, unter den oben bemerkten Beschränkungen.
Der Unterhalt der Fürsten wird auf die Domainen angewiesen, die vom Lande verwilligten Abgaben werden zu den Reichsbedürfnissen verwandt.
5) In denjenigen Territorien, die Land Stände besitzen, werden sie beybehalten, die aufgehobenen wiederhergestellt und zweckmässig organisirt, in den Ländern aber, wo sie nicht vorhanden waren, von neuem gebildet und ihnen eine Concurrenz bey der Provinzial Gesetzgebung, bey der Abgaben Verwilligung eingeräumt, sie wählen Reichstags Gesandte auf die dritte Bank.
Erhält Oesterreich die so verstärkte Kayser Würde, so wird seine Macht bedeutend vermehrt. Es ist rathsam, sie ihm anzuvertrauen, um sein Interesse an Deutschland zu binden und wegen des langen Besitzes und der Gewohnheit der Völker. Aber auch Preussen darf Deutschland nicht

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

entfremdet werden, und es muss eine hinlängliche Kraft erhalten, um zu dessen Vertheidigung mitzuwürken, ohne seine Kräfte zu überspannen und sein politisches Daseyn auf das Spiel zu setzen — es muss kräftig und selbstständig werden. In Preussen erhält sich der Deutsche Geist freyer und reiner als in dem mit Slaven und Ungarn gemischten, von Türken und Slavischen Nationen umgränzten Oesterreich, dessen Entwicklung daher auf jeden Fall erschwehrt würde, wären ihre Fortschritte auch nicht im XVII. und XVIII. Jahrhundert noch durch Geistesdruck und Intoleranz gestöhrt worden.

Ein tiefes Gefühl der Schwäche hielt Preussen von einer Theilnahme an entfernteren Kriegen zurück, es besass nur 9 Millionen Menschen, 36 biss 38 Millionen Thaler Einkommen, eine Armee von 250/m. Mann. Das Einkommen war für auswärtige Kriege unzureichend, die Armee für die Bevölkerung zu zahlreich, wenn man als Grundsatz annimmt, 20 000 Mann auf eine Million zu rechnen, seine Provinzen lagen zerstreut und ein Theil seiner Unterthanen, die Pohlen, [*waren*] feindselig gesinnt.

Preussen bleibt wegen seiner geographischen Lage, des Geistes seiner Bewohner, seiner Regierung, des Grades seiner erworbenen Bildung ein für Europa, besonders für Teutschland, wichtiger Staat. Die Nothwendigkeit seiner Wiederherstellung ist von Russland, Oesterreich und England anerkannt, aber seine Wiederherstellung ist ohne seine innere Verstärkung ohne Werth und ohne wesentlichen Erfolg. Preussen hat seinen politischen Indifferentismus, den es seit dem Baseler Frieden zeigte, theuer gebüsst und seine Ansprüche auf den alten Waffen Ruhm und eine achtbare Stelle unter den Nationen mit seinem edelsten Blute wieder erkauft.

Um Preussen abzurunden und zu verstärken, müsste man ihm Mecklenburg, Holstein, Chur Sachsen einverleiben — über beide letztere entscheidet das Eroberungs Recht. Die Herzöge von Mecklenburg entschädigt ein verhältnismässiger Theil des Herzogthums Berg, Ansbach erhielte ein Oesterreichischer Erzherzog. — Oesterreich gelangt zu dem Besitz Stand von 1805 und zu der mit Macht und Einfluss versehenen Kayser Würde über eine Bevölkerung von 10 Millionen Menschen, die nach Abzug der Preussischen Vergrösserungen und seiner eigenen übrig blieben. — Preussens Bevölkerung beträgt alsdann ohngefähr 11 Millionen Menschen, sein Verhältniss gegen Deutschland ist das eines zur Mitsorge für seine Erhaltung verpflichteten Standes und eines ewigen Garants seiner Verfassung und Integrität. Deutschland verbürgt ein gleiches an Preussen, der casus foederis ist ein Angriffs Krieg von Auswärtigen. Oesterreich verbindet mit der Kayser Würde die Eigenschaften eines Mitstandes und eines Garants von Deutschland und Preussen.

Wird dieser Bund von Deutschland, Oesterreich und Preussen mit Treue beobachtet, mit Kraft vertheidigt, so ist seine Macht hinreichend, die

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Ruhe und Integrität der Deutschen Völkerschaften zu gründen und dauerhaft zu erhalten und vielleicht unter günstigen Umständen Frankreich das Land zwischen Rhein und Schelde wieder zu entreissen, um hier einen neuen Zwischenstaat zu gründen, der Deutschlands Vormauer gegen seinen natürlichen Feind ist. Auch Russland wird auf immer gegen eine Invasion gesichert, die seinen Gränz Provinzen verderblich ist und selbst seine Selbständigkeit bedrohet, wenn der Angriff mit mehrerer Klugheit als anno 1812 geleitet wird, und wenn Frankreich fortdauernd alle seine Nachbarn in einer solchen gänzlichen Abhängigkeit erhält, dass es ihre gesammten Streit Kräfte durch eine lange Folge von Jahren und nach einem richtig berechneten Plane gegen Russland anzuwenden vermag.

Münster an Stein — London, 1. September 1813

St. A.

Besorgnisse vor einem faulen Frieden. Die deutsche Frage. Keine Schonung für die unbedingten Anhänger Napoleons unter den deutschen Fürsten. Die Lage in Spanien.

Ew. Excellenz danke ich gehorsamst für Ihre interessanten Briefe vom 17ten July und 7ten August [1]). Von Herzen wünsche ich Ihnen und uns allen Glück zur guten Wendung der Dinge. Wenn wir nur jetzt die Sachen nicht absichtlich verderben. Noch zittere ich, dass Napoleon vor dem 17ten August [2]) zur Vernunft gekommen seyn und das Oesterreichische Ultimatum!! angenommen haben könnte.

Ich habe Bremer benachrichtigt, sich reisefertig zu halten. Hardenberg bekommt heute eine Depesche von mir, die er Ew. Excellenz zeigen soll [3]). Sie betrifft die Teutschen Angelegenheiten in Beziehung auf Oesterreich. Aus dieser können Sie abnehmen, was ich mit dem suaviter in modo meine. Ich will gewiss der Fürsten nicht schonen, die wie Sachsen sich betragen. Er verdient geächtet, nicht geachtet zu werden. So der Bayer und Württemberger Zaunkönig, wenn sie nicht bald herumkommen. — Vom Gange des Krieges hängt es ab, ob wir uns bald sehen werden. In Spanien standen am 24sten August die Sachen recht gut. Man glaubte dort noch an Waffenstillstand.

Nachschrift. Wallmoden wird jetzt zufrieden seyn. Heute werden alle Puncte berichtigt.

[1]) S. oben S. 376 und S. 390.

[2]) Verschrieben statt 11. August. Am 10. August nachts 12 Uhr lief der Waffenstillstand ab.

[3]) Nicht ermittelt.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Hardenberg [Prag,] 4. September 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht 30

Uebersendet seine Denkschrift über die deutsche Verfassung. Der Rückzug der böhmischen Armee.

Je vous envoie, chère Excellence, quelques réflexions sur les affaires constitutionnelles de l'Allemagne que je remettrai également un peu abrégées à l'Empereur à mon arrivée à Teplitz, où je compte aller en peu de jours.
Il paraît que le Prince Schwarzenberg n'a point fait sa retraite sur les principes que le Général Moreau a appliqués en 1796 [1]).

Stein an Gneisenau Prag, 5. September 1813
St. A.

Freude über den Sieg an der Katzbach. „Die Allianz mit Oesterreich hat die Masse der Materie, nicht der Einsichten vermehrt."

Ich erhalte so eben das Schreiben Ew. Hochwohlgebohren vom 28. August und bin hoch erfreut über den erfochtenen Sieg und über den Waffenruhm des Heeres und seiner tapfern, mir persöhnlich sehr werthen Anführer. — Möge die Vorsehung ferner diese Heroen, so für die gute Sache kämpfen, mit dem glänzendsten Erfolg ihrer Bemühungen belohnen.
Die Allianz mit Oesterreich hat die Masse der Materie, nicht der Einsichten vermehrt. — Leben Sie wohl, empfehlen Sie mich dem braven Feldherrn und bleiben Sie ein Freund des Sie liebenden und verehrenden
Stein.

Gneisenau an Stein Lauban, 7. September 1813
St. A.

Die militärischen Ereignisse in Schlesien. Auswirkungen des Siegs an der Katzbach. Strategische und taktische Pläne für die Fortsetzung des Krieges. Bittet, sie dem Zaren zu unterbreiten. Schwierige Stellung Gneisenaus im Hauptquartier, Konflikte mit Langeron und Yorck.

Meine Zuschriften an Ew. Excellenz von unserm Schlachtfeld an der Katzbach aus werden Sie wohl erhalten haben. Seitdem haben wir mehr

[1]) Die böhmische Armee unter dem Kommando Schwarzenbergs hatte einige Tage nach Ablauf des Waffenstillstands die Offensive gegen das Zentrum von Napoleons Stellung in Dresden ergriffen. Die mangelhafte Leitung und Ausführung des Unternehmens liess Napoleon, der sich gerade gegen Blücher gewandt hatte (s. oben S. 398) und am 23. August die Nachricht von dem Vormarsch der böhmischen Armee erhielt, Zeit, persönlich mit seinen Reserven nach Dresden zu eilen. Er kam hier am Tage des Angriffs der Verbündeten auf die Dresdner Vorstadt (26. August) an und entschied durch sein Eingreifen die Schlacht zu seinen Gunsten. Die böhmische Armee zog sich in grösster Unordnung ins Gebirge zurück, die unerfreulichen Vorgänge im Hauptquartier der Verbündeten vor und nach der Schlacht von Dresden führten zu einer Krise der Koalition, die vielleicht nur durch die Reihe der Siege (Katzbach, Grossbeeren, Kulm u. Nollendorf), welche die Heere der Verbündeten in diesen Tagen errangen, glücklich überwunden wurde.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Kenntniss von den Resultaten unseres Sieges erhalten. Es sind 104 Kanonen, 250 Munitionswagen, eine Menge anderer Kriegsfuhrwerke, 18—20 000 Gefangene.

Durch unser schnelles Vorgehen, durch die täglichen harten Gefechte, die wir eingingen und durch unsere Anstrengungen bereits v o r unserer Schlacht haben wir der grossen Armee in Böhmen eine kostbare Zeit verschafft, die man dort nicht benuzt hat. Aus aufgefangenen Briefen weiss ich, dass in Dresden, bevor die Französischen Truppen aus Schlesien herbei eilten, eine hinlängliche Macht zur Vertheidigung nicht vorhanden war. Am 21ten August beschäftigten wir bei Löwenberg den Französischen Kaiser und seine ganze Hauptmacht [1]), wie wir dieses aus aufgefangenen Papieren des Marschall Ney, der bei Bunzlau stand, wissen. Wir hatten 140 000 Mann gegen uns, und der Französische Kaiser glaubte, den Kaiser Alexander gegen sich zu haben. Wir fochten ein sehr hartes Gefecht, aber nur mit unserer schwachen Arrieregarde und einem Theile einer Brigade. Schritt vor Schritt erschwerten wir ihm das Herankommen. Die Armee liessen wir eine Meile weit zurückgehen; unsere Arrieregarde stellten wir dicht an dem Feind auf. Als der Französische Kaiser sah, dass er uns weder in eine allgemeine Schlacht verwickeln, noch uns leicht zurücktreiben konnte, blieb er den 22ten noch in Löwenberg, gab dort nur Befehle und ging sodann schnell nach der Elbe zurück, indem er den Marschall Macdonald mit dem 30 000 Mann starken Neyschen Corps, noch zwei andern Corps und dem Cavallerie Corps Sebastiani gegen uns zurückliess. Nach einem sehr heftigen Gefecht bei Goldberg am 23ten August mit diesem Corps leiteten wir endlich die Schlacht an der Katzbach ein.

Ew. Excellenz sehen hieraus, dass der grossen Armee die Tage des 22ten, 23ten, 24ten und 25ten August zu ihren Operationen gegen Dresden gelassen waren. Erst am 26ten und 27ten kamen die Verstärkungen der Franzosen bei Dresden an. Hätte man früher eingegriffen, so hatte man mehr Wahrscheinlichkeit zu siegen. Der Sieg am 30ten über Vandamme [2]) hat dort die Dinge wieder in das Gleichgewicht gebracht.

80—100 000 Mann können wir annehmen, auf beiden Ufern der Elbe dem Französischen Kaiser ausser Gefecht gebracht zu haben. Dies ist ein grosser Vortheil, den zu erwarten wir bei dem Ausbruch der Feindseligkeiten wirklich die Wahrscheinlichkeit nicht hatten. Diesen Vortheil

[1]) S. oben S. 398 A. 1. — Hier empfing Napoleon die Nachricht vom Vorstoss Schwarzenbergs gegen Dresden, die ihn veranlasste, die Verfolgung Blüchers Macdonald zu übertragen.

[2]) Bei Kulm und Nollendorf. Hier wurde der bei der Verfolgung des bei Dresden geschlagenen Heeres (s. oben S. 411) nach Böhmen eingedrungene, von Napoleon nur mangelhaft unterstützte General Vandamme durch das entschlossene Eingreifen der Generale Prinz Eugen von Württemberg und Kleist, sowie des Königs von Preussen umzingelt und zur Uebergabe genötigt. Dieser Sieg trug wesentlich dazu bei, das gelockerte Gefüge der Koalition wieder zu festigen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

müssen wir uns bewahren und nicht durch verwegene Pläne einen grossen Gewinnst aus der Hand geben. Mein Entwurf zu einem neuen Feldzuge ist in seinen grösseren Lineamenten folgender:

Der Französische Kaiser kann einen in die Länge gezogenen Krieg nicht ausdauern. Er strebt nach Schlachten und schnellen Manövern. Jene muss man daher nur mit Vortheil annehmen; diese beschränken.

Wenn die Böhmische Armee auf ihrem Kriegstheater sich verschanzte Stellungen vorbereitet, die nicht leicht umgangen werden können, so hat sie die Möglichkeit, darin Geschütze von den schwersten Kalibern, aus ihren Festungen und Waffenplätzen in Böhmen gezogen, darin aufstellen zu können. Dies giebt einen ungeheuren Vortheil in der Schlacht, indem der Feind mit leichteren Calibern dagegen ankämpfen muss. Geht auch die Schlacht verloren — was bei solchen Vorbereitungen indessen nicht wahrscheinlich ist — so ist der mögliche Verlust von einer Anzahl 24pfündern nicht in Anschlag zu bringen gegen die Vortheile des Sieges, den man durch selbige erfechten kann. Aber die Verschanzungen müssen solid seyn; die Gräben nicht unter 15 Fuss tief; kurz, Verschanzungen wie Cäsar sie bauen liess. Ueberhaupt haben die neuern Feldherrn die Verschanzungskunst viel zu sehr vernachlässigt und nicht die Vortheile aus ihr gezogen, die solche ihnen anboth, z. B. der Erzherzog Carl nach der Schlacht bei Aspern; die Oesterreicher in ihrer Vorbereitung ihres Kriegstheaters zwischen der Traun und Ens.

Sind mehrere solcher verschanzten Stellungen vollendet, so kann die Böhmische Armee vor ihnen mit Vorsicht manövriren und vor der etwaigen Uebermacht in selbige zurückgehen und darin die Schlacht annehmen.

Die Schlesische Armee thut, wenn General von Bennigsen die Vertheidigung von Schlesien übernimmt, ihrerseits dasselbe, indem sie gute Stellungen in der Lausitz aussucht und sie verschanzt. So kann man von Stellung zu Stellung bis gegen die Elbe sich nähern. Man schränkt dadurch den Feind endlich auf einen kleineren Raum ein, in welchem es ihm unmöglich wird, lange sich zu erhalten, d. h. man approchirt gegen ihn im Grossen.

Ist man mit den verschanzten Stellungen zu Stande gekommen, so bedarf man nicht mehr einer so zahlreichen Cavallerie. Man lasse dann ein Cavallerie-Corps in die Ebene von Sachsen gehen und schneide die Zufuhren aus Franken und Thüringen ab. Der Kronprinz von Schweden dringt bis gegen die Elbe vor, und bei Mühlberg verschanze sich ein kleines Corps, das alle Zufuhr an Munition und andern Kriegsbedürfnissen von Magdeburg stromaufwärts hindert.

Bei der Befolgung eines solchen Planes würden wir ihn bald genug von der Oberelbe abdrängen, und wir würden durch Abzehrung bewirken, was wir durch einen Schlagfluss zu erwarten nicht wagen wollen.

Ich bitte Ew. Excellenz, diesen rohen Entwurf zu einem, zwar nicht

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

glänzenden aber sicheren Erfolg versprechenden Feldzugsplan Sr. Majestät dem Kaiser französisch vorzulegen.

Bei dieser Gelegenheit will ich noch ein Wort über die Oekonomie der Schlachten reden.

1. Der Feind benutzt seine zahlreiche Infanterie und das Terrain, um überall, wo es angeht, ein lang anhaltendes Tirailleurfeuer einzuleiten.
2. Ueberall zeigt er Spitzen von Kolonnen, um an allen Orten Jalousie zu geben.
3. Dabey fängt er Kanonaden auf grosse Entfernungen an, um unsere Artillerie zu verleiten, viel zu schiessen und bereits in der ersten Hälfte des Tages unsere Munition zu verschwenden. Dieses Strategem gelingt ihm meistens. Ich habe es in der Schlacht bei Görschen und in der von Bautzen bemerkt. In letzterer waren um Mittag in der Preussischen Stellung auf den Kreckwitzer Anhöhen alle 4 uns geliehenen Russischen Batterien aus Mangel an Munition abgefahren.
4. Seine Infanterie verbirgt er hinter Anhöhen und ausser dem Bereich unseres Feuers. Das Gefecht sucht er durch Tirailliren hinzuspinnen.
5. Giebt man, durch seine Vorspiegelungen verleitet, irgendwo eine Blösse, so macht er dagegen einen brüsquen Angriff mit Unterstützungen.
6. Gegen Ende des Tages, wo alles ermüdet ist und der Soldat sich nach dem Ende des Gefechts sehnt, drückt er irgendwo mit seinen Reserven vor und giebt den Ausschlag. Der Soldat ist dann froh, einen Vorwand zu haben, davon zu laufen. Gegen diese Künste muss man eine grosse Oekonomie des Feuers und der Truppen anwenden, wenn man sich nicht selbst in den Angriff zu versetzen Veranlassung findet.

1. Man setze die Truppen, die in der Defensive sich befinden sollen, nicht dem feindlichen Feuer unnöthig aus, sondern verberge sie hinter Anhöhen, in Vertiefungen oder lasse sie sich niederlegen.
2. Man vermeide lange Fronten und stelle die Truppen mehr in die Tiefe, damit man die Unterstützungen von hinten her hohlen kann. Truppen aus einer langen Linie auf einen andern Punkt zu bringen, ist schwierig und wird fast immer vom Feinde bestraft.
3. Man mache die Befehlshaber der Truppen verantwortlich für die Verschwendung der Munition. Unsere Truppen, die Russischen und Preussischen, wollen viel schiessen, anstatt gut, ruhig und langsam zu schiessen. Darum kommen so häufig Truppen aus dem Gefecht zurück, die man nicht mehr in selbiges führen kann, weil keine Munition mehr vorhanden ist, womit man sie versehen könnte. Der Dienst des Ersatzes der Munition ist in der Russischen Armee nicht aktiv genug.
4. Man mache vorzüglich die Artillerie Offizire verantwortlich für den Gebrauch der Munition und die zweckmässige Anwendung derselben. Im Englischen Seedienst wird ein Schiffsbefehlshaber vor ein Kriegsgericht gestellt, wenn er sein Schiff durch Sturm verliert. Hat er das Seinige zur Rettung desselben gethan, so wird er ehrenvoll lossgesprochen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Dieses Verfahren wende man auf den Artilleriedienst an. Man setze daher fest:

a) Jeder Artillerie Offizier, dessen Batterie das Gefecht aus Mangel an Munition verlassen muss, wird vor ein Kriegsgericht gestellt. Die Untersuchung wird ergeben, ob er seine Munition gut angewendet habe. Wo nicht, so werde er kassirt. — Aus dem Eifer, womit ich manchmal Batterien habe ihre Munition gegen unbedeutende Gegenstände verschiessen sehen, habe ich oft den Verdacht geschöpft, es sei den Artilleristen nur darum zu thun, ihrer Munition looszuwerden, damit sie durch frische Batterien abgelösst und aus der Gefahr erlösst würden.

b) Jeder Artillerie Offizier, der am Abend eines Gefechts nicht noch die volle Hälfte seiner voslltändigen Munition übrig behält, wird ebenfalls vor ein Kriegsgericht gestellt. Durch eine solche a b g e n ö t h i g t e Schonung der Munition wird das Feuer genährter, langsamer und sicherer.

c) Nie darf eine Batterie abfahren, die noch ihre Kartätschenschüsse hat, wenn sie auch mit dem vollsten Recht ihre Kugeln verschossen hätte. Gerade diese Kartätschschüsse können zum Schluss des Tages gegen die feindlichen Reserven den Ausschlag geben. Auch wird sich der Artillerie Offizier nun hüten, seine Kugeln schnell zu verschiessen, wenn er weiss, dass er danach, wenn er auch deren keine mehr hat, dem feindlichen Feuer ausgesetzt bleiben muss. Eben so mache es man mit den Bataillons, die keine Munition mehr haben; man verweise sie dann auf ihr Bajonett.

Dieses sind ungefähr die rohen Züge einer neuen Anordnung, die meine Beobachtungen bei Gefechten und einige Kenntniss des menschlichen Herzens mir angegeben haben. Wer in 8 Schlachten und Gefechten nicht solche Beobachtungen anzustellen weiss, wird es auch nicht in 8 mal 8 Schlachten thun. Ich halte das von mir vorgeschlagene Gesetz von einer solchen dringenden Wichtigkeit, dass ich sehr wünsche, es möge Ew. Excellenz gefällig seyn, selbiges bald vor S. M. den Kaiser Alexander zu bringen.

Meine Stellung hier ist sehr schwierig und gefährlich. Mein alter Oberfeldherr will immer angreifen und verlangt von mir, ihm solche Angriffs Dispositionen zu machen; die beiden Unterfeldherren Langeron und Yorck wollen nicht Bewegungen vorwärts machen. Der Erstere erschrickt vor jeder Offensive und vor der Nähe des Feindes. Am 23ten August wollte er bis Schweidnitz zurückrennen [1]). Der Letztere hasst mich von Herzen und tadelt alles, was in unserm Hauptquartier entworfen wird [2]). Anstatt den Muth aufzurichten, trachtet er, solchen

[1]) S. oben S. 399, sowie Friederich, a. a. O. I, S. 274.

[2]) Die schweren Differenzen zwischen Yorck und Gneisenau in diesen Tagen beruhten hauptsächlich darauf, dass Yorck, der den Feldzugsplan der Verbündeten nicht kannte, dem Hauptquartier wegen der ewigen Hin- und Hermärsche Unentschlossenheit und Unfähigkeit vorwarf. Sie hatten einen weiteren und tieferen Grund in der Abneigung Yorcks

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

stets danieder zu schlagen durch täglich wiederholte öffentliche Reden, dass es nicht gut gehen könne, sondern schlecht gehen müsse. Noch in den Schlachten der Katzbach gab er alles für verloren. Von dem Erfolg der Anordnungen trage ich nicht den Nahmen, und die Schuld des Misslingens würde schwer auf mir lasten. Die der hiesigen Armee gewordene Aufgabe ist eine der schwierigsten ohnedies, und noch dazu wird mir die Ausführung derselben durch die Häupter der Armee so sehr erschwert — Glück! sei mir günstig!

Wären die Anordnungen, die ich sogleich in der Nacht nach der Schlacht an der Katzbach gab, ausgeführt worden, so wäre von Macdonalds Armee k e i n e r entkommen. So aber treiben übler Wille und Lässigkeit auch hier ihr Spiel.

1. Nachschrift. Der Französische Kaiser hatte, als unsere Avantgarde gegen das Löbauer Wasser vordrang, schnell seine Hauptmacht auf das rechte Elbufer versetzt gehabt und ging uns damit bei Görlitz entgegen. Unsern Instruktionen und unsern Vorsätzen getreu, hielten wir unsere Armee zurück und versetzten selbige wieder auf das rechte Queisufer [1]), während nun unsere Arrieregarde aber nur schwach engagirt blieb. Unser Brandenburgisches Husarenregiment warf die feindliche Cavalerie mehrmals. Von der Infanterie war nur ein Bataillon im Feuer.

Ein Fürst Madatoff [2]) macht als Partheigänger vortreffliche Sachen.

---

gegen Gneisenau überhaupt, die während des ganzen Feldzugs von 1813/14 zu den unerquicklichsten Reibungen geführt hat. S. Droysen, Yorck. II, 4. Buch.

[1]) Nach ihrem Sieg an der Katzbach war die schlesische Armee weiter gegen die Elbstellung Napoleons vorgedrungen und war dabei bis in die Gegend von Löbau gelangt. Hier traf sie in den ersten Septembertagen ein erneuter Offensivstoss Napoleons, der sich nach der Abwehr der böhmischen Armee von Dresden wiederum persönlich gegen Blücher gewandt hatte. Blücher ging dem Feldzugsplan gemäss zurück, solange er den Kaiser gegen sich hatte. Napoleon erkannte seine Absicht und kehrte auf die Nachricht von einem erneuten Vordringen der böhmischen Armee gegen Dresden wieder dorthin zurück (5. September, s. unten S. 419), indem er Macdonald Blücher gegenüber stehen liess. Sobald man im Hauptquartier der schlesischen Armee die Abwesenheit Napoleons bemerkte, wurde die Offensive wieder aufgenommen und Macdonald gegen die Elbe bis in die Gegend von Bischofswerda zurückgedrängt. Hier wiederholte sich noch einmal das alte Spiel. Napoleon, der sich gegen die böhmische Armee etwas Luft geschaffen hatte (s. unten S. 419), versuchte, Blücher zu fassen (22.—25. September). Dieser zog sich fechtend bis in die Gegend von Bautzen zurück, wo er eine starke Stellung einnahm, aus der ihn Napoleon, dessen linke Flanke inzwischen auch noch von der allmählich heranrückenden Nordarmee bedroht wurde, nicht weiter nach Osten zurückdrängen konnte. Der Kaiser brach deshalb die Offensive ab und fasste den Entschluss, das linke Elbufer preiszugeben. Diese strategische Entscheidung auf Napoleons Seite fällt zeitlich etwa zusammen mit der viel bedeutungsvolleren auf Seiten der Verbündeten — dem Entschluss zum Rechtsabmarsch der schlesischen Armee und zum Uebergang über die Elbe bei Wartenburg, der dann eine entscheidende Wendung des Krieges eingeleitet hat. S. Friederich, a. a. O. II, S. 270 ff.

[2]) Der Oberst Fürst Madatoff hatte am 2. und 3. September erfolgreiche Ueberfälle gegen die rückwärtigen Verbindungen der französischen Armee ausgeführt. Genaueres bei Friederich, a. a. O. II, S. 244, 246.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Nachdem er im Rücken des Feindes und nahe den Gebirgen einigemal feindliche Infanterie angegriffen und gegen 1200 M. zu Gefangenen gemacht hatte, fand er endlich bei Bischoffswerda einen feindlichen Munitionstransport von 250 Wagen. Er sprengte solche in die Luft. Dies ist sicherlich ein empfindlicher Verlust für den Feind.
Morgen und übermorgen trachten wir, dem Feind wieder eins anzuhängen. Ihre guten Wünsche sind mit uns, des bin ich überzeugt.
2. Nachschrift. So eben vernehme ich, dass Graf Langeron sein Geschütz abermals, wie er schon vor der Schlacht an der Katzbach gethan hat, 3 Meilen weit zurückgeschickt hat[1]). Er hat dadurch in Schlesien Schreck und Verwirrung verbreitet und ist uns, bis nicht dieses Geschütz wieder zurückgekehrt ist, nicht disponible!!

Stein an Münster — Prag, 16. September 1813

Nach Pertz, Stein III, 417 ff.

Geringer moralischer Wert des österreichischen Bündnisses. Mangelnde Kriegsbegeisterung bei den österreichischen Truppen und im österreichischen Volk im Gegensatz zu 1809 als Folge der lauen Politik Metternichs. Differenzen zwischen Russen und Oesterreichern. Misstrauen gegen Metternichs deutsche Politik. Nur von einem festen Zusammenwirken zwischen England, Russland und Preussen lasse sich etwas Erspriessliches für die deutsche Zukunft erwarten. Grundvoraussetzungen für eine gesunde Neuordnung der deutschen Verhältnisse.

Ich hoffe, Euer Excellenz haben meine Briefe aus Reichenbach erhalten [2]). Die neuesten [3]) Ereignisse haben uns unsere neuen Alliirten und ihren Feldherrn kennen lernen — wir haben eine Vermehrung der Masse, nicht der Einsichten und der edlen kräftigen Gesinnungen erhalten und die Früchte des seit 1810 befolgten Systems kennen gelernt.
Von 1806 biss 9 arbeiteten die Stadions daran, um den Geist der Nation zu heben, um die Armee zu verstärken und zu vervollkommnen, beides mit Erfolg; die Nation war begeistert, die Armee schlug sich tapfer — das neue Ministerium strebte seit dem Frieden biss jetzt, den Cours zu verbessern, den Frieden zu erbetteln, die Armee zu desorganisiren, den Geist der Nation zu lähmen, man hoffte, durch allerlei diplomatische Künste das grosse Problem der Regeneration Europens zu lösen, und es gelang zum Theil: die Nation war und ist lau, die Armee schlägt sich nicht sonderlich, niemand vertraut weder auf den schwachen Regenten, noch auf seinen egoistischen, kalten, schlauen Minister, der zwar rechnet, aber ohne Tiefe, er ist ein guter Buchhalter, aber kein grosser Mathematiker.
Das Resultat, so sich bisher zeigte, ist, dass man überall mit Erfolg focht, nur nicht bey der grossen Armee, dass zwischen Russen und Oesterreichern

[1]) S. Friederich, a. a. O. II, S. 261.
[2]) Die Briefe Steins an Münster aus Reichenbach, soweit sie erhalten sind, s. oben S. 367 ff., 376 ff. und 390 ff.
[3]) „meisten" bei Pertz a. a. O.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

eine grosse Abneigung herrscht, die durch eine bekannte Unbeholfenheit der letzteren [1]) sehr vermehrt wird. — Hiezu kömmt, dass Metternich nach einem überwiegenden Einfluss strebt, dazu ihm weder sein Talent, noch sein Charakter, noch die militairische Stellung seines Landes Anspruch geben. — Der Kayser Alexander sieht alles dieses sehr lebhaft ein, er wird wahrscheinlich das Kommando seiner und der Preussischen Heere übernehmen [2]), und die Bewegung dieser belebten Massen wird sich der inerten Oesterreichischen mittheilen.

Es ist von der grössten Wichtigkeit, dass man sich über die Deutschen Angelegenheiten bestimme — von Metternich erwarten Sie keine grossen Ansichten, er steckt sich das Ziel nahe, um auf die bequemste und kürzeste Art die Sache einstweilen auszuflicken. Die Geschichte seiner Unterhandlungen beweist es, und hätte die Tollheit Napoleons der Sache nicht eine unerwartete Wendung gegeben, so hätten wir einen verderblichen und höchst elenden Frieden erhalten.

England muss mit Russland und Preussen ernstlich auf die Erhaltung und Gründung einer festen Ordnung der Dinge in Deutschland bedacht seyn, und ich wünsche Ew. Excellenz Ideen darüber zu wissen. Kraft zum Widerstand nach aussen, im Innern Sicherheit des Eigenthums und des Lebens für den Einzelnen müssen die Hauptpunkte, Verstärkung der Macht des Kaysers, von Preussen, Verminderung der Macht der Stände, Zerstöhrung des Rheinbundes und aller Französischen Einrichtungen müssen die Mittel seyn.

Gagerns Ansichten sind phantastisch [3]).

Nachschrift. Ich bin bald hier, bald in Teplitz, gehe aber in das Hauptquartier, sobald es vorrückt.

---

[1]) „ersteren"?

[2]) Der Zar trug sich eine zeitlang mit den Gedanken, das Oberkommando über die verbündeten Armeen zu übernehmen, hat aber schliesslich darauf verzichtet, und es wurde von der Einsetzung eine Oberstkommandierenden sämtlicher verbündeter Streitkräfte überhaupt Abstand genommen. Daraus entsprangen eine Menge von Unklarheiten und Reibungen in den Befehlsverhältnissen. Sie wurden noch vermehrt durch die Anwesenheit der verbündeten Monarchen, insbesondere Alexanders in Schwarzenbergs Hauptquartier, in welchem nun tatsächlich alle Fäden zusammenliefen, und in dem der Zar eine Art von illegalem Oberkommando ausübte. Vgl. dazu Ulmann, Befreiungskriege II, S. 10, 13, 15.

[3]) Gagern war um diese Zeit in England (s. oben S. 365). Die Aeusserungen Gagerns, auf die Stein hier Bezug nimmt, scheinen in einer nicht erhaltenen Beilage zu Münsters letztem Brief an Stein oder in einem nicht erhaltenen Brief Münsters enthalten gewesen zu sein. Sie lassen sich jedenfalls nicht ermitteln. Gagern trat bald darauf wieder in direkte Verbindung mit Stein, s. unten S. 434 ff.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Frau vom Stein Teplitz, 18. September 1813
St. A.

Die Kämpfe in Böhmen.

J'ai fait ma course assez rapidement, étant arrivé à $6^3/_4$ après m'être arrêté à Laun pour dîner et ayant trouvé la route embarrassée par des transports de toute espèce depuis Prague jusqu'ici [1]) ..... Le soir, j'appris les résultats du combat de la journée près de Nollendorf [2]), 3000 personnes, parmi lesquelles le Général Kreutzer [3]), 10 canons, le pauvre Major Blücher [4]) a été fait prisonnier d'une manière traitreuse par ces vilains Polonais, j'espère qu'il pourra échapper. On dit que Napoléon a fait tuer à coup de baïonnettes tous les blessés qu'il n'a pu enlever. — Ce matin, il a recommencé faiblement l'attaque, mais s'est retiré bientôt, donc que tout est dans ce moment-ci très tranquille.
Je me trouve dans ce moment un peu occupé, et je ne crois point que je pourrai partir avant lundi ou même mardi, en attendant, je vous envoie ici deux exemplaires d'un imprimé que le Prince Wolkonsky m'a donnés et qui vous amuseront, il serait bon de les faire insérer dans les gazettes. — On dit que Napoléon a été blessé hier [5]), d'autres assurent que ce n'est que le cheval.

---

[1]) Stein reiste auf Einladung Hardenbergs ins Hauptquartier, um hier den Verhandlungen mit Metternich über die Reorganisation des Verwaltungsrats beizuwohnen. Vgl. darüber Ompteda, Politischer Nachlass III, S. 211 ff.

[2]) Es handelt sich hier nicht um die bekannte Schlacht von Nollendorf, sondern um spätere Gefechte, die in derselben Gegend stattfanden. Napoleon hatte nach der Niederlage Vandammes von seiner Offensive gegen Blücher abgelassen (s. oben S. 416) und sich gegen die wiederum aus dem Gebirge vordringende böhmische Armee gewandt. Sein Vorstoss führte ihn bis auf das Schlachtfeld von Kulm und Nollendorf, er fühlte sich jedoch nicht stark genug, die in dieser Gegend stehende böhmische Armee zu schlagen und ging deshalb wieder nach Dresden zurück, liess jedoch, um den Gebirgskamm zu behaupten, stärkere Kräfte in der Gegend von Nollendorf stehen. Diese wurden von der böhmischen Armee am 14. September angegriffen und zurückgedrängt. Napoleon eilte darauf am 15. September mit Verstärkungen aus Dresden herbei, und es kam am 16. und 17. zu einer Reihe von Gefechten, in denen die böhmische Armee wieder in ihre alten Stellungen zurück ging und sich dort gegen die aufklärenden Vorstösse Napoleons behauptete. Der Kaiser erkannte sehr bald, dass er auch diesmal keine Schlacht wagen konnte, und brach die Kämpfe am folgenden Tag ab. Die französischen und die verbündeten Truppen standen sich in ihren Stellungen untätig gegenüber, bis Ende September die böhmische Armee links abmarschierend in die sächsische Ebene vorrückte.

[3]) Der französische General Kreutzer geriet bei einem von den Oesterreichern am 18. September ausgeführten Erkundigungsvorstoss in Gefangenschaft.

[4]) Franz von Blücher (1777—1828), der älteste Sohn des Feldmarschalls, war in den in der Anmerkung 2 erwähnten Gefechten am 16. September bei Peterswalde verwundet in französische Gefangenschaft geraten.

[5]) Eine falsche Meldung.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Alopaeus an den Verwaltungsrat Berlin, 6./18. September 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114, VIII. Spec. 17 1/2. Ausfertigung

Die Lage in Mecklenburg nach der Räumung des Landes durch die Franzosen.

Stewart an Stein Prag, 19. September 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Gen. 1 1/2

Bittet um Auskunft über die Organisation des Verwaltungsrats.

Je vous envoie la copie d'une lettre que je viens de recevoir dans une lettre de Mr. Thornton, il me prie de lui donner des renseignements si le conseil d'administration va être mis en activité ou non. — Comme il est nommé de la part de la Grande Bretagne, il désire extrêmement d'être informé. Je vous prie de me donner des lumières sur ce sujet, et renvoyez moi la lettre de Mr. Thornton. — Je vous félicite sur les événements du 16 et 19.
Avez-vous des nouvelles pour moi?

Stein an Stewart o. D., etwa 20. September 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Gen. 1 1/2. Konzept

Die Reorganisation des Verwaltungsrats.

Le conseil d'administration n'ayant point été dissout et étant même resté en activité quant aux affaires du Mecklenbourg, il a dû étendre ses fonctions à la Lusace dès ce que le Général de Blücher l'a occupée.
L'accession de l'Autriche exige des modifications dans la forme de cette institution administrative, on en est occupé dans ce moment, et on n'attend que le retour du Comte Metternich pour terminer l'affaire. Les résultats par lesquels l'organisation doit être simplifiée seront communiqués tout de suite à l'Angleterre et à la Suède.
Il serait à désirer que ces deux puissances chargent leurs ministres déjà accrédités et résidants au quartier général de la concurrence aux affaires administratives de l'Allemagne. Il suffira à ceux-ci de convenir sur les principes, de connaître les résultats, les détails n'auront aucun intérêt pour eux — et si cette idée serait adoptée, il ne me reste qu'à désirer que Votre Excellence soit exclusivement chargée de cette affaire et de tout ce qui regarde les intérêts de l'Allemagne.

Stein an Gneisenau Teplitz, 20. September 1813
St. A.

Ausführung seiner Aufträge vom 7. September. Schlechter Zustand der französischen Armee. Die Verdienste Alexanders um die Sache der Verbündeten. Die Fehler des Kronprinzen von Schweden. Verhandlungen mit Metternich über die Reorganisation des Verwaltungsrats.

Euer Hochwohlgeboren äusserst interessanten Brief d. d. 7. a. c. erhielt ich den 15. durch die Oesterreichische Post, also zweifelsohne eröffnet; ich legte eine Uebersetzung des theoretischen Theils dem

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Kayser vor, der mit denen Grundsätzen vollkommen einig ist, den praktischen und subjektiven Theil sprach ich mündlich aus, er machte sehr vielen Eindruck, man versicherte mich, mit Langeron eine Abänderung vornehmen zu wollen, der ohnehin nicht in der Armee geachtet ist, und wegen Yorck mit dem König zu sprechen, um den Mann in die Schranken der Ordnung zu weisen.

Der Plan der Fortsetzung des Feldzuges ist Ew. Hochwohlgeboren bekannt, und ich hoffe, er hat Ihren Beyfall, er ist auf den entmutheten Zustand der Französischen Armee berechnet, die Anlage, so Ihnen vielleicht noch nicht zugekommen ist [1]), enthält beweisende Thatsachen — lassen Sie eine Uebersetzung in die Breslauer Zeitung rücken als belehrend, ermunternd und warnend. Napoleon ist in einem Zustand der Bethörung, er reibt seine junge, rohe Soldaten auf, vielleicht bringt er sie zur Verzweiflung, die sich durch seine Vernichtung äussert, doch habe ich wenig Vertrauen auf den Geist des Französischen Volks, er hat alle Spannkraft, allen Adel verlohren.

Meine Absicht ist, Sie in Bautzen zu besuchen, besorgen Sie mir gefälligst ein Quartier für Mann und Pferd.

Dem Kayser ist es gelungen, mehr Geist den Oesterreichischen Befehlshabern einzuflössen [2]), Nacheiferung zu erregen; er verdient durch seine Beharrlichkeit, seine Aufopferung, seine Thätigkeit unsere Bewunderung und unsere ehrfurchtsvolle Dankbarkeit — um so mehr muss jeder brave Mann zittern für seinen Verlust, mit dem wir jeden Tag der Schlacht durch seinen stürmischen Muth bedroht sind. Alle Vorstellungen, die man ihm macht, sind vergeblich.

Der Kronprinz scheint nach seinem eigenen Bulletin bey Dennewitz einen Missgriff gemacht zu haben, der durch die Tapferkeit des Bülowschen Corps unschädlich gemacht worden ist [3]).

Die von dem G[eneral] Bl[ücher] an den Görlitzer Crayss gemachten Forderungen sind sehr hoch — lassen Sie diese Angelegenheit durch Reisach [4]) und durch Rehdiger [5]) gehen — denn der Kronprinz ist nur zu geneigt, einzugreifen und die Hülfs Quellen der von ihm besetzten Länder an sich zu reissen, wie er bereits gethan hat, und welches man verhindern muss. — Wir sind jetzt hier beschäftigt, mit Graf Metternich eine Verabredung wegen des Verwaltungs Raths zu treffen; in wenigen Tagen sind sie abgeschlossen [6]).

---

[1]) Fehlt.

[2]) Davon war zunächst noch nicht viel zu spüren. S. Ulmann, a. a. O. II, S. 114.

[3]) Bernadotte spielte während des ganzen Feldzugs eine wenig glückliche Rolle. Der Sieg über den von Wittenberg aus gegen Berlin vorstossenden Marschall Ney ist denn auch das ausschliessliche Verdienst der preussischen Generale, insbesondere Bülows. Zur Kritik des Verhaltens Bernadottes s. Ulmann a. a. O. II, S. 90 ff.

[4]) S. oben S. 280. Anm. 1. [5]) S. oben S. 245. Anm. 1.

[6]) Sie haben sich in Wirklichkeit noch bis nach der Entscheidung von Leipzig hingezogen, vgl. unten S. 426 ff.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Frau vom Stein Teplitz, 21. September 1813
St. A.

Verleihung des russischen St. Andreas-Ordens. Verfehlte Strategie Napoleons.

Je ne puis encore rien vous dire, ma chère amie, sur mon départ, nous attendons tous le retour du Comte Metternich qui est allé à Prague pour terminer l'affaire qui m'a amené ici.
L'Empereur m'a donné l'ordre de St. André, vous savez que c'est le premier ordre en Russie, qu'il est rarement donné et que je dois le considérer comme une marque de la grande bonté qu'il veut bien m'accorder ....
Nous sommes ici très tranquilles, mais vraisemblablement qu'on se portera bientôt en avant, il paraît que Napoléon se perd en détruisant par son entêtement à rester sur l'Elbe le physique et le moral de son armée.

Denkschrift Steins für Alexander I. Teplitz, 25. September 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Gen. 1 1/2. Konzept

Vorschläge für die Reorganisation des Verwaltungsrats.

Le conseil administratif des provinces occupées par les armées alliées était composé, selon son organisation primitive,
1) d'un président nommé par S. M. l'Empereur de toutes les Russies,
2) de plusieurs conseillers ayant voix décisive, nommés par les alliés.
3) Les attributions de ce conseil étaient le soin d'activer les ressources des pays occupés et de faire des conventions avec les princes allemands qui se réuniraient à la coalition.
4) Son pouvoir était illimité, il n'était borné que par une responsabilité générale, et ses conclusions se formaient d'après le sentiment de la majorité.
Selon cette organisation, la Russie avait une influence prépondérante dans ce conseil
1) par la nomination d'un conseiller et du président, ce donnait deux et, en cas de parité, trois voix,
2) elle pouvait compter sur les deux voix de la Prusse
3) et ne pouvait avoir, en tout cas, contre elle que trois.
L'accession de l'Autriche a fait proposer une autre organisation qui diminue l'influence mentionnée et d'après laquelle
1) on veut déléguer l'administration des pays occupés et toutes les fonctions du conseil à un ministre nommé conjointement par tous les alliés[1]) et qui aura pour son assistance des employés ayant voix consultative et, dans les arrondissements occupés, des gouverneurs.
2) Ce ministre doit être responsable aux souverains alliés et se mettre en rapport avec les ministres des cabinets et les envoyés résidants auprès du quartier général.

[1]) Diese Stellung sollte Stein einnehmen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Si les affaires doivent obtenir un mouvement régulier et rapide, il est nécessaire que ces ministres se réunissent en comité présidé par le plus ancien [1]), et point en diète, où chaqu'un demande les instructions de sa cour, ce qui est absolument inadmissible en matière administrative.
Le ministre dirigeant l'administration des provinces occupées devra également être membre de ce comité, puisque ses rapports lui donnent la connaissance la plus exacte des affaires et le plus grand intérêt à leur marche progressive.
En cas que Votre Majesté Impériale approuve qu'on fasse un arrangement basé sur les principes mentionnés, je la supplie de vouloir me faire donner un pleinpouvoir contenant l'autorisation pour le signer.
J'ose proposer pour secrétaire général de l'administration des provinces occupées Mr. de Merian [2]), auquel je supplie Votre Majesté Impériale d'accorder le grade de conseiller d'Etat,
et d'attacher également à cette administration Mr. de Turgenieff [3]), qui est employé dans les bureaux du ministère des finances [4]).

Stein an Humboldt Teplitz, 28. September 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 30

Reorganisation des Verwaltungsrats. Aufstellung einer sächsischen Legion.

Die Ankunft der beyden Deputirten der Lausitz im Haupt Quartier und die von ihnen gemachte Darstellung des Zustandes der Provinz, welche die Anlage bestätigt, wird Ew. Excellenz, wenn es irgend Ihnen noch hätte zweifelhaft seyn können, überzeugen, dass es dringend nöthig ist, Maasregeln zu ergreifen, um in die Verwaltung der besetzten Länder Ordnung und Gesetzlichkeit zu bringen. Ich ersuche Sie inständigst, den Abgang der Expeditionen wegen Bestellung des Verwaltungs Departements möglichst zu beschleunigen, besonders die Mittheilungen

[1]) Den Vorsitz in dieser Kommission führte Hardenberg.
[2]) S. oben S. 282. Anm. 4.
[3]) Alexander Iwanowitsch Turgenieff (1785—1846). S. Lehmann, Stein. III. S. 333. Anm. 1.
[4]) Unmittelbar nach der Ueberreichung dieser Denkschrift scheint Stein Teplitz verlassen zu haben, da Ompteda (a. a. O. S. 211) am 27. September an Münster berichtet, dass Stein am Tage vorher wieder in Prag eingetroffen sei. Danach müsste, wenn Omptedas Angaben stimmen, das folgende Schreiben Steins an Humboldt falsch datiert sein. Vgl. dazu Lehmann, Stein. III. S. 321. Anm. 1.
Ueber den weiteren Fortgang der Verhandlungen über die Reorganisation des Verwaltungsrats, insbesondere über das Eingreifen Metternichs, s. Ompteda III, S. 210 ff. und 218 ff. Von besonderem Interesse sind hierbei die Ausführungen Omptedas in seinem Bericht an Münster vom 1. Oktober: „J'ai vu que c'était plutôt en cédant aux circonstances qu'en suivant sa propre conviction que le Comte Metternich a consenti à confier au Baron de Stein la direction des affaires dans les parties de l'Allemagne qui vont être occupées par les troupes alliées et qu'en général il regarde comme dangereuse pour les affaires de l'Allemagne l'influence d'un homme qu'il croit être trop imbu d'idées révolutionnaires et qu'il accuse d'avoir trop peu de ménagements et d'égards pour les princes et souverains dont il défend la cause."

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

an die commandirende Generale, die Erlassung eines Publicandi, wodurch die Einrichtung zur allgemeinen Kenntniss des Publicums gebracht wird, damit ich in Stande gesetzt werde, nach der Lausitz abzugehen und meine Zurückkunft nach dem Haupt Quartier zu beschleunigen. Ew. Excellenz äusserten die Meynung, meine Gegenwart sey dort nicht ganz unnütz, das wird wenigstens dadurch bewürkt, dass Sie einen treuen Gehülfen und einen wahren Schätzer, wie die Inschrift Kayser Josephs sagt, mehr in Ihrer Nähe haben.

Die Sächsische Legion, so der Kronprinz errichten will, müsste wenigstens in Uebereinstimmung mit denen Bewaffnungen, so man in Sachsen beabsichtet, gebracht werden, sonst entstehen Collisionen zwischen beyden Anstalten, man könnte mit dem Kronprinzen verabreden, dass, so wie die letzteren angefangen werden können, die erstere zu diesen stösst und sich mit ihnen vereinigt.

Der Kronprinz hat die Absicht, an die Spitze der Sächsischen Legion den Herzog Paul von Württemberg zu setzen, einen inconsequenten, unmoralischen Mann, der durch seine tolle zweckloose Handlungs Weise allen Anspruch auf Vertrauen verlohren hat. Dieses kann man nicht zulassen, und da H. Stewart das Geld zur ersten Bildung geben soll, so kann er den Vorschlag geradezu verwerfen — deshalb habe ich schon mit ihm gesprochen und ersuche Sie, ein gleiches zu thun. Diese beabsichtete Wahl und die geschehene des H. Crelingers [1]) beweisen keineswegs das Talent des Konprinzen, Menschen zu beurtheilen. —

Empfehlen Sie mich dem Staats Kanzler.

Münster an Stein — London, 28. September 1813

St. A.

Freude über die errungenen Siege. Fortgang des Krieges in Spanien. Wallmoden. Die deutsche Frage. Münster gegen eine unzeitige Einleitung von Friedensverhandlungen.

Ew. Excellenz haben vielleicht durch den Staats Canzler Freiherrn v. Hardenberg erfahren, dass ich die Ehre gehabt habe, Ihr Schreiben vom 23sten August vor etwa 8 Tagen zu erhalten, und dass ich ohne Zeitverlust bemüht gewesen bin, Ihre Absichten, soviel an mir lag, zu befördern. Ich finde, dass Graf Lieven zufrieden ist, bis auf den Punct des Rückzahlungstermins, mit dem aber, wie er mir sagt, der Baron Jacobi einverstanden gewesen ist — und der auch schwerlich anders zu beseitigen gewesen seyn würde, da er den ersten, von dort her gethanenen Vorschlägen angemessen bestimmt worden ist.

Recht herzlich wünsche ich Ew. Excellenz zu unsern frohen Aussichten Glück. Wie schön haben die Preussen die Spuren früherer Schmach ausgelöscht. Ich hoffe, wir werden im übrigen Teutschland einen ähnlichen Geist finden. Geben Sie mir nur bald Gelegenheit, denselben bey

[1]) Zum General-Intendanten der Nordarmee. Vgl. über ihn Bd. III. S. 421. Anm. 2.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

uns anzufachen. Das wäre auch des Ganzen wegen höchst wünschenswerth. Der Umstand, dass alle grossen Handels Städte in des Feindes Händen sind, macht jedes Geldgeschäft und das Uebersenden von Waffen und Kriegsbedürfnissen äusserst schwierig, und wir leben hier stets im Ungewissen und müssen uns behelfen, aus Französischen Bulletins das Wahre heraus zu speculiren, eine Arbeit, die oft schwache Ausbeute gewährt.

In Spanien gehen die Sachen gut. Ich hoffe, dass Pampelona Wellington nicht aufhalten wird, offensive Operationen gegen Frankreich anzufangen [1]). Ich begreife die Argumente nicht, durch welche man das Französische Gebiet als heilig erklären mögte. Selbst drüben scheint es, dass man beim Gedanken des Rheins von einer Art Hydrophobie ergriffen wird. Sollen unsere Teutschen Brüder jenseits stets Franzosen bleiben?

Mit Wallmoden ist man hier sehr zufrieden. Er soll auch jetzt, wie ich vernehme, ein Heer neu zu formirende Holländische Bataillons unter seine Fahnen erhalten. Mit Ungeduld erwarte ich, welche Modificationen Oesterreichs Beitritt den Teutschen Angelegenheiten geben wird. Ich hoffe, Hardenberg wird Ew. Excellenz meine darauf gerichtete Depesche vorgelegt haben [2])? Ompteda erhält den Auftrag, Ihnen die Antwort mitzuteilen, die ich dem Herzoge von Braunschweig auf eine Anfrage wegen der Organisation des Herzogthums Braunschweig gegeben habe [3]). Ew. Excellenz werden finden, dass sie ganz im Sinn der festgesetzten Grundsätze verfasst ist und dass ich nicht wünsche, kleine Duodez Souveraine für sich handeln zu lassen. Meine Antwort ist vom Prinz Regenten approbirt und von L. Castlereagh gesehen worden.

Ich hoffe, dass wir über die rohe Idee, einen Friedens Congress zu eröffnen, während wir uns raufen, glücklich hinweg kommen [4]). Er würde alles Auflodern einer gedeihlichen Flamme des Aufstandes, alles Uebertreten des Alliirten des Corsikaners hindern. Dann, wann wir die Punkte laut sagen können, die wir als Conditio sine qua non ansehen, dann mögen wir freylich zu unterhandeln anfangen.

---

[1]) In Spanien befanden sich die Engländer seit dem Sieg von Vittoria (s. oben S. 382) im Vordringen gegen die von Soult tapfer verteidigte französische Pyrenäengrenze. Am 31. August war die Festung San Sebastian im Sturm genommen worden, die Festung Pampelona fiel am 31. Oktober. Schon vorher hatte Wellington, wie Münster vermutete, mit dem Angriff gegen die stark befestigten Grenzstellungen Soults an der Bidassoa begonnen. Er bezwang sie Anfang November und betrat nach Ueberwindung zweier weiterer Stellungslinien Soults (an der Nivelle und an der Nive) im Dezember 1813 in der Gegend von Bayonne französischen Boden — seit 1795 der erste Gegner, der in Frankreich eindrang. Soult hielt sich hier tapfer gegen Wellington, bis er im Februar 1814 grosse Teile seiner Armee zur Verteidigung der Ostgrenze Frankreichs abgeben musste.

[2]) Nicht ermittelt. [3]) Nicht ermittelt.

[4]) Napoleon hatte nach der Schlacht von Dresden in aller Heimlichkeit versucht, Verhandlungen mit den Verbündeten aufzunehmen. S. Fournier, Der Congress von Châtillon, S. 4 ff.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Humboldt Prag, 1. Oktober 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht 30

Beiträge des Kurfürsten von Hessen zur allgemeinen Kriegskasse. Bevorstehende Abreise Steins aus Prag.

Bittet um baldigen Bescheid auf sein Schreiben vom 28. September wegen Reorganisation des Verwaltungsrats.

Veuillez dire à notre bon et brave chancelier d'Etat qui j'ai écrit une lettre adhortaloire à l'Electeur qui veut payer tout de suite 10 à 15000 écus, le reste de 90/m à 85/m dans peu. Si je touche la première somme, je désirerais être autorisé à les payer à M. de Stoessel [?], commissaire prussien pour les blessés, dont les caisses sont dans un état complet de transparence.

Dès ce que vous m'aurez rendu la vie par quelques morceaux de papier, je pars pour Bautzen, à moins que l'Empereur Napoléon ne s'y oppose, et de là j'irai vous rejoindre ibi ubi.

Alopaeus an Stein o. O., 20. September/2. October 1813

St. A.

Bildung des Landsturms in Mecklenburg. Patriotische Stimmung des Volkes. Landung englischer Truppen in Mecklenburg.

Der Landsturm im Mecklenburg-Schwerinschen ist unter der Leitung des Erb-Prinzen nunmehr so vollkommen organisiert, dass das ganze Land auftreten würde, wenn der Feind aufs neue versuchte, ins Mecklenburgische einzurücken .... 5000 Mann bewaffnet und militärisch organisiert sind von diesem Landsturm am 16./28. September nach Grevesmühlen aufgebrochen, ein sehr guter Geist zeigt sich nun endlich unter diesen Leuten, welcher durch die letzte Französische Invasion hauptsächlich entstanden ist.

Landung englischer Truppen in Rostock.

Humboldt an Stein Teplitz, 4. und 5. Oktober 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Gen. 1 1/2

Verzögerung des Abschlusses der Verhandlungen über die Neubildung des Verwaltungsrats. Humboldt gegen die beabsichtigte Reise Steins nach der Lausitz, hält Steins Anwesenheit im Hauptquartier für wichtiger. Die Verhandlungen mit Bayern. Metternich untergräbt Steins deutsche Verfassungspläne. Gentz.

Euer Exzellenz werden gewiss ungeheuer auf uns schmählen, aber der Kanzler und ich sind an allem unschuldig. Hier die .... [1]) Geschichte. Am Tage nach Ihrer unglücklichen Abreise [2]), die alles dies Uebel hervorgebracht hat, war meine Arbeit nebst meinem Protocoll, worin stand, dass Russland, Preussen und Oesterreich diese Convention approbirten, dass sie Sie zum Chef und Altenstein zum Suppléant wählen und dass

[1]) Unleserliches Wort.

[2]) S. oben S. 426. Anm. 4.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

sie Sie autorisirten, in den jetzt occupirten Theilen Sachsens von jetzt an zu beginnen, fertig und rein geschrieben. Ein Tag verging, ehe wir Metternichs habhaft werden konnten. Am folgenden Abend geschah es. Er billigte alles, nur wurde von Metternich und dem Kanzler beschlossen, die Sache noch dem Kaiser von Russland vorzulegen, um doch selbst seine eigene Meynung zu wissen, wie auch nicht unbillig war. Der Kanzler liess sich gleich am folgenden Tage anmelden, wurde aber auf den überfolgenden beschieden, sprach dann weitläufig über viele Dinge, wovon mündlich, mit dem Kaiser und trug auch diese Sache vor. Der Kaiser genehmigte alles, verlangte dann die Papiere, um sein approuvé dabei setzen (und [*sie*] zu behalten), es geschah. Seitdem arbeiten wir vergebens, sie zurückzubekommen [1]), und wie wenig Hoffnung dazu da ist, zeigt Ihnen die Inlage Nesselrodes [2]). Geht der Kaiser weg, ohne dass wir die Papiere bekommen, so ist es sehr schlimm, Metternichs Abreise schadet weniger, weil seine Unterschrift als schon geschehen angesehen werden kann. So steht es heute Abend, ich behalte Ihren Abgesandten hier, bis der Kaiser wirklich abgereist ist, und setze dann diesen Zeilen hinzu, was vielleicht noch geschieht. Sie sehen, beste Exzellenz, dass Sie hätten hier bleiben sollen. Das mit dem Kaiser wäre so nicht gekommen und die Sache, die sehr wichtig und dringend ist, wäre nun abgemacht.

Ueberhaupt bitte ich Sie herzlich, bleiben Sie bei uns. Meine herzliche Verehrung kennen Sie, die Gesinnungen des Kanzlers sind auch unverkennbar, wir denken mit Ihnen über die meisten Punkte einstimmig, aber Ihre Ideen, Ihr Anstoss, Ihr Feuer fehlen uns oft, und die Sache ist ja jetzt in ihrem prägnantesten Momente.

Mit Ihrer Reise bin ich gar nicht recht einig. Einmal glaube ich, müssen Sie, da doch ein Gouverneur Sachsen verwalten soll, diesem nicht eingreifen, sondern ihn nur nach Ihren Planen handeln lassen, nicht aber selbst handeln. Sie werden mir sagen, dass der Gouverneur jetzt nicht existirt. Aber Sie sind ja einverstanden mit Hardenberg über den, der eigentlich unter seinem Nahmen verwalten soll [3]). Diesen müssten Sie wenigstens mitnehmen, damit Einheit in die Sache komme. Aber die kleine Lausitz verdient diese Reise von Ihnen selbst nicht. Hier sind wichtigere Dinge, und hier fehlen Sie. Sie werden sagen, dass Sie hier müssig sind. Aber man arbeitet, man würkt nicht bloss, wenn man ein eigentliches Geschäft macht. Man würkt vielmehr durch Rede, discutiren,

---

[1]) Diese Papiere sind seitdem verloren. Vgl. darüber Gebhardt, W. v. Humboldt als Staatsmann II, S. 7, sowie Ompteda a. a. O. III, S. 218 ff.

[2]) Fehlt.

[3]) Wen Stein und Hardenberg ursprünglich für diesen Posten bestimmt hatten, lässt sich nicht mit Sicherheit ermitteln. Metternich hat jedenfalls aus Furcht vor einer Festsetzung Preussens die Ernennung des russischen Generalintendanten Fürsten Repnin durchgesetzt.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

rathen, tadeln u. s. f., und das können Sie so in unendlich höherem Grade als irgend einer, da Sie auch noch die Gabe des Witzes zur Diskussion mitbringen und jedem Ihrer Raisonnements auch das aus dem Gemüthe stammende Feuer Leben giebt.

Die Idee, im künftigen Tractat mit Bayern[1]) durch einen eigenen Artikel auf die künftige Verfassung Deutschlands vorzubereiten, hatten der Kanzler und ich weiter bearbeitet und den Artikel entworfen. Allein der Plan, ihn dem Bündnis einzuverleiben, fand bei Metternich keinen oder wenig Eingang und ist beim Kaiser Alexander in seinen mündlichen Unterredungen mit dem Kanzler gänzlich gescheitert. Auch davon mündlich. Der Kaiser Alexander ist zwar sehr für eine künftig zu schaffende Vereinigung, nicht aber für die vorläufige Erwähnung derselben. Auch darin bin ich seiner Meinung nicht, wenn man aber auch hier nachgeben muss, so ist desto ernster an die Zukunft zu denken. Allein über alles das recht viel und hoffentlich recht bald mündlich.

Gentz schreibt mir und freut sich sehr, dass ich Sie und ihn näher gebracht habe. Er gehört meines Bedünkens immer sehr zu den Menschen, die es wichtig ist, zu Rathe zu ziehen. Wo überhaupt Geistesgehalt und die wahre Richtung der Gesinnung ist, da ist es immer besser, nur an das Ausgleichen der sonstigen Verschiedenheiten zu denken.

5. October 1813

So weit hatte ich gestern in Erwartung günstigeren Erfolgs geschrieben. Heute ist geschehen, was Sie in des Kanzlers Briefen finden[2]), beste Exzellenz. Ich verstehe die Sache nicht und bedaure nur, dass Sie nicht blieben. Kabale ist darunter, vielleicht von Metternich, vielleicht aber auch nur von Nesselrodes Seite. Ich muss mit dem bei dem Kaiser Franz accreditirten corps diplomatique nach Saatz gehen, bleibe aber vermuthlich noch bis Freitag hier. Leben Sie innigst wohl.

Die Einlage[3]) empfehle ich zu s i c h e r e r Besorgung.

---

[1]) Vgl. oben S. 253. Bayern verhandelte seit dem Beginn des Herbstfeldzugs von neuem mit den Verbündeten und trat am 8. Oktober durch den Abschluss des Vertrages von Ried endgültig auf ihre Seite über. Der Verzicht der preussischen Unterhändler auf die ursprünglich vorgesehene Vertragsklausel, nach der sich Bayern hinsichtlich seiner staatlichen Stellung den künftigen Abmachungen über die Gestaltung eines deutschen Bundes unterwerfen sollte, bedeutet einen weiteren, sehr wesentlichen Triumph Metternichs über Steins deutsche Verfassungspläne, die durch die Anerkennung und Garantie der vollen Souveränität Bayerns einen entscheidenden Stoss erhielten. Vgl. über den Vertrag von Ried Ulmann a. a. O. II, S. 323 ff., sowie H. v. Srbik, Metternich I, S. 165 f., dort auch die weitere Spezialliteratur.

[2]) Der Brief Hardenbergs folgt nachstehend.

[3]) Fehlt.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Hardenberg an Stein Teplitz, 5. Oktober 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin, Rep. 114. VIII. Gen. 1 1/2

Verzögerung des Abschlusses der Verhandlungen über die Reorganisation des Verwaltungsrats infolge des Eingreifens von Metternich. Hardenberg wünscht Steins Rückkehr ins Hauptquartier. Crellinger.

Nous avons travaillé de notre mieux, Humboldt et moi, chère Excellence, pour finir l'affaire de l'administration des pays occupés. Après bien des longueurs, Metternich déclara, en nous remettant les papiers, qu'il les avait mis sous les yeux de son Empereur et qu'il était content de tout. Je m'empressai de demander une audience de l'Empereur Alexandre. Je l'obtins le 2, il me témoigna également son assentiment aux principes contenus dans la pièce que vous connaissez et surtout à tout ce qui vous regarde personnellement, mais il garda les papiers et me promit de me faire connaître finalement ses intentions. Humboldt et moi nous interpellâmes en vain Nesselrode hier au matin. L'Empereur partant aujourd'hui pour Comotau, je lui envoyai hier au soir Schoeler [1]) pour lui représenter l'urgence de sa décision et pour le prier en mon nom de me faire parvenir les pièces en question avec son approuvé avant son départ. Ce matin, il me fit savoir par ce général qu'il avait vu Metternich après moi et qu'il y avait encore quelques points à régler qui ne pourraient pas l'être avant le retour de ce ministre. Celui-ci va de Prague à Comotau. Nous ne suivrons que dans quelques jours. Voilà à quoi nous en sommes. Vous avez eu grand tort, chère Excellence, de retourner sans nécessité à Prague. Votre présence aurait été bien utile ici.

Permettez-moi de vous dire encore avec ma franchise accoutumée qu'un homme aussi respectable que vous à tant d'égards ne devrait jamais se laisser aller aux préventions. Je vois par vos lettres à Humboldt et à moi que vous en avez de fortes contre Crellinger [2]), l'intendant à l'armée du P[rince] Royal de Suède. Connaissant cet homme à fond, je puis vous assurer qu'elles sont fausses ....

Soyez sûr que nous ne manquerons pas de zèle ni d'activité pour pousser les affaires intéressantes dont il s'agit, mais venez travailler conjointement avec nous. Nous y gagnerons beaucoup.

Comptez surtout sur les sentiments de haute estime et d'amitié que je vous ai voués pour la vie.

---

[1]) Ausserordentlicher Gesandter Preussens beim Zaren (S. Bd. II), der das besondere Vertrauen Alexanders und Friedrich Wilhelms III. besass. Er begleitete den Zaren im Feldzug von 1813/14 und nahm bei ihm die Interessen Preussens wahr.

[2]) S. oben S. 424. Anm. 1.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Münster an Stein London, 8. Oktober 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Carl vom Stein. C 8

Die deutsche Frage. Oesterreichs Ablehnung der Kaiserwürde. Die Souveränität der Einzelstaaten. Haltung Englands und Hannovers. Münsters Plan einer Reise nach Deutschland. Gagern. Wallmodens Sieg bei Dannenberg. Haltung des Kronprinzen von Schweden. Münster befürwortet die Annexion der auf dem linken Rheinufer befindlichen ehemals deutschen Gebiete.

Ew. Excellenz aus Reichenbach abgelassene Briefe habe ich längst zu beantworten die Ehre gehabt [1]). Durch einen von Wessenberg am 28. September abgeschickten Courier habe ich Ihnen für Ihr durch den Canzler Hardenberg befördertes Schreiben gedankt [2]). Erst gestern habe ich das vom 10. September [3]) datirte erhalten.

Im Ganzen gehen doch unsere Sachen gut. Dass manches besser gehen könnte, ist eben so gewiss als es wünschenswerth seyn würde. Der Mangel liegt in der Natur der Sache, in einer Coalition. Erinnern Sie sich der Xenien von Schiller: „Einzeln ist jeder klug genug, setzt sie zusammen, gleich wird ein Dummkopf daraus!"

Das Wichtigste für uns sollte Teutschland seyn. Ich finde nicht, dass unsere Sache dort, im Rücken des Feindes, mit der Lebhaftigkeit aufgenommen wird, die sie erregen sollte. Ich glaube, der Fehler liegt in einem Mangel bestimmter Erklärungen über das künftige Schicksal Teutschlands. Die Fürsten sind anfangs durch manche Aeusserungen abgeschreckt worden, und diese Fürsten halten ihre Unterthanen zurück, sich als Teutsche zu zeigen. Jetzt droht den Unterthanen eine andere Gefahr — Oesterreich scheint die Kaiserwürde nicht zu wollen! [4]) Das hat selbst Metternich an Aberdeen [5]) gesagt. Man glaubt im Wiener Cabinet, die Teutschen Fürsten zu gewinnen, indem man ihnen ihre von Bonaparte gegebenen Provinzen und besonders ihre Souverainität zu lassen verspricht. Man bedenkt dabey die Unsicherheit der Existenz nicht, die alle diese Rheinbunds Fürsten dem Winke Bonapartes unterwarf, und nicht, dass alle ihre Besitzungen nur in ihren Händen waren, um dem Feinde zu dienen und das Gehässige der Erpressungen auf die Fürsten zu wälzen. — Kann es einen vernünftigen Fürsten geben, der nicht die limitirten Hoheitsrechte der Teutschen Conföderation dem

[1]) S. oben S. 417. Anm. 2. [2]) S. oben S. 424 f.

[3]) Gemeint ist wohl das Schreiben vom 16. September (oben S. 417 f.). Ein Brief Steins an Münster vom 10. September liegt nicht vor.

[4]) Über die Haltung Metternichs und des Kaisers Franz in der deutschen Kaiserfrage s. H. von Srbik, Metternich I, S. 194 f.

[5]) George Hamilton Earl of Aberdeen (1784—1860). Er war bis 1813 vorwiegend in der Innenpolitik Schottlands tätig, wurde im August 1813 in besonderer diplomatischer Mission nach Oesterreich gesandt, Ende September ausserordentlicher Gesandter Englands am Wiener Hof und unterzeichnete in dieser Eigenschaft den Bündnisvertrag Englands mit Oesterreich vom 3. Oktober 1813. Zusammen mit Cathcart und Stewart vertrat er die Interessen Englands auf dem Congress von Châtillon.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nichtigen Titel einer unter Bonapartes Tyranney stehenden sogenannten Souverainität vorzöge? Das Schicksal der Teutschen würde höchst zu beklagen seyn, wenn sie künftig dem Willen kleiner Despoten unterworfen seyn sollten. Beim gänzlichen Ruin der Finanzen in den mehrsten Ländern würde ihr Loos beklagenswerth seyn. Ich habe das Glück, unter einem Herrn zu stehen, der selbst die Art der Souveränität nicht will: sollte sie für das arme Teutschland beliebt werden, so wäre ich bereit, mich auf die Seite der Revolutionärs zu schlagen.

Ew. Excellenz verlangen, meine Meynung über die Teutschen Angelegenheiten zu wissen. Sie ist Ihnen aus meinen früheren Briefen und Memoires bekannt. Ich kann sie aus Ueberzeugung nicht ändern und weil der Prinz Regent von jener Meynung nicht abgehen zu müssen glaubt. Als Beweis, wie gern man sich von unserer Seite Modificationen gefallen lassen wird, darf ich zwey Aufsätze anführen, die Ew. Exc. durch den Grafen Hardenberg und durch Ompteda mitgetheilt seyn werden, ich meine einen Befehl für den ersten, sich mit dem Grafen Metternich über die Teutschen Angelegenheiten in Communication zu setzen, und eine Antwort an den Herzog von Braunschweig, worin ich ihn ganz auf die in Rücksicht des Verwaltungs Raths angenommenen Grundsätze zu verweisen authorisirt war.

Ich bin ganz Ew. Excellenz Meinung, dass wir der Kaiserwürde Werth und Gewicht beylegen müssen. Wir können die geistlichen Staaten nicht herstellen, die ihr Einfluss gaben. Warum sollte aber nicht ein grösseres Gewicht durch eine militairische Einrichtung des Reiches hervorgebracht werden können? Was liegt denn ausserordentliches in dem Gedanken einer permanenten Reichs Armee, die unter kaiserlichem Oberbefehl eine Reihe zu errichtender Reichs Vestungen und Reichs Städte besetzen könnte. Eine solche Einrichtung allein würde Intriguen der Stände mit fremden Mächten verhindern.

Ich werde von neuem das Englische Ministerium treiben, die Teutschen Angelegenheiten zu befördern. Eigentlich sollte wohl der Antrieb von dort her erfolgen. Können Ew. Excellenz denn nicht den Kaiser Alexander veranlassen, mit Preussen auf bestimmte Puncte zu kommen, und kann Stadion nicht auf seinen Kaiser würken, damit er die Wichtigkeit dieses Gegenstandes einsehe? Ich kann mir leicht Bündnisse unter den bleibenden Teutschen Staaten denken, die auch ohne Kaiserwürde eine Art der Consistenz erlangen würden. Bey dergleichen Vereinigungen würden aber die Fürsten allein die contrahirenden Theile seyn und die Unterthanen blosse Sclaven werden.

Ich hoffe noch immer, dass das linke Elbufer vor dem Winter frey werden, und dass dieses mir einen bestimmten Zweck darbiethen werde, um mein Herübergehen nach Teutschland zu bewerkstelligen. In diesem Falle würde ich gern suchen, zu Ihnen zu kommen, um mich mit Ew. Excellenz weiter zu besprechen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Bremer ist avertirt, sich reisefertig zu halten, wenn Sie seiner zum Central Rath bedürfen werden. Diesen Brief gebe ich dem Herrn von Gagern [1]) mit, dessen Ansichten mit den meinigen in den mehrsten Puncten übereinstimmen. Er scheint grosse Hoffnungen auf Bayern zu setzen. Mir sieht es aus, als wolle man sich nur an die Parthei des Stärkeren schliessen. Wenn nur M[etternich] die Bayern nicht eben so wie Murat [2]) durch die Finger gehen lässt.

In Italien wird Beauharnais bald stark werden [3]), wenn man das Volk nicht gegen ihn aufreizt. . . . .

Wallmodens Sieg über die Franzosen bei Dannenberg [4]) hat mir grosse Freude gemacht. Leider höre ich, dass er und Dörnberg sich beide zu sehr exponirt haben. Ich hoffe, diese Affaire wird Wallmoden besser mit dem P[rinzen] v[on] S[chweden] setzen, letzterer scheint des arrières pensées zu haben. Er wirbt jetzt Sachsen, die nur bis an den Rhein dienen sollen. Können wir so weit kommen, warum soll denn der Teutsche Rhein uns eine Hydrophobie einjagen? Warum sollen Teutsche Lande nicht wieder Teutsch werden? Da liessen sich der Schadloshaltungen viele finden. Leider finde ich selbst im Tractat zwischen Oesterreich, Russland und Preussen den Rhein als das non plus ultra unserer Wünsche angegeben!

---

[1]) Gagern reiste in den nächsten Tagen nach dem Festland ab und setzte sich noch unterwegs mit Stein in Verbindung, s. unten S. 434ff.

[2]) Murat hatte in seiner Eigenschaft als König von Neapel schon im März 1813 den Versuch einer Annäherung an Oesterreich unternommen. Er wiederholte ihn im August. S. Luckwald a. a. O. S. 201 ff.

[3]) Beauharnais war nach seinem wenig erfolgreichen Feldzug in Norddeutschland (Januar bis April 1813) von Napoleon mit der Verteidigung des Königreichs Italien beauftragt worden.

[4]) Am 16. September 1813 — der einzige grössere Erfolg, der dem Corps Wallmodens in diesem Feldzug beschieden war. Wallmoden stand in Mecklenburg gegen den nach Ablauf des Waffenstillstands aus Hamburg vorstossenden Davoust. Dieser besetzte am 23. August Schwerin und ging von dort, nachdem der Angriff Oudinots auf Berlin bei Grossbeeren am 23. August gescheitert war, Anfang September nach Ratzeburg zurück. Hier bezog er eine fast unangreifbare Stellung, in der Wallmoden ihm nicht beikommen konnte. Zur Sicherung seiner durch die Parteigänger der Nordarmee gestörten Verbindungen mit Magdeburg und zur Säuberung des linken Elbufers entsandte Davoust den General Pécheux, den Wallmoden bei Dannenberg angriff und zu vernichten suchte. Das Unternehmen gelang trotz überlegener Streitkräfte nur teilweise, Pécheux wurde zwar zum Rückzuge gezwungen, konnte diesen aber in guter Ordnung ausführen. Trotzdem war der moralische Eindruck des Sieges stark, und das linke Elbufer blieb auch fernerhin für die Streifzüge der Parteigänger der Nordarmee offen.

Davoust verliess seine Stellung bei Ratzeburg erst nach der Schlacht bei Leipzig und ging nach Hamburg zurück, wo er sich bis zum Ende des Krieges hielt. Wallmodens Corps wurde nicht zur Belagerung Hamburgs, sondern zunächst zum Feldzug gegen Dänemark verwandt (bis Januar 1814), Teile desselben haben später noch am Feldzug in Frankreich teilgenommen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Frau vom Stein Laun, 9. Oktober 1813
St. A.

Reise ins Hauptquartier.

.... Je pars aujourd'hui pour Comotau, peut-être pour Rothenhaus. *Grüsse an Bekannte.* Assurez Gentz que je suis parfaitement satisfait de ses explications et mortifié de ne l'avoir vu à 7 heures.

Stein an Frau vom Stein Rothenhaus bei Comotau, 12. Oktober 1813
St. A.

Erwartung der weiteren militärischen Ereignisse. Vorgefühl grosser Entscheidungen. Die moralische und physische Unterlegenheit der französischen Truppen. Beschreibung seines Quartiers. Sehnsucht nach Ruhe. Freude über die Bedrängnis des westfälischen Hofes in Cassel.

Me voici encore ici, ma chère amie, à une petite lieue de Comotau, dans l'attente des événements qui doivent avoir lieu ... et dans l'espérance queles quartiers généraux vont se réunir, ils sont maintenant très dispersés, celui du Roi de Prusse près de l'armée de Bennigsen entre Dresde et Freiberg et celui de l'Empereur François ici. — Je compte partir demain pour Marienberg et aller même plus loin, selon les circonstances qu'il est impossible de prévoir. Il est très vraisemblable que la Saxe sera bientôt évacuée par Napoléon — l'accession de la Bavière facilitera les opérations sur le Main et en Franconie et hâtera le débacle des Français qui ne peuvent plus soutenir les forces moralement et physiquement trop supérieures des armées alliées, si même on met en ligne de calcul la prépondérance des talents militaires de Napoléon.
N'ayant point pu trouver un quartier dans la petite ville de Comotau, on m'en a assigné un ici qui en est éloigné d'une lieue; la situation est belle, le château est placé sur une hauteur. .... Je jouis ici d'une solitude et d'une tranquillité parfaite que je serai bientôt obligé d'abandonner avec bien des regrets et avec l'espérance de voir enfin terminée cette vie inquiète et nomade que j'ai menée pendant ma vie durante et de pouvoir jouir d'une tranquillité bien désirable à mon âge.
Je suis très content de mon compagnon de voyage, le Colonel Carlowitz, c'est un homme de beaucoup de sens, très instruit et parfaitement bien pensant — cette dernière qualité se trouve rarement parmi les Saxons.
J'aimerais bien d'être à Cassel et voir les figures allongées et ridicules de tous ces misérables qui se sont attachés à ce pitoyable Roi Jérôme et qui ont pris une part active dans la farce que ce petit faquin immoral a jouée [1]).

[1]) Die Schwäche und Hohlheit der westfälischen Herrschaft war wenige Tage vorher durch eine ausserordentlich glückliche Expedition Tschernitscheffs vor aller Welt enthüllt worden. Tschernitscheff hatte nach der Schlacht bei Dennewitz in einem kühnen Streifzug durch das Königreich Westfalen am 20. Oktober Cassel überfallen und dort eine reiche Beute gemacht (unter anderem die Staatskasse mit 70 000 Talern). König Jérôme

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Gagern an Stein — Gothenburg, 16. Oktober 1813

Nach Gagern „Mein Anteil an der Politik", IV. S. 35.

Rät zu raschem Vorwärtsdrängen in der deutschen Frage. Kritik an der bisherigen Zusammensetzung des Verwaltungsrats. Dessen vorbereitende Aufgaben für die Lösung der deutschen Frage.

Aus dem Datum ersehen Ew. Exzellenz, wie schnell wir gesegelt sind. Den Sturm, der hier Schiffe zertrümmert hat, haben wir jedoch noch vor Thorschluss in vollem Masse genossen, und auf der See leide ich ohne Wechsel noch Nachlass wie ein armer Sünder.

In diesen langen schlaflosen Nächten hatte ich indessen alle Musse, vieles zu überlegen und mich auf alle Seiten hin und her zu wälzen. Sie waren vorzüglich meinem Sinn gegenwärtig, und in Verbindung damit die letzte Steinische Frage: Was denn nun?

Nach meiner besten Ueberlegung weiss ich keine bessre Antwort als:

n u r r a s c h u n d k ü h n v o r w ä r t s;

vieles wird dann unverhofft von selbst kommen, und selbst das lange Zweifeln setzt uns herab. Die erste Form ist in der That ziemlich gleichgültig, wenn nur alsbald ein entschlossener, verständiger Sinn hervorgeht.

Wenn Oesterreich so zaudert, so ist es entweder, um nicht noch einmal das Risiko einer Abdikation zu laufen, oder um bessere Bedingungen sich zu verschaffen, oder endlich aus Unbehülflichkeit und Nichtwissen, wie die Sache anzugreifen sey. In jeder dieser Unterstellungen ist es um so nöthiger, in das Mittel zu treten. Alsdann hat offenbar der Verwaltungsrath zwei grosse Zwecke, die gegenwärtige Anstrengung und die künftige Staats Einrichtung.

Meine Meinung oder die Zergliederung dieser seiner Funktionen vielleicht schon von Ystadt aus [1]).

Bei der bisherigen Form habe ich nur zwei wesentliche Dinge auszusetzen, und es ist mir leid, mit Ew. Exzellenz darüber nicht umständlicher conferirt zu haben.

1) Ist mir zu viel Russisches in der Initiative, welche Firma und Einmischung à la longue nicht besser seyn wird als die Französische; und

2) finde ich es zu hart und anmassend, angesehene Stände mit 300 bis 400 000 Seelen, wie Mecklenburg, von einer Viril Stimme auszuschliessen

war am 28. September auf die Nachricht von dem Herannahen Tschernitscheffs geflohen, die französischen und westfälischen Truppen, die gegen Tschernitscheff ausgesandt wurden, lösten sich grösstenteils auf, und nur der französische Gouverneur von Cassel, General Aix, leistete mit einigen hundert Mann einen kurzen tapferen Widerstand. Tschernitscheff zog am 4. Oktober wieder ab und erreichte mit seiner Beute unbehelligt die Nordarmee. Jérôme kam am 16. Oktober aus Coblenz noch einmal in seine Hauptstadt zurück, die er schon am 26. Oktober für immer räumen musste. S. Goecke-Ilgen, Das Königreich Westfalen, S. 266 ff.

[1]) S. den folgenden Brief.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

und sie zu nöthigen, auf mich zu compromittiren. Meine Ueberzeugung wird mich immer dahin führen, auch gegen meinen persönlichen Vortheil zu sprechen.
Alsobald, wenn angesehene befreite Stände den Deutschen Rath componiren und ihn folglich gut heissen, kann er auch als solcher handeln. Er verhält sich zu den Rheinischen Conföderirten wie in der Schweiz die bei Bergstürzen Uebriggebliebenen und Geretteten zu den Verschütteten. Kein Mensch hat bezweifelt, dass jene befugt waren, die andern wieder heraus zu graben. Zweifeln Sie an der allgemeinen Stimme und dem Beifall der Nation??
Im Namen dieser Nation oder dieses Reiches, wenn Sie wollen, ist zu handeln, und vor Allem, Unabhängigkeit und Einheit zu proklamiren! Wehe dann den Abtrünnigen!
Ich weiss nicht, ob ich mich überall werde deutlich ausgedrückt haben. Wo nicht, so schreiben Sie es dem Rausch — aber nicht des Weines, der hier nicht ist, sondern des bitterbösen Wassers und des Orkans zu.

Gagern an Stein Ystadt, 21. Oktober 1813

Nach Gagern, „Mein Anteil an der Politik". IV. S. 38 ff.

Vorschläge für die Neugestaltung der deutschen Verfassung.

Ich erfülle meinen von Gothenburg aus angekündigten Vorsatz. Die Zeitungen, die ich hier finde, verkündigen uns eine Reihe in einander greifender Vortheile, so, dass der Feind im Begriff war, Dresden zu verlassen. Der Oesterreichisch-Russische Defensiv Traktat bewährt übrigens, dass Franz sich nicht in Germanien, sondern nur Kaiser von Oesterreich nennt. Ja, der Graf Metternich ist noch dort Grand-Aigle de la Légion d'Honneur.
In der Unterstellung also, dass alles in Deutschland noch neu zu schaffen sey, gehe ich von folgenden Präliminar-Ideen aus, die Ew. Excellenz selbst entweder früher gefasst oder gebilligt haben.
1) Die Deutschen Fürsten bleiben in ihrer Wesenheit;
2) sie können aber nicht allein bestehen, sondern bedürfen eines Föderativ-Bundes;
3) dieser Bund muss eine oberste Leitung haben, ein Centrum, eine Zusammenkunft;
4) mitten unter dem Druck der Zeit wurde die Stimme, die Anrufung der Freiheit doch täglich lauter. Allen Ständen und ganz Europa liegt aber daran, dass das eine vernünftige, geregelte, verfassungsmässige Freiheit sey. Da wir als ein solcher Föderativ-Staat dem grossen England nicht nachahmen können, so müssen wir das auf uns Anwendbare adoptiren, etwa dem ähnlich, was in Nord-Amerika oder der Schweiz praktisch ist;
5) eine solche Zentralbehörde schliesst die innere Einrichtung der ein-

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

zelnen Stände und Eidgenossen nicht aus. Sie lässt jede Mannichfaltigkeit zu. Also gehe ich jetzt zu dieser praktischen Anwendung über.
Das Daseyn eines solchen Verwaltungsrathes brauchen wir nicht erst zu finden und zu schaffen; es ist da und zugegeben. Nur vor allen Dingen lassen Sie uns höflich trachten, dass er nicht ein Russischer sey. Alle Dankbarkeit, aber keine Abhängigkeit! Gewisse Besorgnisse verbieten auch, dass es nicht ein Preussischer sey, würde auch die Krone Preussens der angesehenste Theilhaber.
Darum ist Hannover ein so bequemer Sitz und Mittelpunkt in jeder Hinsicht; und alles muss so berechnet werden, dass Preussen d a r i n und d a r a u s seyn kann.

A. Der Name.

Der Deutsche Bund, der grosse Deutsche Rath, die Repräsentanten der Deutschen Nation unter ihren Fürsten und Obrigkeiten.

B. Die Form.

Also eine collegialische, componirt durch die Sendungen und Vollmachten der Verbündeten. Aber unter einem Praesidio, gleich dem Landammann der Schweiz oder dem Präsidenten zu Washington. Es ist ein Erfahrungssatz, dass die Haltung, Führung und Beseelung eines Collegii vom Nachdruck und Nerf seines Praesidii abhängt.

C. Die Person.

Es ist ein Vortheil, dass auch diese im Minister Freiherrn vom Stein schon gefunden ist. Er ist also schon angeordnet und gleichsam im Besitz. Er hat auch das erste Verdienst, den ersten Anspruch, indem er unstreitig den Preussischen Nationalhass am meisten angefacht und Russland und Preussen hernach in Accord gebracht hat. Sein Talent, sein scharfer Verstand sind auch nicht zu bezweifeln.

D. Die Würde, Titel und Dauer.

Die Würde, der innere Gehalt wird am sichersten durch den Erfolg bestimmt und gleichsam geheiliget werden. — Der Titel ist an sich gleichgültig, am Besten einfach und aus der alten Deutschen Sprache genommen, z. B. der Gewalthaber, der Deutschmeister, der Grossvorsteher, der Lagmann (das alte nordische Wort für Mann des Gesetzes). — Das Officium einjährig oder zweyjährig, hernach Erneuerung durch Wahl. Vielleicht schon jetzt ein Vicepräsidium, und Ihr Verstand und Herz sagt Ihnen, dass ich Sie damit meine. — Die Untersuchung der Führung nach abgelegtem Amt, Besoldung, Belohnung, verbleibende Familienvortheile sind Dinge zweiter Ordnung, eben so manch anderes Detail, denn ich berühre nur das Wesentliche und Unumgängliche.

E. Die Stimmen, ihre Anzahl und Gewicht.

Das ist möglich nach einer Basis der Population zu 10 000 oder 25 000 Seelen, so, dass der Deputirte eines Landes von 100 000 zehn oder vier

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stimmen vertreten und zählen lasse. Besseren Vorschlägen will ich sehr gerne beitreten.

F. Nun der Zweck oder der Wirkungskreis.
Nicht sowohl systematisch, auch nicht erschöpfend als blos indikatif. Jeder dieser Punkte ist eines besonderen Commentars fähig.
1) Die mögliche Einheit im Reich Deutscher Nation.
2) Die heilige und stete Sorge für Unabhängigkeit.
3) Die Zusammenhaltung und Ausbreitung des Bundes, also die neuen Admissionen.
4) Das Recht des Krieges und Friedens und der Commerztraktaten für diese Allgemeinheit. Prüfung und Billigung der besonderen, einzelnen Föderirten.
5) Die Kräfte des Bundes auszumitteln und die Proportionen der Leistungen und Beiträge zu finden.
6) Die Anordnung, Prüfung und Bewachung der Defensions-Anstalten.
7) Die Zwiste im Innern zu schlichten.
8) Die Bewahrung der Nationalfreiheiten, des Glaubens, der Presse, des Handels, des Transits, des Brief-Heiligthums.
9) Die Prüfung, Billigung und Manutenenz der einzelnen Staaten-Einrichtungen.
10) Die hohe Polizei in Absicht auf Religion und Sittlichkeit — auf die Abhaltung grosser Seuchen und der Hungersnoth, auf das Ineinandergreifen des Postwesens, des Münzfusses.
11) Verpönung und Ahndung der Bundbrüchigkeit.
12) Die National-Belohnungen.
13) Allmählich vielleicht der Entwurf und die Adoption allgemeiner Gesetzbücher.
14) Und warum nicht die Verfügung über herrenlose Deutsche Länder — wenigstens ein grosses Wort, wenn über ihr Schicksal zu entscheiden ist. Ich will jetzt Berg und Aschaffenburg bloss nennen. Jede fremde Macht hat bei uns weder zu erobern, noch zu gebieten!!
15) Der Bundesschatz, sey er, welcher er wolle!
Jede Maschine bringt es so mit sich, dass die Fasson bezahlt werde. Aber diese Ausgaben werden für die Allgemeinheit weder erheblich noch lästig seyn, wo weder Heere, noch Flotten, noch Landesverwaltung und Kirchen zu erhalten sind. Eben deswegen wird eine solche Anstalt keine andere Ministerien bedürfen als den Staatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten und eine auserlesene Adjudantur. Ungeachtet dieses klar an sich ist, so beziehe ich mich doch des Beispiels wegen auf die Schweiz, wo eben das Statt hat. Es reducirten sich also die Ausgaben auf
a) den Sold des Praesidii und der Abgeordneten. — Würden die Letzteren nicht lieber von jedem abordnenden Staate bezahlt?

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

b) auf die Kosten dieser Ministerien und Bureaux;
c) auf Missionen;
d) voraussichtlich auf Beiträge zum Festungsbau, wo er den Einzelnen zu schwer wird, und
e) National-Belohnungen.

Unter diesen Belohnungen verstehe ich, wenn der Gesammtheit, dem allgemeinen Vaterlande grosse Dienste geleistet werden. Ich will z. B. nur die Wallmoden und Dörnberg nennen. Aber warum nicht auch die Fremden, die Barclay, die Tschernitscheff! Wir sehen dasselbige täglich in Spanien und Portugal so geschehen.

Einen andern Zusammenhang der Ideen in diesem jetzt so rohen und verworrenen Zustand weiss ich nicht heraus zu bringen.

Der Verwaltungsrath muss etwas Aehnliches werden und bezwecken, sonst ist er wohl ein Werkzeug der Unterdrückung oder eine blosse Intendanz der Armeen. Besteht er von Gottes und Alexanders Gnaden; bewahre derselbige Gott, dass ich etwas wollte damit zu schaffen haben.

Die meisten Punkte haben wir durchsprochen, sie scheinen mir unumgänglich und zusammenhängend. Indessen bessern Sie, ergänzen Sie, löschen Sie aus. Hartnäckigkeit und Sucht der Systeme ist wahrlich nicht in meinem Sinn. Hannover im Vorgrund, wer wird uns wehren? wer vermag, eine böse Absicht vorzuwerfen? wie anders durch die Klippen fremder Herrschaft, der Despoten, der Anarchie und Demagogie herzhaft hindurchsteuern?

Nun lassen Sie mich noch einen Blick auf die wahrscheinlichen Glieder dieses Vereines werfen. 1) Hannover, 2) Braunschweig, 3) Hessen-Cassel, 4) Anhalt, 5) Schwedisch-Pommern, 6) Mecklenburg, 7) Nassau, 8) Darmstadt, 9) Würzburg, 10) Baden, 11) die Sächsischen Herzogthümer. Dann die Reichsstädte. Später 12) Bayern, 13) Württemberg, 14) Berg und 15) Chursachsen, wem es auch gehören mag, 16) Holstein. Endlich Preussen, wenn es will.

Dann vielleicht die Schweiz und die Niederlande.

Solchen Ideen Ingress zu verschaffen wird mir voraussichtlich nicht schwer fallen bey:

Cassel, Darmstadt, Mecklenburg, Nassau, Baden, Anhalt, den Sächsischen Herzogthümern und den freien Städten. Auch in der Schweiz kann ich solchen Faden anspinnen.

Ew. Excellenz oder andre würden bei Preussen, Schwedisch-Pommern, Würzburg, Bayern, Württemberg, Sachsen, Holstein die Propositionen machen.

Jede Ordnung, auch nur unvollständig, ist besser als dieses Chaos. Lassen Sie uns unser Vaterland nicht verlassen. Sey die erste Struktur sehr einfach, die Verzierung wird nachkommen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Frau vom Stein Leipzig, 21. Oktober 1813
St. A.

Die Schlacht von Leipzig.

Enfin, ma chère amie, on ose se livrer au sentiment du bonheur. Napoléon est battu, en déroute, on le pousse sur la rive gauche du Rhin, et l'armée austro-bavaroise l'attaquera encore avant son passage [1]) — c'est le résultat des combats sanglants et glorieux du 14 [2]), 16, 18, 19 d'octobre — voilà donc l'édifice monstrueux cimenté par le sang et les pleurs de tant de milliers, établi par la tyrannie la plus absurde et la plus atroce, renversé, on ose proclamer d'un bout de l'Allemagne à l'autre que Napoléon est un scélérat et l'ennemi du genre humain, que les fers honteux dans lesquels il a tenu notre patrie sont brisés et que l'ignominie dont il nous a couverts est lavée dans des torrents de sang français. Nous devons ces grands résultats à la constance et au noble courage que l'Empereur Alexandre a déployé dans la grande crise de l'année passée, à l'héroique dévouement de sa nation, à la modération et à l'esprit de justice et de modération qu'il a déployé dans toutes ses transactions avec les puissances qu'il a invitées à joindre leurs efforts aux siens, au dévouement et à l'énergie que la Prusse a montrée depuis qu'elle est entrée en lieu, à l'esprit d'indignation et de haine contre l'oppresseur qui s'est manifesté de tout côté. La Providence est justifiée durch das grosse Gericht, das sie über das Ungeheuer ergehen liess, seine Verstockung hat ihn zu politischen und militairischen Tollheiten verleitet, die seinen Fall beschleunigt [*haben*] und ihn zum Gespött des Volks herabwürdigen.

Wir verdanken diese grosse Resultate nicht denen elenden Entschlüssen feyger Staatsmänner, elender Fürsten, sie sind hervorgebracht durch zwey blutige, thatenvolle, lorbeer und thränenreiche Feldzüge — durch viele blutige Schlachten, und bey Lützen [3]), Bautzen, Teltow [4]), Dresden, Katzbach, Kulm, Dennewitz, Leipzig wurde der Saamen gestreut zu der schönen Ernte, die uns erwartet, und deren Ertrag wir mit Frömmigkeit, Dankbarkeit gegen die Vorsehung und Mässigung jetzt geniessen dürfen.

Abschiedsgrüsse.

Les puissances alliées m'ont donné l'administration générale des pays occupés. — Repnin est nommé gouverneur de la Saxe .... je pars dès ce que les armées auront atteint Francfort, en 15 jours.

[1]) Dieser Angriff erfolgte am 30. Oktober bei Hanau und endete mit der Niederlage des neuen Verbündeten unter dem General Wrede.
[2]) Am 14. Oktober fanden sehr heftige Erkundungsgefechte bei Liebertwolkwitz statt.
[3]) Gross-Görschen.
[4]) Gemeint sind die Treffen von Grossbeeren und Hagelsberg.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Konvention von Leipzig betr. die Verwaltung der eroberten Länder

Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, Bd. III. Leipzig, 9./21. Oktober 1813

Neubildung des Verwaltungsrats unter dem Vorsitz Steins. Seine Aufgaben und Befugnisse.

Les armées combinées ayant occupé une partie de la Saxe et étant à la veille d'entrer en d'autres provinces de l'Allemagne, les souverains alliés ont jugé nécessaire de se concerter sur le mode d'après lequel les pays occupés par leurs troupes doivent être administrés au plus grand avantage de la cause commune.

A cet effet

S. M. l'Empereur de Russie
S. M. l'Empereur d'Autriche
S. M. le Roi de Prusse
S. M. le Roi de la Grande Bretagne
S. M. le Roi de Suede

lesquels, en suivant les sentiments de modération et de justice qui caractérisent si éminemment les souverains alliés et considérant que la guerre actuelle exige la réunion de toutes les forces disponibles, qu'il est par conséquent d'une nécessité absolue de faire contribuer tous les pays occupés aux frais de la guerre et donner à chacun une organisation militaire la plus conforme au soutien de la cause générale, double but qui ne saurait être atteint sans un point central destiné à diriger d'après les mêmes principes l'administration temporaire de tous les pays occupés, ont jugé que les mesures suivantes arrêtées à l'unanimité rempliraient le mieux les intentions bienfaisantes des souverains alliés.

1. Il sera établi un Département Central d'Administration temporaire qui sera muni des pouvoirs de toutes les puissances alliées.
2. L'autorité de ce département s'étendra sur tous les pays occupés qui par les événements de la guerre se trouveront momentanément sans souverain ou dont le souverain n'aura pas accédé à l'alliance contre l'ennemi commun.
3. Quant aux pays dont les princes deviendront alliés des puissances, il dépendra des traités à conclure avec eux de régler en combien le département central pourra s'immiscer dans l'administration.
4. Ce cas venant à avoir lieu, un agent dépendant du département central serait placé auprès de ces princes.
5. Les provinces autrichiennes, prussiennes, hanovriennes et suédoises qui, avant l'année 1805, appartenaient aux puissances actuellement alliées, resteront exemptes de l'influence du département central.

Le Grand Duché de Wurzbourg, comme possession de seconde géniture de la maison d'Autriche, jouira du même privilège.

6. Ce département exercera ses fonctions dans les provinces occupées moyennant des gouverneurs qui dépendront de ses ordres.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

7. La direction du Département Central devant être confiée à un ministre sur le choix duquel les souverains alliés conviendront ensemble, ils ont nommé à cet effet Mr. le Baron de Stein.
8. Il dirigera son département uniquement sous sa propre responsabilité, et il pourra en conséquence établir à son choix les bureaux qui lui seront nécessaires.
9. Le département central dépendant de toutes les puissances alliées, il sera tenu de prendre leurs ordres dans les cas qui ne seraient point prévus dans l'instruction générale qui sera rédigée [1]) et de leur rendre compte de son administration.
10. Les cours alliées s'engagent à déléguer chacune un agent suffisamment autorisé pour délibérer et décider sur tous les objets relatifs à l'administration des pays occupés.
Pour réunir ces divers délégués au quartier général de LL. MM. l'Empereur de Russie, l'Empereur d'Autriche, le Roi de Prusse, les souverains qui ne s'y trouveront pas en personne promettent de munir de leurs pleins pouvoirs un de leurs ministres accrédités près de LL. MM. afin que la marche des affaires soit simplifiée et accélérée autant que possible et qu'elle ne puisse souffrir aucun retard par défaut d'instruction.
11. Ces délégués formeront un conseil dont le Doyen sera le président. Le chef du Département Central lui adressera ses rapports et recevra de lui les réponses.
12. Les attributions principales du dit département seront
1) de nommer les gouverneurs des pays occupés et les conseillers qui leur seront adjoints [2]).
Il nommera également les agents auprès des princes qui ont accédé à l'alliance dans le cas prévu par l'art. 4 [3]). Il indiquera ces différentes nominations aux cours alliées.
2) De donner des instructions aux gouverneurs des pays occupés.

---

[1]) Eine solche Instruktion liegt nicht vor. Vgl. Ritter, Stein II, S. 231 Anm. 2.
[2]) Die wichtigsten Gouvernements und Gouverneure waren: Frankfurt, dem zuerst der österreichische Feldmarschall-Leutnant Prinz Philipp von Hessen-Homburg, später der k. k. Feldzeugmeister Heinr. XIII. Fürst Reusss-Greitz für die Militärverwaltung, der österreichische Geh. Rat Freiherr von Hügel für die Zivilverwaltung vorstand, wobei die Trennung der Militär- und Zivilgeschäfte den ursprünglichen Abmachungen zuwiderlief. — Das General-Gouvernement Berg, das der aus seiner Gefangenschaft befreite Justus Gruner zunächst provisorisch verwaltete, ehe es der Fürst Solms-Lich, preussischer Generalmajor, übernahm. Die ehemals preussischen Gebiete in Westfalen verwaltete Vincke als Zivilgouverneur. — Das wichtigste und grösste Gebiet der Zentralverwaltung war Sachsen, das dem russischen General-Major Fürsten Repnin unterstellt wurde. Vgl. hiezu und zu allem folgenden Eichhorn, Die Centralverwaltung der Verbündeten unter dem Freiherrn vom Stein (s. oben S. 245 Anm. 2), sowie die Spezialuntersuchungen von Just (Verwaltung und Bewaffnung im westlichen Deutschland, Göttingen 1911) und Plathner (Behördenorganisation und Kriegskontribution im Königreich Sachsen, Leipzig 1909).
[3]) S. dazu die Aufzählung der einzelnen Agenten bei Just a. a. O. S. 3.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Ces instructions seront signées par le chef du Département Central, et il ne sera tenu à les soumettre à l'approbation spéciale des puissances alliées qu'en autant qu'elles renfermeront des points qui ne se trouveront dans ses propres instructions et facultés.

3) De diriger et surveiller la gestion du gouverneur et des agents.

4) De rappeler les gouverneurs et agents ainsi que leurs conseillers lorsqu'il le jugera nécessaire.

Les places des gouverneurs et de leurs conseillers seront toujours regardées comme des commissions temporaires et révocables d'un moment à l'autre.

Chaque nomination et déplacement des employés précités devra être annoncé sur le champ aux cours alliées par le Département Central.

13. Ces différentes fonctions seront exercées par le Département Central de la manière et sous les modifications suivantes.

Son activité sur un pays quelconque ne pourra commencer qu'en vertu d'un arrêté des cours alliées. Cet arrêté fixera exactement les limites auxquelles elle devra se borner pour le moment et désignera le nombre des gouvernements à établir.

Il présentera en même temps un plan d'administration générale du pays en question qui s'étendra principalement sur les moyens de la défense nationale à y organiser.

14. Les prestations des provinces administrées seront partagées entre la Russie, l'Autriche et la Prusse en parties égales au taux de 150 000 hommes chacune. La Suède y participera dans la proportion de 30 000 h. de troupes qu'elle fournit, la régence du pays d'Hanovre à raison du nombre des troupes qu'elle s'engagera à mettre en campagne.

15. Les gouverneurs des pays occupés seront, autant que cela pourra se faire, des militaires d'un grade supérieur.

16. Les gouverneurs exerceront leurs fonctions sous la direction du Département Central.

Ils se conformeront par conséquent strictement aux instructions qui leur seront données par lui.

17. Si dans les cas urgents ou imprévus ils croyaient nécessaire de s'en écarter, ils seront autorisés à agir sous leur propre responsabilité, sous l'obligation seulement d'en faire un rapport immédiatement au département central.

18. Il sera établi en principe constant que les gouvernements laisseront subsister partout les autorités existantes et n'agiront que par elles.

Les motifs les plus importants pourront seuls justifier une exception à cette règle générale.

19. Les fonctions principales dont les gouverneurs seront chargés se réduiront aux points suivants:

1) De surveiller tout ce qui sera relatif à l'entretien immédiat des armées

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

alliées autant qu'elles se trouveront dans les limites de leur cercle d'activité.
Le soin de pourvoir à cet entretien sera confié directement aux intendants des armées.
2) De faire contribuer leur gouvernement par des fournitures ou des payements aux frais communs de la guerre.
A cet effet, un de leurs premiers soins sera de s'assurer des moyens que possède leur gouvernement.
Ils en présenteront le tableau au Département Central et en attendront la décision.
3) D'activer dans les pays occupés et administrés les ressources militaires les plus efficaces et les mieux adaptées aux circonstances locales.
4) D'exercer une direction et surveillance générale sur l'administration des autorités du pays d'après les principes plus haut énoncés.
20. Les appointements des personnes qui composeront le Département Central ainsi que ceux des gouverneurs, des agents et de leurs employés, y compris les frais de bureau, seront pris sur les revenus des pays administrés.
Les soussignés ministres des cours alliées de Prusse, d'Autriche et de Russie, s'étant réunis en conférence, sont convenus au nom et de la part de leurs souverains respectifs des stipulations contenues dans la convention ci-annexée relative à l'administration des pays occupés par les armées alliées ou qu'elles occuperont par la suite.

Stein an Repnin — Leipzig, 23. Oktober 1813
St. A.

Organisation des Gouvernementsrats in Sachsen.

Son Excellence Monsieur le Gouverneur Général a besoin d'un conseil qui prépare les affaires à sa décision et soigne et veille à l'exécution des résolutions prises. Le bureau pourra être partagé en quatre sections:
1. celle de la police générale, comme santé, sûreté, opinion publique,
2. celle des finances,
3. celle de l'approvisionnement de l'armée de la surveillance de la caisse générale,
4. celle du militaire et de l'organisation de la force armée.
La première section pourra être confiée au Baron de Miltitz [1]), la seconde au Conseiller des Finances d'Oppeln [2]), la troisième au Conseiller privé Mr. Krüger [3]), la quatrième au Colonel de Carlowitz [4]). Ces messieurs seront sous les ordres de Monsieur le Gouverneur Général qui voudra

[1]) S. oben S. 268. Anm. 2. [2]) S. oben S. 305. Anm. 2.
[3]) Preuss. Geh. Kriegsrat. Vgl. über ihn Plathner, a. a. O. S. 13.
[4]) Karl Adolf von Carlowitz, sächsischer Oberst, Gesinnungsfreund Thielmanns, mit dem er zu den Verbündeten übergegangen war. S. oben S. 312 u. Plathner, a. a. O. S. 12.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

également fixer le nombre des personnes dont il aura besoin pour l'expédition journalière des affaires et prescrire l'organisation de leur travail.
J'aurai l'honneur de remettre à S. E. M. le prince le procès verbal de la conférence du 22 d'octobre 1813, les publications à émettre dans le public sur la constitution du département et des gouvernements généraux, l'instruction pour les gouverneurs généraux.

Publicandum die Anordnung des obersten Verwaltungsdepartements und der Generalgouverneurs betreffend Leipzig, 23. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep, 114. VIII. Spec. 2. Vol. 1. Gedruckt

Die hohen verbündeten Mächte wollen, stets eingedenk ihres erhabenen und festen Vorsatzes, Deutschland von seinem bisherigen Joche zu befreien, die Kräfte der von ihren siegreichen Armeen eroberten Länder zu keinem andern als diesem Zwecke benutzen, mit welchem die Herzen aller Deutschen einverstanden sind.
Sie haben zu dem Ende für die Verwaltung der eroberten Länder in der Person des unterzeichneten Staatsministers und Ritters des hohen Andreasordens Freyherrn vom Stein ein oberstes Verwaltungs-Departement angeordnet, dessen Bestimmung und Bestreben seyn wird, die Hülfsquellen der verschiedenen Länder zu dem angegebenen militairisch-politischen Zwecke zu benutzen. Den Ländern werden General-Gouverneurs vorgesetzt werden als die höchste Behörde und der Vereinigungspunkt aller Militair- und Civil-Administration. Von den Einwohnern wird Treue und feste Anhänglichkeit an jenen erhabenen Zweck erwartet, dem sich die Besseren bisher schon angeschlossen, und strenger Gehorsam gegen die vom obersten Verwaltungs-Departement und dem General-Gouverneur zu treffenden Anordnungen. Für die bisherigen Behörden der eroberten Länder ist dies doppelte Pflicht. Sie werden durch einen ihnen besonders vorzulegenden Revers diesen Gehorsam angeloben oder aus ihrem Dienstverhältnisse ausscheiden und sich dadurch für Gegner der guten und gerechten Sache erklären müssen.
Leipzig, den 23sten October 1813.

Oberstes Verwaltungs-Departement.
K. Freyherr vom Stein.

Stein an Hardenberg Leipzig, 24. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Vorschläge zu einer Konvention mit dem Kurfürsten von Hessen.

Die verbündete Armeen werden in Zeit von 10—14 Tagen wahrscheinlich Hessen besetzen — der Wunsch der Einwohner, ihrem Landesherrn sich zu nähern, wird erfüllt werden können, wenn man mit ihm eine provisorische Convention schliesst in dem Sinn, der bereits zu Jauer verabredet, nämlich

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

1) er stellt 6000 M. Infanterie mit der gehörigen Artillerie,
2) eine Landwehr und Reserve von 4000 M.,
3) eine Landmilitz, oder Landsturm,
4) er zahlt zur General Casse der verbündeten Mächte monatlich 40 000 Th.,
5) er lässt sich die Bestimmungen gefallen, so die drey Höfe dereinst über das Verhältniss der Deutschen Länder zu treffen für gut finden. Man könnte sie mit seinen hiesigen Bevollmächtigten abschliessen, er müsste zur Administration zwey Männer nennen, z. B. Witzleben [1]) und Schmerfeld [2]) — ich erbitte mir durch H. M. v. Dalwigk Antwort.

Stein an Alexander I. Leipzig, 24. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26½. Konzept

Notwendigkeit einer schnellen Reorganisation der in Leipzig und Borna befindlichen sächsischen Truppen durch den General Thielmann. Ihre spätere Verwendung im Belagerungskrieg zusammen mit den preussischen Truppen. Hoffnung, auf diese Weise die Wiederannäherung zwischen Sachsen und Preussen zu fördern.

Stein an Hardenberg Leipzig, 25. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Uebersendung von gedruckten Exemplaren der Bekanntmachung über die Einführung der Zentralverwaltung in den okkupierten Ländern und des Generalgouvernements in Sachsen mit der Bitte um weitere Bekanntmachung. Mitteilung der Instruktion für den Gouvernementsrat [3]).

Stein an Repnin Leipzig, 25. Oktober 1813
St. A. Konzept

Uebersendet die gedruckten Bekanntmachungen über die Einführung der Zentralverwaltung und des Generalgouvernements im Königreich Sachsen, desgleichen eine Anzahl von Reversen zur Verpflichtung der sächsischen Beamten auf die neue Verwaltung. Wer die Unterzeichnung verweigere, sei sofort zu entlassen.

Stein an Blücher Leipzig, 25. Oktober 1813
St. A.

Uebersendet ihm die gedruckte Bekanntmachung über die Einführung der Zentralverwaltung und des Generalgouvernements im Königreich Sachsen

. . . ,mit dem Bemerken, dass mir die Erfüllung der Requisitionen, welche Ew. Excellenz in Angelegenheiten des Central Departements künftig an mich zu richten Gefallen finden, zum besonderen Vergnügen gereichen wird. Denn Ew. Excellenz und ihre heldenmüthige Armee hat einen

[1]) Friedrich Ludwig von Witzleben (1755—1830), seit 1796 an der Spitze des kurhessischen Forstwesens, das er auch während der Fremdherrschaft leitete. Trotzdem wurde er von dem zurückkehrenden Kurfürsten zum Staatsminister ernannt.
[2]) G. von Schmerfeld, kurhessischer Justizminister.
[3]) Die vom 25. Oktober datierte „Instruktion für den Gouvernements-Rath" befindet sich ebd.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

besonderen Antheil an den Siegen, welche die Mühen [?] der verbündeten Mächte gekrönt haben und Freyheit und Glück nicht bloss dem Deutschen Vaterlande, sondern der ganzen Europäischen Völker Welt wiederbringen. Jeder wird alles anwenden, um einen Feldherrn wie Ew. Excellenz und die Braven, die unter Ihnen fechten, auszurüsten, die begonnene Heldenbahn fortzusetzen und dem Deutschen Nahmen neuen Ruhm zu geben und die Freyheit und Unabhängigkeit der Völker immer mehr zu befestigen [1]).

Stein an Hardenberg — Leipzig, 25. Oktober 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Vorschläge für die weitere Organisation des Generalgouvernements, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Besetzung des westlichen Deutschland durch die verbündeten Truppen.

1) Ernennung eines Banquiers zum Empfang der Gelder für Preussische Rechnung [2]).
2) Vorbereitung zur Gouvernements Organisation des Herzogthums Frankfurt, indem man dessen Auflösung verhindert, man kann hier Oesterreichische Offizianten brauchen, die Graf Metternich namhaft machen will.
3) Occupation des Herzogthums Nassau und Einführung einer Gouvernements Verfassung.
4) ... des Grossherzogthums Berg exclus. Mark.
5) Organisation von ganz Westphalen ausschliesslich der Hannoverischen Länder, des Grossherzogthums Berg und der Lippeschen Länder, das nördliche Westphalen oder Minden, Ravensberg, Ostfriesland, das ganze Bisthum Münster, Paderborn, ein Abschnitt Lippe, Detmold und hier als Preussischen Gouverneur H. v. der Horst [3]).
Der andere Abschnitt des Märkschen, Herzogthum Westphalen — General Gouverneur H. v. Vincke [4]).

---

[1]) Aehnliche Notifikationen, aber ohne weitere Zusätze, an die wichtigsten Generale, bei Schwarzenberg mit dem Zusatz „Ich werde für die pünktliche Befolgung Sorge tragen, um zugleich Ew. Durchlaucht die persöhnliche Verehrung zu bezeigen, von welcher ich für den Feldherrn, welcher die Schlacht bei Leipzig zu einem glorreichen Erfolg leitete, tief durchdrungen bin." — Entsprechende Benachrichtigungen an die Verpflegungskommissare und Intendanten der einzelnen Armeen mit genauerer Geschäftsordnung (St. A., vgl. Pertz Stein III. S. 451 f.).

[2]) Dafür wurde von Hardenberg wenige Tage später das Leipziger Bankhaus Gebrüder Reichenbach benannt. (Geh. Staatsarchiv Berlin, Rep. 114. III. 3.)

[3]) Zu Steins westfälischer Zeit Landrat in Minden-Ravensberg.

[4]) Vincke lebte seit seiner Verabschiedung im März 1810 (s. Bd. III. S. 250) auf seinem Gute Ickern in Westfalen. Er trat jetzt wieder in den Staatsdienst ein, zunächst als Generalgouverneur der preussisch-westfälischen Provinzen, bald darauf wurde er Civilgouverneur der Provinzen zwischen Rhein und Weser, am 25. Mai 1815 Oberpräsident von Westfalen. S. Bodelschwingh, Vincke, I. S. 566 ff. Vgl. unten S. 465ff.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Der Ertrag der Nichtpreussischen erwähnten Länder kann dem Central Departement berechnet werden, sie sind aber nicht wohl zu trennen.
6) Abschluss mit Chursachsen unter den Bedingungen:
1) provisorischer Besitz, 2) Verpflichtung, sich die allgemeine die Deutsche Verfassung dereinst zu treffende Bedingungen gefallen zu lassen, 3) Beytrag von 6 m. M. Truppen, worunter ein Regiment Cavallerie, 4000 M. Landwehr, Landsturm, 40 m. Thlr. monatlich an Geld.

Stein an den Kurfürsten von Hessen — Leipzig, 26. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. II. 3. Vol. 1

Bittet um Bezahlung der noch rückständigen 80 000 Th. aus dem den Verbündeten zugesagten Beitrag zu den Kriegskosten [1]).

Reil an Stein. — Leipzig, 26. Oktober 1813
Nach Pertz, Stein. III. S. 437 ff.

Das Elend der Verwundeten aus der Schlacht von Leipzig.

Ew. Excellenz haben mich beauftragt, Ihnen einen Bericht über meinen Befund der Lazarethe der verbündeten Armeen am diesseitigen Elbufer einzureichen [2]). Ich thue dies um so williger, als in dieser thatenreichen Zeit auch die Unthaten nicht für die Geschichte verloren gehen dürfen. Ich kam am 25sten October früh in Halle an, fand diesen von allen Seiten gepressten Ort mit mehr als 7000 Kranken überladen, und noch strömten immer neue vom Schlachtfelde bei Leipzig zu. Es würde ein ὕστερον πρότερον gewesen seyn, wenn ich hier zu helfen hätte anfangen wollen. Ich ordnete dieserwegen für die Verwundeten an, was in diesem Augenblick das Dringendste war, fand jeden Einwohner bereit, meine Vorschläge zur Hülfe der Unglücklichen ins Werk zu richten, und eilte dann Leipzig zu, um dessen Lazaretten, die wie ein Vulkan ihre Kranken nach allen Richtungen ausspieen und alle guten Anordnungen in ihren Umgebungen wieder vernichteten, eine zweckmässige Ableitung zu verschaffen. Auf dem Wege dahin begegnete mir ein ununterbrochener Zug von Verwundeten, die wie die Kälber, auf Schubkarren, ohne Strohpolster, zusammengeklumpt lagen und einzelne ihre zerschossenen Glieder, die nicht Raum genug auf diesem engen Fuhrwerk hatten, neben sich her schleppten. Noch an diesem Tage, also sieben

[1]) Der Kurfürst verweigerte zunächst die Zahlung der geforderten Summe mit der Begründung, dass sein im Frühjahr gegebenes Versprechen durch die aus seinem inzwischen abgeschlossenen Akzessionsvertrag fliessenden Verpflichtungen überholt und hinfällig geworden sei. Vgl. dazu die Akten in Rep. 114. II. 3, dort auch die Verhandlungen über die von Stein bewilligte Herabsetzung des hessischen Truppenkontingents, über die Just, a. a. O. S. 63, Anm. 2 berichtet.

[2]) Vgl. dazu die Schilderung Arndts in den „Wanderungen" S. 211. — Reil selbst ist kurz darauf an den Folgen einer Infektion, welche er sich bei der Ausübung seines Rettungswerks zugezogen hatte, gestorben.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Tage nach der ewig denkwürdigen Völker Schlacht, wurden Menschen vom Schlachtfelde eingebracht, deren unverwüstliches Leben nicht durch Verwundungen, noch durch Nachtfröste und Hunger zerstörbar gewesen war. In Leipzig fand ich ohngefähr 20 000 verwundete und kranke Krieger von allen Nationen. Die zügelloseste Phantasie ist nicht im Stande, sich ein Bild des Jammers in so grellen Farben auszumalen, als ich es hier in der Wirklichkeit vor mir fand. Das Panorama würde selbst der kräftigste Mensch nicht anzuschauen vermögen; daher gebe ich Ihnen nur einzelne Züge dieses schauderhaften Gemäldes, von welchem ich selbst Augenzeuge war, und die ich daher verbürgen kann. Man hat unsere Verwundete an Orte niedergelegt, die ich der Kaufmännin nicht für ihren kranken Möppel anbieten möchte. Sie liegen entweder in dumpfen Spelunken, in welchen selbst das Amphibien Leben nicht Sauerstoffgas genug finden würde, oder in scheibenleeren Schulen und wölbischen Kirchen, in welchen die Kälte der Atmosphäre in dem Maase wächst, als ihre Verderbniss abnimmt, bis endlich einzelne Franzosen noch ganz ins Freye hinausgeschoben sind, wo der Himmel das Dach macht und Heulen und Zähneklappern herrscht. An dem einen Pol der Reihe tödtet die Stickluft, an dem andern reibt der Frost die Kranken auf. Bei dem Mangel öffentlicher Gebäude hat man dennoch auch nicht ein einziges Bürgerhaus den gemeinen Soldaten zum Spitale eingeräumt. An jenen Orten liegen sie geschichtet wie die Heringe in ihren Tonnen, alle noch in den blutigen Gewändern, in welchen sie aus der heissen Schlacht hereingetragen sind. Unter 20 000 Verwundeten hat auch nicht ein einziger ein Hemde, Bettuch, Decke, Strohsack oder Bettstelle erhalten. Nicht allen, aber doch einzelnen hätte man geben können. Keiner Nation ist ein Vorzug eingeräumt; alle sind gleich elend berathen, und dies ist das Einzige, worüber die Soldaten sich nicht zu beklagen haben. Sie haben nicht einmal Lagerstroh, sondern die Stuben sind mit Heckerling aus den Bivouacs ausgestreut, das nur für den Schein gelten kann. Alle Kranke mit zerbrochenen Armen und Beinen, und deren sind viele, denen man auf der nackten Erde keine Lage hat geben können, sind für die verbündeten Armeen verloren. Ein Theil derselben ist schon todt, der andere wird noch sterben. Ihre Glieder sind, wie nach Vergiftungen, furchtbar aufgelaufen, brandig und liegen in allen Richtungen neben den Rümpfen. Daher der Kinnbackenkrampf in allen Ecken und Winkeln, der um so mehr wuchert, als Hunger und Kälte seiner Hauptursache zu Hülfe kommen. Unvergesslich bleibt mir eine Scene in der Bürgerschule. Ist es Ihr Geist, so rief mir eine Stimme entgegen, als ich die Thür eines Zimmers öffnete, oder sind Sie es selbst, den mir der Himmel zur Rettung zusendet? und doppelte Thränengüsse, von Schmerz und Freuden gefordert, rollten über das krampfhafte Gesicht herab. Es war ein Kaufmanns Sohn aus Preussen, der in der Schlacht bei Gross-Beeren verwundet, von mir im Spital des Frauenvereins ge-

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

heilt und hier wieder im Schenkel verwundet war. Aber deine Hoffnung, armer Jüngling, ist eine leere Fulguration, du hast einen Strohhalm in den wilden Brandungen der Zeit gehascht, der dich gegen die Wellenschläge des Todes nicht schützen wird. Das Mark deiner Knochen ist abgestorben, deine Wunden athmen nicht mehr, und der Todesengel flattert schon um deine Schläfen herum, der dich in wenigen Stunden in eine bessere Welt hinüberführen wird. — Viele sind noch gar nicht, andere werden nicht alle Tage verbunden. Die Binden sind zum Theil von grauer Leinwand, aus Dürrneberger Salzsäcken geschnitten, die die Haut mitnehmen, wo sie noch ganz ist. In einer Stube stand ein Korb mit rohen Dachschindeln zum Schienen der zerbrochenen Glieder. Viele Amputationen sind versäumt, andere werden von unberufenen Menschen gemacht, die kaum das Barbiermesser führen können und die Gelegenheit nützen, ihre ersten Ausflüge an den verwundeten Gliedern unserer Krieger zu versuchen. Einer Amputation sah ich mit zu, die mit stumpfen Messern gemacht wurde. Die braunrothe Farbe der durchsägten Muskeln, die fast schon zu athmen aufgehört hatten, des Operirten nachmalige Lage und Pflege gaben mir wenig Hoffnung zu seiner Erhaltung. Doch hat er den Vortheil davon, dass er auf einem kürzeren Wege zu seinem Ziele kömmt. An Wärtern fehlt es ganz. Verwundete, die nicht aufstehen können, müssen Koth und Urin unter sich gehen lassen und faulen in ihrem eigenen Unrath an. Für die gangbaren sind zwar offene Bütten ausgesetzt, die aber nach allen Seiten überströmen, weil sie nicht ausgetragen werden. In der Petri Kirche stand eine solche Bütte neben einer anderen ihr gleichen, die eben mit der Mittagssuppe hereingebracht war. Diese Nachbarschaft der Speisen und Ausleerungen, . . . [1]) muss nothwendig einen Ekel erregen, den nur der grimmigste Hunger zu überwinden im Stande ist. Das scheusslichste in dieser Art gab das Gewandhaus. Der Perron war mit einer Reihe solcher überströmenden Bütten besetzt, deren träger Inhalt sich langsam über die Treppen herabwälzte. Es war mir unmöglich, durch die Dünste dieser Cascade zu dringen, die der Avernus nicht giftiger aushauchen kann, und den Eingang des Spitals von der Strasse her zu forciren. Ich fand einen andern Weg zu demselben auf dem Hofe, kam in lange finstere Gallerien, die mit mehr als 2000 blessirten Franzosen garnirt waren, welche durch ihr Geächze und ihre Ausflüsse die Luft für Ohr und Nase gleich unerträglich machten. Unter dieser Masse traf ich ohngefähr 20 Preussen vergraben, die für Freude ausser sich waren, als sie wieder die Stimme eines Deutschen hörten, die sie nach der Schlacht nicht gehört hatten. Erlösen Sie uns aus diesem Pfuhl des Verderbens! riefen sie mir aus einem Munde entgegen, wo die physischen und psychischen Eindrücke uns in Kurzem tödten müssen. Ich versprach ihnen, dass ich sie noch den

[1]) Lücke in der Vorlage.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nämlichen Abend unter ihre Kameraden bringen würde. In der Petri Kirche sah ich der Vertheilung des Mittagsbrods zu. Die Fleischportion wog 2 bis 4, das Brod für den Tag ohngefähr 8 bis 12 Loth. Die Suppe bestand aus Wasser, in welchem die Reiskörner gefischt werden mussten. Bier und Branntwein wurde hier gar nicht gegeben. An anderen Orten hatte er nur den Geruch des Fusels, enthielt kaum 10 pCt. Alkohol, der nicht einmal durch die Epidermis eines Kosakenmagens dringen kann. Bei dieser Messdiät, die kaum einen Südländer auf den Beinen halten kann, gehen unsere Nordische Völker in kurzer Zeit verloren, verfallen in Nervenschwäche und schwinden wie die Schatten dahin. Die Diät richtet sich nach dem Mann. Der Russe speist seinen Cozuss mit Behaglichkeit, der Magen des Pommeraners findet an einem halben Dutzend Gersten-Klösse seine gemessene Arbeit, wenn das Corinthenmännchen sich denselben an einem Zuckerbrote verdirbt, das er aus den Händen seiner Lais nippt. Ich schliesse meinen Bericht mit dem grässlichsten Schauspiel, das mir kalt durch die Glieder fuhr und meine ganze Fassung lähmte. Nämlich auf dem offenen Hofe der Bürgerschule fand ich einen Berg, der aus Kehrigt und Leichen meiner Landsleute bestand, die nackend lagen und von Hunden und Raben angefressen wurden, als wenn sie Missethäter und Mordbrenner gewesen wären. So entheiliget man die Ueberreste der Helden, die dem Vaterlande gefallen sind! Ob Schlaffheit, Indolenz oder böser Wille die Ursache des schauderhaften Looses ist, das meine Landsleute hier trifft, die für ihren König, das Vaterland und die Ehre der Deutschen Nation geblutet haben, mag ich nicht beurtheilen. An andern Orten ist ihr Schicksal günstiger gewesen, wo jedermann sich an ihr Lager drängte, auf welches ihr Kampf für die Unabhängigkeit sie niederwarf, Balsam in ihre Wunden goss, ihre Schmerzen linderte und durch Mitgefühl ihren Muth stählte. Ich appellire an Ew. Excellenz Humanität, an Ihre Liebe zu meinem König und seinem Volk, helfen Sie unseren Braven, helfen Sie bald, an jeder versäumten Minute klebt eine Blutschuld. Legen Sie ein Schock kranker Baskiren in die Betten der Banquiers Frauen und geben Sie in jedes Krankenzimmer einen Kosaken mit, der für Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich ist. Diese Maasregel, die gewiss Lust und Liebe zum Dinge macht, scheint mehr hart zu sein, als sie es wirklich ist. Der Kranke muss ins Bette und die Gesunden zu seiner Wartung vor demselben kommen. Wir bespötteln sonst in dem Tadel des Hottentotten, der sich ins Bett legt, wenn die Frau geboren hat, unsere eigene Inconsequenz [1]).

[1]) Vgl. dazu Otto Eduard Schmidt, Zeitgenössische Berichte über die Leipziger Schlacht.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Thielmann an Stein Leipzig, 28. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 10. Ausfertigung

Zeigt an, dass der Zar ihm das Kommando und die Reorganisation der sächsischen Truppen übertragen habe. Schlägt vor, 15 000 Mann aufzustellen. Einreichung des Kostenüberschlags [1]).

Nesselrode an Stein Meiningen, 18./30. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38. Abschrift

Ernennung der Zivilgouverneure für die befreiten Teile Deutschlands. Drängt auf eine beschleunigte Rückkehr Steins ins Hauptquartier. Die französischen Rüstungen.

Nos progrès sont tellement rapides que la nomination la plus prompte des différents gouverneurs devient indispensable pour le maintien de l'ordre et de l'ensemble dans nos mesures administratives. Nous avons rédigé la liste ci-jointe [2]) que l'Empereur a approuvée. J'espère qu'elle rencontrera également la haute approbation de Votre Excellence. Mais ce qui me semble plus important encore, c'est qu'elle nous vienne rejoindre au plus tôt. Je suis chargé, mon cher Baron, de vous adresser à cet effet l'invitation la plus pressante de la part du Comte de Metternich. En passant, vous pourriez terminer avec tous les princes qui se trouveront sur votre chemin [3]). Nous les avons tous adressés à Votre Excellence et ne nous sommes réservés que la conclusion de l'acte d'accession. Si Hardenberg est encore avec vous, veuillez lui communiquer ces détails. D'après les nouvelles de l'intérieur de la France, confirmées par des lettres interceptées, les efforts pour la continuation de la guerre sont immenses [4]), il faut donc que l'Allemagne en fasse autant. Nous comptons à cet égard sur votre activité et fermeté. Venez seulement bientôt nous rejoindre.

Stein an Hardenberg [?] Leipzig, 30. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Schnelle Fortschritte in der Organisation des Verwaltungsrats. Uebersendung einer Denkschrift für den Zaren. Missbilligung des Vertrags von Ried. Bevorstehende Abreise Steins ins Hauptquartier.

Notre organisation va grand train, et j'aurai l'honneur d'envoyer à Votre Excellence un mémoire sur sa marche [5]), en attendant, je lui

[1]) Vgl. dazu Petersdorff, a. a. O. S. 246 ff.
[2]) Liegt (ebenfalls in Abschrift) bei. Die Liste enthält aber nur eine Aufstellung über die Verteilung der einzelnen Länder unter österreichische, preussische oder russische Verwaltung ohne Benennung der Gouverneure (aufgeführt bei Pertz III, S. 459).
[3]) Schon frühzeitig ist aus dieser Aufforderung geschlossen worden, dass es Metternich mit seiner dringenden Einladung an Stein nicht sehr ernst gewesen sei, dass er im Gegenteil Stein auf diese Weise möglichst lange vom Hauptquartier fernhalten wollte. Vgl. dazu auch die Aeusserung Kotschubeys in seinem Brief an Stein, Petersburg 16./28. November 1813 unten S. 477.
[4]) Vgl. dazu Fournier, Napoleon, Bd. III (4. Auflage), S. 235 ff.
[5]) Fehlt, ist offenbar nicht erstattet worden.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

fais passer la note ci-jointe en la priant de la mettre sous les yeux de S. M. l'Empereur Alexandre [1]) et d'en faire l'usage qu'il approuvera. — Les arrangements faits avec la Bavière nous lient les mains et nuisent aux mesures générales à prendre.
Je me hâte de vous joindre et partirai dès ce que je saurai que l'armée approche de Francfort. — Adieu, chère Excellence, mille voeux pour le succès des armées, le bonheur des souverains et celui de notre patrie — l'Allemagne!

Denkschrift Steins Leipzig, 30. Oktober 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Empfiehlt schärfste Massnahmen gegen die noch jetzt auf seiten Napoleons stehenden Rheinbundsfürsten, Sequestration ihrer Länder bis zum Frieden. Deren Leistungsfähigkeit für den Krieg gegen Frankreich.

Deutschland wird in wenigen Tagen befreyt und das Gebäude des Rheinbunds zertrümmert seyn, die Frage entsteht, was ist mit dessen Mitgliedern, die ihn noch nicht verlassen haben [2]), zu beginnen?
Sie werden sich vor den siegreichen Verbündeten beugen, sie werden sich zu Truppenstellungen verbindlich machen, in geringer entbehrlicher Zahl, aber uns möglichst die Benutzung der Kräfte ihres Landes erschwehren, unsere Maasregeln lähmen, uns im Unglück verlassen und verrathen.
Um den Plan der Entwicklung und Benutzung der Kräfte Deutschlands in seinem vollen Umfang auszuführen, ist es nöthig, die Verwaltung der Länder durch Gouverneurs leiten zu lassen und die Gewalt der Fürsten vermöge des denen Verbündeten zustehenden Eroberungs Rechts biss zu dem Frieden zu suspendiren, sie selbst aber aus dem Lande biss dahin zu entfernen. Die Länder, auf welche diese Maasregel Anwendung finden wird, sind vorzüglich ausser Sachsen:

---

[1]) Die nachstehend abgedruckte Denkschrift, die aber nur in deutscher Fassung vorliegt.
[2]) Diese sind von Stein weiter unten aufgezählt. Davon trat Württemberg durch den Vertrag von Fulda (2. November) auf die Seite der Verbündeten, Hessen-Nassau am 23. November in Frankfurt, Baden am 20. November. Das Grossherzogtum Berg, das Napoleon offiziell für seinen Neffen, den Sohn des ehemaligen Königs von Holland, verwaltete, fiel ohne weiteres als herrenloses Land unter die Zentralverwaltung, ähnlich das Grossherzogtum Frankfurt, da Dalberg in die Schweiz geflohen war. Dazu kamen noch die Territorien der Fürsten von Isenburg und von der Leyen und einige andere kleine Splitter, die neben Sachsen schliesslich das ganze Gebiet bildeten, welches der Zentralverwaltung unterstand, nachdem einige kleinere mitteldeutsche Staaten, die zeitweilig dazugehört hatten, durch den Beitritt ihrer Herrscher zur grossen Allianz wieder selbständig geworden waren. Die Tätigkeit der Zentralverwaltung darf nicht nach ihrem territorialen Umfang allein beurteilt werden, da sie ausser der Verwaltung dieser Territorien noch einige das gesamte Bundesgebiet umfassende Aufgaben zu erledigen hatte (Lazarettwesen, Aufsicht über die Aufstellung des Landsturms, Verwaltung der neueingeführten Rheinzölle). Nach der Eröffnung des Feldzugs in Frankreich tritt dann noch die Verwaltung der eroberten französischen Provinzen hinzu.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

	□ Meilen	Menschenzahl
1) Württemberg	329	1 211 000
2) Grossherzogthum Frankfurt	83	300 000
3) Baden	275	924 000
4) Berg	314	931 000
5) Herzogthum Nassau	103	272 000
7) Die übrige kleine Fürsten	318	787 000
	1422	4425 000

Aus dieser Population kann man ein Heer von 89/m Mann Linien Truppen, ohne Landwehr und Landsturm zu rechnen, bilden, und der Ertrag des öffentlichen Einkommens ist gewiss 15 Millionen Gulden, da das Einkommen des Königs von Württemberg allein auf 10 Millionen berechnet wird.
Eine Verabredung zwischen den verbündeten Mächten über diesen Gegenstand müsste eiligst getroffen werden, ich hoffe, dass sie die Nothwendigkeit dieser Maasregel einsehen werden.

Stein an Hardenberg — Leipzig, 1. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Mitteilung seines Schreibens an Wolkonsky vom 1. November. Stein fordert Abstellung der eigenmächtigen Requisitionen des Generals Bülow. Die Kriegskontribution von Sachsen-Weimar.

... Die Geld Anerbietungen des Herzogs von Weimar sind zu unbedeutend [1]), am rathsamsten wird es seyn, mit seinen Ständen wegen einer Kriegssteuer, worüber ihnen die Grundsätze vorgeschrieben werden, abzuschliessen.

Stein an Wolkonsky — Leipzig, 1. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Vol. 1. Konzept

Allgemeine Unordnung und Unsicherheit in Sachsen. Ausschreitungen der in der Etappe befindlichen Truppen. Eigenmächtige Requisitionen der in Sachsen stehenden Generale und Kommandeure. Bittet, das Generalgouvernement bei seinen Bemühungen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit Sachsens zu unterstützen durch Bildung von mobilen Kolonnen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung, sowie durch Anweisung an die ihm unterstellten Generale, eigenmächtige Requisitionen zu unterlassen und ihren Bedarf auf dem Weg über das Generalgouvernement zu decken.

---

[1]) S. unten S. 456 f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Hardenberg Leipzig, 2. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38. Ausfertigung

Die Bildung und Abgrenzung der Gouvernements-Bezirke. Grundsätze für die Berechnung der Leistungen der befreiten Gebiete für den Krieg gegen Frankreich. Einführung einer Einkommenssteuer in diesen Ländern zur Deckung der Kriegskosten. Bevorstehende Abreise ins Hauptquartier.

Mitteilung des Schreibens Nesselrodes vom 18./30. Oktober, Kritik der darin enthaltenen Vorschläge. Spricht sich gegen die Bildung zu kleiner Gouvernements-Bezirke aus. Steins eigene Vorschläge:

1) Dass man Coburg, Meiningen, Hildburghausen verbände mit Würzburg als dem Haupt Gouvernement.

2) Dass man Baden, Darmstadt zusammen zieht und einen Oesterreichischen Gouverneur anstellt [1]).

3) Sodann das ganze Gross Herzogthum Frankfurt und das Herzogthum Nassau [2]) verbindet und ihm einen Russischen Gouverneur vorsetzt, wozu ich den Fürst Trubetzkoi vorschlage.

Ich ersuche Ew. Excellenz, deshalb die nöthigen Abänderungen schleunigst zu bewürken.

Was nun die Entwicklung der Geld und Streitkräfte anbetrifft, so ist es nöthig, folgenden festen Grundsatz aufzustellen, um dem Bestreben des Egoismus, sich der allgemeinen Anstrengung zu entziehen, Gränzen zu setzen.

Von der Bevölkerung werden zwey vom Hundert an Linien Truppen aufgestellt, ausser der Landwehr und dem Landsturm.

Es wird eine Vermögens Steuer in allen Gouvernements eingeführt, nach den im Preussischen deshalb gemachten Erfahrungen und angenommenen Grundsätzen.

Ich werde deshalb einen Plan durch den mit diesen Angelegenheiten bekannten Staats Rath Friese [3]) entwerfen lassen und ihn in den einzelnen Gouvernements zur Sprache bringen. In diesem Sinn werde ich vorläufig dem Herzog von Weimar auf sein unangemessenes Anerbieten antworten [4]).

---

[1]) Da beide Staaten auf die Seite der Verbündeten traten, fielen sie nicht unter die Verwaltung des Generalgouvernements. Es wurden deshalb an diesen Höfen nur Agenten der Zentralverwaltung bestellt, nach Baden kam der Dichter Max von Schenkendorf (s. Just a. a. O. S. 88 f. und unten S. 578), für Darmstadt wurde offenbar kein besonderer Agent ernannt. Die Hauptaufgabe dieser Agenten war die Ueberwachung und Beförderung der Aufstellung von Landwehr und Landsturm, sowie der übrigen von diesen Ländern aufzubringenden Kriegsleistungen. Die Organisation des Landsturms war einheitlich zusammengefasst unter der Leitung Rühles von Lilienstern, der nach preussischem Muster in den westlichen Gebieten Deutschlands die Volksbewaffnung zu organisieren hatte. Ueber diese seine Tätigkeit s. Just a. a. O. S. 65 ff., dort auch die weitere Literatur.

[2]) Da Nassau sich ebenfalls den Verbündeten anschloss, entfiel die Ernennung eines Gouverneurs. Wegen Frankfurt s. oben S. 441. Anm. 2.

[3]) Steins Mitarbeiter aus dem Jahre 1808.

[4]) S. unten S. 456 f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Ich werde den 9ten November Leipzig verlassen und nach dem Hauptquartier reisen, noch bin ich ungewiss, welchen Weeg ich nehme.

Stein an Frau von Stein Leipzig, 2. November 1813
St. A.

Die Gefechte bei Hanau und die Verfolgung Napoleons. Bevorstehende Abreise nach Frankfurt.

. . . Wrede a pris Hanau et a battu Murat le 28 d. c. [1]), le Prince Royal sera dans ce moment à Hanovre [2]), Blücher tatonne Napoléon [3]) et a détruit une grande partie de son infanterie, Kleist bloque Erfurt [4]) — on croit être dans une huitaine à Francfort — on croit cependant que Napoléon continuera la guerre avec acharnement, je pars bientôt pour Francfort, on me presse extrêmement [5]).
. . . Attendez encore un peu avant que de vous dédire du loger, il faut voir et surtout discuter la question où aller ? à Berlin ? Dresde ? Vienne ? pensez y bien, ma chère amie, et dites-moi votre opinion.
Nachschrift. Merian est arrivé hier au soir.

Stein an Hardenberg Leipzig, 3. November 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Unzufriedenheit über die dem Herzog von Weimar zugestandene Garantie seiner Souveränitätsrechte.

Ew. Excellenz habe ich die Ehre, Abschrift meines Schreibens an des Herrn Herzogs von Weimar [*Durchlaucht*] mitzutheilen — über den politischen Theil der Accessions Acte habe ich nichts erwähnt — die

[1]) S. unten S. 458. Anm. 4.
[2]) Er befand sich damals noch in Göttingen und sträubte sich mit aller Macht dagegen, sich am Feldzug nach Frankreich zu beteiligen, da er sich einerseits die Sympathien der dortigen Bevölkerung nicht verscherzen wollte (weil er hoffte, bei einem Sturz Napoleons den französischen Thron zu gewinnen) und andererseits nun endlich durch eine Offensive gegen das jetzt isolierte Dänemark seine norwegische Beute (s. oben S. 20) in Sicherheit zu bringen. Da er es nicht wagen konnte, dem Willen des Zaren entgegen zu handeln, der Bernadottes Beteiligung am Feldzug nach Frankreich für notwendig hielt, so schob er, unter dem Vorwand, Davoust zu bekämpfen (s. S. 432), grosse Teile seiner Armee nach Norden, während er Bülow zur Wiederbesetzung der ehemals preussischen westfälischen Provinzen entsandte. Bernadotte selbst ging am 6. November nach Hannover und erreichte hier in weiteren Verhandlungen mit dem Zaren die Erlaubnis zum Feldzug gegen Dänemark, den er alsbald begann und noch im Jahre 1814 zu einem erfolgreichen Abschluss brachte (s. unten S. 527). Bülow aber eröffnete am 19. November auf Befehl Bernadottes die Offensive gegen das noch zu Frankreich gehörige Holland.
[3]) S. unten S. 458. Anm. 6.
[4]) Erfurt konnte nur durch schwache Kräfte blockiert werden und hielt sich bis zum Friedensschluss, die Stadt selbst wurde am 6. Januar von der Besatzung aufgegeben, welche sich auf die Verteidigung der Zitadellen beschränkte. Kleist selbst zog schon am 6. Januar nach der Einnahme der Stadt mit dem Gros seiner Truppen an den Rhein.
[5]) S. oben S. 451. Stein reiste am 9. November nach Frankfurt ab.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Garantie der Souverainetät und aller und jeder Staats und Familien Rechte ist wohl den angenommenen Grundsätzen gänzlich entgegen.

Stein an den Herzog von Weimar Leipzig, 3. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38. Abschrift

Verhandlungen über den Beitritt Sachsen-Weimars zur Koalition. Unzulänglichkeit der angebotenen Kriegsleistungen. Fordert bessere Anschläge.

Von den hohen verbündeten Mächten habe ich nach der Anlage den 21. October a. c. den Auftrag erhalten, die Kräfte der von ihren siegreichen Heeren eroberten Deutschen Länder zur Befreyung Deutschlands zu entwickeln und zu benutzen und mit denen Landesherren, die sich fest an die gute Sache anzuschliessen bereit sind, ein Abkommen über ihre Beyträge an Geld und Streitkräften zu treffen.

Der Russische Kayserl. Staats Secretär Herr Graf von Nesselrode Exc. hat mir gleichfalls den 27ten October c. den von Ew. Hochfürstl. Durchlaucht durch den Herrn von Gersdorf [1]) übergebenen Entwurf zu einer Accessions Acte mit der Eröffnung mitgetheilt, über den Inhalt zu unterhandeln und abzuschliessen.

Nach dem Entwurf wird die Stellung von 800 Mann und die Zahlung von monatlich eintausend Thalern angeboten — beydes weicht von den mir vorgeschriebenen Normen ab. Nach ihnen werden 2% der Bevölkerung an Linien Truppen ausser einer verhältnissmässigen Landwehr und dem Landsturm gefodert. Diese Festsetzung ist den allgemeinen Erfahrungen über das Verhältniss der streitbaren Mannschaft zu der ganzen Bevölkerung angemessen, es wird in Friedenszeiten, wo man Rücksicht auf Schonung der Gewerbe nimmt, in allen Staaten beobachtet, in Kriegszeiten bei weitem überschritten.

Die Bevölkerung des Herzogthums Weimar und Eisenach ist nach den gedruckten statistischen Nachrichten 118 000 Seelen, die von ihm zu stellende Mannschaft wäre demnach 2220 Mann.

Die Bestimmung des Beytrags an Geld ist unverhältnismässig gegen den wahrscheinlichen Ertrag eines Landes von 35 Quadrat Meilen, selbst nach Abzug der Erfodernisse der Landes Verwaltung — es ist der Betrag eines einzelnen Domainen Amts, eines Ritterguts, und mehr als ein Privat Mann hat in Russland, Oesterreich und Preussen grössere Opfer gebracht.

Ich halte mich also verpflichtet, Ew. Hochf. Durchlaucht unterthänigst zu ersuchen, Ihren Landes Behörden den Befehl zu ertheilen, andere Vorschläge über die zu leistende Beyträge zu machen und sich hierüber mit dem von mir zu diesem Geschäfte Bevollmächtigten, den ich nach Weimar absenden werde, zu verständigen.

[1]) Ernst Aug. von Gersdorf (1781—1852), Präsident des Weimarer Kammerkollegiums Er hat später an den Beratungen über die deutsche Verfassung starken Anteil genommen und schon frühzeitig ein Zusammengehen von Weimar mit Preussen empfohlen, da er die Bedeutung Preussens für die deutsche Entwicklung erkannte.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Hardenberg [?] Leipzig, 5. November [1]) 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Organisation und Tätigkeit des Generalgouvernements in Sachsen. Geplante Abreise Steins nach Frankfurt.

Ich benutze die Gelegenheit eines Couriers, um Ew. Excellenz einige Worte zu sagen über den Gang der hiesigen Geschäfte. — Fürst Repnin nimmt sich der Sache eifrigst und mit aller Thätigkeit an, er zeigt gesundes und billiges Urtheil, sein Gouvernements Rath ist im ganzen gut, Miltitz [2]) und Carlowitz [3]) sind in Geschäften nicht geübt, sehr brauchbar sind Merian [4]), Krüger [5]) und Oppel [6]).

Zu den Bewaffnungen und zu der Aufbringung der ausserordentlichen Kriegslasten werden zwey Commissionen errichtet — die erste besteht aus dem General Vieth, dem noch ein Preussischer Offizier beygeordnet wird, die zweyte aus dem Geh. R. Krüger, dem Sächsischen Hofrath Ferber [7]) und einem ritterschaftlichen Deputirten, der noch zu wählen ist. Ferber ist ein Mann von Kraft und Verstand.

Der Fall der Cassenbillets biss auf ihre Nicht Annahme im Verkehr verursacht eine grosse Verlegenheit, die Banquiers werden unter gewissen Modificationen eine Disconto Casse errichten [8]).

Sobald die Angelegenheiten wegen der extraordinairen Kriegssteuer [9]),

---

[1]) „Oktober" im Original, was aber sicher verschrieben ist.

[2]) Vgl. oben S. 268. Miltitz war Chef der ersten Sektion des Generalgouvernements (allgemeine Polizei, Cultus, Unterricht, Justiz). S. Plathner, Behördenorganisation und Kriegskontribution im Königreich Sachsen ... (Bibl. d. sächs. Gesch. I. 3) S. 11.

[3]) S. oben S. 443. Carlowitz wurde Chef der vierten Sektion des Generalgouvernements (Reorganisation und Wiederausrüstung der sächsischen Armee). Als er im Frühjahr 1814 mit dem von ihm mit besonderer Liebe ausgerüsteten Banner der freiwilligen Sachsen ins Feld rückte, — zu spät übrigens, um noch irgendwo an den Feind zu kommen — wurde der General Vieth sein Nachfolger. Vgl. Plathner, a. a. O. S. 12.

[4]) S. oben S. 282. Anm. 4.

[5]) Preussischer Geheimer Kriegsrat, Chef der dritten Sektion des Generalgouvernements (Angelegenheiten der fremden Truppen in S chsen). Vgl. über ihn Plathner, a. a. O. S. 13.

[6]) S. oben S. 305. Oppel leitete die zweite Sektion des Generalgouvernements (Finanzen). S. Plathner, a. a. O. S. 11.

[7]) Karl Wilh. Ferber (1766—1838). Ueber seine Tätigkeit in der Centralsteuerkommission für die Aufbringung der Kriegssteuer von 2 Millionon siehe Plathner, a. a. O. S. 40 ff.

[8]) Vgl. dazu Plathner a. a. O. S. 59 f.

[9]) Diese Kriegssteuer war zur Bestreitung der Kriegskontributionen Sachsens im Namen der verbündeten Mächte in einer Höhe von 2 Millionen ausgeschrieben worden und sollte von allen zum Generalgouvernement Sachsen gehörigen Ländern aufgebracht werden. Als später die sächsischen Herzogtümer in aller Form den Verbündeten beitraten, trug das Königreich Sachsen die ganze Steuer allein. Die Kriegssteuer war eine Art allgemeine Einkommenssteuer und ging ziemlich regelmässig und vollständig ein. Ihre Erhebung besorgte eine dafür eingerichtete Zentralsteuerkommission, die dem Generalgouvernement unmittelbar unterstellt war und sich aus den Geheimräten Krüger und von Schönberg und dem Hofrat Ferber zusammensetzte. Der letztere hatte die Grundzüge für die Aufbringung und Verteilung der Steuer aufgestellt (Vortrag vom 2. November 1813, Rep. 114. VIII. Spec. 32). Auf Grund desselben die „Verordnung

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

der Bewaffnung, der Disconto Casse geordnet sind, so gehe ich ab, es wird spätestens d. 9. November seyn.
H. v. Humbold wird manche Unförmlichkeiten tadeln, ich sehe es voraus. General Elsner [1]) geht mit seiner Peinlichkeit, Kleinlichkeit u. s. w. in diesem Wirrwarr nicht, schicken Sie ihn nach den Westphälischen Provinzen, wo er nur mit einem zu thun hat.
Befehlen Sie, dass man mir ein Quartier in F[rank]furt bereite — nur nicht par terre und in keiner dumpfen, engen Strasse, dies macht mich krank.

Stein an Frau vom Stein Leipzig, 5. November 1813
St. A.

Die Gefechte bei Hanau. Napoleons Rückzug. Steins Abreise nach Frankfurt auf den 9. November festgesetzt.

Voici une Feldzeitung. — Le quartier général de l'Empereur Alexandre a été le 3 à Carlstadt entre Schweinfurth et Aschaffenburg.
Les Bavarois ont pris le 28 [*d'octobre*] 2000 prisonniers de la jeune garde, 200 officiers, 8 canons.
Le 31, bataille entre Wrede et Napoléon sur la rive gauche de la Kintzig près de Hanau, le champ de bataille obtenu [2]), Hanau et Francfort occupés [3]) par les Bavarois qui sont passés la nuit sur la rive gauche de la Kintzig — on croit que Napoléon s'est porté sur Wetzlar [4]) et que Blücher marche sur Giessen.
Je partirai le 9 d. c. pour le quartier général impérial . . .

---

wegen Aufbringung der ausserordentlichen Staatslasten in dem Generalgouvernement Sachsen", Leipzig, 9. November 1813 ebd.). Dort auch ein Teil der Berichte der Zentralsteuerkommission, andere in Rep. 114. VIII. Spec. 27 s. unten S. 593).

[1]) Der Generalmajor Carl Christian von Elsner, seit dem 21. Oktober Kommandant von Leipzig, März 1815 Kommandant von Wittenberg, gest. September 1815.

[2]) S. oben S. 455. Die Gefechte bei Hanau begannen erst am 30. Oktober. Die Behauptung des Schlachtfeldes ist natürlich hier kein Kriterium des Sieges, da Napoleon um seinen Rückzug kämpfte und sich nur solange in seiner Stellung bei Hanau hielt, als es für diesen Zweck nötig war.

[3]) Frankfurt wurde schon am 30. Oktober vorübergehend von bayrischen Truppen besetzt, welche die Stadt aber wieder räumten, als Napoleon heranrückte. Der Kaiser blieb hier die Nacht vom 31. Oktober zum 1. November. Am 2. November erschienen die ersten Kosaken in Frankfurt, am 4. November zog Schwarzenberg ein, am folgenden Tag der Zar, am 6. November unter ungeheurem Jubel Franz I., der hier im Jahre 1792 die deutsche Kaiserkrone empfangen hatte. S. Schwemer, Gesch. der freien Stadt Frankfurt. I. S. 5 ff.

[4]) Ein verhängnisvoller Irrtum des Hauptquartiers, der wesentlich zur Rettung Napoleons beigetragen hat. Blücher teilte diese Ansicht mit Schwarzenberg und verliess, nachdem er bis dahin Napoleon dicht auf den Fersen geblieben war, die Spur der französischen Armee, um dieser über Giessen den Weg nach Koblenz abzuschneiden. Napoleon zog indessen die Strasse über Fulda nach Mainz, warf Wrede und erreichte danach ungehindert den Rhein. Blücher erkannte am 4. November in der Gegend von Giessen seinen Irrtum und gab, da er Napoleon nun nicht mehr einholen konnte, die Verfolgung auf.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an den Fürsten von Anhalt-Dessau Leipzig, 7. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. II. 2. Konzept (Eichhorn)

Mit Bezug auf ein nicht vorliegendes Schreiben der anhaltinischen Fürsten wird ihm als dem Wortführer derselben mitgeteilt, dass von seiten des Verwaltungsrats der General-Gouverneur von Sachsen, Fürst Repnin, beauftragt sei, die Leistungen der anhaltinischen Länder an Geld und Naturalien festzusetzen und die Organisation der zu stellenden Linientruppen und Landwehr, sowie die Einrichtung des Landsturms anzuordnen. Die anhaltinischen Fürsten werden deshalb mit allen ihren hierauf bezüglichen Anliegen an Repnin verwiesen, zu dessen Vertreter bei ihnen der Baron von Troschke mit dem Sitz in Dessau bestimmt wird [1]).

Stein an Thielmann Leipzig, 8. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII, 10. Konzept (Eichhorn)

Uebersendet Arndts Soldatenkatechismus. Empfiehlt ihn zu weitester Verbreitung.

Tettenborn an Stein Bremen, 8. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 12

Wiederbesetzung Bremens. Provisorische Organisation der dortigen Verwaltung. Reorganisation der hanseatischen Legion. Vorstösse seiner Truppen nach Westfalen. Rät zur schnellen Einsetzung von Verwaltungsbehörden zur Benutzung der Kräfte der neu eroberten Gebiete.

In Folge der Mittheilung, welche mir der Graf Wallmoden von der von seiten Ew. Exzellenz erhaltenen Zuschrift gemacht hat, darf ich voraussetzen, dass Ew. Excellenz einige genauere Nachricht über den Zustand der Angelegenheiten in hiesiger Gegend willkommen sein wird, und ich mache es mir zum besonderen Vergnügen, durch eine solche Schilderung den Wünschen Ew. Excellenz entgegen zu kommen.
Nach meinem zweiten Einrücken in Bremen habe ich auf Befehl des Kronprinzen von Schweden die Französischen Behörden, welche bis dahin noch in Wirksamkeit geblieben waren, sämmtlich abgeschafft und die alte Regierung eingesetzt, wodurch die Stadt also wieder in die Reihe der freien Hansestädte eingetreten ist. Um jedoch die kräftigen und schnellen Maasregeln, welche die gegenwärtige Zeit erfordert, nicht durch den herkömmlichen Geschäftsgang einer Verfassung, die nicht auf solche Umstände berechnet ist, zu lähmen, so ist von Seiten der Stadt der Ausweg getroffen worden, dass der Senat die Regierungs- und Finanzangelegenheiten acht seiner Mitglieder übertragen hat und die Bürgerschaft ihren verfassungsmässigen Antheil an jenen Angelegenheiten ebenfalls einem Ausschusse von sechsundzwanzig Repräsen-

[1]) Entsprechendes Schreiben an Repnin vom 7. November (ebd.) und an Troschke vom 6. Dezember (Rep. 114. VIII. Spec. 26). Instruktion für Troschke vom 28. Dezember (Rep. 114. II. 2. Konzept Eichhorn). Troschke wurde im Januar auf Wunsch Repnins direkt der Zentralverwaltung unterstellt (Stein an Troschke, 28. Januar 1814, Rep. 114. VIII. Spec. 33. Dort auch die wichtigsten Akten über seine Tätigkeit, auf die hier nicht näher eingegangen wird).

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

tanten anvertraut hat, während die übrigen Mitglieder des Senats mancherlei Zweige der innern Verwaltung und besonders auch die Gerechtigkeitspflege zu besorgen haben. Durch diese provisorische Anordnung, welche Hamburg damals zu seinem grossen Nachtheil versäumt hat, werden eine grosse Menge von Weitläufigkeiten und Anständen unfehlbar vermieden werden. Die Hanseatische Legion wird aus Bremen einen nicht unbeträchtlichen Zuwachs erhalten; ich lasse durch einsichtsvolle Offiziere unter meiner Aufsicht ein Bataillon Infanterie und eine Schwadron Kavallerie hier errichten, und die Sache hat bereits guten Fortgang. Die Einwohner von Bremen, welche durch den Krieg in Vergleich mit andern Städten fast gar nicht gelitten haben, sind jedoch meiner Meinung nach noch viel grösserer Anstrengungen fähig, und könnten Ew. Excellenz die hier vorhandene Kräfte vielleicht unmittelbar für das Allgemeine in Anspruch nehmen und benutzen[1]).

Meine Truppen stehn an der Weser von Minden bis hierher und weiter hinabwärts, und ich werde diese Stellung behalten, bis die Ankunft des Generals Wintzingerode, der mit seinem Corps hier eintreffen soll, mir erlauben wird, einer andern Bestimmung zu folgen. Meine Partheien sind inzwischen auf der einen Seite in das Oldenburgische vorgedrungen, haben das Land von den Französischen Behörden, Douaniers und Gensdarmes gesäubert und den Feind bis auf Emden und die Gränze von Holland verfolgt. Die Regierung von Oldenburg habe ich jedoch bis jetzt unberührt gelassen und werde auch ferner jedes Einmischen in Angelegenheiten, die für mich, nach dem was Euer Excellenz über mein persönliches Verhältniss zu dem Herzoge bekannt ist, doppelt misslich und unangenehm sind, vermeiden. Auf der andern Seite sind meine Partheien bis Münster vorgegangen, wo ich gleichfalls die Verfassung unverändert gelassen, weil überhaupt ein fliegendes und den Armeen weit vorauseilendes Corps nicht geeignet ist, sich mit dergleichen Dingen zu befassen. Ich kann Ew. Excellenz aber nicht verhehlen, dass das baldige Erscheinen beauftragter Personen aus dem Departement Ew. Excellenz für alle diese Gegenden eben so wünschenswerth als erspriesslich sein würde.

---

[1]) Da die Hansestädte sich der Sache der Verbündeten anschlossen, wurde für sie ebenfalls ein Agent, der Konsul Delius, bestimmt, der sich am 15. November Stein zur Mitarbeit in der Zentralverwaltung angeboten hatte. Da Hamburg noch in französischer Gewalt war, konnte er sich nur mit den Angelegenheiten von Bremen und Lübeck befassen. Im April 1814 wurde er seines Postens enthoben, da Stein nicht mit ihm zufrieden war, an seine Stelle trat Dr. Gildemeister, der Sekretär des bremischen Staatsmannes Smidt. Die Akten über die Tätigkeit von Delius in Rep. 114. VIII. Spec. 12.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Repnin Leipzig, 9. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27

Massnahmen für den Fall der Kapitulation Dresdens: Verlegung des Gouvernements von Leipzig nach Dresden, Entfernung der wichtigsten Anhänger der Franzosen aus Sachsen, Überwachung der sächsischen Zentralkassen. Schicksal der Hofbeamten und der Mitglieder der Königsfamilie.

... Il me paraît qu'il serait indispensable, mon Prince, dans le cas que Dresde capitule [1]), que vous vous rendiez, s'il est possible, en personne dans cette capitale pour y établir votre gouvernement et prévenir que l'autorité qui lui est déléguée ne soit empiétée — ce qui, vu les circonstances sous lesquelles la capitulation se fera, est très possible. Je considère comme mesure préalable de police très urgente l'arrestation de Mr. de Burgsdorff, chef de la police secrète[2]), et l'exil de Mr. de Manteuffel[3]) et de Brand [4]) en Silésie ou en Courlande — le premier est un vil agent de la police secrète française, les deux derniers sont mal pensants, intrigants, remuants.

Les caisses à Dresde exigeront une surveillance particulière et l'établissement d'un controlleur sûr auprès de chaque caisse principale (Haupt Casse) qui veille au mouvement des deniers — Mess. d'Oppel [5]) et Krüger [6]) devront faire un plan à cet égard et déterminer les caisses et le mode de controle.

C'est à Dresde que se trouve une masse nombreuse et lourde d'employés, de courtisans etc. qui réclameront leurs appointements, la question devra donc être abordée et disputée sur leur conservation et sur leurs appointements.

On pourrait établir un comité de personnes impartiales, que Mr. de Merian pourrait désigner, qui préparerait un travail sur cette matière extrêment importante tant sous le point de vue des économies à faire que sous celui de l'influence que tout retranchement a sur l'esprit public. Ce ne sont que les souverains alliés qui pourront statuer sur le sort des personnes appartenantes à la famille royale, mais avant que le résultat de leur volonté commune ne soit connu, aucune mesure ne pourra, à ce qu'il me paraît, être prise à leur égard.

---

[1]) Dresden kapitulierte am 11. November und wurde zunächst von einem österreichischen Corps unter dem General Chasteler besetzt, den Schwarzenberg auch zum Gouverneur der Stadt ernannte. Da die Belegung der ohnehin sehr mitgenommenen Stadt mit einem starken Corps die Kriegsleiden Sachsens unnötig vermehrte und da Repnin ausserdem Rang- und Competenzstreitigkeiten mit dem österreichischen General befürchtete, verlangte er energisch die Abberufung Chastelers und seiner Truppen, die Stein durch entsprechende Vorstellungen bei Schwarzenberg auch erreichte. Die Korrespondenz zwischen Stein und Repnin darüber in Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2 und 27.

[2]) Ludwig Christ. von Burgsdorff, Hof- u. Justizrat. S. unten S. 482.

[3]) S. oben S. 269 und unten S. 482.

[4]) Carl Friedr. von Brand, Polizeidirektor von Dresden. S. unten S. 482.

[5]) S. oben S. 305. Anm. 2. [6]) S. oben S. 443. Anm. 3.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Bülow an Stein Minden, 10. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 25. Ausfertigung

Besetzung Westfalens. Vorläufige Verwaltungseinteilung.

Die Wiedereroberung der ehemals preussischen westfälischen Gebiete. Vorläufig und bis zum Eingang der Allerhöchsten Bestimmungen sind interimistische Regierungs Commissionen zur Verwaltung der Geschäfte angeordnet und an die Spitze derselben

im Fürstenthum Minden: der vormalige Landrath Freyherr von der Horst [1]),

in der Grafschaft Ravensberg: der bisherige Unterpräfekt v. Bernuth [2]),

in den Grafschaften Lingen und Tecklenburg: der Preussische Geheime Rath Mauve [3])

als Regierungs Commissarien gestellt worden. Dem letztgenannten Bezirk haben das Amt Meppen — welches ehedem Arnsbergisch war — und das Amt Papenburg — früherhin ein freies Gebiet — beigelegt werden müssen, da diese Distrikte bei der bisherigen Eintheilung zu Lingen und Tecklenburg geschlagen waren und daher jetzt ganz verwaiset bleiben würden, es auch in der Billigkeit liegt, sie an den Lieferungen und sonstigen Kriegslasten Theil nehmen zu lassen . . ., dagegen können aber dieselben in Ansehung der Militair Aushebungen nicht mit angezogen werden, bevor ihr Verhältniss definitiv festgesetzt ist [4]).

Repnin an Stein Leipzig, 4./16. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2. Privatdienstbrief

Versuche, die Organisation und Tätigkeit des Verwaltungsrats in Sachsen zu diskreditieren und zu lähmen. Umtriebe des Generals Langenau. Oesterreichische Intrigen gegen Preussen und Russland in Sachsen.

Depuis quelques jours, des bruits qui circulent tant ici que dans plusieurs autres endroits de la Saxe méritent que je les porte non seulement à la connaissance de Votre Excellence, mais que je la prie même de les soumettre à la sagesse de notre Auguste Empereur. Ils tendent tous à faire croire que l'administration établie ici n'est que momentanée et qu'elle subira non seulement des changements, mais peut-être même une réforme totale.

---

[1]) S. oben S. 446. Anm. 3.

[2]) Der von Vincke in seinem Schreiben vom 12. November 1809 erwähnte damalige Domänendirektor von Bernuth (1805 Geh. Regierungsrat bei der Regierung in Münster, S. Bd. III. S. 203. A. 12)? Möglicherweise jedoch auch der ehemalige Präsident der Mindenschen Kammer oder der ehemalige Kriegs- und Domänenrat bei der Kammer in Hamm gleichen Namens.

[3]) Karl Christian Mauve, 1804/05 Referendar bei der Kammer in Münster und seitdem mit Stein bekannt, der Mauve 1805 nach Berlin mitnahm und oft bei sich im Hause sah. 1807 und 1808 war Mauve in Königsberg, später bei der Regierung in Potsdam.

[4]) Über die Abgrenzung der Verwaltungsgebiete in Rheinland Westfalen vgl. Just, a. a. O. S. 35, 38 f. und den Brief Vinckes an Stein vom 18. November unten S. 466 f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Le Chambellan Beust [1]) assure que le Général Langenau a dit récemment à plusieurs officiers saxons de se tenir tranquilles et de ne point participer aux mesures du gouvernement, vu que l'Autriche désapprouve les démarches de la Russie et de la Prusse à l'égard de la Saxe et que le roi et ce qui en dépend retournera bientôt dans le pays ...
Les autorités de Dresde mettent aussi de leur côté beaucoup de réticence de se soumettre à la nouvelle organisation de la Saxe, jusqu'à ce moment ils n'ont pas fait la moindre démarche vis-à-vis du gouvernement, et je sais même que, quand on leur a insinué d'envoyer des députés à Leipzig, ils ont dit qu'ils ne reconnaissaient que l'autorité du roi ...
Ces différents bruits me paraissent aussi avoir une certaine liaison avec un propos fort extraordinaire de Gentz à la fin d'octobre, qui doit être connu de Votre Excellence et qui tendait à faire croire que toute l'organisation actuelle n'était qu'éphémère.
Oserai-je faire à la suite de ce rapport une proposition qui me paraît utile pour le bien général, c'est qu'en prenant la convention de Leipzig pour base, on fasse une publication aux noms de tous les souverains alliés qui constitue la manière dont l'Allemagne serait gouvernée jusqu'à la paix, il serait nécessaire d'y désigner expressement les pays qui forment des gouvernements généraux et que, si les souverains ne daignent pas chaqu'un honorer de leur signature un manifeste particulier de la même teneur, la publication générale soit au moins signée en leur nom par leurs ministres respectifs.

Merian an Stein — Leipzig, 4./16. November 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2

Warnt vor den Umtrieben Langenaus in Sachsen gegen Preussen und Russland.

Repnin an Stein — Leipzig, 5./17. November 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2. Privatdienstbrief

Die österreichischen Intrigen in Sachsen.

Les manoeuvres secrets dont j'ai informé Votre Excellence naguère, deviennent plus sérieux, prennent des dimensions plus larges et me mettent dans le cas de vous prier de porter le contenu de cette lettre à la connaissance de S. M. l'Empereur de Russie.
Tout ce qui, dans les derniers temps, a entouré et trahi le roi et vient, par une conséquence aussi juste que naturelle, de perdre son influence, se rapproche et se ligue non seulement contre le gouvernement, mais contre l'ascendant de la Russie en général. Les deux pivots de ce manège

[1]) Sächsischer Kammerherr und Oberhofgerichtsrat in Dresden, gest. 1840. Der Vater des berühmten sächsischen Staatsmanns Grafen Beust.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

sont Langenau à Francfort et Marcolini [1]) à Dresde. Pour couper court aux entreprises cachées de ce dernier, qui continue à jouer son rôle derrière les rideaux, je lui ai écrit conformément aux intentions de Votre Excellence de quitter Dresde sous 3 jours et prendre la route de Baudiss et Breslau. Langenau vient d'envoyer en Saxe l'Aide de Camp Schulenbourg [2]), écuyer autrefois de Gersdorf [3]), à présent de Langenau, il voyage ostensiblement sous un prétexte de service, mais il est en effet chargé de parler, chemin faisant, aux officiers et états saxons dans le sens suivant:

Qu'on était à Francfort très mécontent du gouvernement général, que ses fausses démarches amèneraient un autre état des choses, que la Saxe résignait d'être démembrée en faveur de la Prusse, que par ces raisons il était du devoir de tout bon Saxon de se soustraire autant que possible aux mesures actuelles, de se réunir à ses amis et de faire solliciter par une députation l'intervention de l'Empereur d'Autriche qui avait le plus grand intérêt à la conservation du pays, que lui, Langenau, offrait ses bons offices et que le Comte Metternich n'attendait qu'une ouverture.

Voici ce que Schulenbourg a dit, mot pour mot, à plusieurs personnes distinguées en leur faisant des compliments de la part du Comte Metternich et ce qu'il ne manquera pas de répéter à Dresde et ailleurs. Il a ajouté que, l'armée saxonne étant très mécontente de son chef, le Général Thielmann, lui, Schulenbourg, était chargé de recueillir les plaintes des officiers et soldats et leur promettre l'appui de ceux qui l'avaient envoyé. Il est sûr qu'on s'aperçoit déjà de l'effet de ces insinuations, des officiers qui, encore hier, étaient très bien disposés, font aujourd' hui des observations et conditions et demandent une garantie. Le retour du Ministre Senfft qu'on attend à Eythra [4]), le départ du Général Watzdorf [5]) pour Berlin, qui a eu lieu contre mon intention, puisque j'avais cru devoir prendre les ordres de S. M. Impériale, le dessein du Général Chasteler de rester en Saxe et plusieurs autres

[1]) S. oben S. 324 Anm. 4 und unten S. 482.

[2]) Rittmeister im Generalstab, s. Petersdorff, a. a. O. S. 151 f.

[3]) Karl Friedrich Wilhelm von Gersdorf (1765—1829), seit 1810 Generalstabschef der sächsischen Armee, der militärische Berater des Königs.

[4]) Den Besitz seiner Schwiegereltern (Werthern), s. oben S. 298. Anm. 2.

[5]) Karl Friedrich Ludwig von Watzdorf (1759—1840). Er hatte bis 1810 in der sächsischen Armee gedient. wurde dann von Senfft als ausserordentlicher Gesandter nach Petersburg gesandt und blieb dort bis zum April 1812. Als diplomatischer Vertreter Sachsens im Hauptquartier der grossen Armee im Feldzug von 1812 erkannte er frühzeitig den drohenden Zusammenbruch und riet zu einem Zusammengehen Sachsens mit Oesterreich. Er wurde von Senfft, der ja ebenfalls Sachsen auf diese Weise aus den kriegerischen Entscheidungen herauszubringen suchte, im Frühjahr 1813 nach Wien gesandt und schloss dort den Vertrag vom 20. April (s. S. 265. Anm. 3 u. S. 312.). Trotz der kläglichen Niederlage dieser Politik behielt Watzdorf das Vertrauen seines Königs, der ihn nach Berlin zu sich rief und mit einer Mission an die drei verbündeten Monarchen betraute,

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

circonstances coincident avec l'envoi de Schulenbourg et font voir qu'on tâche de former en Saxe un parti qui, sous prétexte d'amour de la patrie, devienne un instrument commode dans les mains du premier ministre d'une puissance voisine lequel, toujours en protestant que sa cour est dégoûtée et éloignée des affaires de l'Allemagne, ne cesse d'y établir et consolider son système.

Vincke an Stein Münster, 18. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 25

Freude über die Befreiung Westfalens und über Steins Anteil an der Befreiung Deutschlands. Vinckes Ernennung zum Zivilgouverneur der westfälischen Provinzen. Chaotische Zustände. Die Ausschreitungen der Kosaken. Persönliches.

Ich würde es vergebens versuchen, Worte zu finden, um Ew. Excellenz meine Empfindungen auszudrücken über die eingetretene glückliche Veränderung der Dinge, die in so kurzer Zeit der sicheren Begründung so nahe geführt werden: meine Freude, dieses grosse Werk vermutlich den unermüdeten beschwerlichen Anstrengungen des Mannes zu verdanken, der so lange Gegenstand meiner innigsten Verehrung war, meine Freude, Ihnen selbst dieses ausdrücken und wieder schreiben zu dürfen und selbst die Hoffnung einer Geschäftsverbindung wieder angeknüpft zu sehen.

Der würdige General v. Bülow hat mir beim Einrücken seines siegreichen Korps vorläufig das Zivil Gouvernement der Königlichen Westfälischen Provinzen übertragen. Wenn auch, wie es leicht möglich seyn könnte, ein anderer an diesem Posten schon bestimmt wäre, so wird es mich doch freuen, auch nur eine kurze Zeit nützlich gewirkt zu haben für den grossen Zweck, und ich werde gern in jedem andern Verhältniss fortfahren, thätig dafür zu seyn, aber es ist ein ungeheures Chaos, es wird bei dem thätigsten Eifer sehr schwer, Ordnung zu stiften und zu erhalten, zu leisten, was man gern möchte. Durch die unzähligen Herden von Kosaken wird unzuberechnendes Unglück angerichtet, es ist zu besorgen, dass ihre Räubereien und Unfug aller Art an allen Orten, auch auf die Stimmung in Holland sehr nachtheilig wirken möchten, wie sie hier schon darauf gewirkt, und ihre ungeheure, vergeudende und

welche den Anschluss Sachsens an die Verbündeten und die Rückkehr des Königs herbeiführen sollte (November 1813). Watzdorf erreichte in dieser Mission ebensowenig wie auf einer zweiten Sendung ins Hauptquartier der Verbündeten nach der Einnahme von Paris. Auf der Rückreise unterhandelte er in Frankfurt mit Stein über eine Erleichterung der finanziellen Lage des Königs, der ihm einige Zugeständnisse in dieser Hinsicht machte. Watzdorf wurde während der folgenden Verhandlungen bis zum endgültigen Frieden noch verschiedentlich von seinem König zu geheimen Verhandlungen benutzt, durch die dieser eine Besserung seiner Lage zu erreichen hoffte. Nach dem Krieg übernahm Watzdorf die Leitung der Erziehung der königlichen Prinzen, war von 1823—33 Gesandter in Berlin, wo er noch an den Verhandlungen über den Anschluss Sachsens an den Zollverein teilnahm. Dann kehrte er nach Dresden zurück und wurde Minister des königlichen Hauses.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

zerstöhrende Konsumzion wird bald die Ressourzen der fechtenden Armeen erschöpfen. Wie sehr wäre es zu wünschen, dass diese Völker schleunigst jetzt zu Hause geschickt würden, sie räumen dermassen auf, dass den nachrückenden Armeen in diesen nicht besonders gesegneten Gegenden bald nichts mehr übrig bleiben wird, und was ihnen nachgeführt werden könnte, wird von den überall im Rücken herumschwärmenden Kosaken verzehrt, durch ihre Verheerungen alle Mittel zur neuen Produkzion benommen.

Ew. Excellenz haben immer auch meinem persönlichen Ergehen ihre Theilnahme geschenkt, ich bin in der Ruhe wieder gesund geworden und bin glücklicher Vater zweier munterer Knaben. Der letztere wurde im September gebohren und Ihnen die Pathenstelle zugedacht, wir schmeicheln uns, Sie werden unsre Bitte stattfinden lassen, solche anzunehmen und auf den Knaben die erhabenen Tugenden des Pathen vererben.

Vincke an Stein — Münster, 18. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 25. — Eigenh. Antwortkonzept Steins (o. D.) auf demselben Bogen, danach die Ausfertigung vom 23. November (s. unten S. 472)

Vorschläge für die provisorische Verwaltungseinteilung Westfalens für die Zwecke der Zentralverwaltung.

Ew. Excellenz sind die Localverhältnisse der Westphälischen Provinzen und die daher entstehenden Schwierigkeiten ihrer zweckmässigen Verwaltung vollständig bekannt.

Die Königlich Preussischen Provinzen sind zerschnitten und zerstückelt durch viele kleine Länder, in den letzten Jahren durch das allgemeine Französische Vereinigungssystem wurde diess Missverhältniss gehoben. Es kann gewiss nicht Plan seyn, solches künftig wieder zu erneuern; aber auch in dem gegenwärtigen Augenblick schon, wo der nothwendige rasche Gang einer allgemeinen Bewaffnung und Benutzung aller militairischen Hülfsmittel gemeinsame Maasregeln gebietet, hat sich der General v. Bülow gedrungen gefühlt, bei Besitznahme der königlichen Provinzen auch die kleinen Ländchen von Dortmund, Limburg, Recklinghausen, Rittburg, Wiedenbrück, Rheda, Croy, Rheingrafen, Salm, Burg Steinfurt in ihrer bestehenden Verbindung mit den Preussischen Ländern zu belassen und solche zugleich mit diesen in Besitz zu nehmen[1]). Jetzt, wo von bleibender Organisation noch keine Rede seyn kann, ist es gewiss wesentlich nothwendig, alle Veränderungen in der bestehenden Verfassung zu vermeiden, indem Stöhrungen, Aufenthalt aller Art . . .

[1]) Ueber die Verwaltung dieser in Westfalen zahlreichen kleinen Herrschaften, deren Gebiete teilweise in das Verwaltungsgebiet des Generalgouvernements Berg, teilweise in das des preussischen Zivilgouvernements Münster fielen, wurden zwischen Gruner und Vincke genauere Abmachungen getroffen, die Steins Zustimmung fanden. Vgl. darüber Just, a. a. O. S. 35 ff., die Akten in Rep. 114. VIII. Spec. 25. — Wegen der Behandlung der Souveränitätsansprüche dieser „Moorgrafen" (vgl. Bd. I. S. 373 ff.) durch Stein s. unten S. 546.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

unvermeidlich sind.... Daher schmeichle ich mir, dass Ew. Excellenz dieses Verfahren genehmigen werden....

Stein an Frau vom Stein Frankfurt, 18. November 1813
St. A.

Zurückerstattung seiner Güter. Die Rheinbundfürsten in Frankfurt. Alexander I. Friedrich Wilhelm III. Blücher.

Me voici ici depuis le 13 d. c., ma chère amie, très occupé et tracassé, donc que je dois me borner à ne vous parler que des choses les plus essentielles.

Mr. de Marschall m'a hier annoncé la levée du séquestre, j'ai donc constitué Marianne [1]) régente de mes états, je crois que les cosaques les auront un peu travaillés, quoique Blücher y a tout de suite envoyé une sauvegarde — enfin, j'attends des nouvelles — celles de la santé de Marianne sont bonnes, son chapitre sera rétabli [2]) et tout rentrera peu à peu dans sa situation naturelle.

Il y a ici une réunion de tous les grands et petits fédérés de la ligue tout aussi empressés à la dissoudre qu'ils ont été à la conclure — vous sentez qu'ils n'inspirent ni estime ni confiance.

L'Empereur Alexandre est toujours conciliant, bienveillant, ferme, et il inspire de la confiance et un sentiment de dévouement à tous ceux qui approchent de sa personne. Le Roi est un peu rêche, rabrouant plus ou moins ceux qui le voient.

J'ai vu le vieux Blücher ici qui est très brillant et heureux — on dit son fils mort, il ne le savait point, j'espère que la nouvelle sera fausse [3])...

Stein an Hardenberg Frankfurt, 18. November 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 1

Dringt auf schnelle Ernennung eines Generalgouverneurs für das Grossherzogtum Berg. Bringt dafür den preussischen Generalmajor Prinz Solms-Lich in Vorschlag [4]). Die Aufstellung der Linientruppen, der Landwehr und des Landsturms solle dem Generalmajor Jechner übertragen werden [5]).

[1]) S. Bd. I. S. 77 f. [2]) S. Bd. III. S. 145. Anm. 4.

[3]) Sie war auch tatsächlich falsch. Franz von Blücher, der sich als Kriegsgefangener bei der in Dresden eingeschlossenen französischen Armee befand, wurde durch die Kapitulation Dresdens befreit.

[4]) Vgl. dazu das Schreiben Steins an Solms-Lich vom 22. November 1813 (Konzept, ebd.). Der Prinz trat sein Amt erst Anfang Februar 1814 an, bis dahin verwaltete, wie schon oben (S. 441) ausgeführt wurde, Gruner diesen Posten (Bestallung für Gruner als provisorischer Generalgouverneur von Berg, 19. November 1813, Konzept, ebd.). Gruner übernahm anschliessend das Generalgouvernement des Mittelrheins, welches hauptsächlich die linksrheinischen deutschen Gebiete an der Mosel umfasste, die Akten über seine dortige Tätigkeit befinden sich in Rep. 114, VII, $8^1/_2$ u. VIII, Spec. 18. 19, sie können hier nicht weiter berücksichtigt werden.

[5]) Diesem Vorschlag Steins wurde entsprochen. Die Korrespondenz zwischen Stein und Jechner über die Fortschritte der Landesbewaffnung im Grossherzogtum Berg befindet sich in Rep. 114. VII. 4, sie ist hier nicht weiter herangezogen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats des General-Gouvernements Frankfurt [1]) Frankfurt, 19. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. Spec. 7. Abschrift

Bericht über die von Stein in einer längeren Rede vorgetragenen Forderungen: Stellung eines regulären Truppenkontingents von 2800 Mann und von ebensoviel Landwehr. Vorlage approximativer Etats, um die finanzielle Leistungsfähigkeit Frankfurts für den Befreiungskampf festzustellen. Konfiszierung und Verkauf der im Grossherzogtum Frankfurt gelegenen Grundstücks-Dotationen an französische Marschälle. Organisation der Sicherheitspolizei. Einrichtung von parallelen Etappenstrassen, um die durch das Grossherzogtum Frankfurt gehende Hauptstrasse zu entlasten.

Repnin an Stein Leipzig, 7./19. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2. Privatdienstbrief

Fortgang der österreichischen Intrigen in Sachsen. Die Ausbreitung und Befestigung des österreichischen Einflusses in Sachsen als eigentliches Ziel dieser Umtriebe. Gegenmassnahmen. Watzdorf und Senfft.

Ma lettre No. 9 [2]) vous a informé des menées sourdes qu'on substitue aux communications ouvertes et loyales et par lesquelles on tâche d'aliéner, égarer et brouiller l'esprit public et mettre à la place d'une subordination simple et régulière la méprisable tactique de la cabale et les nuances infinies des factions et des partis. Les conversations et les correspondances ne confirment que trop les appréhensions dont j'ai eu l'honneur de vous faire part dans ma lettre No. 9 et m'apprennent que, loin de se contenter de l'influence actuelle dans le midi de l'Allemagne et de celle qu'on est sur le point d'acquérir en Italie, on aspire encore à la prépondérance dans cette Saxe qui, par les plus justes raisons et un arrangement volontaire, avait été comme mise à la disposition de S. M. l'Empereur de Russie en reconnaissance des sacrifices énormes et des hauts faits de la nation qu'il gouverne. . . . Il devient donc, d'après mon entière conviction, indispensable de prendre des mesures efficaces pour assurer l'esprit public en le tirant de cette oscillation dangereuse qui facilite tout mal et entrave tout bien. Je me flatte que

---

[1]) In diese frankfurter Tage fällt erst eigentlich die Organisation der Zentralverwaltung für sämtliche deutschen Gebiete, soweit sie überhaupt in ihren Verwaltungsbereich fielen. In Leipzig hatte Stein im wesentlichen nur das Generalgouvernement für Sachsen organisiert, für die übrigen deutschen Gebiete mit Ausnahme einiger thüringer Kleinstaaten konnte, da sie erst erobert wurden, noch nichts geschehen. Auch die Einrichtung der Behörde selbst war noch in ihren Anfängen, erst in Frankfurt erfolgte die vollständige Organisation des Stein'schen Büros (vgl. Pertz, Stein III. S. 470 ff.), hier wurden unter massgeblicher Mitwirkung Steins die für die Tätigkeit der Zentralverwaltung grundlegend wichtigen generellen Abmachungen über die Leistungen der einzelnen Staaten getroffen (Frankfurter Bewaffnungsprotokoll vom 24. November, Grundsätze über die Naturalverpflegung und Leistungen für die verbündeten Heere, Bestimmungen über die Einrichtung und den Unterhalt der Lazarette, gedr. Eichhorn, a. a. O. S. 96 ff.).

[2]) Die Briefe Repnins an Stein sind nach dieser Zählung offenbar nicht vollständig erhalten. Der vorliegende trägt die Nummer 11, No. 10 fehlt, ebenso wie einige frühere.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

la patente ci-jointe [1]), rédigée dans ce sens et publiée aujourd' hui, fera une impression favorable et contribuera à donner à l'esprit du public cette tranquillité et cette juste direction si nécessaire au succès des démarches d'un gouvernement.
Cependant elle ne suffirait pas sans l'autorité suprême de S. M. Imperiale, et c'est avec une entière confiance dans sa bonté que je vous prie, Monsieur le Baron, de mettre à ses pieds l'adresse ci-jointe [2]), que je publierais en son nom si elle pouvait obtenir son approbation.
Les esprits des habitants de ce pays ont besoin d'être montés, les anciennes habitudes et cette circonspection qui les distingue, paraissent exiger un ménagement particulier d'un côté, mais aussi, de l'autre, d'autant plus de vigueur qu'on peut compter moins sur de grands élans de leur propre part.
Le Général Watzdorf, qui s'est rendu de Dresde à Berlin sans ma permission, doit être destiné à une mission au quartier général à Francfort, où Votre Excellence a déjà trouvé établi le Comte de Senfft.

Stein an Frau vom Stein — Frankfurt, 20. November 1813

St. A.

Die „canaille princière" in Frankfurt. Der König von Sachsen in Berlin. Prinz Solms-Lich Zivilgouverneur von Berg. Frage des künftigen Wohnsitzes der Familie Steins.

. . . Je suis toujours très occupé et encore plus tracassé par mille importuns et ennuyeux. Nous avons eu ici toute la canaille princière aussi ridicule que méprisable et méprisée.
Anstett a convoyé le Roi de Saxe à Berlin, mais il est maintenant depuis longtemps de retour et nommé avec Mess. de Binder et Humbold pour faire les conventions avec tous les princes de la ci-devant confédération du Rhin.
J'ai nommé le P[rince] Solms [3]) gouverneur du Grand Duché de Berg, cela lui offrira un cercle d'activité et lui fera perdre pour un temps l'idée fixe qui domine son cerveau, celle de l'agrandissement de la maison de Solms. . . .
Mon existence est toujours celle d'un nomade, je suivrai le quartier général [4]), ferai une course à Dusseldorf [5]) — et nous sommes bien près de Mayence. — Je vous ai demandé, ma chère amie, votre opinion sur votre établissement futur, dites la moi, je n'ai qu'un désir, c'est celui

[1]) Ein undatierter Aufruf an die Sachsen, in dem sie wegen ihres bisherigen Benehmens unter der Herrschaft der Verbündeten belobt und zu weiterem patriotischen Verhalten aufgefordert werden.
[2]) Nicht ermittelt.
[3]) S. oben S. 467. Anm. 4.
[4]) Stein reiste am 14. Dezember, s. unten S. 491.
[5]) Daraus ist, soviel sich sehen lässt, nichts geworden.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

de vous voir dédommagée des privations que vous avez souffertes, récompensée du courage avec lequel vous les avez supportées.
Voici un Gedicht de Werner[1]).

Denkschrift Steins Frankfurt, 21. November 1813

Nach dem Abdruck in der Hist. Zeitschr. 1881. S. 189 ff.

Die deutsche Frage. Stein wendet sich scharf gegen jede Berücksichtigung der schwedisch-dänischen Ansprüche bei der Neuordnung Deutschlands. Föderalismus und Reichsgewalt. Rechte der Einzelstaaten. Notwendigkeit von Landständen.

Ich habe gleiche Meinung mit des Herrn Grafen v. Münster Exc. über das Verderbliche der Fortdauer einer Zerstücklung von Deutschland in 36 kleine Despotien, sie verunedeln die Nation, da sie von den Launen kleiner Sultane und Vizire abhängig wird, sie verewigen den Einfluss Frankreichs, das durch seine geographische Lage, durch die Eifersucht der kleinen Fürsten gegen Oesterreich und Preussen und durch die ausgemacht überwiegende Gewandtheit seiner diplomatischen Agenten einen fortdauernden Einfluss haben wird.
Es ist auffallend, in der Depesche d. d. 1. September Schweden in Deutschen Angelegenheiten ein grosses Gewicht beigelegt zu sehen, das ohne alle physische und moralische Kraft ist, und Preussen, dessen Heere in 10 Schlachten siegreich fochten, wird nur wegen seiner projets sinistres erwähnt. Ich bemerke, dass diese Ansichten niemand auf dem festen Lande hat noch haben kann, und dass Preussen stark ist durch die Tugend, welche die Nation, die Tapferkeit, welche sein Heer bewiesen, und durch die innige Verbindung mit Russland.
Ich würde die Schwedischen Projecte, an Dänemark Hamburg und Lübeck zu geben, sinistres nennen, erschiene es nicht lächerlich, dass

[1]) Der bekannte Dramatiker Zacharias Werner (1768—1823). — Werner könnte Stein sehr wohl persönlich bekannt gewesen sein. Zur Zeit von Steins erstem Ministerium war Werner bei der Kammer in Warschau, wo damals auch E. T. A. Hoffmann lebte. Bei der Inspektionsreise Steins nach Südpreussen im Jahre 1805 (s. Bd. II), auf der ihn Kunth begleitete, lernte Kunth Werner und seine (dritte) Frau kennen, verliebte sich in sie und heiratete sie bald darauf. Werner selbst erhielt Ende 1805 durch Vermittlung Kunths eine Stellung als Sekretär im Departement Schrötters. In Berlin erschien 1806 (vor dem Zusammenbruch) Werners Lutherdrama „Die Weihe der Kraft", dessen Erfolg auch Stein bekannt geworden sein muss, wenn er es nicht selbst gesehen hat. — Seit dem Zusammenbruch Preussens hatte Werner ein unstetes Wanderleben geführt, hatte sein berühmtes Schicksalsdrama, den „24. Februar", sowie ein schönes Gedicht auf den Tod der Königin Luise geschrieben, war zum Katholizismus übergetreten und kurz vor dem Zusammenbruch der Rheinbundsherrlichkeit nach Frankfurt gekommen, nachdem Dalberg ihm schon 1809 eine Jahresrente von 1000 Th. ausgeworfen hatte. In Frankfurt schrieb er als Widerruf seines Lutherdramas die monströse „Weihe der Unkraft", in der er auch den Sieg der Verbündeten über den (ja auch mit dem Papst zerfallenen) französischen Kaiser besang. Im selben Jahr erschienen auch seine „Kriegslieder für die zum heiligen Krieg verbündeten Mächte" — die Stein hier wohl seiner Frau zusendet — bald darauf das „Tedeum zur Einnahme von Paris". Werner wurde 1814 katholischer Priester, ging im August nach Wien und predigte dort unter grösstem Zulauf, ein Abraham a Sancta Clara des Wiener Congresses.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

zwey kleine Völkleins auf Kosten Deutschlands ihre Katzbalgereien zu schlichten für gut finden.
Dass Deutschland als föderativer Staat selbst unter dem eisernen Protectorat Napoleons schwach ist und bleibt, beweisen die Ereignisse, von denen wir Zeugen sind, denn in dem Augenblick, wo die Hand, die das Steuer Ruder führte, erschlaffte, wurde das Schiffs Volk meuterisch und verliess den Seeräuber Hauptmann, unter dessen Anführung man bisher nach Herzenslust geplündert, unterdrückt und sich gebrüstet hatte.
Man will also dem Bundes Haupt eine grosse Gewalt geben, um die einzelnen Theile zusammenzuhalten. Diese Gewalt muss sich stützen nicht auf papierne Verträge, sondern auf Geld, Soldaten und jede Art des Regierungs Einflusses. Das Bundes Haupt muss also das Recht haben, Krieg und Frieden zu schliessen, allein oder mit Zustimmung des Reichs Tags; es muss auch auf das Innere der Verwaltung eines Landes Einfluss haben, dem Unterthan Schutz geben gegen die Bedrückungen der Fürsten.
Geschieht dieses alles, so wird der Fürst nur auf innere Landes Polyzey eingeschränkt, er wird sich mit ihrer Ausübung, mit der Rechtspflege beschäftigen, seine übrigen politischen Verhältnisse werden aufhören.
Zugleich ist es aber von der grössten Wichtigkeit, dass das Innere der Länder so constituirt werde, um den Einwohnern Sicherheit für das Eigenthum und das Leben zu verbürgen durch Anordnung von Ständen, von einer guten Gerichtsverfassung.
Wenn nun alles dieses soll ausgeführt werden, so entsteht die Frage: ist Russland mit einer solchen Vergrösserung der Oesterreichischen Macht zufrieden? welches ist das Interesse von Preussen hierbey?
Ich glaube, dass Vereinigungs Weege möglich sind, nur müssen sie eingeschlagen werden, man muss nicht glauben, dass Schweden und der Kronprinz eine entscheidende Stimme haben, dieser ist lästig und ohne Talent, und jenes null.

Stein an Repnin Frankfurt, 22. November 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec 26 1/2. Konzept

Billigung der in seinem Schreiben vom 7./19. November erwähnten Massnahmen. Aeusserungen des Zaren über das künftige Schicksal Sachsens. Erklärungen Metternichs über die Umtriebe Langenaus. Vorschläge zur Beruhigung und Gewinnung der öffentlichen Meinung in Sachsen.

Der Zar mit Repnins Massnahmen einverstanden.
Comme son intention n'est cependant ni de démembrer la Saxe, ni de l'incorporer avec une destruction de sa constitution dans un autre royaume, il vous autorise de parler dans ce sens, sans cependant vous expliquer ni sur le rétablissement de l'ancienne dynastie, ni sur l'établissement d'une nouvelle. . . .

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Beruhigung der sächsischen Offiziere über ihr künftiges Schicksal.

S. M. l'Empereur m'avait de plus autorisé à parler au Prince Metternich sur la conduite de l'émissaire de Mr. de Langenau et de demander qu'on marque à celui-ci tout le mécontentement sur sa conduite qu'il mérite et qu'on le rappelle. Le P. Metternich m'a assuré positivement que Schulenbourg n'avait été chargé que de commissions pour l'Archiduchesse Thérèse, qu'il désapprouvait la conduite [*de*] son agent, qu'il le rappelerait et le ferait mettre aux arrêts — ce que je prie votre Excellence de dire à tout le monde . . .

Il me paraît qu'à toutes ces mesures il faudrait joindre quelques autres pour guider et rectifier l'opinion publique.

1) La rédaction et publication de pamphlets sur la situation politique de la Saxe, en évitant cependant de paraître que le gouvernement y prenne une part directe. Rien ne s'oppose à la publication de la pièce ci-jointe, écrite au mois de juillet [1]), qu'on pourrait faire imprimer sans marquer l'endroit de l'impression (Druck Ort). Je sais également que le Professeur Arndt, qui se trouve à Leipzig, a fait une brochure sur la conduite de la Saxe, on pourrait l'autoriser à la publier [2]).

2) Payer exactement les appointements et pensions aux militaires et aux employés bien pensants.

3) Employer quelques mesures de sévérité contre les personnes les plus mâtins, p. e. le conseiller privé de finances de Manteuffel [3]), Mess. de Brand [4]) et de Burgsdorff [5]).

4) Se mettre en rapport avec le gouverneur civil de Berlin, Monsieur Sack, homme actif et bien pensant, afin de surveiller le Roi de Saxe, ses entours et sa manière d'agir . . .

Stein an Vincke — Frankfurt, 23. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 25. Konzept (Eichhorn nach den Angaben Steins am Rande von Vinckes Schreiben vom 18. November)

Genehmigt Vinckes Vorschläge vom 18. November über die vorläufige Verwaltungseinteilung von Westfalen. Massnahmen gegen die Uebergriffe der Kosaken.

---

[1]) Fehlt bei den Akten.

[2]) Arndts Aufsatz „Friedrich August von Sachsen" erschien zuerst im Preussischen Korrespondenten vom 6. Juni 1813. Er wurde dann erweitert zu der 1814 erschienenen Schrift „Friedrich August von Sachsen und sein Volk im Jahre 1813".

[3]) S. oben S. 461. Anm. 3.

[4]) S. oben S. 461. Anm. 4.

[5]) S. oben S. 461. Anm. 2.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Repnin an Stein Leipzig, 24. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 16. Vol. 1

Völlige Erschöpfung Sachsens an Verpflegungsmitteln durch die fortdauernden Truppendurchzüge und die vor den sächsischen Festungen liegenden Belagerungscorps. Bittet Stein zu veranlassen, dass alle nicht unmittelbar in Sachsen gebrauchten Truppen abkommandiert und die Gefangenen des Corps St. Cyr aus Sachsen entfernt werden. Ebenso soll durch Oeffnung der böhmischen Grenze eine Zufuhr von Lebensmitteln nach Sachsen ermöglicht werden [1]).

Stein an Repnin Frankfurt, 25. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 10 Konzept (Kanzleihand mit zahlreichen Korrekturen Steins)

Teilt ihm die Protokolle der Frankfurter Konferenzen [2]) *zur Orientierung über die darin aufgestellten Grundsätze über die Leistungen der Einzelstaaten für die deutsche Landesbewaffnung mit. Auf Grund derselben soll das sächsische Truppenkontingent auf 20 000 Mann erhöht, Sachsen aber hinsichtlich seiner Leistungen an Kontributionen und Lieferungen als erobertes Land gesondert behandelt werden* [3]).

Gruner an Stein Düsseldorf, 13./25. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 2. Vol. 1. Privatdienstbrief

Ankunft in Düsseldorf. Rücktritt Nesselrodes. Die militärische Lage am Rhein.

Euer Excellenz habe ich die Ehre, meine glückliche Ankunft ganz gehorsamst zu melden.

Herr Graf von Nesselrode [4]) zieht sich freiwillig zurück und nimmt sich recht gut. Ich stehe auf dem freundschaftlichsten Fusse mit ihm und habe ihn mit der höchsten Diskrezion behandelt. Der Zweck ist erreicht. Unsere Lage ist sehr prekär. Wir haben 5—600 Mann Preussische Truppen, und der Feind soll gegen 2000 haben. Seit gestern wirft derselbe unseren Posten gegenüber Verschanzungen auf, deren Zweck noch unbekannt ist. . . .

Nicolovius an Stein Berlin, 26. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. IV. 1 2/3

Uebersendet einen von Schön veranlassten Aufsatz Süverns über die Kriegsziele und die künftige Neuordnung Deutschlands [5]).

---

[1]) Vgl. dazu auch den ausführlichen Bericht Repnins vom 20. November 1813 über die Organisation der Truppenverpflegung in Sachsen (ebd.), sowie Steins Schriftwechsel mit Metternich unten S. 480 u. 531.

[2]) S. oben S. 468. Anm. 1.

[3]) Vgl. dazu die detaillierten Rückfragen Repnins vom 7. Dezember unten S. 489.

[4]) Der Minister des Innern des Grossherzogtums Berg, Graf Nesselrode-Reichenstein, der als einziger der obersten Verwaltungsbeamten noch im Lande anwesend war. Im übrigen befand sich die Verwaltung in einem Zustand vollständiger Auflösung. S. Just, a. a. O. S. 30 f.

[5]) Datiert 3. Oktober 1813, ebd.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Therese vom Stein Frankfurt, 27. November 1813
St. A.

Hoffnung auf ruhigen Wiederbesitz von Nassau.

. . . Ich hoffe, meine liebe gute Therese, wir treffen uns diesen Sommer in Nassau und gehen zusammen wieder auf dem Stein spazieren, den wir in sechs Jahren nicht gesehen haben und den uns die Bosheit Napoleons geraubt hatte. Lebe wohl, mein gutes Kind.

Stein an Bülow Frankfurt, 27. November 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 25. Konzept (Eichhorn) mit Korrekturen Steins (kursiv)

Schärfste Zurückweisung der Souveränitätsansprüche der kleinen westfälischen Fürsten. Für den Fall ihrer Einmischung in die Regierungsgeschäfte wird Bülow ermächtigt, „dieselben arretiren und hierher deportiern zu lassen".

Auf Ew. Excellenz geehrtes Schreiben vom 22t. d. M. . . . erwidere ich ergebenst, dass die Rheingräfin von Salm, die Herzöge von Croy und Looz-Lorswaren, desgleichen der Graf von Bentheim-Steinfurth durchaus nicht zur Usurpation der Souveränität, welche sie verlohren, wiederzugelassen werden können. Ich theile hiebei ganz die von E. Excellenz aufgestellte Ansicht. Wenn die genannten Fürsten und Herren sich nicht wollen abhalten lassen, in die Regierung sich einzumischen, so ersuche ich E. Excellenz, dieselben arretiren und sie deportiren[1]) zu lassen. Ein gleiches würde gegen die Abgeordneten und Geschäftsführer derselben zu beobachten seyn. — Damit sich alle ruhig verhalten, stelle ich Ew. Hochwohlgebohren anheim, jene Herren nachdrücklich mit ihren Zudringlichkeiten abzuweisen.
Im Uebrigen bitte ich Ew. Excellenz, mit dem Preussischen General Gouverneur des Grossherzogthum Berg, Etats Rath Gruner, über diesen Gegenstand sich in nähere Communication zu setzen . . .

Gruner an Stein Düsseldorf, 15./27. November 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 2 Vol. 1

Einführung des General-Gouvernements im Grossherzogtum Berg. Stimmung der Bevölkerung („mit dem hohen Enthusiasmus im Siegenschen nicht zu vergleichen"). Gründe dafür: Unsicherheit des bestehenden Zustands, Furcht vor Rückkehr der Franzosen und „der alle Militair Bildung unterdrückende Handelsgeist"[2]). Gruners Gegenmassnahmen. — Desorganisation der Verwaltung durch die abziehenden französischen Behörden (Rückkehr aller leitenden Beamten nach Frankreich unter Mitnahme oder Vernichtung der wichtigsten Akten), Hypertrophie des Verwaltungsapparats. Personalien. Ersetzung der französisch gesinnten Beamten durch deutsche. Eifrige Arbeit für die Aufstellung der Streitkräfte des Landes[3]).

---

[1]) Statt: „hierher senden". [2]) Vgl. dazu unten S. 505 u. 554.
[3]) Vgl. dazu auch Gruners Schreiben vom 15./27. November 1813, Rep. 114. VII. 4.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Gruner an Stein Düsseldorf, 15./27. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 2. Vol. 1. Privatdienstbrief

Stimmung im Lande. Graf Nesselrode-Reichenstein. Desolater Zustand der Verwaltungsbehörden. Bittet, den zum General-Gouverneur bestimmten Grafen Solms-Lich noch so lange zurückzuhalten, bis die Reorganisation der Verwaltungsbehörden im Grossherzogtum Berg durchgeführt sei. Die militärische Lage am Rhein.

Euer Excellenz habe ich die Ehre, abermals einige offizielle Berichte über die hiesigen Angelegenheiten ganz gehorsamst zu überreichen. Das Geschäft wird schwieriger. Die h i e s i g e Stimmung ist, wie Euer Excellenz vorher sahen, sehr schwankend und getheilt. Der Geist ist lau, die Korrupzion der Sitten sehr weit gediehen. Man ist so in dem Französischen Unwesen vertieft, dass man sich nicht herausfinden kann. Es wird Mühe kosten, einen public spirit zu schaffen oder ohne denselben ein tüchtiges Werk hinzustellen. Demnach werde ich alle Kraft dazu aufwenden und, wie ich gewiss hoffe, bald reussiren, wenn Euer Excellenz mir nur noch etwas Zeit lassen.

Graf Nesselrode scheint sein Zurücktreten zu bereuen. Es ist ihm, wie ich jetzt erfahren, nicht recht eigentlich Ernst damit gewsen, da ich ihn aber gleich ernst beim Worte nahm, so konnte er nicht zurück. Indes hat er viele äussere Gewalt über sich, und wir stehen auch in der That auf einem sehr guten Fuss. Ich finde ihn unter manchen Beziehungen äusserst achtungswürdig. Nur seine Schwäche ist sehr gross und hat sich leider auf alles erstreckt.

Von der Schlaffheit der hiesigen Verwaltung kann ich Euer Excellenz keinen Begriff machen. Herrn v. Nesselrodes Nachsicht und Protektionssucht und die Form der Verwaltung selbst haben alles verdorben. Da Letztere Controlle auf Controlle häuft, so hat niemand selbst etwas zu vertreten, und alle Kraft und Selbstthätigkeit versinkt darin. Das Kassenwesen selbst gegen und alle finanzielle Zweige sind in vorzüglicher Ordnung dadurch, aber sie erzeugen auch ein Heer von Beamten, dass ich gar nicht absehe, wo ich damit bleiben soll.

Der Geschäftsgang ist fürchterlich langsam, und die Menschen mögen mich langsam für verrückt halten, dass ich in Stunden haben will, wozu man sonst Tage braucht.

Es giebt einige tüchtige, viel elende Beamte. Jene sind ehemals Preussische und grossentheils nur Subalterne. Vieles ist schon verschlechtert. . . . Die Furcht vor den Franzosen ist stark. Uebler Wille herrscht häufig. Kraft und Verdienst sind dringend nothwendig.

So wie ich den Fürsten Solms kenne, würde er hier nichts thun können, sondern alles vernichten, wenn er früher käme, als die Organisazion vollendet ist. Soll ich diese, wie Euer Excellenz Absicht war, tüchtig hinstellen, so muss ich dazu noch einige Wochen Zeit haben. Sein blosses Hierseyn würde jetzt schädlich wirken, weil es die allgemeine Meynung verwirren ..... würde. Ich bitte Euer Excellenz daher inständigst, den Fürsten so lange (etwa 14 Tage noch) hinzuhalten, bis

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

ich Ihnen die Organisazion der Verwaltung des Landes, des Gouvernements Rathes und des Kontingents nebst Landsturm vorgelegt habe. Dann möge der Fürst kommen und das Ganze fortführen, und es wird alsdann alles gut gehen.
Gen. Jechner ist noch nicht hier . . .
Die Arbeiten an den Verschanzungen jenseits des Rheins haben nachgelassen, es sind nur wenige Leute damit beschäftigt. . . Ich habe an General v. Bülow geschrieben, ob es nicht möglich sey, mir Truppen herzusenden. Zwischen hier und Cölln stehen nur zwei Escadrons Kosaken. Es wäre doch ein fataler Streich, wenn ich nach Bicêtre gebracht würde. Käme ich dann noch je zurück, so würden Ew. Excellenz über mein Ansehen doch nicht zu lachen haben.

Stein an Frau vom Stein Frankfurt, 27. November 1813
St. A.

Unwille über die schonende Behandlung der Rheinbundfürsten in Frankfurt. „Le plus ridicule et le plus détestable . . . c'est ce tyran wurtembergeois."

J'espère, ma chère amie, que vous avez reçu mes lettres de Francfort — si je suis moins exact que vous ne l'avez droit d'attendre, je vous prie de l'attribuer en partie aux occupations et en grande partie à l'énorme perte de ce temps qu'on emploie pour écouter les importuns et les ennuyeux. Le déluge de princes et de souverains commence à s'écouler, ils ont été beaucoup mieux traités qu'il ne l'ont mérité, en attendant sont-ils obligés à concourir à la cause commune en fournissant hommes, argent, vivres et, à la paix, leur sort sera finalement réglé. Le plus ridicule et le plus détestable à la fois, c'est ce tyran wurtembergeois, monstrueux par sa figure, son orgueil, sa poltronnerie, sa vie crapuleuse — il est impossible que cet homme n'ait une fin digne d'un tel caractère. Tous les autres princillons sont des gens faibles qui sont très étonnés qu'on fait tant de façons avec eux et qu'on leur accorde encore une existence plus honorable qu'ils ne la méritent par leur conduite misérable . . .
Notre vieux électeur[1]) est arrivé hier — il promènera sa loupe et ses ridicules et son ennui partout où il se trouvera.

Stein an Frau vom Stein Frankfurt, 27. November 1813
St. A.

Die Erhebung Hollands gegen die französische Herrschaft. Koppe.

. . . Si vous croyez pouvoir trouver une habitation commode, agréable à Berlin et nommément une maison à vous, choisissez-la . . . Nassau n'est point tenable au milieu du mouvement des armées sous les canons de Mayence . . .

[1]) Der ihm aus Prag wohlbekannte Kurfürst von Hessen, s. Bd. III. S. 480. Anm. 2 u. S. 481 f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Nous avons d'excellentes nouvelles de l'Hollande, tout est en mouvement et a chassé les Français — les chefs du parti de la maison d'Orange ont pris le dessus et se sont emparés du gouvernement . . .
Koppe[1]) est entré dans les chasseurs volontaires, on l'a fait lieutenant, il a eu la croix de fer, mais le bras droit fracassé à Leipzig.

Kotschubey an Stein Petersburg, 16./28. November 1813
St. A.

Gerüchte und Vermutungen über Metternichs Intrigen gegen Stein. Ermahnt ihn, sich nicht aus der Umgebung des Zaren fernhalten zu lassen. Die Frage des Rheinübergangs.

Empfehlung des Herrn von Gervais.
Quoique cette lettre doive vous parvenir très tard, je ne saurais, mon cher ami, m'empêcher de vous dire un mot du plaisir que j'ai eu en apprenant que vous avez quitté Leipzig pour rejoindre l'Empereur à Francfort. Différents bruits avaient couru sur votre nomination au ministère des alliés pour les affaires de l'Allemagne. On a prétendu que le Comte Metternich avait eu l'idée de vous éloigner par là du quartier général etc. Tout cela était accompagné de tant de raisonnements que l'on pouvait y croire. Sans ôter rien au mérite que l'on peut trouver à Mr. Metternich, je ne voudrais cependant pas que ce mérite reste seul prépondérant. Il peut être très utile qu'il y ait d'autres bonnes têtes au quartier général qui puissent surtout avoir des idées saines sur les arrangements à prendre pour l'Allemagne. De grâce, mon cher Baron, n'abandonnez pas le rôle que vous avez suivi jusqu'à présent. Restez à votre poste auprès de notre Empereur qui vous aime et qui a une grande confiance en vous, d'autant plus méritée que vous avez rendu d'aussi bons services au commencement de la guerre hors de nos frontières. Tous les esprits étaient encore indécis, fluctuants, en Allemagne, lorsque vous avez apparu pour les prendre au collet. C'est une justice que personne ne pourra jamais vous refuser . . .
Persönliches.
Je vois assez souvent Lord Walpole[2]), qui a une très bonne tête. Que ne l'a-t-il placée sur le corps à bottes fortes de L. Cathcart? — Tous les cercles sont maintenant occupés de la grande question: passera-t-on le Rhin ou non? Je pense que cette question ne peut être décidée que sur les lieux. Certes, s'il y a des intelligences avec les rives opposées du Rhin, si l'on sait les dispositions en France défavorables pour Napoléon et que l'on peut s'attendre à une réaction utile de l'intérieur, pourquoi ne franchirait-on pas le Rubicon; mais sans ces corollaires, l'on ne se décidera certainement pas à une démarche qui pourrait plutôt nuire que faire du bien à la cause générale.

[1]) S. Bd. III. S. 364.
[2]) S. oben S. 144, Anm. 2.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Repnin an Stein — Leipzig, 18./30. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2. Privatdienstbrief

Uebersendet seinen Tätigkeitsbericht vom 30. Oktober. Die Umtriebe gegen das Generalgouvernement. Ihre heimliche Unterstützung durch Oesterreich. Befürchtung der Sachsen wegen einer Annexion Sachsens durch Preussen. Die Partei der Weimaraner. Repnin beschwert sich über die Massnahmen der Generale Kleist und Tauentzien. Vorschläge zur Beruhigung der öffentlichen Meinung in Sachsen und zur Erleichterung des Landes. Günstige Wirkung der Erklärungen des Zaren über das künftige Schicksal Sachsens.

Le courrier d'aujourd'hui apporte à Votre Excellence un compte rendu de l'administration qui m'a été confiée depuis cinq semaines [1]). Beaucoup d'objets n'ont pas eu le succès que j'aurais désiré, mais Votre Excellence a été témoin elle-même pendant son séjour à Leipzig des entraves que la marche du gouvernement a éprouvées. Elles ont été bien plus considérables après votre départ et ont surtout influé sur l'opinion publique. Des intrigants, des fausses démarches des gouvernements voisins, l'ont égarée à un point très inquiétant. Il s'est établi deux partis très distincts. Les p r e m i e r s de tous les partisans ci-devant du système français, des personnes attachées au roi ou par leur intérêt ou de coeur, de tous les catholiques, les prêtres à la tête. Ils cherchent leur soutien dans l'Autriche qui leur en accorde un réel en tenant dans la capitale un corps de 12 000 hommes, en permettant à Langenau et Senfft d'envoyer des émissaires qui engagent de s'adresser au Prince Metternich qui fait protéger par son chargé d'affaires à Berlin les relations qu'a le roi avec son pays etc. Le cri général de ces gens est que la Saxe est destinée à devenir une province prussienne, que la Russie la sacrifie, Vous et moi sommes voués à leur haîne implacable.

La s e c o n d e partie est plus calme. Cependant elle s'inquiète sur le sort futur de la Saxe. Elle désirerait être rassurée sur l'intégrité de sa patrie et préfèrerait un prince protestant pour souverain au roi qui les a gouvernés. Ceux-ci jettent la vue sur la dynastie saxonne professant cette religion. Des personnes du gouvernement sont pour ainsi dire à la tête de ce parti, au moins en professent les principes. Thielmann et Miltitz ne se sont pas cachés dans ces sentiments vis-à-vis de moi.

Après avoir dénoncé les intrigues autrichiennes, je dois aussi dire avec franchise que le gouvernement prussien a quelques torts vis-à-vis de la Saxe.

1. Le Général Kleist [2]) s'est permis une quantité d'exécutions militaires pour forcer les réquisitions, ce qui a aliéné les esprits.

[1]) Der Bericht Repnins (vom 30. November 1813) befindet sich im Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. Spec. 27. Es wird darin nicht nur über die Tätigkeit der Zentralverwaltung Rechenschaft abgelegt, sondern vor allem auch auf die ungeheure Belastung des Landes durch die noch darin stehenden Belagerungstruppen (vor Erfurt, Torgau, Wittenberg), die Durchzüge und die sich herumtreibenden Fahnenflüchtigen und Marodeure hingewiesen. Vgl. Plathner, a. a. O. S. 34.

[2]) Kleist stand damals vor Erfurt. S. oben S. 455.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

2. Le Général Tauentzien [1]) s'est emparé des bois appartenants au pays, les fait vendre au profit du fisc prussien et jette l'alarme par ce moyen dans le district qu'il occupe. Mes remonstrations n'ont produit aucun effet.
3. Le même général décline toute présence de Saxons devant Torgau. Il ne s'est pas caché de vouloir l'occuper uniquement par des troupes prussiennes, cela épouvante généralement tout le monde. On dit qu'il enlève à la Saxe par ce moyen la libre communication de l'Elbe.
4. Le gouvernement militaire de Berlin met un acharnement inconcevable à l'occupation du cercle de Cottbus [2]) malgré l'invitation que je lui ai faite d'attendre la résolution du Roi que j'ai prié Votre Excellence d'obtenir.

Il est de notre devoir, Monsieur le Baron, de chercher tous les moyens de calmer les esprits, de les concilier et de ne faire voir aux Saxons qu'un seul protecteur impartial: c'est notre auguste maître, et qui pourrait l'être mieux que ce souverain magnanime qui, après avoir sauvé sa partie d'un joug étranger, est accouru avec ses nombreuses phalanges pour arracher l'Europe de l'esclavage qui l'opprimait?

La dépêche dont Votre Excellence m'a honoré au 22 novembre m'a beaucoup aidé dans ce travail important. L'assurance donnée par l'Empereur que son intention n'est ni de démembrer la Saxe, ni de l'incorporer avec destruction de sa constitution dans un autre royaume [3]), sans se prononcer sur les dynasties, fera la base de ma conduite vis-à-vis des différents partis que je vous ai nommés.

---

[1]) Tauentzien leitete die Belagerung von Torgau und Wittenberg. In Torgau befand sich reiches Kriegsmaterial der französischen Armee. Die Festung wurde von der Besatzung unter dem Grafen Narbonne (s. oben S. 115) heldenhaft verteidigt, trotzdem Nahrungsmangel und heftige Seuchen ungeheures Elend und die grössten Verluste über die Truppen und die Bevölkerung brachten. Narbonne selbst starb am 17. November am Typhus, sein Nachfolger, der General Dutaillis, musste am 10. Januar 1814 kapitulieren.

Auch Wittenberg wurde von den Franzosen unter dem General Lapoype aufs tapferste verteidigt, die äusserst geschickt geleitete Belagerung konnte erst nach dem Fall von Torgau mit den dadurch freiwerdenden Kräften nachdrücklich durchgeführt werden. Wittenberg wurde am 13. Januar 1814 im Sturm genommen.

[2]) Der Kreis Cottbus war 1807 von Sachsen annektiert worden und wurde im Frühjahr 1813 sogleich wieder dem preussischen Staat einverleibt. Trotzdem unterstand er zunächst der Verwaltung des Zentralverwaltungsrats, bis nach der Entscheidung von Leipzig das Militärgouvernement in Berlin den Kreis als preussisches Verwaltungsgebiet in Anspruch nahm. Auf Veranlassung Repnins, der durch eine solche Umstellung eine Störung der eingeleiteten Massnahmen zur Ausnutzung und Wiederherstellung der materiellen Hilfsquellen des Kreises befürchtete, wandte sich Stein an Hardenberg (21. November). Der Staatskanzler antwortete (am 29. Dezember), dass es bei der bisherigen Regelung sein Bewenden haben solle, dass aber die in diesem Kreise ausgehobenen Soldaten der preussischen Armee zuzuteilen seien (die Akten darüber im Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26).

[3]) S. oben S. 471.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Je l'employerai autant que possible pour les calmer. Toutes les autres mesures que Votre Excellence prescrit [1]) pour rétablir l'esprit public sont exécutées ou le seront incessamment. J'ose y ajouter les propositions suivantes:

1. La publication d'une proclamation dont je joins ici le projet [2]).
2. L'éloignement de tout corps de troupes aussitôt que sa présence ne devient plus nécessaire par la chute des forteresses.
3. L'occupation primitive de toutes les principales villes et forteresses par les troupes russes.
4. La distribution des récompenses d'après un rapport particulier que j'ai fait à ce sujet [3]).

Après avoir énoncé par cette dépêche toute l'urgence des mesures à prendre contre les partis qui s'organisent en Saxe, je supplie Votre Excellence de prendre les ordres de S. M. l'Empereur, mon auguste maître, et de soutenir mes représentations avec votre bienveillance accoutumée.

Repnin an Stein — Leipzig, 30. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Ausfertigung

Verweist auf die unverhältnismässig hohe Belastung Sachsens durch die Bestimmungen der Frankfurter Konferenzen wegen der Naturalverpflegung der verbündeten Heere. Im Hinblick auf die völlige Erschöpfung des Landes durch die vorhergegangenen Kriegsereignisse fordert er dringend eine Erleichterung, da sonst das Land für fernere Durchmärsche oder Truppenstellungen völlig leistungsunfähig gemacht werde.

Stein an Metternich — Frankfurt, 30. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 16. Vol. 1. Konzept (Eichhorn)

Bittet um Aufhebung der Getreidesperre gegen Sachsen und Genehmigung der Ausfuhr der notwendigsten Lebensmittel aus Böhmen dorthin, um dem drückendsten Mangel im Lande abzuhelfen.

Stein an Hardenberg — Frankfurt, 30. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII, Spec. 6. Konzept (Friese)

Dringt auf schnelle Einrichtung des Verwaltungsrats in Frankfurt und auf Aufhebung der grossherzöglichen Zentralbehörden wegen ihrer französischen Gesinnung. Das Generalgouvernement soll auf Grund der Instruktion für das sächsische Gouvernement in Dresden organisiert werden mit drei Unterabteilungen an Stelle der dort bestehenden 4 Sektionen [4]).

---

[1]) Schriftliche Anweisungen Steins, auf die Repnin sich hier beziehen könnte, sind nicht erhalten.

[2]) Aehnlichen Inhalts wie die oben S. 469. Anm. 1 erwähnte Proklamation.

[3]) Ein weiteres Schreiben Repnins in dieser Angelegenheit (ebenfalls vom 30. November) befindet sich ebd.

[4]) Vgl. dazu den „Plan für die Organisation des Gouvernementsrats für das Generalgouvernement Frankfurt" (ebd.), sowie das unten angeführte Schreiben Steins an den Prinzen Philipp von Hessen-Homburg vom 12. Dezember 1813.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Hardenberg — Frankfurt, 30. November 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 6. Konzept. (Friese)

Befürwortet die Auflösung des grossherzoglichen Ministeriums in Frankfurt, „indem die Mitglieder dieser Central Behörden, mit Ausnahme sehr weniger Subjekte, sich wegen ihrer bekannten Anhänglichkeit an den Französischen System und zum Theil auch wegen sonstiger Zweydeutigkeiten des öffentlichen Vertrauens ganz verlustig gemacht haben". *Schlägt die Bildung eines aus drei Sektionen (Militärwesen, Verpflegung, Finanzen) gebildeten Gouvernements-Rats vor* [1]).

Stein an Repnin — Frankfurt, 1. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Konzept (Eichhorn)

Teilt mit, dass die Fürsten von Reuss, Schwarzburg und Gotha besondere Akzessionsverträge mit den Verbündeten abgeschlossen hätten und ihnen deshalb ihre Länder in eigene Verwaltung zurückzugeben seien. Nur in Hinsicht auf die Angelegenheiten der allgemeinen Bewaffnung unterstünden sie fernerhin noch der Kontrolle der Zentralverwaltung, mit deren Ausübung Stein Repnin beauftragt.

Stein an Repnin — Frankfurt, 1. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2. Konzept

Politische Intrigen des Generals Thielmann.

Comme l'intrigue est innée aux Saxons, je dois vous prévenir que le Général Thielmann, homme vaniteux et superficiel, en ourdit une à lui, il encourage le Duc de Weimar par une lettre que celui-ci m'a montrée à travailler à l'agrandissement et à l'indépendance de la Saxe et à devenir un autre Maurice.

J'ai prié le duc à ne point l'écouter, et il serait bon que vous avertissiez Thielmann qu'il ne se mêle d'aucune menée politique et qu'une conduite contraire lui attirera le mécontentement de l'Empereur que j'informerai des intentions de Thielmann afin qu'il lui réitère sa volonté en termes généraux . . .

Humboldt an Stein — Frankfurt, 3. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. II. 1

Teilt ihm den Wortlaut der mit den Rheinbundfürsten in Frankfurt gleichlautend abgeschlossenen Akzessionsverträge mit.

Repnin an Stein — Leipzig, 3. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Vol. 1. Ausfertigung

Fordert dringend eine Erleichterung der Lage Sachsens und insbesondere seiner finanziellen Verhältnisse. „Der hülflose Zustand, in welchen wir uns versetzt sehen, kann leicht dahin führen, dass die Belagerungen und übrigen Operationen aufgehoben werden müssen, noch weit leichter aber dahin, dass die Einwohner zur Verzweiflung gebracht und diejenigen, welchen die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten anvertraut ist, ihre Schuldigkeit mit Erfolg zu erfüllen ausser Stand gesetzt und mit dem traurigen Gefühle vergeblicher Anstrengungen abzutreten genöthigt seyn werden."

[1]) Vgl. dazu den Erlass Steins an das General-Gouvernement (Prinz Philipp von Hessen-Homburg) unten S. 491.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Repnin an Stein Leipzig, 21. November/3. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2. Ausfertigung

Verbannung der Anhänger des französischen Systems aus Sachsen.

Eurer Excellenz Willensmeynung gemäss sind folgende Sicherheitsmaasregeln in Bezug auf schädliche Personen getroffen worden. Die berüchtigten Manteuffel [1]), Burgsdorff [2]), Brand [3]) sind verhaftet und nach Schlesien abgeführt worden. Pforte [4]) und Moschinsky [5]) werden verfolgt.
Thiollaz [6]) ist nach Königsberg, Graf Marcolini [7]) und Graf Breza [8]) nach Breslau gewiesen worden. Auf den Bürgermeister Heyme [?] [9]) wird scharf acht gegeben, obschon er sich schriftlich zu entschuldigen gesucht hat. Fremde Verdächtige werden fortgeschafft, meistens nordwärts. Mit den Polen wird genau nach den Befehlen S. M. des Kaisers verfahren.

Stein an Hardenberg Frankfurt, 3. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8. Konzept (Friese). — Ausfertigung ebd., Auswärtiges Amt. I. Rep. 6. Wiener Kongress. F. 3. Nach dem Konzept

Legt den Entwurf einer Verordnung über die Wiederherstellung der Reichsfreiheit der Stadt Frankfurt vor mit der Bitte, eine Konferenz darüber zu veranlassen. Empfiehlt die Wiederherstellung der Reichsfreiheit von Bremen.

Ew. Excellenz wird es nicht entgangen seyn, welche tiefe Abneigung hier allgemein gegen die fürstliche primatische Regierung und deren Einrichtungen herrscht. Sie ist um so begründeter, da gerade diese Regierung am ersten und thätigsten zur Verbreitung des Französischen Systems über Deutschland gewürkt und sich bey den Einwohnern Frankfurts auch bey den veränderten Verwaltungs Formen die Vorliebe für ihre alte Verfassung ungeschwächt erhalten, ja sogar noch sehr verstärkt hat. Es ist mir daher von mehreren Orten sehr dringend der Wunsch geäussert worden, dass die alte reichsstädtische Verfassung hier baldigst wieder hergestellt werde. Wie auch über Deutschlands künftige Verfassung entschieden werde, so scheint es mir doch izt schon keinem Zweifel mehr zu unterliegen, einmal, dass die Stadt Frankfurt nie mehr dem Fürsten Primas zurück gegeben, und dann, dass ihr unter jeden Umständen eine eigne, möglichst selbständige Verfassung werde eingeräumt werden. Dies hat mich veranlasst, beyliegende Verord-

[1]) S. oben S. 269 Anm. 5 u. S. 461.
[2]) S. oben S. 461.
[3]) S. oben S. 461 Anm. 4.
[4]) Nicht ermittelt.
[5]) Nicht ermittelt.
[6]) Emanuel Jean Joseph de Thiollaz, Generallt. und Generaladjutant, ehemals ausserordentlicher sächsischer Gesandter in Berlin.
[7]) S. oben S. 324. Anm. 4.
[8]) Stanislaus Graf Breza, Minister-Staatssekretär des Herzogtums Warschau.
[9]) Christian Gottfried Heyme, Bürgermeister von Dresden?

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nung zu entwerfen [1]), über deren Gehalt ich vorher mit mehreren einsichtsvollen und vertrauten hiesigen Einwohnern Rücksprache genommen habe, die damit einverstanden sind. Ich glaube, dass darin auf keine Weise der künftigen Disposition der hohen verbündeten Mächte über Frankfurt etwas vergeben worden sey, und sie wird hoffentlich nicht bloss am hiesigen Ort, sondern in ganz Deutschland von dem wohlthätigsten Einfluss seyn, den Eifer und die Bereitwilligkeit zur Unterstützung der grossen allgemeinen Sache gewiss überall in einen hohen Grade beleben, *die durch die anscheinende Fortdauer der 36 kleinen und grossen Souverainetäten nicht vermehrt worden ist* [2]).

Ehe ich die Verordnung indessen vollziehe und bekannt mache, habe ich mich verpflichtet gehalten, mich darüber mit einen hohen Ministerial Conseil zu berathen, und ich ersuche Ew. Excellenz ganz ergebenst, baldgefälligst *eine Conferenz hierüber zu veranlassen* [3]).

Dasselbe Verhältniss wie bey Frankfurt findet auch bey Bremen statt, im Gegentheil ist hier schon mehr geschehen, indem der Russisch Kaiserl. General Major v. Tettenborn in der bey der Besitznahme von Bremen erlassenen Proclamation bereits im Nahmen seines hohen Souverains bekannt gemacht hat, dass Bremen seine alte Verfassung wieder erhalten solle. Es scheint mir nothwendig, dass diese Bekanntmachung von Seiten des obersten Verwaltungs Departements bestätigt werde, da Tettenborn nicht dazu authorisirt war, und ich werde auch durch den Geh. Rath Delius in Bremen eine Berathschlagung mit dem dortigen Magistrat veranlassen über die in der dortigen Verfassung zu treffende provisorische Abänderungen.

Eigenhändiger Vermerk Hardenbergs: „Nach den mit den Oesterreichischen und Russischen Kabinetten gepflogenen Berathschlagungen ist beschlossen, dass der Stadt Frankfurt erlaubt werden soll, ihre alte städtische Verfassung provisorisch wieder aufzunehmen. Der Herr Minister vom Stein hat übernommen, hierzu die nötigen Einleitungen zu machen und die Stadt anzuweisen, alle diejenigen Massregeln zu ergreifen, welche derselbe für den gedachten Zweck dienlich erachten wird. Nur soll die Stadt dem General Gouvernement des Grossherzogtums, dessen Verfügungen sie Folge zu leisten hat, den entworfenen Plan zur Genehmigung und Bestätigung vorlegen. Das Abgabensystem der Stadt ist nicht weiter mit dem des Grossherzogtums zu verbinden [4]).“

[1]) Folgt nachstehend.
[2]) Eigenhändiger Zusatz Steins.
[3]) Eigenhändiger Zusatz Steins.
[4]) Vgl. dazu Schwemer, Geschichte der freien Stadt Frankfurt. I. S. 23f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Entwurf einer Verordnung über die Wiederherstellung der Reichsfreiheit der Stadt Frankfurt Frankfurt, 3. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8. Konzept (Friese). — Ausfertigung ebd., Auswärtiges Amt. I. Rep. VI. Wiener Kongress. F. 3. — Nach der Ausfertigung

Wiederherstellung Frankfurts als freie Stadt in ihrem alten Gebietsumfang unter Loslösung vom ehemaligen Grossherzogtum Frankfurt zum 1. Januar 1814. Aufhebung der bisherigen Verfassung, sowie der Universität zu diesem Termin unter vorläufiger Wiederherstellung der ehemaligen reichsstädtischen Verfassung und Wiedereinsetzung der alten Beamten. Unterstellung der Stadt unter das Generalgouvernement in Hinsicht auf alle mit dem Befreiungskrieg zusammenhängenden Fragen. Bildung einer Kommission aus 21 Mitgliedern zur organisatorischen Ueberprüfung der alten Stadtverfassung und Stadtverwaltung und zur Ausarbeitung der notwendigen Reformvorschläge binnen drei Monaten.

Um der Stadt Frankfurt am Mayn einen besonderen Beweiss ihrer Gnade zu geben und den Patriotismus unter den Einwohnern derselben für die grosse allgemeine Sache desto mehr zu beleben, haben die hohen verbündeten Mächte beschlossen:

Die Stadt Frankfurt mit ihrem ehemaligen Gebiet für eine *freye Deutsche Stadt* [1]) zu erklären und in ihre alte Verfassung wieder einzusetzen.

1. Mit dem 1. Januar 1814 hört demnach der bisherige Verband der Stadt mit dem ehemaligen Grossherzogtum Frankfurt auf.

2. * [2]) Sämtliche Einwohner werden kraft dieses im Nahmen der hohen verbündeten Mächte ihres gegen den Fürsten Primas geleisteten Huldigungs Eides entbunden.

3. * Auch die innere bisherige primatische Verfassung der Stadt und alle auf den Grund derselben für sie eingeführte Verwaltungs Behörden sind samt denen darauf sich beziehenden Gesetzen, ferner der Napoleonischen Bürgerlichen sowohl als Staat Gesetzgebung und der unterm 1. Januar dieses Jahres eingeführten Prozess Ordnung vom gedachten Zeitpunkt ab aufgehoben, mit alleiniger Ausnahme der Hypotheken Verlängerungs Ordnung vom 1. November 1768, welche einstweilen noch in Kraft bleibt.

4. * Es versteht sich von selbst, dass die während der Dauer dieser Gesetze vorgefallenen Handlungen und Rechtsfundamente auch in Zukunft nach denselben beurtheilt werden müssen.

5. * Die Universität hieselbst ist gleichfalls vom 1. Januar k. J. aufgehoben.

6. * Von da ab kommen vorläufig wiederum die ehemalige reichsstädtische Verfassung, die nach derselben bestandene Verwaltungs Behörden, insbesondere der vormalige Senat und die bürgerliche Kollegien, die Einundfünfziger und Neuner und die Grundsätze der ehemaligen Verwaltung in allen einzelnen Zweigen derselben in Würksamkeit.

---

[1]) Eigenhändige Korrektur Steins, statt „Reichstadt".

[2]) Die mit einem Stern versehenen Abschnitte sind später dem Generalgouvernement (Hügel) als Unterlage seiner Besprechungen mit den städtischen Vertretern über die Wiederherstellung der Verfassung der Stadt mitgeteilt worden, s. unten S. 492.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

7. * Alle ehemalige Rathsglieder und Subalternen und alle übrige vormalige ordentliche Beamten der Stadt, ferner alle ehemalige Mitglieder der beiden bürgerlichen Kollegien treten in ihre alten Stellen wieder ein; die fehlenden Subjecte werden in jeder Kathegorie verfassungsmässig durch neue ersetzt.

8. * Es kommt dabey weder auf einen Unterschied der christlichen Religions Bekenntnisse, noch auf die nothwendige Geburth des zu Erwählenden in der Stadt Frankfurt an.

9. * Wer seine ehemalige Stelle nicht wieder antreten will, wird als verzichtend auf alle weitere Pensions Forderung, im Fall degleichen ihm zustand, angesehen.

10. * Es folgt zwar schon aus § 6, wird aber zur Vermeidung aller Zweifel noch besonders bemerkt, dass provisorisch auch die ehemalige Justiz Verfassung und Prozess Ordnung mit Anfang künftigen Jahres wiederhergestellt werden.

11. * In Fällen, wo sonsten die Appellation an die höchsten, izt nicht existirenden Reichsgerichte stattfand, werden bis auf weitere Verordnung die Acten an eine Deutsche Universität zum Spruch versandt.

12. Der itzige Präfect Freyh. v. Günderode [1]) wird wiederum zum Stadtschultheiss, der itzige Chef der Bürgergarde v. Humbracht zum älteren und der Geheime Justitz Rath Metzler zum jüngeren Bürgermeister für das erste Jahr und ohne Consequentz auf die weiteren Bürgermeister Wahlen ernannt und ihnen die Ausführung der itzigen Verordnung speziell übertragen, damit vom 1. Januar k. J. ab die alte Verfassung in voller Thätigkeit sey.

13. In Rücksicht aller Verwaltungs Gegenstände, welche sich auf die gegenwärtige Zeitverhältnisse, insbesondere auf den Krieg, die zu Fortsetzung desselben von der Stadt zu leistende Beyträge an Mannschaft, Geld, Naturalien oder sonstige Artikeln, auf die Bedürfnisse der anwesenden Haupt Quartiere und der verbündeten Truppen beziehen, bleiben die Stadt Frankfurth und deren Einwohner nach wie vor in ihrem bissherigen Verhältniss zu dem hiesigen, von den hohen verbündeten Mächten angeordneten General Gouvernement und müssen dessen Befehle unweigerlich respectiren.

14. * Zur Besorgung dieser Angelegenheiten ernennt der Senat nach

[1]) Friedr. Max. von Günderode (1753—1824), der letzte Spross eines alten frankfurter Patriziergeschlechtes, der nach der damals üblichen Juristenausbildung (Studium in Göttingen, Praktikum am Reichskammergericht) und nach kurzer Tätigkeit in der nassauischen Verwaltung als Ratsherr in den Dienst seiner Vaterstadt getreten war und ihr seitdem auf auswärtigen Missionen und besonders in der inneren Verwaltung hervorragende Dienste geleistet hatte. 1806 war der Stadtschultheiss, 1810 Präfekt des Departements Frankfurt im Grossherzogtum Frankfurt geworden, seitdem blieb er unter wechselnden Amtsbefugnissen und Amtsbezeichnungen der leitende Beamte der Stadt bis zu seinem Tode.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

früherem Beyspiel eine eigene gemischte Kriegs Kommission, in welcher ein Abgeordneter des Gouvernements den Vorsitz und die Leitung der Geschäfte hat.

15. * Die hohe Polizey, die Censur der Bücher und Zeitungen, die besondere Aufsicht auf Fremde, die Ertheilung der Pässe, überhaupt alle polizeyliche Gegenstände, welche sich auf die itzigen Zeitumstände beziehen und durch selbige veranlasst worden, werden vom General Gouvernement durch einen besonderen Polizey Director verwaltet. Dem General Gouvernement steht gleichfalls die Verfügung wegen Verwaltung der Militair Polizey zu. Nur die übrige Zweige der gewöhnlichen Stadt und Landes Polizey fallen dem Senat und dessen verschiedenen Beamten anheim.

16. * Der Senat macht gleich nach seiner Reorganisation die nöthige Vorschläge dem General Gouvernement zur billigen Entschädigung der durch die Verordnung ausser Thätigkeit kommenden Departements und städtischen Offizianten.

17. * Wegen Auseinandersetzung der Stadt und ihres Gebiets mit den übrigen Theilen des ehemaligen Grossherzogtums in Hinsicht der bestandenen gemeinschaftlichen Verhältnisse, wohin vorzüglich die Auseinandersetzung wegen des Staats Schulden Wesens und der bey den grossherzoglichen General Behörden angestellten, izt ausser Thätigkeit tretenden Offizianten gehört, wird besondere Bestimmung vorbehalten.

18. Bis zum 1. Januar k. J. wird die städtische Verwaltung durch die bisherige Behörde fortgesetzt.

19. * Nach hergestellter alter Ordnung der Dinge wird auf dem verfassungsmässigen Wege eine Deputation von einundzwanzig einsichtsvollen, rechtlichen und das öffentliche Vertrauen geniessenden Männern erwählt, um zu prüfen, ob und welche Veränderungen in der ehemaligen reichsstädtischen Verfassung der Stadt und deren inneren Verwaltung durch die Ereignisse der späteren Zeit nothwendig und rathsam geworden sind. Dem Befinden nach arbeitet die Deputation den Plan zu den von ihr nöthig und heilsam befundenen Veränderungen aus, übergiebt ihn dem Senat und dieser, mit seinem Gutachten begleitet, dem General Gouvernement. Dieses muss binnen drey Monathen von der Publication der itzigen Verordnung gerechnet vollendet seyn, und wird demnächst die Bestimmung wegen der definitiven Constitution der Stadt ergehen.

20. * Die bürgerlichen Verhältnisse der Juden werden besonderer Bestimmung vorbehalten. Einstweilen bleiben sie in ihrem gegenwärtigen Zustande, *biss die Stadt selbst ihn abzuändern für gut gefunden.*[1])

21. Die hohen verbündeten Mächte sichern hiedurch während der Dauer des Krieges ihren gemeinschaftlichen Schutz der Stadt Frankfurt zu,

[1]) Eigenhändiger Zusatz Steins.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

deren Verhältnisse zu dem obersten Verwaltungs Departement so lange gleichfalls unverändert bleiben. Der künftige Friede wird es bestimmen, welchem besonderen Schutzherrn und in welchem Verhältniss die Stadt Frankfurt demnächst überwiesen wird.

Stein an Repnin Frankfurt, 4. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2. Konzept

Hoffnung auf Beruhigung in Sachsen. Der Zar wolle die dortigen politischen Umtriebe zunächst nicht weiter verfolgen, sondern bestehe nur auf der Entfernung des Generals Watzdorf. Die Frage der Wiedervereinigung des Cottbuser Kreises mit Preussen.

J'espère que cette lettre trouvera Votre Excellence à Dresde occupée à lier les institutions du nouveau gouvernement à celles de l'ancienne administration.

Le tableau général que vous me faites l'honneur de me communiquer est bien satisfaisant, et il doit vous dédommager des peines et inquiétudes attachées à votre situation.

Sa M. l'Empereur s'est décidé à laisser l'affaire de nos agitateurs et intrigants saxons sans suite, il veut seulement insister et insiste sur l'éloignement de Watzdorf [1]) — et croit qu'en alliant la prudence à la fermeté qu'on parviendra à son but.

En offrant à la masse générale la certitude que sa situation ne sera point altérée, on pourra écarter toute discussion ultérieure, et il ne sera pas difficile de faire rentrer l'inquiet Thielmann et le bon Miltitz dans les limites que leurs rapports d'administrateurs et de chefs de division fixent.

Le Chancelier de Hardenberg m'a promis de rectifier le G. Kleist, il m'a assuré avoir enjoint à Tauentzien la restitution du bois [2]), il trouve seulement quelque difficulté à engager le Roi à se refuser aux instances des habitants du cercle de Cottbus qui ne veulent point être réunis aux Saxons. Je lui ai consulté de leur donner l'assurance que leurs voeux seront remplis à la paix générale, mais que dans ce moment la séparation de la Saxe aurait de très grands inconvénients. . . . . .

Gruner an Stein Düsseldorf, 4. Dezember 1813

Geh Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 4. Ausfertigung

Berichtet über die von ihm festgesetzten Grundsätze für die Aushebung der Truppen im Grossherzogtum Berg. Beibehaltung der Conscription als Grundlage für die Aushebung. Beseitigung der Stellvertretung und der Auslosung. Schärfste Erfassung aller Diensttauglichen.

[1]) S. oben S. 464. Anm. 5.

[2]) Vgl. oben S. 479.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Repnin an Stein Leipzig, 23. November/5. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26 1/2 · Ausfertigung

Beklagt sich darüber, dass entgegen den ihm durch Stein übermittelten Zusagen Schwarzenbergs das österreichische Corps Chastelers nicht nach Böhmen abrücke, sondern weiterhin in Sachsen verwendet werde. Ausführliche Darlegung der unerträglichen, alle Kräfte des Landes übersteigenden Belegung Sachsens mit fremden Truppen und der daraus entstehenden Leiden des Landes. Droht mit seinem Rücktritt, wenn seinen Vorstellungen kein Gehör gegeben werde.

Stein an Repnin Frankfurt, 5. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Konzept (Eichhorn)

Sinngemässe Anwendung der Bestimmungen der Frankfurter Konferenzprotokolle bei der Regelung und Verrechnung der von Sachsen aufzubringenden Kriegsleistungen. Da Sachsen als erobertes und nicht als verbündetes Land zu behandeln sei, so seien die Richtlinien und Bedingungen dieser Protokolle an sich nicht für Sachsen gültig, sie sollten jedoch auch für Sachsen angewandt werden. Die von den übrigen Staaten geforderte Zahlung eines einjährigen Bruttoeinkommens sei Sachsen zu erlassen, wenn die von Repnin in seinen Berichten erwähnten ausserordentlichen Leistungen des Landes für den Unterhalt der dort stehenden und durchmarschierenden Truppen den nach diesem Masstab von Sachsen zu leistenden Betrag ausmachten, „damit auf keinen Fall Sachsen mehr als ein anderes Deutsches Land angezogen werde".

Woltmann[1]) an Stein Prag, 7. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. IX. 4

Bitte um eine Anstellung. Mitteilung seiner literarischen Pläne. Hoffnung auf Steins Unterstützung derselben.

Eurer hochfreiherrlichen Excellenz übersandte ich unter dem 10 ten vorigen Monaths vier politische Aufsätze von mir, welche den Gesichtspunkt darstellten, aus welchem der Historiker die wider Frankreich koalisirten Mächte nimmt.

Zugleich wagte ich, Euer Excellenz dringend meine Sehnsucht nach einer Existenz, wo ich unter Ihrem Schutz für Deutschland wirken könnte, meine Bitte um eine entsprechende Anstellung an das Herz zu legen. Ich wiederhole die damals geäusserten Wünsche.

Jetzt empfehle ich noch der tiefsten Einsicht Eurer Excellenz den beiliegenden Plan zu einem Institute, das ganz im Geiste der erhabenen Koalition seyn wird[2]). Ich weiss recht gut, dass dergleichen schwerlich zu etwas Offiziellem werden kann, aber durch Winke, Mittheilungen von hoher Hand mag es leicht unterstützt werden dürfen.

---

[1]) Vgl. Bd. III. S. 234. Anm. 2. — Woltmann kam Anfang 1813 nach Breslau und ging von dort beim Anmarsch der Franzosen nach Prag. Hier lebte er, ohne die gehoffte feste Stellung finden zu können, als Schriftsteller bis zu seinem Tode im Jahre 1817. Aus dem von ihm geplanten historisch-politischen Journal ist nichts geworden.

[2]) Nämlich den Plan zu einem politisch-historischen Journal. Er befindet sich bei den angegebenen Akten.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Unsern verarmten, in Furcht vor den Franzosen noch immer befangenen Buchhändlern kann ich es nicht anvertrauen. Es muss überhaupt da existiren, wo ich bin. Nun aber weiss ich zu den bedeutenden Auslagen keinen Rath zu schaffen. Ich ersuche Euer Excellenz um die Gnade, mir eine Summe anweisen zu wollen, wodurch die Kosten auf 15 Hefte gedeckt würden. Nach Erscheinung derselben bekomme ich in der Osterwoche 1815 die erste Einnahme dafür, und dann sollte sich das Institut schon selbst erhalten.
Um zur Errichtung desselben Vorkehrungen zu treffen und sofort zur Hand zu seyn, wenn Euer Excellenz meine Bitte genehmigen sollten, die keinen grossen Aufwand für ein dem Deutschen Geiste erspriessliches Unternehmen verlangt, gehe ich in diesen Tagen nach Leipzig, und ich wünsche, dass d o r t h i n eine gnädige Antwort an mich gelangte.

Denkschrift Repnins — Leipzig, 7. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Ausfertigung mit eigenh. Randbemerkungen Steins

Im Hinblick auf die von ihm schon früher betonte völlige Erschöpfung Sachsens und die unverhältnismässig hohen Anforderungen, welche an das Land gestellt würden, habe er den Generalmojor von Vieth beauftragt, bei seiner Reise ins Hauptquartier deswegen bei Stein vorstellig zu werden. Aufzählung der Hauptbeschwerden und Wünsche. Herstellung des freien Getreideverkehrs mit den anliegenden Staaten, vorzüglich Böhmen, Vorschläge zur Regulierung der Verpflegung der in Sachsen stehenden oder durchmarschierenden Truppen unter möglichster billiger Entlastung Sachsens [1]).

Stein an Hardenberg — Frankfurt, 8. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Bittet ihn um Veranlassung einer Konferenz zur möglichst schnellen Erledigung der Verfassungsangelegenheiten der freien Stadt Frankfurt.

Ich bitte E. Excellenz, eine Conferenz zu veranlassen, in der in meiner Gegenwart die Frankfurter Angelegenheiten entschieden werden — alles stockt und schreitet im hiesigen Ort nicht vorwärts — die bissherige Verfassung ist jedem braven Mann durchaus widrig. Antworten mir E. Excellenz bald und befriedigend. Fürst Metternich ist mit mir wegen Erklärung Frankfurts für eine Deutsche freye Stadt einverstanden. Diese Angelegenheit muss zum Schluss gebracht werden, ehe die Hauptquartiere Frankfurt verlassen.

[1]) Die Randbemerkungen Steins betreffen meistens Einzelheiten. Wir beschränken uns daher auf die Wiederga e der prinzipiellen Schlussbemerkung. „Sachsen macht übrigens Ansprüche, die keinem der übrigen Deutschen Länder beykommen, diese stellen Truppen auf eigene Kosten, verpflegen sie im Feld und unterhalten die verbündeten Armeen theils durch Naturallieferungen, theils durch Creditverwendung oder Ausstellung von Obligationen über den Betrag des Einkommens eines Jahres. — Die Stadt Frankfurt hatte einen ganzen Monat hindurch eine Einquartierung von 27/m. Mann und 800 Pferde, sie bringt jezt $1^1/_2$ Mill. Geld durch eine Vermögenssteuer auf, um die Kriegskosten, so ihr hiedurch entstanden sind, zu bezahlen."

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Denkschrift Vieths für Stein — Frankfurt, 10. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Ausfertigung

Die Lage Sachsens. Im Hinblick auf den dort herrschenden Mangel an Lebensmitteln bittet das Gouvernement Stein, die Aufhebung der Grenzsperren bei den benachbarten Staaten zu erwirken, um die Einfuhr von Lebensmitteln nach Sachsen zu ermöglichen und auf diese Weise einer Hungersnot vorzubeugen. Ferner wird gebeten, die finanzielle Lage Sachsens nach Möglichkeit zu erleichtern, da sonst die Rüstungen aus Mangel an Mitteln ins Stocken geraten müssten. „Die damit beauftragten Behörden sind ihrer Ehre und Verantwortlichkeit halber verpflichtet, es anzuzeigen oder abzutreten." Ausserdem bittet Vieth, den eigenmächtigen Requisitionen der in Sachsen stehenden Generale Einhalt zu gebieten und alle überflüssigen Truppen aus Sachsen zu entfernen und das Land von Durchmärschen so viel als möglich zu entlasten. Es sei zu befürchten, dass der Generalgouverneur um seine Entlassung einkommen werde, wenn man ihn nicht auf diese Weise in den Stand setze, für das Wiederaufkommen des erschöpften Landes zu sorgen.

Stein an Repnin — Frankfurt, 10. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26. Konzept (Eichhorn)

Teilt ihm mit, dass er infolge der Verlegung des Sitzes des General Gouvernements für Sachsen von Leipzig nach Dresden den Freiherrn von Riedesel zum Generalkommissar für Thüringen ernannt habe [1]).

Stein an Hardenberg — Frankfurt, 10. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Albrecht. 38

Reklamiert den Oberstleutnant Rühle von Lilienstern zur Verwendung bei der Zentralverwaltung.

Der Herzog von Coburg [2]) reklamirt den Major Rühle [3]) zum Chef seines Generalstaabs — Major Rühle ist mir gegenwärtig noch auf einige Monathe unentbehrlich zu der Bearbeitung der Angelegenheiten wegen Etappen, Landwehr, Landsturm in denen Deutschen verbündeten

---

[1]) Die „Instruktion für den Generalkommissar von Thüringen, Herrn von Riedesel", Frankfurt, 10. Dezember 1813, Konzept (Eichhorn mit eigenhändigen Korrekturen Steins) Rep. 114. VII. 10.

[2]) Der Herzog von Sachsen-Koburg, General der Cavallerie, erhielt das Commando über das aus den Contingenten verschiedener ehemaliger Rheinbundstaaten bestehende V. Armeekorps, er übernahm damit Anfang Februar die Blockade von Castel und Mainz.

[3]) Joh. Jac. Otto Aug. Rühle von Lilienstern (1780—1847), Schüler Scharnhorsts auf der Kriegsakademie, 1806 im Corps Hohenlohes bis zur Capitulation von Prenzlau, trat im September 1807 aus der preussischen Armee aus und wurde Gouverneur des in der sächsischen Armee dienenden Prinzen Bernhard von Weimar (zweiter Sohn Karl Augusts), mit dem er die folgenden Jahre in Dresden verlebte. Als Begleiter des Prinzen machte er mit dem Rang eines weimarischen Obersten den Krieg von 1809 mit, gab 1811 seine Stellung auf und lebte bis 1813 auf dem Lande. Zu Beginn des Befreiungskriegs trat er wieder in die preussische Armee ein und wurde Major im Generalstab Blüchers. Im Herbst musste er wegen Erkrankung aus dem Felddienst ausscheiden, Anfang Dezember übernahm er das Amt des Generalkommissars der deutschen Bewaffnungsangelegenheiten, welches für alle wichtigen Fragen dem Zentraldepartement untergeordnet war. S. darüber Just, a. a. O. S. 6 ff. und S. 68 ff.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Ländern — ich ersuche also E. Excellenz, ihn zu veranlassen, dass er bey mir bleibe.
Der Herzog von Coburg würde seinen Zweck erreichen, einen geschickten Stabs Offizier für den General Stab zu erhalten, wenn er sich von S. M. dem Kayser Alexander den Oberstleutnant von Pfuel, so bey dem General Staab des Walmodischen Corps angestellt ist, erbäte.

Repnin an Stein Dresden, 30. November/12. Dezember 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 26

Benachrichtigt ihn von der am 9. Dezember erfolgten Verlegung des Sitzes des General-Gouvernements von Leipzig nach Dresden.

Stein an Frau vom Stein Frankfurt, 12. Dezember 1813
St. A.

Benachrichtigt sie von seiner bevorstehenden Abreise nach Karlsruhe. Plan einer Reise nach Nassau.

Je reçois votre lettre du 4 d. c. . . . Celle-ci dois vous annoncer mon départ pour Carlsruhe fixé au 14 d. c. pour y suivre le quartier général de l'Empereur Alexandre.
J'étais trop occupé pour m'éloigner d'ici et me rendre à Nassau où voir Marianne, comme cependant les quartiers généraux resteront à portée, je me propose de m'y rendre dès ce qu'il sera possible.

Stein an Prinz Philipp von Hessen-Homburg [1])
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 6 Frankfurt, 12. Dezember 1813

Organisation des Gouvernementsrats für das General-Gouvernement von Frankfurt. Bildung von drei Sektionen: 1) Bewaffnungssachen, unter dem Generalleutnant Freiherr Zweyer von Evenbach und unter Generalmajor von Radenhausen, 2) innere Verwaltung und Gruppenverpflegung unter dem Kanzleidirektor Böhmer, 3) Finanzverwaltung und andere wirtschaftliche Angelegenheiten unter dem Staatsrat Georg Steitz [2]).

---

[1]) Da der Prinz von Hessen-Homburg in diesen Tagen zum Commandeur des 6. deutschen Bundescorps bestimmt wurde, so ernannte der Kaiser Franz eigenmächtig den Fürsten Heinrich XIII. von Reuss-Greitz zum Militärgouverneur des Grossherzogtums und den Freiherrn von Hügel zum Leiter der Zivilverwaltung. S. das Schreiben Metternichs an Stein vom 12. Dezember 1813, sowie das Schreiben Steins an Reuss-Greitz vom 13. Dezember 1813, beide a. a. O.

[2]) Die Ausführung dieses Erlasses wurde auf Grund eines Einspruches von Hügel vom 14. Dezember vorläufig ausgesetzt, erst am 21. Dezember erfolgte die Reorganisation der Verwaltung unter Beseitigung der Zentralbehörden aus der grossherzoglichen Zeit. S. Schwemer, a. a. O. S. 28 ff. und Just, a. a. O. S. 13 ff. — Das Schreiben Hügels an Stein im Haus-, Hof- und Staatsarchiv Wien. Staatskanzlei. Frankfurt. Fasc. 16.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an das Generalgouvernement von Frankfurt

Frankfurt, 12. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8. Konzept (Spiegel)

Eröffnet ihm den Beschluss der verbündeten Mächte über die Wiederherstellung der Reichsfreiheit der Stadt Frankfurt. Bittet, ihn baldmöglichst bekanntzumachen. Teilt ihm die in diesem Erlass nicht erledigten Punkte aus dem Entwurf vom 3. Dezember (s. oben S. 484) mit als Grundlage für die weiteren Verhandlungen mit den Vertretern der Stadt Frankfurt.

Euer p. p. habe ich die Ehre, die Entschliessung zu eröffnen, welche die verbündete Mächte in Ansehung der Stadt Frankfurt gefasst haben.

1. Die verbündete Mächte genehmigen, dass die Stadt Frankfurt mit ihrem ehemaligen Gebiete sich vom Grossherzogthum trenne und eine eigene städtische Verfassung in der Art anordne, dass sie vorläufig in ihre ehemalige Municipal Verfassung rücktrete.

2. Die somit vom Grossherzogthum zu trennende Stadt Frankfurt nebst Gebiet bleibt aber ganz vollkommen in ihrem seitherigen Verhältnisse zu den verbündeten Mächten, zu dem mir übertragenen obersten Verwaltungs Departement und zum General Gouverneur.

3. Der itzige Präfect Freiherr von Günderode, der Vorstand der Bürgergarde von Humbracht und der Geheime Justizratz Metzler werden vorläufig ernannt, ersterer zum Stadt Schuldtheiss, der zweite zum älteren und der dritte zum jüngeren Bürgermeister und hiermit beauftragt, diese Entschliessung zur Vollziehung zu bringen.

4. Da diese Trennung der Stadt Frankfurt nebst Gebiet vom Grossherzogthum Frankfurt alle bisher gemeinsame öffentliche Verhältnisse auflöset, welche sich auf die seitherige Gesetzgebung, Rechtspflege, politische, militairische und Finanz Verwaltung, auf das Schuldenwesen, Pensionirungen, Abtheilung der Central und städtischen Beamte beziehen, so wird auch eben diese Commission mit der Auseinandersetzung dieser Gegenstände, folglich mit der Ausgleichung der sämtlichen bisherigen gemeinen Verhältnisse beauftragt.

Euer p. p. belieben daher, diese Entschliessung der verbündeten Mächte bekannt zu machen und sich die baldmöglichste Vollziehung derselben angelegen sein zu lassen [1]).

N. S. Nur zur Notiz für Ew. Excellenz und lediglich als Deliberationspunkte lege ich einen Entwurf zur Bestimmung mehrer bei dieser Veranlassung zur Sprache kommenden Gegenstände hiebei.

---

[1]) Die Veröffentlichung dieses Erlasses wurde auf Grund einer Gegenvorstellung Hügels (s. oben S. 491. Anm. 2) auf die ersten drei Punkte beschränkt, sie geschah unter dem Datum des 14. Dezember 1813. Damit war die Wiederherstellung der Selbständigkeit Frankfurts offiziell ausgesprochen. Vgl. dazu Schwemer, a. a. O. I. S. 28 f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stewart an Stein Frankfurt, 12. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 11

Erhebt als hannoverscher Bevollmächtigter für die Bewaffnungsangelegnheiten Einspruch gegen die Höhe des von Hannover geforderten Truppenkontingents (40 000 Mann). Unter Hinweis auf die von England ausserdem unterhaltenen freiwilligen Formationen (Russisch-deutsche Legion) regt er an, das Kontingent auf die Hälfte herabzusetzen. Verlangt eine entsprechende Beteiligung Hannovers an den aus den eroberten Ländern einkommenden öffentlichen Mitteln [1]).

Stein an Stewart 13. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 11. Konzept

Antwort auf das Schreiben vom 12. Dezember. Die Frage, inwiefern die nicht aus Hannover stammenden, von England unterhaltenen Freiwilligen-Formationen auf das hannoversche Kontingent angerechnet werden können, müsse noch genauer nachgeprüft werden [2]).

Hügel an Stein Frankfurt, 17. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8. Ausfertigung

Verhandlungen über die Wiedereinführung der alten Stadtverfassung in Frankfurt. Bedenken der designierten Bürgermeister gegen die Annahme ihrer Aemter.

Eure Excellenz haben mir am vorgestrigen Vormittag Ihrer Abreisse die Art und Weisse der Verkündigung und einiger Modificationen Ihrer beyden Verfügungen an den Herrn General Gouverneur von Frankfurt wegen Wiedereinführung der alten städtischen Verfassung und wegen Bestallung des Gouvernements Rathes nach meinen gebilligten Vorschlägen mit einem so gütigen Zutrauen überlassen, dass ich darin die grösste Aufforderung gefunden habe, mir die Erreichung des bezielten Zweckes auf das sorgfältigste angelegen seyn zu lassen und dem mir bezeigten Vertrauen auf das vollkommenste zu entsprechen.

Noch am nämlichen Tage ward die Verfügung wegen der Stadt Frankfurt in den ersten drey Absätzen erlassen, von dem vierten aber und dem Nachschreiben noch kein öffentlicher Gebrauch gemacht.

Der Erlass hat meine gehegte Besorgniss durchaus bestätigt.

Gleich nach der Bekanntmachung kamen der Stadtschultheiss und die zwey Bürgermeister zu mir, schienen über die ihnen zugedachte Gnade der hohen verbündeten Mächte eher betroffen als erfreut und bezeigten das ernstliche Verlangen, in ihren vorgerückten Jahren und bey geschwächter Gesundheit mit dieser Last verschont zu bleiben.

In der Unterredung ergab sich, dass der Ausdruck Munizipal Verfassung Misstrauen und Furcht erzeugt hatte, die es mir bey der mir wohlbekannten entgegengesetzten Absicht nicht schwer ward, zu vereiteln.

[1]) Vgl. dazu Steins Brief an Münster vom 26. Dezember 1813.

[2]) Im allgemeinen widersprach dies dem im frankfurter Bewaffnungsprotokoll ausgesprochenen Grundsatz, dass die Kontingente der einzelnen Länder nur aus Landeskindern bestehen dürften, ein Prinzip, auf dessen Durchführung Stein sonst streng achtete. S. Just, a. a. O. S. 8, Anm. 3.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Auch gelang es mir, ihnen Zutrauen auf sich und reinen Eifer zur Ausführung der Sache einzuflössen.
Ich überzeugte mich, wie gut der Zusatz war, dass die bisherige Mairie ihre mannichfaltige Amtsverrichtungen noch bis zum Schluss dieses Monaths fortzusetzen habe, weil der tägliche öffentliche Dienst sonst ins Stocken gerathen wäre.
Nach der ersten Konferenz zwischen dem Stadt-Schultheiss und den beyden Bürgermeistern gab es neue Anstände und Schwierigkeiten. Ersterer wollte die im Jahr 1806 festgesetzte städtische Verfassung — der erste Bürgermeister aber die frühere zum Grund gelegt wissen, und es ergaben sich zwischen beyden über Vorrang und Amts Einfluss lebhafte Diskussionen, da sonst in der Würksamkeit der erste Bürgermeister dem Stadt Schuldheissen vorging. Es kam zu Beschickungen an mich und zu schriftlichen Vorstellungen. .... Es gelang mir abermal, Eintracht unter ihnen herzustellen und sie zum festen Vorsatz zu bestimmen, dass sie sich der Ausführung der Sache mit Eifer und ohne Eifersucht unter sich widmen wollen.
Nachdem sie nun gestern und heute in ihr Amt eingetretten waren, habe ich durch den Herrn General Gouverneur den vierten Absatz der Verfügung vom 13. dieses[1]) in einer weiteren Fertigung an sie ergehen lassen, worin ich ihnen zugleich die Weege anzeigte und erleuchtete, auf welchen sie diese wichtige Aufgabe zu erschöpfen hätten.
Sind sie hierdurch mit dem Umfang ihrer Verrichtungen bekannt und vertraut geworden, so werde ich morgen oder übermorgen die 16 Deliberations Puncte[2]) folgen lassen, so gewiss man denselben auch ansehen wird, dass es höherer Wille und Vorbestimmung seye, diese Berathungs Gegenstände in wirkliche Anträge zu verwandeln.
Einige notwendige Abänderungen werde ich mir erlauben und über jede bestimmte Rechenschaft geben.
Nach dieser Erschöpfung der ersten Verfügung werde ich auf gleich vorsichtige Weisse zur Erschöpfung der zweyten wegen Organisation des Gouvernements Raths schreiten. . . . .

Gruner an Stein — Düsseldorf, 8./20. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 4. Ausfertigung

Bericht über die Aushebungen im Grossherzogtum Berg. Rascher Fortgang der Rekrutierungen. Das verlangte Kontingent (rund 7000 Mann) werde wahrscheinlich überschritten werden, da es sich infolge der scharfen Aushebungsgrundsätze Gruners und der zahlreichen Meldung von Freiwilligen (1000 Mann) allein aus dem Altbergischen rekrutieren lasse und das ehemalige münstersche Gebiet noch ausserdem 4000 Mann zu stellen habe.

[1]) Eigentlich vom 12. Dezember, s. oben S. 492.
[2]) S. oben S. 484. Anm. 492.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Repnin an Stein Dresden, 21. Dezember 1813
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 33. Ausfertigung

Lehnt die Uebernahme der ihm in Steins Schreiben vom 1. Dezember angetragenen Vertretung der Zentralverwaltung bei den sächsischen Herzogtümern ab, da er mit den ihm aus der Verwaltung Sachsens erwachsenden Aufgaben genug zu tun habe [1]).

Stein an Frau vom Stein Freiburg, 21. Dezember 1813
St. A.

Der Aufenthalt mit dem Zaren in Karlsruhe. Vorschlag einer Reise nach der Schweiz im nächsten Jahr. Alopaeus. Einmarsch der Verbündeten in die Schweiz.

Je vous écris de Fribourg, ma chère amie, où je suis arrivé hier au soir après avoir quitté Carlsruhe le 19 d. c. Mon séjour dans cette dernière ville m'a procuré l'avantage de voir Madame la Margrave, belle-mère de l'Empereur, les Reines de Suède et de Bavière, le Grand Duc. — L'Empereur jouissait du bonheur de se voir en famille dans toute sa plénitude, il était d'un calme, d'un bonheur intérieur, mit einer Einfachheit, einem Ausdruck von Ehrfurcht gegen seine Schwiegermutter, von Gutmütigkeit gegen seine übrige Verwandten, deren Anblick höchst erfreulich war. Nous l'attendons ce soir, au plus tard demain ici.
En traversant ce beau pays depuis Francfort par Heidelberg jusqu'ici, j'ai bien désiré de vous y voir, et j'ai formé le projet que je vous propose, de faire l'année prochaine une tournée en Suisse; vous pourriez prendre par Munich, voir les objets les plus intéressants, sur Schaffhausen etc. et faire le voyage commodément en deux voitures, je me flatte que les événements et mes rapports, qui en dépendent, me permettront alors de vous accompagner, quoique je craigne que pour les Berg Reisen je ne vous serai point d'un bien grand secour — en tout cas, ich werde das Erreichbare geniessen und mit Theilnahme die Erzählungen des jüngeren Theils der Reise Gesellschaft anhören.
L'Empereur est encore à Carlsruhe, et nous l'attendons pour aujourdhui ou demain, le Roi de Prusse à Francfort, l'Empereur d'Autriche ici — la réunion des trois souverains aura lieu dans peu, quoique je ne sais point trop comment Fribourg pourra contenir tant de personnes — l'endroit est petit mais joli, les environs très beaux.
Alopaeus est arrivé à Francfort, à force d'importunité il s'est fait appeler

[1]) Inzwischen war der Baron von Riedesel zum Vertreter des Zentraldepartements für Thüringen bestellt worden, er sollte aber der Kontrolle und Oberleitung Repnins unterworfen sein. In seinem Schreiben vom 25. Dezember 1813 lehnte Repnin auch diesen Auftrag ab und schlug vor, die Aufsicht über die von seinem Generalgouvernement getrennten sächsischen Gebiete ausschliesslich Riedesel zu übertragen und diesen direkt Stein zu unterstellen. Diesem Antrag entsprach Stein durch seine Verfügung an Riedesel vom 12. Januar 1813, durch welche Riedesel zum Agenten des Zentralverwaltungsdepartements bei den sächsischen Herzogtümern und bei den Fürsten von Schwarzburg-Rudolstadt und Reuss ernannt wurde (Rep. 114. VIII. Spec. 33). Eine ähnliche Stellung erhielt der Baron von Troschke für Anhalt. Die Akten darüber in Rep. 114. VIII. Spec. 27. Vol. 1. 2. und Spec. 33.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

au quartier général, peut-être qu'on lui trouvera quelque commission . . .[1]) Il a peu d'amis, et ceux qui pourraient lui être utiles sont très éloignés d'en avoir la volonté.

Je ne vous envoie point les proclamations faites à l'entrée des armées en Suisse[2]), vous les trouverez dans les gazettes. Nous voilà au dénouement de cette grande catastrophe, puisse-t-il répondre au succès que la Providence nous a accordé jusqu'ici. Les proclamations sont écrites dans un style noble et simple, elles parlent le langage de la vérité. . . .

---

[1]) Seit dem Herbst bestand keine Verbindung mehr zwischen der Zentralverwaltung und den Herzögen von Mecklenburg, bei denen Alopaeus sie vertreten hatte. Alopaeus sass beschäftigungslos in Berlin und beklagte sich in einem Schreiben vom 22. Dezember darüber, dass er kein neues Generalgouvernement erhalten hatte. Stein versuchte ihn zu besänftigen und übertrug ihm bald darauf ein Gouvernement in Frankreich.

[2]) Zum Verständnis der hier und im folgenden von Stein erwähnten schweizer Angelegenheit darf ein kurzer Ueberblick über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Schweiz gegeben werden. — Die Schweiz war im Januar 1798 unter Ausnutzung innerpolitischer Streitigkeiten (Gegensatz einer unitarisch-demokratischen Richtung gegen eine aristokratisch-kantonale, die hauptsächlich von Bern vertreten wurde) auf Betreiben Napoleons von den Franzosen besetzt und in eine helvetische Republik mit zentralistischer Direktorialverfassung umgewandelt worden. Im zweiten Koalitionskrieg (1798 bis 1802) brach unter den Schlägen Suworoffs mit der cisalpinischen auch das Gebäude der helvetischen Republik zusammen, und die alten innerpolitischen Gegensätze zerklüfteten von neuem das Land. Nachdem die Siege Napoleons im Feldzug von 1800 die alte Suprematie Frankreichs wiederhergestellt hatten, wurde auch die Schweiz wiederum dem französischen System unterworfen. Napoleon liess, um allen Wirren ein Ende zu machen, nach dem Frieden von Lunéville 30 000 Mann in der Schweiz einmarschieren und übernahm die Vermittlung zwischen den streitenden Parteien. Er berief die angesehensten politischen Führer der Schweizer nach Paris und schuf hier in eingehenden Beratungen mit ihnen eine neue Verfassung, die sogenannte Mediationsakte vom 19. Februar 1803, die tatsächlich in meisterhafter Weise den innerpolitischen Problemen der Schweiz gerecht wurde, eine Vermittlung zwischen unitarischen und föderalistischen Tendenzen darstellte und den alten aristokratischen Kantonen grosse Einbussen an Besitz und Einfluss auferlegte. Von besonderer Bedeutung waren dabei die Kämpfe um den Kanton Wallis, in dem eine demokratische Strömung unter Führung von La Harpe (s. oben S. 108) u. a. die Loslösung von Bern u. die Selbständigkeit des Kantons erstrebte u. mit Unterstützung Frankreichs, das hierfür militärische u. politische Gründe hatte, erreichte (1798).

Solange die Macht Napoleons unerschüttert stand, gehörte auch die Schweiz zu den willenlosen Vasallen des Kaisers und hatte ihre Kontingente zu seinen Feldzügen wie alle anderen „Verbündeten" zu stellen. Deshalb war besonders nach den Verlusten des russischen Feldzugs und den von Napoleon im Frühjahr 1813 gestellten neuen Anforderungen die Sehnsucht nach Befreiung vom französischen Druck auch in der Schweiz sehr stark, doch standen die leitenden Staatsmänner, insbesondere der Landammann Reinhard (s. unten S. 543) so sehr unter dem Eindruck der Unbesiegbarkeit Napoleons, dass sie dieser Stimmung bis zum Herbst 1813 keinen politischen Ausdruck zu geben wagten. Mit dem aussenpolitischen Gesichtspunkte verquickten sich dabei sogleich wieder die alten innerpolitischen Differenzen — die aristokratische Reaktion erhoffte sich von einem Zusammenbruch Napoleons eine Wiederherstellung der alten politischen Ordnung und insbesondere die Wiedergewinnung der verlorenen Kantone Waad und Aargau, während auf der anderen Seite die Demokraten bei einem Zusammenbruch Frankreichs die Rückkehr der alten überlebten Zustände befürchteten. Nach der Schlacht von Leipzig beschloss die Tagsatzung vom 15.—26. November die bewaffnete Neutralität der Schweiz,

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Notizen zur Zeitgeschichte [1]) Dezember 1813—Februar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin, Rep. 92, Karl vom Stein. C 12

Metternichs Restaurationspolitik in der Schweiz. Sein Konflikt mit dem Zaren.

Dez. Jan. Febr. 1814

Der Fürst Metternich liess sich durch die Berner enragés und einen Herrn v. Salis verleiten, das Einrücken der verbündeten Truppen zur Wiederherstellung der alten Schweitzer Verfassung zu benutzen — er beauftragte hiezu Herrn v. Senfft [2]), der Drohungen und Ueber-

---

die durch ein Truppencorps von 20 000 Mann verteidigt werden sollte und die Napoleon und den Verbündeten angesagt wurde (s. unten S. 543. Anm. 4).

Während Napoleon mit dieser Lösung einverstanden sein konnte, ergaben sich daraus für die Verbündeten grosse Schwierigkeiten, nachdem sie sich aus strategischen Erwägungen dazu entschlossen hatten, an Stelle eines direkten Vorstosses über den Rhein nach Paris den Umweg über das Plateau von Langres durch die Schweiz zu machen. Deshalb wurden am 11. November Capo d'Istria (s. unten S. 498) als russischer und Lebzeltern (s. unten S. 498) als österreichischer Unterhändler mit dem Ersuchen um Durchzug zu Reinhard und an die Tagsatzung nach Zürich abgesandt.

Hier beginnt nun die grosse Intrige Metternichs gegen den Zaren, der keinerlei gewaltsames Vorgehen gegen die Schweiz dulden wollte für den Fall, dass das Ersuchen um Durchzug abgelehnt wurde, wie es auch geschah. Metternich dagegen war entschlossen, den Durchzug auf jeden Fall zu erzwingen, nicht nur unter dem Einfluss der österreichischen Generale Schwarzenberg und Radetzky, die ihn aus strategischen Gründen forderten, sondern auch um Oesterreich durch eine Unterstützung der reaktionären berner Aristokraten einen dauernden Einfluss auf die Schweiz zu sichern, wie ihn ähnlich Napoleon durch Unterstützung der Gegenpartei gewonnen hatte. Trotzdem versprach Metternich nach heftigen Auseinandersetzungen mit dem Zaren in Frankfurt am 3. Dezember diesem ehrenwörtlich, die schweizer Neutralität zu achten, obwohl er entschlossen war, sie auf jeden Fall zu brechen. Um den in seinen Entschlüssen noch schwankenden Kaiser Franz für sich zu gewinnen, kam ihm eine Deputation der extremen berner Aristokraten unter Führung des Grafen Johann von Salis-Soglio gerade recht, denn diese forderten — ähnlich wie es ihre Gegner im Jahre 1798 gemacht hatten — das Eingreifen des Auslandes zugunsten der Gegenrevolution. Auf diese Weise gelang es Metternich, seinem Kaiser die Einmischung des Auslandes in die schweizer Angelegenheiten als einen Wunsch der Bevölkerung hinzustellen und von ihm in Freiburg unter geschickter Ausnützung der Abwesenheit des in Karlsruhe befindlichen Zaren den Befehl zum Vormarsch zu erwirken. Am 20. Dezember 1813 begann daraufhin der Einmarsch der Hauptarmee und der Durchzug durch die Schweiz.

Das schwache Corps zum Schutz der schweizer Neutralität leistete keinen Widerstand und löste sich bald vollständig auf. Mit diesen Intrigen um den Bruch der schweizer Neutralität verbanden sich folgerichtig die Bestrebungen der berner Aristokraten zum Umsturz der bestehenden schweizer Verfassung, die von Metternich durch eine besondere Mission Senffts nach Bern unterstützt wurden (s. S. 497. Anm. 2).

Schwarzenberg erliess am 20. Dezember beim Einmarsch eine Proklamation, in welcher den Schweizern möglichste Schonung des Landes und die Nichteinmischung in ihre innerpolitischen Verhältnisse versprochen wurde, während eine von Gentz verfasste und am 21. Dezember erlassene „Erklärung" im Widerspruch dazu die Unterstützung der berner Aristokraten durch Oesterreich ankündigte.

[1]) Vgl. zum Folgenden oben S. 496 A. 2.

[2]) Senfft wurde am 17. Dezember nach Bern gesandt, um eine formelle Einladung des Berner Rats zum Eingreifen Oesterreichs zu erwirken und die radikalen berner Aristokraten bei ihren Bestrebungen zum Umsturz der Bundesverfassung zu unter-

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

redung anwandte, um die Revolution zu Bern zustande zu bringen, wodurch die alte Regierung sich selbst wieder herstellen und ihre Rechte auf das Waadtland und den Aargau aussprechen sollte. — Unterdessen lief der Bericht der Oesterreichischen und Russischen Geschäftsträger in Zürich, der Herren v. Lebzeltern [1]) und Capo d'Istria [2]) ein, worin sie die Nothwendigkeit darstellten, die bissherige Verfassung bestehen zu lassen, weil sie die Mehrheit der öffentlichen Meynung vor sich habe. — Dieser Bericht blieb von Fürst Metternich ungelesen und unbeachtet, Graf Senfft brachte die Wiederherstellung der alten aristokratischen Regierung in Bern zustande, die Waadtländer wurden äusserst erbittert, Monod [3]), ein Freund La Harpes', brachte seine Beschwerden an den

stützen. Da diese radikale Gruppe aber auch unter den an sich einer Restauration geneigten Bernern nur eine Minderheit darstellte, so hatte Senfft einen schweren Stand. Unter dem Druck seiner Drohungen mit österreichischer Gewalt und unter dem Einfluss seiner Versprechungen der Rückerstattung des Wallis und des Aargaus legten schliesslich die berner Ratsherrn ihre Aemter nieder, erklärten die Mediationsverfassung für aufgehoben, die alte Verfassung für wiederhergestellt und machten ihren alten Anspruch auf das Wallis und den Aargau geltend. Dort erhob sich ein einmütiger Widerstand gegen diese Ansprüche, die Führer der Waadtländer suchten und fanden einen Rückhalt in Alexander, der, wie oben dargelegt wurde, sich gegen jeden Bruch der schweizer Neutralität ausgesprochen hatte und der jede Einmischung in die schweizerischen Verhältnisse missbilligte. Zwischen ihm und Metternich war es ohnehin nach dem unter Verletzung der feierlichsten Zusagen Metternichs erfolgten Einmarsch in die Schweiz zum Bruch gekommen. Alexander forderte daraufhin um so energischer von Franz I., dass Oesterreich sich jeder Einmischung in die inneren schweizer Verhältnisse enthalten solle und erhielt auch von dem Kaiser die entsprechenden Zusicherungen. Metternich musste infolgedessen auf die öffentliche Durchführung seiner Pläne verzichten, er verfolgte sie trotzdem im Geheimen weiter, Senfft wurde allerdings am 1. Januar 1814 abberufen.

[1]) Graf Ludw. v. Lebzeltern (1774—1854), ehemals österreichischer Gesandter in Petersburg.

[2]) Jean Antoine Comte de Capo d'Istria, geb. 1776 in Corfu. Er war zunächst in der Verwaltung der damals unter russischem Einfluss stehenden ionischen Inseln tätig, ging, nachdem diese französisch geworden waren, in russische Dienste, wurde dort zunächst im Aussenministerium angestellt und 1811 der russischen Gesandtschaft in Wien zugeteilt. Im November 1813 wurde Capo d'Istria als russischer Unterhändler nach Zürich gesandt, um bei der dortigen Tagsatzung das Ersuchen um Bewilligung des Durchzugs zu stellen. Er blieb dort zur Behandlung der andern, in diesem Zusammenhang auftauchenden Fragen. Durch die Intrigen Metternichs wurde er in eine sehr peinliche Lage gebracht, da er, wie auch Lebzeltern, der Tagsatzung und dem Landammann Reinhard die bestimmtesten Zusicherungen über die Respektierung der schweizer Neutralität und die Nichteinmischung der Verbündeten in die schweizer Verhältnisse gegeben hatte. Unter dem Eindruck der Rückwirkungen der gegenteiligen Politik Metternichs, insbesondere des Umsturzes in Genf, forderte er dringend die Einstellung dieser verfehlten Politik. Capo d'Istria trat später an die Spitze der griechischen Freiheitsbewegung und wurde als erster Präsident des neugegründeten griechischen Staates i. J. 1831 ermordet.

[3]) Henri Joel Monod (1753—1833), Schriftsteller und Politiker, Freund La Harpes und mit diesem zusammen einer der Führer der demokratischen, auf Loslösung von Bern ausgehenden walliser Bewegung. Er hatte 1798 am Aufstand des Wallis gegen die Berner Regierung teilgenommen und war an den Beratungen über die Mediationsakte beteiligt, also in jeder Weise mit dem bestehenden Zustand verbunden, für dessen Erhaltung er sich nun Alexanders Unterstützung sicherte.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Kayser, der in Freyburg war. Dieser hatte den festen Vorsatz gehabt, sich nicht in die innre Schweitzer Angelegenheiten zu mischen, der Fürst Metternich hatte dieses fest versprochen. Der Kayser setzte einen hohen Werth auf die Unabhängigkeit der Schweitz überhaupt, insbesondere aber auf die des Kantons Waadt, er wurde über das verschmitzte [?] Betragen des Fürsten Metternich aufgebracht, machte ihm sehr bittere Vorwürfe, und Metternich wusste sich nicht anders zu helfen, als indem er Senfft anklagte, seine Vollmachten überschritten zu haben und ihn zurückrief. Er fuhr unterdessen fort, unter der Hand die Unruhen in der Schweitz zu nähren und die aristokratischen Cantons Bern, Freyburg und Solothurn in ihrer Trennung von der Tagsatzung zu Zürich zu unterstützen [1]). Eine Folge davon war die steigende Erbitterung der verschiedenen Cantone gegen einander, die vermehrte Abneigung der Waadtlände rgegen die Sache der Alliirten, die Lähmung aller Streit Kräfte der Schweitzer für die gute Sache.

Gruner an Stein Düsseldorf, 10./22. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 4. Privatdienstbrief

Die militärische Lage am Niederrhein. Fortgang der Landesbewaffnung [2]).

Stein an Golowkin [3]) Frankfurt, 25. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 1. Konzept

Uebermittlung eines Pro Memorias über die Grundsätze der deutschen Landesbewaffnung mit der Bitte, darauf hinzuwirken, dass die Aufstellung der Landwehr und des Landsturms in Württemberg damit in Einklang gebracht werde.

J'ai l'honneur de vous communiquer, Monsieur, un mémoire qui contient les principes d'après [*lesquels*] les organisations militaires se forment en Allemagne [4]), en vous priant d'engager le gouvernement du pays de

[1]) Unter dem Einfluss der Vorgänge in Bern war es auch in den von Stein genannten Kantonen zu Umsturzversuchen gekommen, die einen vorübergehenden Erfolg erzielten. Diese Kantone erklärten nach dem Berner Beispiel die bestehende Verfassung für aufgehoben und beschickten die von Reinhard nach Zürich einberufene Tagsatzung nicht mehr. Die züricher Versammlung liess sich aber durch diese Vorgänge nicht einschüchtern, sondern benahm sich in einer sehr würdigen und geschickten Weise. Die Mediationsakte, die unter anderem auch die Verbindung der Schweiz mit Frankreich als konstituierenden Artikel enthielt, wurde zwar aufgehoben (27. Dezember), es wurde aber sofort in die Beratung über eine neue Bundesverfassung eingetreten, die alle wesentlichen Errungenschaften der Mediationsakte und insbesondere auch die Selbständigkeit der Kantone Waadt und Aargau ausdrücklich festhielt. In dieser Haltung wurde die Tagsatzung durch den unmittelbar nach den entscheidenden Beschlüssen eintreffenden Monod bestärkt, der die erneute Zusicherung der Nichteinmischung der Verbündeten von seiten des Zaren überbrachte.

[2]) Vgl. dazu auch das Schreiben Gruners vom 12./24. Dezember 1813, ebd.

[3]) Russischer Gesandter in Stuttgart.

[4]) Das Promemoria für Stewart über die Grundsätze der deutschen Landesbewaffnung vom 23. Dezember 1813, wesentlich übereinstimmend mit Steins Schreiben an Münster vom 26. Dezember 1813 (s. unten S. 502 ff.) und deshalb hier nicht aufgenommen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Wurtemberg de les admettre et de les appliquer après s'être concerté avec moi sur le mode de l'application.
Les formations des troupes de ligne wurtembergeoises étant déjà effectuées, il ne s'agira maintenant que de convenir sur la Landwehr ou une forme analogue et sur le Landsturm — et je prie Votre Excellence de vouloir faire au gouvernement l'ouverture afin qu'il admette les bases de ce plan d'armement qui fournira des grands moyens de résistance à l'agression de l'ennemi [1]).

Denkschrift Steins für Stadion Freiburg, 25. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. IV $1^2/_3$. Konzept. — Ausfertigung im Haus- Hof- und Staatsarchiv Wien. — Nach dem Konzept

Die Verträge mit den Rheinbundstaaten als schwerstes Hindernis für die zukünftige gedeihliche Neuordnung Deutschlands. Grundzüge einer Bundesverfassung. Zentralgewalt und Einzelstaaten. Sicherung der Grundrechte als Voraussetzung für alle einzelstaatlichen Verfassungen. Bildung von Landständen.

Die Anlage [2]) ward geschrieben, ehe man sich über den Zustand von Deutschland noch auf keine Art ausgesprochen hatte, unterdessen erfolgte aber der Abschluss einer Reihe von Traktaten, die ohnbedingt oder bedingt denen 36 Souveräns ihre Fortdauer versicherten.
Erhielt man hierdurch gleich von allen Streitkräfte und von mehreren, mit Ausschluss von Bayern und Württemberg, mancherley den Krieg erleichternde Leistungen, so entstanden doch aus der Ungewissheit, in der man Deutschland liess über die Fortdauer einer dem grössten Theil seiner Bewohner verhassten Zerstücklung, aus dem Unwillen gegen diese Regierungen eine Abneigung gegen alle Theilnahme an den Anstalten, so die Sache Deutschlands erfoderte, und der öffentliche Geist ward niedergedrückt.
Selbst die Regierungen der kleinen, längs dem Rhein gelegenen Staaten lähmte fortdauernd die Furcht einer Rückkehr der Französischen Heere, der Einfluss der in ihren Stellen gebliebenen Anhänger der Franzosen, und noch immer lässt der König von Württemberg keine Gelegenheit unbenutzt, um seine gehässigen Gesinnungen gegen die Alliirten zu äussern, ohnerachtet der ohnverdient schonenden Art, womit sie ihn behandelten. Für alle diese Fürsten hat die Souveränität einen hohen Werth, ist sie gleich durch das Blut ihrer Unterthanen und durch ihre eigene Niederträchtigkeit erkauft worden, denn sie befriedigt ihre Herrschsucht, ihre Eitelkeit, ihre Genussliebe.

---

[1]) Entsprechendes Schreiben an General Verges wegen der Landesbewaffnung in Bayern und an Stewart wegen der Landesbewaffnung in Hannover, ebd.
In allen diesen Staaten hatte die Zentralverwaltung und die Generalkommission für das Bewaffnungswesen keine offizielle Handhabe zum Eingreifen. Stein versuchte deshalb, auf dem Weg gütlicher Verhandlungen eine Gleichschaltung dieser Länder mit den der Generalkommission unterstellten Ländern zu erreichen, hatte jedoch keinen Erfolg damit.
[2]) Fehlt.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

In denen Traktaten mit denen Bundes Fürsten wird der Vorsatz ausgesprochen, die Souveränitäts Rechte zu beschränken, und es bleibt daher noch ein gesetzlicher Weeg übrig, um für Deutschland eine Verfassung zu erhalten, die gegen das Ausland Kraft zum Widerstand und im Innern Sicherheit des Lebens und des Eigenthums verschafft — man ist also berechtigt, sich mit [*der*] Lösung dieser Aufgabe zu beschäftigen. Nur wird dieses erschwehrt durch Bayern, dessen politische Fortdauer in seiner gegenwärtigen Form und dessen Abründung durch den neuesten Alliance Traktat verewigt worden ist. So lange Oesterreich im Besitz eines grossen politischen und militärischen Uebergewichts sich befindet, so wird es dieses auf Bayern ausüben, das durch Tyrol und Vorarlberg von ihm umschlossen und biss nach Eger begränzt wird, im entgegengesetzten Falle bleibt aber Bayern immer geneigt, seinen mächtigen Nachbarn zu beeinträchtigen.

Da man das Hinderniss, welches Bayern der Einheit in Deutschland entgegensetzt, nicht beseitigen kann, so bleibt nur noch eine Bundes Verfassung möglich, die die einzelnen Staaten zusammenhält und auf die Aufrechterhaltung von solchen Institutionen in ihrem Innern wacht, welche Leben und Eigenthum sichern.

Die wesentlichste Bedingung des Bundes sind die Erblichkeit des Oberhauptes, das ausschliessende Recht zum Krieg und Frieden mit Zustimmung des Bundes Raths, Ernennung und Einrichtung des General Kommandos, Aufsicht und Besetzung der Gränz Festungen mit Bundes Truppen.

Die Gesetzgebung des Bundes Raths würde sich beschäftigen mit allgemeinen Gegenständen der Vertheidigung, der Verwilligung der zum Krieg erfoderlichen Leistungen, der Gränz Zölle, so zum Unterhalt der Reichs Festungen bestimmt wären, der Münzen, der allgemeinen Polyzey gegen Fremde, der Aufsicht auf die Aufrechterhaltung der Territorial Verfassungen.

Die Grundbedingungen der Territorial Verfassungen sind:

1. Die Freyheit der Persohn der Unterthanen, also eine habeas corpus Akte, ferner
das Recht, seinen Aufenthalt und seine Dienstverhältnisse innerhalb Deutschlands zu wählen.
2. Die Sicherheit des Eigenthums, also
a) keine Abgaben als solche, die für das Land auf denen ständischen Landtägen, für den Bund, das Deutsche Reich auf den Reichstägen verwilligt worden sind,
b) keine willkührliche Eingriffe in das Privat Eigenthum weder des Einzelnen noch der Communitäten, als Städte und andere Corporationen.
3. Sicherheit der Ehre und des Lebens, die jedem Stande zustehenden Ehren Rechte bleiben ungekränkt, über das Leben kann nur durch den ordentlichen Richter erkannt werden.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Über die Erhaltung dieser Verfassungen wacht das Oberhaupt des Bundes und schützt die Unterdrückten.

Denkschrift Steins für Münster Freiburg, 26. Dezember 1813

Nach Pertz. Stein. III. S. 491 ff.

Die moralische Verpflichtung Hannovers, zu den Kriegsleistungen nach Massgabe der für alle anderen deutschen Gebiete geltenden Richtlinien beizutragen. Mitteilung dieser Richtlinien. Organisation von Landsturm und Landwehr in den befreiten Gebieten Deutschlands. Rühle von Lilienstern.

Die Hannöverschen Lande gehören zwar nach der Convention vom 21sten October d. J. nicht zu denjenigen Deutschen Territorien, für welche ein oberstes Verwaltungs Departement angeordnet werden und von welchem die Ausführung der für die allgemeine Landesbewaffnung übereingekommenen Maasregeln kraft der geschlossenen Accessions Verträge als Verbindlichkeit gefodert werden kann. Was aber andern Deutschen Staaten die Verbindlichkeit der Verträge zur Pflicht macht, das fodert als freiwilligen Beschluss gleich dringend das Interesse aller Verbündeten, also auch Sr. Grossbritannischen Majestät als Churfürsten von Hannover an dem gedeihlichen Fortgang und der Ausführung der Deutschen Landes Bewaffnung, welche nur durch die Übereinstimmung der einzelnen Deutschen Territorien in den Haupt Grundsätzen erreicht werden kann.

Folgendes sind die allgemeinen Grundsätze, nach welchen bei der Bildung der allgemeinen Landesbewaffnung verfahren wird.

1) Die active Streitmasse wird nach der gedruckten Anlage in der Form von Freiwilligen, Landwehr und stehenden Truppen zusammengebracht, weil nach allen gemachten Erfahrungen diese Form der Aufstellung dem Enthusiasmus des Volks den freiesten Spielraum zu einer schnellen und vollständigen Entwicklung und Ausrüstung der Nationalstreitkräfte gewährt.

2) Die Corps, in welche nach § 10 der Anlage die einzelnen Deutschen Contingente zusammen stossen sollen, sind auf 8 bestimmt.

3) Von diesen wird das 2te Corps

a) aus den Hannöverschen,

b) aus den Braunschweigischen Truppen und aus den Contingenten

c) von Oldenburg,

d) von Mecklenburg Schwerin,

e) der Hansestädte

formirt. Die Bestimmung der Contingente für Hannover und Braunschweig, sowie die Ernennung des Corps Commandanten ist Sr. Königlichen Hoheit dem Prinz Regenten von England überlassen, und scheinen zwei Procent der Bevölkerung ein passender Maasstab.

4) Ueber die Einrichtung des Landsturms wird ein eigenes Regulativ ausgearbeitet[1]), welches mitgetheilt werden wird.

[1]) Ein solches Regulativ hat Stein vergebens angestrebt. S. unten S. 595 u. 616.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Vorläufig sind folgende Anordnungen beliebt.

a) Die Leitung der Organisation im Ganzen wird einem obersten Landsturms Aufseher contrahirt.

Diese oberste Behörde macht die allgemeine Eintheilung der Haupt Landsturms Bezirke, wählt die Haupt und Unterbezirks Befehlshaber aus den Eingeborenen der Deutschen Länder und schlägt sie den Deutschen Souverains zur Bestätigung vor.

b) Bey der speciellen Organisation des Landsturms in jedem Deutschen Lande concurriren

1) die überall bestehenden Landes Behörden, welche das Interesse der Regierung wahrnehmen;

2) eigne unter dem Namen Schutz von Deputationen zu bestellende Landsturms Behörden, zu deren Mitgliedern höchst zuverlässige und patriotisch gesinnte Männer von dem Volke gewählt werden. Diese Schutz Deputationen berathen und bringen zur Ausführung alles, was zum Gedeihen des Landsturms in gesetzlicher Ordnung gereichen kann.

c) Der Westen von Deutschland zwischen Rhein, Weser und Elbe, als das ganze für den Landsturm einzutheilende Land zerfällt:

1) für den Oberrhein,
2) „ „ Mittelrhein,
3) „ „ Niederrhein

in Hauptlandsturms Bezirke, welche durch den Lauf der Gebürge, Flüsse und Hauptstrassen abgegränzt werden. Die Hauptbezirke für den Niederrhein sind:

a) das Land zwischen der Sieg, dem Rhein, der Ruhr, der Diemel, Eder und Weser,

b) das Land zwischen der Diemel, der Weser, der Ober Ems, der Strasse von Minden nach Osnabrück und Rheine,

c) zwischen der Lippe, dem Rhein, der Yssel, der Vechte und der Oberems,

d) zwischen der Vechte, der Ems, der Eyder und Nordsee,

e) zwischen der Ems und Weser, südlich bis an die Strasse von Minden nach Osnabrück,

f) zwischen der Weser, Leine, Wipper, Unstrut und Werra,

g) der Harz oder das Land zwischen der Leine, Wipper, Unstrut, Saale und Bode,

h) das Land nördlich vom Harz zwischen der Leine, Weser und Elbe.

5) Damit die Zusammensetzung der einzelnen Contingente in den bestimmten Corps zweckmässig geschieht und die letzteren schleunigst activirt werden, haben die hohen verbündeten Mächte Russland, Oesterreich und Preussen den Königlich Preussischen Obrist Lieutenant Rühle von Lilienstern zum General Commissair der Deutschen Bewaffnungs Angelegenheiten unter einer Oberaufsicht ernannt. Demselben ist auch

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

die allgemeine Organisation des Landsturms unter meiner Leitung in allen Deutschen Ländern anvertraut worden.
Zur Erhaltung von Einheit und Nachdruck ist es nöthig, zu bewürken, dass sich die höchste Landesregirung in Hannover durch einen besonders zu bestellenden Bevollmächtigten sowohl für die Hannöverschen als Braunschweigischen Lande mit dem genannten Obrist Lieutenant Rühle von Lilienstern für die Ausführung jeder Art von Landes Bewaffnung nach einem zusammenstimmenden Plane für alle Deutschen Lande in nähern Verkehr setze.
Der Obrist Lieutenant Rühle von Lilienstern, welcher in Frankfurt sich aufhält, ist bereits von dieser Einleitung unterrichtet.

Blücher an Stein — Höchst, 26. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Gen. III. Ausfertigung

Erfolgreiche Tätigkeit Gruners in Düsseldorf. Bevorstehender Rheinübergang. Bittet, Gruner mit der Verwaltung der voraussichtlich von der schlesischen Armee zu besetzenden französischen Departements zu beauftragen.

Euer Excellenz werden Gelegenheit gehabt haben zu beobachten, dass der Etatsrath Gruner sich während seines Aufenthalts in Düsseldorf ganz vorzüglich gut benommen und Beweise abgelegt hat, dass er sich sehr zu einer Administration eroberter Provinzen qualificirt.
Ich bin im Begriff, über den Rhein zu gehen und die Departements des Donnersbergs, der Mosel und vielleicht auch der Saar zu occupiren. Da das p. Grunersche Geschäft im Bergschen zu Ende geht und mir viel daran gelegen ist, die Administration des hinter mir liegenden feindlichen Landes in tüchtigen Händen zu wissen, so geht mein Wunsch dahin, dass Euer Excellenz die Anstellung des p. Gruners als General Intendant der von der Schlesischen Armee zu besetzenden Französischen Departements zweckmässig finden möchten und ihm eine Ordre zukommen liessen, sich auf meine Einladung zu mir über den Rhein zu begeben, um die Geschäfte anzutreten [1]).

Prinz Philipp von Hessen-Homburg an Stein

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8 — Frankfurt, 27. Dezember 1813

Benachrichtigt ihn von der am 14. Dezember vollzogenen Wiedereinführung der alten Verfassung in Frankfurt, der Aufhebung der grossherzöglichen Ministerien und der Einführung des Verwaltungsrats auf Grund der Erlasse Steins vom 12. Dezember 1813 [2]).

[1]) S. oben S. 467. Anm. 4.
[2]) Vgl. dazu das Dankschreiben Steins vom 30. Dezember (Konzept Eichhorn), ebd.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Gruner Freiburg, 28. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 4. Konzept (Eichhorn)

Missbilligt die in Gruners Bericht vom 8./20. Dezember entwickelten Bewaffnungsgrundsätze, insbesondere die Beibehaltung der französischen Conscription bei der Landesbewaffnung „wo der Enthusiasmus und der lebendig freye Antheil des Volkes besonders zu erwirken ist". Verlangt 14tätige Berichte über den Fortgang der Arbeiten des General-Gouvernements.

Gruner an Stein Düsseldorf, 16./28. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 4. Privatdienstbrief

Fortgang und Stand der Landesbewaffnung im Grossherzogtum Berg. Reorganisation der dortigen Verwaltung.

.... H. General v. Zechner wird Euer Excellenz heute unsern Etat einsenden [1]). Ich wünsche und hoffe, dass Hochdieselben damit zufrieden seyn werden. Vielleicht lässt sich die Reserve noch auf 3 Bataillone bringen, und wir würden also über 12000 Mann im Ganzen stellen. Ich getraue mir, dies indessen im voraus zu versprechen, als ich dessen gewiss seyn darf, wenn der jezzige Geist bleibt, der wirklich ganz vortrefflich und selbst unendlich besser und wirksamer gegenwärtig ist, als in der Grafschaft Mark.

Ich meine, dass 2 Bataillone und 1 Eskadron Freiwilliger, aus eignen und Privat Beiträgen ausgerüstet, das unzweideutigste Zeichen sind. Verhältnissmässig dürfte wohl kein Land mehr geleistet haben als dies Ländchen.

Dass es lediglich mein Werk sey, sage ich ohne Stolz, aber mit der reinen Freude der Dankbarkeit nur zu Euer Exzellenz.....

Ich bitte Ew. Exzellenz um wohlwollende Verzeihung, dass ich den Etat des öffentlichen Einkommens und den Organisations Plan des Gouvernements Rathes noch nicht sende. Es ist unmöglich, aber bis 8 Tagen soll es gewiss geschehen [2]). Die Länder Abteilungen haben alles verwirrt, und noch ist mit Nassau Oranien die Sache nicht abgethan. Ueberdiess muss ich die ganze innere Administrazion ändern, um an den Verwaltungs Kosten zu ersparen, und dies soll gleichzeitig mit Einführung des Gouvernements Raths geschehen. Ich mögte Ew. Exzellenz gern etwas Ganzes und Tüchtiges erlegen. Darum bitte ich auch um kurze Frist. An Arbeitsamkeit fehlt es gewiss nicht, aber trotz der Aufopferung aus Nächte und Gesundheit war es bis jetzt unmöglich, mehr zu leisten, als geschehen ist.....

[1]) Nach dem Bericht Zechners vom 25. Dezember 1813 waren Ende Dezember $^2/_3$ des bergischen Contingents (etwa 4500 Mann) beisammen. Mitte Februar waren etwa 6300 Mann zur Verwendung im Felddienst eingeübt. — Auf die Berichte Zechners und Gruners über die Fortschritte der Landesbewaffnung im Grossherzogtum Berg und die dabei auftretenden organisatorischen und technischen Hindernisse kann hier nicht weiter eingegangen werden, vgl. dazu Just, a. a. O. S. 50 ff.

[2]) Vgl. dazu Gruners Schreiben an Stein vom 4. Januar unten S. 531.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Hügel an Stein Frankfurt, 28. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8. Ausfertigung

Fortgang der Verhandlungen über die Wiederherstellung der alten Verfassung der freien Stadt Frankfurt.

Als ich Eurer Excellenz in meinen flüchtigen Bemerkungen vom 14. dieses über die beiden Erlasse an den Herrn General Gouverneur zu Frankfurt

a) wegen Wiederherstellung der alten Verfassung der Stadt Frankfurt,

b) wegen Organisation des neuen Gouvernements Raths

die bey dem Vollzug einer und der andern Maasregel obwaltenden Bedenklichkeiten in der Allgemeinheit vorlegte, habe Eure Excellenz mit sehr gütigem Zutrauen Ihre beifällige Meinung zu erkennen gegeben, dass nur der Erlass wegen der Stadt Frankfurt in den ersten drey Punkten ausgefertiget — der zweite aber bis zu meiner näheren Bearbeitung zu beruhen habe [1]).

Was ich in Folge dieses ehrenvollen Zutrauens gethan habe und in welchem Maase demselben zu entsprechen beflissen gewesen sey, hierüber verfehle ich nicht, die gehorsamste Rechenschaft mit jener Kürze abzustatten, welche mir die gebührende Achtung für den Werth der Zeit Eurer Excellenz zur Pflicht macht.

Ich glaube, mich zu diesem Ende auf folgende kurze Sätze beschränken zu können.

I. Aus der Anzeige des Herrn General Gouverneurs vom gestrigen Tage haben Eure Excellenz ersehen, dass die erste Vorschrift wegen Wiederherstellung der alten städtischen Verfassung nach den ersten drey Absätzen buchstäblich erlassen worden sey [2]).

In meinem Schreiben vom 17. habe ich die verschiedenen Bedenklichkeiten, die von dem Stadtschultheissen und den beiden Bürgermeistern erregt worden waren, angezeigt, die sich mit jedem Tage vermehrt haben.

Ich rechne mir es zu einigem Verdienst, dass es mir gelungen ist, durch Geduld und Beharrlichkeit und durch sanfte Vorstellungen Ihre Zweifel und Bedenken zu heben.... [3]).

Eure Excellenz ermessen von selbst, wieviele mündliche Vorstellungen und Anfragen mit den hier anliegenden schriftlichen verbunden waren. Es lag von jeher in der Natur einer reichsstädtischen Verfassung — es ist auch Sitte der alten Deutschen Geschäftsmänner, dass jeder Gegenstand umständlich besprochen werden muss [4]). Ich hoffe aber von der Geduld, mit der ich alles anhörte, und von den Erläuterungen, die ich bis zur physischen Erschöpfung gegeben habe, dass bis zum 1. Jänner

[1]) S. oben S. 492. Anm. 1. [2]) S. oben S. 504.

[3]) Randbemerkung Steins: „*Allerdings.*“

[4]) Randbemerkung Steins: „*Diese Sitte ist sehr gut und löblich.*“

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

mit einer, wie man sagt, hier nicht erlebten Schnelle die provisorische Wiederherstellung der alten Verfassung bewerkstelliget ist.
II. Die gemachte Erfahrung über die klare und deutliche Bestimmungen von Nr. 1 bis 4 musste mich nothwendig abhalten, mit jenen 16 Deliberations Punkten zurückzuhalten, welche Eure Excellenz in dem Nachschreiben als einen Entwurf zur Bestimmung mehrer bey dieser Veranlassung zur Sprache kommenden Gegenstände nur zur Notitz des General Gouvernements mitgetheilt haben.
Diese 16 Berathungs Punkte enthalten wirklich die wünschenswertheste wesentlichen Bestimmungen der neuern Verfassung: gerade vorgeschrieben würde im grossen Theil mancher Ungewissheit vorgebeugt — die Berathungen abgekürzt — und das Geschäft sehr erleichtert haben.
Warum dieses nicht geschehen, ist mir unbekannt geblieben[1]) . . .

Stein an Gneisenau — Freiburg, 29. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 92. Gneisenau. A. 43. Abschrift

Saumseligkeit der Rheinbundfürsten bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen. Verachtung für ihre Souveränitätsansprüche. Marsch der sächsischen Truppen nach dem Niederrhein.

Die Lauigkeit aller der kleinen Regierungen war zu erwarten, bey den meisten ist es Anhänglichkeit an ihre Souveränität, die aus Aufgeblasenheit, Genussliebe, Herrschsucht entsteht, diese Souverainität hat ihnen ja nichts zu erhalten gekostet als Niederträchtigkeit und das Blut der Unterthanen.
Man muss jedoch die Sache von allen Seiten mit dem grössten Nachdruck betreiben, besonders so lange noch Truppen dastehen, ist man vorgerückt, das Land entblösst, so wird man tauben Ohren predigen.
Dass die Sache so kam, war vorherzusehen.
Herr v. Bötticher[2]) glaubt, dass die Churhessen den 12. Januar werden fertig seyn — es wäre gut, wenn der Feldmarschall an den Churfürsten schriebe . . .
Nachschrift. Ohne allen Zweifel ist ein Theil des Sächsischen Corps in vollem Marsch nach dem Niederrhein und wird Wesel blocquiren und den Niederrhein decken[3]). General Zechner scheint sehr schlaff zu seyn.

---

[1]) Randbemerkung Steins: „*Mir auch.*"
[2]) Russischer Major, Vertreter des Generaldepartements am hessischen Hof, s. Just, a. a. O. S. 3 und S. 79 f.
[3]) Von den sächsischen Linientruppen, die in den vergangenen Wochen in der Gegend von Merseburg neu formiert worden waren, traten am 2. Januar 1814 etwas über 8000 Mann den Marsch nach Holland an.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Hügel Frankfurt, 29. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 6. Konzept (Eichhorn)

Beklagt sich über den mangelnden patriotischen Geist der Stadt Frankfurt. Die Schuld daran sieht Stein hauptsächlich in der undeutschen Gesinnung der noch aus der primatischen Zeit stammenden leitenden Behörden, er drängt deshalb auf ihre schleunige Absetzung und die Einführung des Gouvernements-Rats. Unfähigkeit und mangelnder guter Wille des Generalleutnants Zweyer. Das Geschäft der Landesbewaffnung sei deswegen dem Generalmajor von Radenhausen anzuvertrauen.

Denkschrift Steins für Alexander I. Freiburg, 30. Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. IV. 1 2/3. Konzept

Bittet den Zaren, dem schädlichen Einfluss Metternichs in der Behandlung der deutschen Verfassungsangelegenheiten entgegenzuwirken durch rechtzeitige Bildung eines Ausschusses aus gutgesinnten Staatsmännern. Verweist erneut auf die unermessliche Bedeutung der deutschen Verfassungsfrage für die Zukunft Deutschlands und ganz Europas. Rät dazu, sie vor der Einleitung der Friedensverhandlungen mit Frankreich zu erledigen, um diesem jede Möglichkeit einer Einmischung zu nehmen.

Il y a tout lieu de craindre que le Comte Metternich portera dans l'arrangement final des affaires de l'Allemagne le même esprit de frivolité, de suffisance, le même manque de respect pour la vérité et les principes qui les a déjà gâtés en partie et qu'il vient de manifester d'une manière si nuisible en Suisse [1]). — Daignez, Sire, prévenir ce malheur et ordonnez qu'un comité fasse un travail préparatoire sur l'arrangement définitif des affaires en Allemagne.

Ce comité pourrait se composer

pour la Russie du Comte Rasoumowsky [2]) que je serais prêt d'assister de toutes les manières et sous toutes les formes qui seront agréées par Votre Majesté,

pour l'Autriche du Comte Stadion,

pour la Prusse du Baron de Humbold.

L'objet d'activité de ce comité serait la rédaction d'un plan qui, en établissant une union constitutionnelle entre les différentes parties, procurerait à ce pays une force de résistance contre l'influence et l'agression de la France et qui donnerait aux parties intégrantes mêmes des i n s t i t u t i o n s qui garantiraient aux individus leur propiété, sûreté et droit.

Ce n'est que par une telle u n i o n et par de t e l l e s i n s t i t u t i o n s qu'on pourra prévenir l'influence et repousser l'agression de la France

[1]) Die gegen den ausdrücklichen Willen des Zaren, unter Verletzung feierlichster Versprechungen erfolgte Verletzung der schweizer Neutralität, für die der Zar in erster Linie Metternich verantwortlich machte, hatte zu einem tiefen Zerwürfniss zwischen dem Zaren und Metternich geführt. Die Misstimmung des Zaren gegen Metternich wird hier von Stein zu einem Vorstoss gegen seinen Widersacher in der deutschen Verfassungsfrage ausgenützt.

[2]) Vgl. oben S. 175 — Rasumowsky vertrat im Februar und März Russland auf dem Kongress von Châtillon (s. unten S. 602. Anm. 6).

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

et arrêter les progrès d'une démoralisation qui est une suite nécessaire du despotisme de ces petits princes. Les Allemands seront alors rattachés à une patrie qui ne leur présente maintenant que des ruines de leurs anciennes institutions remplacées par l'arbitraire le plus odieux et le plus ridicule. Que vos nobles et sublimes efforts soient couronnés par un ordre des choses en Allemagne qui chaque jour et dans tous les rapports de la vie rappelle à ses habitants le souvenir de leur bienfaiteur, de celui qui leur aura rendu une liberté fondée sur les lois.
Vouloir remettre l'arrangement des affaires de l'Allemagne jusqu'aux négociations avec la France, c'est offrir à cette dernière une facilité à y prendre part et à y influer par tous les moyens d'une intrigue sourde et astucieuse — ce serait même contraire aux grandes vues de V. M. I. qui ne veut faire présenter au congrès futur aux plénipotentiaires français que les résultats convenus et stipulés entre Elle et ses alliés.
Nachträglicher Vermerk Steins auf dem Konzept: Den 3. Januar äusserte der Kayser, er halte es gegenwärtig für bedenklich, über die Deutsche Angelegenheiten sich gegen Oesterreich zu äussern — es mögte Veranlassung zur Kälte, vielleicht zu einem geheimen Einverständniss mit Frankreich geben, habe der Krieg noch einen entscheidenden Erfolg, sey Napoleon noch mehr heruntergebracht, so könne man sich bestimmt und categorisch gegen Oesterreich über das Beschlossene äussern. Sollten die Unterhandlungen mit Frankreich unterdessen beginnen, so würde man jede Einmischung Frankreichs in die Angelegenheiten der Verbündeten ablehnen und nur die Bestimmung der Gränze Frankreichs zum Gegenstand der Unterhandlung machen.

Stein an Frau vom Stein Freiburg, 31. Dezember 1813
St. A.

Rückblick auf das vergangene Jahr, Wünsche für das kommende. Der Aufenthalt in Freiburg. Fellenberg.

In wenigen Stunden ist ein Jahr verflossen, das die grösste Ereignisse der Weltgeschichte in sich fasste, das nach viel blutigen Schlachten Deutschland vom Französischen Einfluss befreyte, möge das folgende uns den Untergang des Tyrannen und das Wiederaufblühen eines glücklichen Vaterlandes herbeyführen und die Vorsehung so ihr Werk krönen. Hiermit verbinde ich die Wünsche für Dein Glück, meine liebe Freundin, für den vollkommensten und reinsten Genuss der Belohnung, die Du nach so vielen Entbehrungen und Aufopferungen durch den Muth und die Gedult, womit Du alles ertragen, so reichlich verdient hast.
Noch immer dauert unser hiesiger Aufenthalt fort, er ist etwas einförmig, in der guten Jahreszeit mag er sehr reitzend seyn, denn die Gegend ist himmlisch, sie soll immer schöner werden, so wie man sich Basel nähert, ich wünschte, wir reissten hin und Du könntest die Schweitz besuchen.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Wir erwarten hier Graf Münster [1]) — ich freue mich, ihn wieder zu sehen — Alopaeus, Ompteda und Hardenberg [2]) sind hier, auch der alte ehrliche Rheinfelder, der mich besucht hat.
Ich habe die Bekanntschaft gemacht mit H. v. Fellenberg von Hofwyl [3]), eines äusserst verständigen, klaren Mannes von denen edelsten Gesinnungen — Du kennst ihn wegen seiner Bemühungen um landwirtschaftliche und pädagogische Verbesserungen.

Denkschrift Wilhelm von Humboldts für Stein [4])

Frankfurt, im Dezember 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Ausw. Amt. I. Rep. VI. Wiener Kongress. 1814/15. No. 70 (in einem Umschlag mit dem Vermerk Steins: „Im Dezember 1813 vom H. St. M. von Humbold geschrieben").

Die Frage einer starken und lebensfähigen deutschen Staates nicht nur eine Frage der nationalen Verteidigung, sondern auch eine Frage der geistig-sittlichen Entwicklung der Nation. Deshalb wird die Wiederherstellung der Reichseinheit gefordert. Darlegung der Gründe für den Zerfall der alten Reichsverfassung. Unmöglichkeit einer Restauration dieser alten Verfassung, sowie der Bildung einer neuen Verfasssung aus rein rationalen Prinzipien. Historischer Verfassungsbegriff. Als einzige praktische Möglichkeit für die Neubildung einer deutschen Verfassung erscheint die Bildung eines Staatenbundes unter Verzicht auf die Wiederherstellung des Kaisertums. Die essentiellen Grundlagen eines solchen Staatenbundes (untrennbare Freundschaft zwischen Preussen und Oesterreich, Erhaltung weniger lebenskräftiger Mittelstaaten,

---

[1]) Münster war Mitte Dezember aus England abgereist und erreichte das Hauptquartier erst Ende Januar in Langres.
[2]) Der englische Diplomat Graf Hardenberg (s. oben S. 148), nicht der Staatskanzler.
[3]) Philipp Fellenberg (1771—1814), einer der grossen pädagogischen Reformer dieser Zeit. Einer berner Aristokratenfamilie entstammend, hatte er 1799 das Gut Hofwyl erworben, wo er nun eine ausserordentlich erfolgreiche erzieherische Tätigkeit entfaltete. Er hatte in seinem Wesen manche Aehnlichkeit mit Stein, auch er versuchte, die Menschen zu selbständigem Handeln zu erziehen und legte grössten Wert auf die Charakterbildung, war dabei aber, ganz ähnlich wie Stein, in seiner persönlichen Haltung sehr stark autokratisch.
[4]) Der Adressat ergibt sich nicht nur aus dem Vermerk Steins auf dem Umschlag, sondern auch aus der Anrede „l[ieber] F[reund]", die auch von W. A. Schmidt, der diese Denkschrift erstmals vollständig abdruckt (Geschichte der deutschen Verfassungsfrage), auf Stein bezogen wird. In dem unserm Abdruck zugrunde liegenden, offenbar auch von Schmidt benutzten Exemplar der Denkschrift Humboldts finden sich keinerlei ursprüngliche Hervorhebungen einzelner Stellen im Text, dagegen eine Reihe von Randstrichen und Unterstreichungen mit Bleistift, sowie einige Bleistiftnotizen. Da die letzteren zweifellos von Steins Hand herrühren und offenbar mit demselben Stift wie die Randstriche und Unterstreichungen gemacht sind, so darf man wohl annehmen, dass auch diese auf Stein zurückgehen, vor allem da die Hervorhebung durch Randstriche auch sonst seiner Arbeitsweise entspricht (vgl. meinen Aufsatz über die Bibliothek des Freiherrn vom Stein, Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Bd. 22). In unserer Wiedergabe der Humboldtschen Denkschrift sind deshalb die von Stein hervorgehobenen Stellen ebenfalls (durch Sperrdruck) hervorgehoben. Für andere Hervorhebungen, wie sie sich in dem Abdruck von Schmidt finden, gibt unsere Vorlage keine Anhaltspunkte. — Vgl. zu dieser Denkschrift die unten S. 528 folgenden Bemerkungen Steins vom 3. Januar 1814.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Reduzierung der meisten Rheinbundstaaten auf ihren ehemaligen Umfang). Warnung vor der Tendenz zur Zentralisation in vier oder fünf grössere Staaten unter Vernichtung der übrigen. Hinweis auf die kulturelle Bedeutung der Einzelstaaten. Verfassungsentwurf auf der Grundlage dieser Prinzipien. Grundzüge der künftigen Reichsverfassung: Bildung eines Bundesstaates mit defensivem Charakter (§§ 1,2); dessen äussere Garantie durch Russland und Oesterreich (§§ 3, 4); gegenseitige innere Garantie der wichtigsten Bundesstaaten (§ 5); ewiger Charakter des Bundes (§ 6); Wehrverfassung (§§ 7, 8, 10); Krieg und Frieden ausschliessliche Angelegenheit Preussens und Oesterreichs als der zur Verteidigung der Selbständigkeit hauptsächlich verpflichteten Mächte (§ 14); Beschränkung der aussenpolitischen Vertragsfreiheit der deutschen Fürsten sowie ihrer Kriegsherrlichkeit zugunsten des Reiches (§§ 15. 16); obligatorische Verpflichtung zur schiedsrichterlichen Regelung innerdeutscher Konflikte (§ 17); Verpflichtung zur Einführung ständischer Verfassungen in allen Einzelstaaten (§§ 18, 19); Stellung der Mediatisierten (§ 20); Garantie der ständischen Verfassungen durch die grösseren Einzelstaaten (§ 21); Regelung der Rechtspflege (§§ 23—27); Freizügigkeit innerhalb Deutschlands (§§ 28—30); gemeinschaftliche Regelung der Handelsbeziehungen innerhalb Deutschlands (§ 31).

Ich habe erst hier Zeit gefunden, l[*ieber*] F[*reund*], mein Versprechen zu erfüllen, Ihnen meine Gedanken über die künftige Verfassung Deutschlands mitzuteilen. Auch habe ich gern abgewartet, in diesen Mauern zu sein. Hier, wo die Spuren der ehemaligen Einrichtungen noch Achtung genug einflössen, um ebensosehr vor der Gleichgültigkeit gegen ihren Untergang, als vor dem Wahne zu bewahren, ihre Wiederherstellung als leicht anzusehen, lässt es sich mit mehr Ruhe und Ernst über die wichtigste Angelegenheit reden, die ein Deutscher behandeln kann.

Der erste Vorwurf, den meine Vorschläge erfahren werden, ist vermutlich der, dass man sie auf wandelbare Voraussetzungen gegründet finden wird. Allein dieser Vorwurf trifft weniger mich als die Sache. Eine wahrhaft sichre Verbindung kann nur durch physischen Zwang oder moralische Nötigung zustande gebracht werden. Die Politik ist aber gerade so angethan, dass sie auf die letztere wenig rechnen kann, wenn sie nicht den ersteren im Hintergrunde zeigt, und wie nötig und wirksam dieses Zeigen sei, hängt immer gar sehr zugleich von der zufälligen Verknüpfung der Umstände ab. Sie darf also nie auf Mittel denken, die gleichsam absolut sichernd sein sollen, sondern nur auf solche, welche sich jener Verknüpfung, sowie sie in sich wahrscheinlich ist, am besten anschmiegen und sie am natürlichsten beherrschen. In die Möglichkeit einer Ungewissheit des Erfolgs muss man sich immer ergeben und nicht vergessen, dass der Geist, welcher eine Einrichtung gründet, immerfort notwendig ist, sie zu erhalten.

Brauchte man nichts neues einzurichten, könnte man die Dinge so lassen, wie sie nach der Auflösung des Unstatthaften von selbst sein werden, so wäre es bei weitem vorzuziehen. Denn die Weltbegebenheiten gehen immer in dem Grade besser, in dem die Menschen nur negativ zu handeln brauchen. Allein hier ist dieses unmöglich, hier muss etwas Positives geschehen, erbaut werden, wo man gezwungen war, niederzureissen. Da der Rheinbund aufgelöst ist, muss entschieden werden,

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

was nunmehr aus Deutschland werden soll, und selbst wenn man keinerlei Art der Vereinigung wollte, wenn alle Staaten einzeln fortbestehen sollten, so müsste doch auch dieser Zustand zugerichtet und gesichert werden.

Wenn man aber über den zukünftigen Zustand Deutschlands redet, muss man sich wohl hüten, bei dem beschränkten Gesichtspunkte stehen zu bleiben, Deutschland gegen Frankreich sichern zu wollen. Wenn auch in der Tat der Selbstständigkeit Deutschlands nur von dorther Gefahr droht, so darf ein so einseitiger Gesichtspunkt nie zur Richtschnur bei der Grundlegung zu einem dauernd wohlthätigen Zustand für eine grosse Nation dienen. Deutschland muss frei und stark sein, nicht bloss damit es sich gegen diesen oder jenen Nachbar oder überhaupt gegen jeden Feind verteidigen könne, sondern deswegen, weil nur eine auch nach aussen hin starke Nation den Geist in sich bewahrt, aus dem auch alle Segnungen im Innern strömen, es muss frei und stark sein, um das, auch wenn es nie einer Prüfung ausgesetzt würde, notwendige Selbstgefühl zu nähren, seiner Nationalentwicklung ruhig und ungestört nachzugehen und die wohlthätige Stelle, die es in der Mitte der Europäischen Nationen für dieselben einnimmt[1]), dauernd behaupten zu können.

Von dieser Stelle angesehen, kann die Frage nicht zweifelhaft sein, ob die verschiedenen Deutschen Staaten einzeln fortbestehen oder ein gemeinschaftliches Ganzes bilden sollen? Die kleineren Fürsten Deutschlands bedürfen einer Stütze, die grösseren einer Anlehnung[2]), und selbst Preussen und Oesterreich ist es wohlthätig, sich als Teile eines grösseren und, allgemein genommen, noch wichtigeren Ganzen anzusehen. Dies aus grossmütigem Schutz und bescheidener Unterordnung zusammengesetzte Verhältnis bringt eine grössere Billigkeit und Allgemeinheit in ihre auf ihr eigenes Interesse gerichteten Ansichten. Auch lässt sich das Gefühl, dass Deutschland ein Ganzes ausmacht, aus keiner Deutschen Brust vertilgen, und es beruht nicht blos auf Gemeinsamkeit der Sitten, Sprache und Litteratur (da wir es nicht in gleichem Grade mit der Schweiz und dem eigentlichen Preussen teilen), sondern auf der Erinnerung an gemeinsam genossene Rechte und Freiheiten, gemeinsam erkämpften Ruhm und bestandene Gefahren, auf dem Andenken einer engeren Verbindung, welche die Väter verknüpfte und die nur noch in der Sehnsucht der Enkel lebt. Das vereinzelte Dasein der sich selbst überlassenen Deutschen Staaten (selbst wenn man die ganz kleinen grösseren anfügte) würde die Masse der Staaten, die gar nicht oder schwer auf sich selbst ruhen

[1]) Randstrich Steins. [2]) Desgl.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

können, auf eine dem Europäischen Gleichgewicht gefährliche Weise vermehren, die grösseren Deutschen Staaten, selbst Oesterreich und Preussen, in Gefahr bringen und nach und nach alle Deutsche Nationalität untergraben[1]).

Es liegt in der Art, wie die Natur Individuen in Nationen vereinigt und das Menschengeschlecht in Nationen absondert, ein überaus tiefes und geheimnisvolles Mittel, den Einzelnen, der für sich nichts ist, und das Geschlecht, das nur in Einzelnen gilt, in dem wahren Wege verhältnismässiger und allmählicher Kraftentwicklung zu erhalten, und obgleich die Politik nie auf solche Ansichten einzugehen braucht, so darf sie sich doch nicht vermessen, der natürlichen Beschaffenheit der Dinge entgegen zu handeln. Nun aber wird Deutschland in seinen nach den Zeitumständen erweiterten oder verengerten Grenzen immer im Gefühle seiner Bewohner und vor den Augen der Fremden Eine Nation, Ein Volk, Ein Staat bleiben.

Die Frage kann also nur die sein: wie soll man wieder aus Deutschland ein Ganzes schaffen?

Kann die alte Verfassung wiederhergestellt werden? so wäre nichts so wünschenswert als dies; und hätte nur fremde Gewalt ihre in sich rüstige Kraft unterdrückt, so würde sie sich wieder mit Federkraft emporheben[2]). Aber leider war ihr eigenes langsames Ersterben selbst hauptsächlich Ursache ihrer Zerstörung durch äussere Gewalt, und jetzt, wo diese Gewalt verschwindet, strebt keine ihrer Theile anders als durch ohnmächtige Wünsche nach ihrer Wiedererweckung[3]). Von enger Verbindung, von strenger Unterordnung der Glieder unter dem Oberhaupt war durch das Losreissen dieses und jenes Teils ein locker zusammenhängendes Ganzes geworden, in dem, ungefähr seit der Reformation, alle Teile auseinanderstrebten. Wie soll daraus das entgegengesetzte Streben hervorgehen, dessen wir jetzt so dringend bedürfen?[4])

Erwägt man die einzelnen Punkte, so wachsen die Schwierigkeiten. Herstellung der Kaiserwürde, Beschränkung der Wahlfürsten auf eine kleine Zahl, Bedingungen der Wahl, alles würde bei Haupt und Gliedern unendliche Hindernisse finden, und wenn alle überwunden wären, würde doch etwas Neues gebildet, nicht das Alte hergestellt sein. Denn niemand wird wohl an der Unzulänglichkeit des ehemaligen Reichsverbandes zu

[1]) Desgl.: „gar nicht" ist ausserdem noch im Text von Stein unterstrichen.
[2]) Fragezeichen Steins am Rande, Stein bezieht diesen Satz offenbar auf die Verfassung von 1802, die er für nicht wiederherstellbar hielt, wie Humboldt sogleich ebenfalls ausführt.
[3]) Randstrich Steins. [4]) Desgl.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

der jetzt nötigen Sicherung unserer Selbständigkeit zweifeln. Selbst unter den alten Namen müsste man also neue Gestalten schaffen[1]).

Es giebt nur zwei Bindungsmittel für ein politisches Ganzes, eine wirkliche Verfassung oder einen blossen Verein. Der Unterschied zwischen beiden (nicht gerade an sich, aber für den gegenwärtigen Eindruck bestimmt) liegt darin, dass in der Verfassung einigen Teilen die Zwangsrechte ausschliessend beigelegt werden, welche bei dem Verein allen gegen den Uebertreter zustehen[2]). Eine Verfassung ist unstreitig einem Verein vorzuziehen, sie ist feierlicher, bindender, dauernder, aber Verfassungen gehören zu den Dingen, deren es einige im Leben giebt, deren Dasein man sieht, aber deren Ursprung man nie ganz begreift und daher noch weniger nachbilden kann. Jede Verfassung, auch als ein bloss theoretisches Gewebe betrachtet, muss einen materiellen Keim ihrer Lebenskraft in der Zeit, den Umständen, dem Nationalcharakter vorfinden, der nur der Entwicklung bedarf. Sie rein nach Prinzipien der Vernunft und Erfahrung gründen zu wollen, ist im hohen Grade misslich, und so gewiss alle wirklich dauerhaften Verfassungen einen unförmlichen und keine strenge Prüfung ertragenden Anfang gehabt haben, so gewiss würde es einer von Anfang herein folgerechten an Bestand und Dauer mangeln.

Auf die Frage: Soll Deutschland eine wahre Verfassung erhalten? lässt sich daher, meines Erachtens, nur so antworten: Sprechen zu der Zeit, wo die Frage entschieden werden muss, Haupt und Glieder aus, dass sie Haupt und Glieder sein wollen[3]), so folge man der Anzeige und leite nur und beschränke. Ist das aber nicht, verlautet nichts als das kalte Verstandsurteil, dass ein Band für das Ganze da sein muss, so bleibe man bescheiden beim Geringeren und bilde bloss einen Staatenverein, einen Bund[4]).

Alle Verfassungen, deren Dauerhaftigkeit sich bewährt hat, haben eine gewisse Form in ihrer Zeit vorgefunden, an welche sie sich bloss anschlossen, wie sich leicht historisch erweisen liesse. Nun aber giebt es in unserer Zeit gar keine Form, die einer Verfassung Deutschlands zur Grundlage dienen könnte, vielmehr sind alle sogenannten Konstitutionen durch die Erbärmlichkeit und Zerbrechlichkeit der seit der Französischen Revolution[5]) bis zum Ekel wiederholten in gerechte Ungunst geraten. Dagegen ist die vollkommene Ausbildung aller politischen Formen der Verbindung der Staaten untereinander der neuesten Zeit eigentümlich,

---

[1])—[5]) Randstrich Steins.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

und ein jetzt zu gründender Staatenverein wird sich daher auch besser durch diese fest verknüpfen lassen [1]).

Fragt man mich nun, was eigentlich die bindenden und erhaltenden Prinzipien in einer durch blosse Schutzbündnisse gebildeten Vereinigung Deutschlands sein sollen, so kann ich bloss folgende, allerdings wohl sehr starke, allein freilich meist moralische nennen:

die Uebereinstimmung Oesterreichs und Preussens,

das Interesse der grössesten unter den übrigen Deutschen Staaten,

die Unmöglichkeit der kleineren, gegen sie und Oesterreich und Preussen aufzukommen,

den wieder erweckten und durch Freiheit und Selbstständigkeit zu erhaltenden Geist der Nation und

die Gewährleistung Russlands und Englands.

Die feste, durchgängige, nie unterbrochene Uebereinstimmung und Freundschaft Oesterreichs und Preussens ist allein der Schlusstein des ganzen Gebäudes. Diese Uebereinstimmung kann ebensowenig durch den Verein gesichert, als der Verein, wenn sie mangelte, erhalten werden. Es ist der feste Punkt ausserhalb des Bundes, der gegeben sein muss, um ihn zu schliesseu, und da er durchaus ein politischer ist, ruht er auch auf einem rein politischen Prinzip. Gerade aber indem man in das Verhältnis Oesterreichs und Preussens schlechterdings nicht mehr Verpflichtendes bringt, als jedes Bündnis enthält [2]), und dieselbe zur Grundlage der Wohlfahrt des gesamten Deutschlands macht, welche ihre eigene in sich begreift, verstärkt man sie durch das Gefühl der Freiheit und Notwendigkeit, wozu sich die Abwesenheit alles Grundes zu einem ausschliessenden Interesse gesellt, da zwischen beiden Mächten weder Unterordnung noch Teilung der Gewalt gestattet wird [3]).

Die nach Oesterreich und Preussen grössesten Staaten müssen gross sein, damit sie sich über alles Misstrauen und alle Furcht vor ihren nächsten Nachbarn erheben, ihr Gewicht zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Ganzen fühlen und, frei von eigenen Besorgnissen, nur die gemeinschaftlichen zu entfernen bedacht sind. In diesem Fall können sich nur Bayern und Hannover befinden. Die mittleren, wie Hessen, Württemberg, Darmstadt u. a. m. waren, müssen dagegen in ihren alten Schranken gehalten werden [4]). Ihre geringe Grösse erlaubt nicht, sie über alle kleinliche und einseitige Ansichten erhaben vorauszusetzen, und eine fremde Macht muss daher ein grosses Interesse finden, einen einzelnen davon mit sich zu verbinden.

Da es natürlich ist, dass in einer Zeit, wie die gegenwärtige, ohne Rück-

[1]) Fragezeichen Steins am Rande. [2])–[4])Randstrich Steins.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

sicht auf das Bestehende alle Verhältnisse einer neuen Prüfung unterworfen werden, so hört man jetzt oft die zwiefache Behauptung: dass die kleineren Staaten in Deutschland ganz aufhören, und dass sie wenigstens vom Rhein und der Französischen Grenze entfernt werden müssen. Da alle verbündeten Mächte gleich abgeneigt sind, in einem Augenblick der Wiederherstellung einer gerechten Ordnung der Dinge den Besitzstand alter, wenigstens ehemals mannigfach um Deutschland verdienter Fürstenhäuser anzutasten, so bedarf dieser Punkt nur, um den Gegenstand von allen Seiten zu beleuchten, betrachtet zu werden.

Die Verteidigung gegen fremde Macht könnte allerdings, insofern man Einheit unter den wenigen voraussetzen darf, bei einer Teilung Deutschlands in vier oder fünf grosse Staaten gewinnen. Allein Deutschland hat mehr als jedes andere Reich offenbar eine doppelte Stelle in Europa angenommen. Nicht gleich wichtig als politische Macht, ist es von dem wohlthätigsten Einfluss durch seine Sprache, Litteratur, Sitten und Denkungsart geworden[1]), und man muss jetzt diesen letzteren Vorzug nicht aufopfern, sondern, wenn auch mit Ueberwindung einiger Schwierigkeiten, mehr mit dem ersteren verbinden. Nun aber dankt man jenen ganz vorzüglich der Mannigfaltigkeit der Bildung, welche durch die grosse Zerstückelung entstand[2]), und würde ihn, wenn sie ganz aufhörte, grossentheils einbüssen. Der Deutsche ist sich nun bewusst, dass er ein Deutscher ist, indem er sich als Bewohner eines bebesonderen Landes in dem gemeinsamen Vaterlande fühlt, und seine Kraft und sein Streben werden gelähmt, wenn er mit Aufopferung seiner Provinzial Selbstständigkeit einem fremden, ihn durch nichts ansprechenden Ganzen beigeordnet wird. Auch auf den Patriotismus hat dies Einfluss, und sogar die Sicherheit der Staaten, für welche der Geist der Bürger die beste Gewährleistung ist, möchte am meisten bei dem Grundsatz gewinnen, jedem seine alten Unterthanen zu lassen[3]). Die Nationen haben, wie die Individuen, ihre durch keine Politik abzuändernden Richtungen. Die Richtung Deutschlands ist, ein Staatenverein zu sein, und daher ist es weder wie Frankreich und Spanien in eine Masse zusammengeschmolzen, noch hat es wie Italien aus unverbundenen einzelnen Staaten bestanden. Dahin aber würde die Sache unfehlbar ausarten, wenn man nur vier oder fünf grosse Staaten fortdauern liesse. Ein Staatenverein fordert eine grössere Anzahl, und man hat nur zwischen der nun einmal unmöglichen (und, meiner Meinung nach, keineswegs wünschenswürdigen) Einheit und dieser Mehrheit die Wahl. Zwar kann es wunderbar erscheinen, wenn man gerade die Fürsten des Rheinbundes beibehält, und wenn die Herstellung der Gerechtigkeit das

[1])—[2]) Randstrich Steins. [3]) Fragezeichen Steins am Rande.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Werk der Ungerechtigkeit und der Willkühr bestätigt[1]). Allein einzelne Aenderungen können immer getroffen werden, und übrigens gewinnt in politischen Gegenständen das einmal geschehene und seit Jahren bestehende nicht abzuläugnende Ansprüche — einer der wichtigsten Gründe, sich Ungerechtigkeiten gleich von Anfang standhaft entgegenzusetzen.

Ob gerade die Grenze mit Frankreich durch grosse Staaten gebildet werden soll, scheint mehr eine militärische Frage. Allein die Sicherheit Deutschlands beruht auf der durch die übrigen Deutschen Fürsten vermehrten Stärke Oseterreichs und Preussens, und diese können es freier verteidigen, wenn sie, mehr entfernt stehend, durch eigene feste Grenzen gesichert, zwischen sich und dem Feinde ein ihrer Ansicht und ihrem Einfluss unterworfenes Gebiet haben. Auch die grössesten Staaten verhindern nicht leicht, dass der Feind ihre Grenzen überschreite, wenn einmal der Krieg wirklich ausgebrochen ist, und ihre unmittelbare Berührung führt diesen leichter herbei. Alle grossen Staaten haben daher gern minder bedeutende zwischen sich gelassen, und es kann immer kleine Staaten diesseits und (wenn, wie es billig der Fall sein sollte, der Rhein wieder ein Deutscher Fluss wird) auch jenseits des Rheins geben, wenn nur die Schweiz und Holland unabhängig sind, man keine Angriffsfestungen auf dem Rheine selbst duldet und ein paar feste Plätze zur Unterstützung allenfallsiger Kriegsoperationen anlegt.

Diese vorläufigen Betrachtungen werden hinreichend sein, die folgenden Vorschläge zur Bildung einer Vereinigung Deutschlands zu begründen.

1.

Alle Deutschen Fürsten vereinigen sich durch ein gegenseitiges Vertheidigungs[2]) Bündnis zu einem politischen Ganzen.

Dieses Bündnis ist eine vollkommen gleiche und freie Verbindung, wie sie von souveränen Fürsten geschlossen wird, und es findet unter den Mitgliedern desselben keine andere Verschiedenheit der Rechte statt, als welche sie selbst durch dasselbe freiwillig unter sich eintreten lassen.

2.

Der Zweck dieses Bündnisses ist die Erhaltung der Ruhe und Unabhängigkeit Deutschlands und die Sicherung eines auf Gesetze gegründeten rechtlichen Zustandes in den einzelnen Deutschen Staaten.

3.

Die Gewährleistung für dieses Bündniss wird von den grossen Mächten Europas, namentlich von Russland und England übernommen[3]).

---

[1]) Randstrich Steins.

[2]) Von Stein unterstrichen. Vgl. unten S. 528f.

[3]) Die hervorgehobenen Worte sind von Stein unterstrichen. Daneben am Rande die Bemerkung: „wohl allein." Vgl. unten S. 529.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Da diese beiden Mächte und Oesterreich und Preussen auch als nichtdeutsche Mächte durch eigene Allianztraktate verbunden sind, so würden diese, in Rücksicht auf diese Garantie, noch einer erweiternden Bestimmung bedürfen, inwiefern auch ein nicht auf sie, sondern auf Deutschland unternommener Angriff zur Forderung einer Hilfe berechtigen solle.

4.

Diese Garantie bezieht sich jedoch nur auf die Beschützung Deutschlands gegen auswärtige Angriffe, und die garantirenden Mächte begeben sich aller Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands.

Ohne diese Bestimmung würde das Bestreben eines oder des anderen Deutschen Staates, sich einer der garantirenden Mächte gegen eine der grösseren in Deutschland zu bedienen, dem man immer entgegensehen muss, zu sehr begünstigt werden. Die garantirenden Mächte müssen hierbei von unbedingtem Vertrauen in die Mässigung Preussens und Oesterreichs ausgehen. Das Bemühen, alles durchaus sichern und gegeneinander abwägen zu wollen, führt nur Klagen und Uneinigkeiten herbei.

5.

Die Garantie der gegenseitigen Rechte der einzelnen Deutschen Staaten, sie mögen aus dem Bündnis selbst herfliessen oder nicht, übernehmen Oesterreich, Preussen, Bayern und Hannover gemeinschaftlich und mit durchaus gleichen Befugnissen. In Fällen, wo von den Rechten einer oder mehrerer dieser Mächte selbst die Rede ist, ruhen die aus der Garantie fliessenden Rechte für diese, und es treten andere Deutsche Staaten an ihre Stelle. Es werden zu diesem Behuf vier andere in bestimmter Reihenfolge im Bündnis eventuell bezeichnet [1]).

Diese besondere Garantie der inneren Rechte ist notwendig, um dadurch eine schiedsrichterliche Vermittelung der Streitigkeiten der Deutschen Fürsten untereinander zu erhalten. Bayern und Hannover dazu aufzunehmen, schliesst sich an die oben ausgeführte Idee an, diese Staaten durch einen thätigeren Anteil in der Beförderung des gemeinschaftlichen Interesses reger damit zu verbinden.

6.

Das gemeinschaftliche Bündnis wird auf ewige Zeiten geschlossen, und jeder Theil thut Verzicht auf das Recht, je davon auszuscheiden.

Hierdurch würde sich dies Bündnis von gewöhnlichen Bündnissen unterscheiden, deren Dauer von der Willkür jedes Teils abhängt. Jeder auch noch so feierlich vorher angekündigte Austritt würde als Bruch angesehen werden und berechtigen, dem Austretenden feindlich zu

[1]) Fragezeichen Steins am Ende des Satzes. Vgl. unten S. 529.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

begegnen [1]). Diese Bestimmung ist durchaus notwendig und auf keine Weise ungerecht. Denn das Ausschliessen eines Deutschen Fürsten aus einem auf die Sicherung der Unabhängigkeit Deutschlands abzweckenden Bunde ist eine an sich widernatürliche, kaum denkbare, allein nie zu duldende Sache.

Bedingungen des Bündnisses.

Diese betreffen Gegenstände des äusseren und inneren Staatsrechts und der Gesetzgebung.

Aeusseres Staatsrecht.

7.

Jeder Deutsche Fürst verbindet sich, mit einer verhältnismässigen Anstrengung aller Kräfte seiner Staaten zur Verteidigung des gemeinschaftlichen Vaterlandes thätig zu sein [2]).

8.

Jeder setzt daher die durch dasBündnis selbst zu bestimmenden Streitkräfte in Bewegung, sobald der Fall eines vaterländischen Krieges eintritt.

9.

Die Erklärung, ob und wann ein solcher Fall vorhanden sei, geschieht durch Oesterreich und Preussen, sie kann nur von beiden Höfen gemeinschaftlich ausgehen, im Fall Deutsches Gebiet von fremden Truppen feindlich betreten wird, bedarf es einer solchen Erklärung nicht.

Da unter allen Deutschen Staaten nur Oesterreich und Preussen Mächte sind, welche auch in den Europäischen Staatsverhältnissen den Ausschlag geben können, so kann das Recht der Kriegserklärung nur ihnen anvertraut werden. Das weiter unten (14) erwähnte der Friedensschliessung beruht auf dem gleichen Grunde. Dem Bündnis Bestimmungen für den Fall beizufügen, wo diese beiden Mächte miteinander über einen so wichtigen Punkt uneins wären, würde durchaus zwecklos sein. Ihre Uebereinstimmung kann, wie schon oben bemerkt worden, weder durch das Bündnis erzwungen, noch bei demselben entbehrt werden.

10.

Jeder Deutsche Fürst macht sich durch das Bündnis auf den Fall eines gemeinschaftlichen Krieges zur Stellung einer gewissen Truppenzahl und zu gewissen Leistungen zu den Kriegsbedürfnissen anheischig.

Es versteht sich von selbst, dass Preussen und Oesterreich nicht nach Massgabe ihrer Deutschen Besitzungen, sondern ihrer gesamten Kräfte und als Europäische Mächte an einem solchen Krieg teil-

[1]) Randstrich Steins. [2]) Vgl. unten S. 529.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

nehmen. Denn die hauptsächlichste Bürgschaft für die Dauer des Deutschen Vereins liegt gerade in dem Umstande, dass Oesterreich und Preussen die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Deutschlands als unzertrennlich von ihrer eigenen politischen Existenz ansehen [1]). Von einem bloss lauen Antheile einer dieser beiden Mächte an einem Verteidigungskriege Deutschlands kann fernerhin nicht mehr die Rede sein.

11.

Es wird eine gewisse Truppenzahl bestimmt [2]), welche den Staat, der sie als Kontingent stellt, berechtigt, aus seinen Truppen ein eigenes Armeekorps zu bilden. Die Truppen aller übrigen Fürsten werden in allgemeine Armeekorps vereinigt. Die Aufsicht im Krieg und Frieden über diese wird, nach zu treffender Uebereinkunft Oesterreichs und Preussens, wo möglich Deutschen [3]) Prinzen anvertraut.

12.

Jedem Fürsten, dessen Truppen ein eigenes Armeekorps bilden, wird es selbst überlassen, die Streitkräfte seiner Staaten in verfassungsmässigem Zustand zu erhalten. Diejenigen aber, deren Truppen Teil der allgemeinen Deutschen Armeekorps ausmachen, versprechen, sich auch in Friedenszeiten diejenige besondere Aufsicht auf die Militäranstalten gefallen zu lassen, ohne welche keine Einheit erhalten werden könnte. Die Aufsicht wird von den Chefs dieser Armeen unter der Autorität derjenigen Macht ausgeübt, welche sie bestellt hat.

So notwendig eine solche Aufsicht bei den kleineren Fürsten ist, so unmöglich wäre sie bei den grösseren. Der Einfluss, den man auch bei ihnen hierauf ausüben muss, kann nur ein allgemein politischer sein [4]).

13.

Die gemeinschaftliche Militärverfassung Deutschlands, die Errichtung von Landwehr und Landsturm, die vielleicht notwendige Anlegung gemeinschaftlicher Festungen, die Verteilung des Kommandos im Kriege u. s. f. erfordert eine Menge anderer einzelner Bestimmungen, theils in dem Bündnisse selbst, theils in eigenen Regulativen, die hier, wo es nur auf die Hauptzüge ankommt, übergangen werden.

14.

Das Recht der Friedensschliessung bei einem gemeinschaftlichen Kriege steht allein Oesterreich und Preussen gemeinschaftlich zu. Beide Mächte

[1]) Randstrich Steins.
[2]) Randbemerkung Steins: „25 000“ Mann.“ Vgl. unten S. 529.
[3]) Von Stein unterstrichen. Vgl. S. 529.
[4]) Vgl. S. 529.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

aber versprechen, nie einen Frieden oder anderen Vertrag einzugehen, durch welchen der Besitzstand oder die Rechte eines in dem Bündnis begriffenen Fürsten geschmälert würden.

Einige oder alle Deutsche Fürsten an diesem Rechte theilnehmen lassen zu wollen, würde ein durchaus vergebliches Bemühen sein. Angelegenheiten dieser Wichtigkeit werden immer nur durch den politischen Einfluss der Staaten aufeinander entschieden werden, und Mächte wie Oesterreich und Preussen werden und können sich in Dingen, von deren Entscheidung ihre eigene und ganze, nicht bloss Deutsche Existenz abhängt, nie durch Verfassungen und Formen die Hände binden lassen. Diese Formen würden bloss zum Schein dastehen, umgangen und durchlöchert werden. Es ist viel besser, geradezu stillschweigend einzugestehen, dass es keine Wohlfahrt für die Deutschen Fürsten giebt, als sich dem wohlverstandenen und gemeinschaftlichen Interesse Oesterreichs und Preussens zu unterwerfen, und keine Politik, als durch ihr Betragen und ihren Einfluss diese beiden Mächte immer enger mit sich untereinander zu verbinden.

15.

Alle in dem Bündnis begriffenen Fürsten versprechen, keinerlei Art von Vertrag oder Verbindlichkeit einzugehen, welche einem in demselben enthaltenen Punkte zuwiderliefe.

16.

Diejenigen, welche bloss Deutsche Länder besitzen, entsagen dem Rechte, an auswärtigen Kriegen und überhaupt an anderen als Deutschen Bundeskriegen teilzunehmen, darauf abzweckende Bündnisse zu schliessen, fremden Truppen den Eintritt in ihren Staaten zu gestatten oder die ihrigen in Sold zu geben.

Diese Beschränkung kann auch den grösseren Deutschen Fürsten, wie Bayern, nicht erlassen werden. Die Streitkräfte Deutschlands dürfen für ein fremdes Interesse weder zersplittert noch geschwächt werden, und man muss jeden Vorwand entfernen, welcher Deutschland in Kriege verwickeln könnte, die nicht sein unmittelbares Wohl angehen. Es versteht sich, dass Hannover denselben Grundsätzen folgen muss.

17.

Alle Deutschen Fürsten versprechen, ihre Streitigkeiten untereinander durch gütlichen Vergleich beizulegen, wenn aber ein solcher nicht sollte zustande gebracht werden können, sich unbedingt dem schiedsrichterlichen Ausspruch der die innere Ruhe garantirenden vier Deutschen Mächte, deren im vorigen (5) erwähnt worden ist, zu unterwerfen.

Die Art der Behandlung der Angelegenheiten, welche vor diesen schiedsrichterlichen Ausspruch gebracht werden, muss in dem

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Bündnis genau bestimmt werden. Es muss dadurch selbst die entfernteste Möglichkeit zu jeder inneren Fehde abgeschnitten sein. Die Streitigkeiten der einzelnen Staaten könnten zwar bei den garantierenden Fürsten auf mehr als eine Weise ausgemacht werden, allein am besten wäre es, einen eignen Gerichtshof unter ihrer Aufsicht zu bestellen, bei welchem die anderen Fürsten auch Mitglieder haben könnten, dessen Aussprüche aber immer nur von jenen vier grösseren Mächten vollzogen würden.

Inneres Staatsrecht.

18.

Obgleich jeder Fürst mit allen Souveränitätsrechten [1]) innerhalb seiner Staaten begabt wäre, so müssten doch in jedem Deutschen Staat Stände errichtet oder hergestellt werden.

Gut eingerichtete Stände sind nicht bloss eine nöthige Schutzwehr gegen die Eingriffe der Regierung in die Privatrechte, sondern erhöhen auch das Gefühl der Selbstständigkeit in der Nation und verbinden sie fester mit der Regierung. Sie sind überdies eine altdeutsche Einrichtung und nur in neueren Zeiten abgekommen oder zu einer leeren Förmlichkeit geworden.

19.

Bei Bestimmung der Rechte der Stände müssen gewisse Grundsätze als allgemein durch ganz Deutschland geltend angenommen worden [2]), im übrigen aber muss die Verschiedenheit eintreten, welche die ehemalige Verfassung der einzelnen Länder mit sich bringt.

Eine solche Verschiedenheit ist nicht allein durchaus unschädlich, sondern sie ist nothwendig, um in jedem Lande die Verfassung genau an die Eigentümlichkeit des National Charakters anzuschliessen. Die der neuesten Zeit sehr eigne Methode, allgemeine, theoretisch gebildete Reglements ganzen Ländern vorzuschreiben und dadurch Mannigfaltigkeit und Eigenthümlichkeit niederzuschlagen, gehört zu den gefährlichsten Missgriffen, die aus einem unrichtig verstandenen Verhältniss der Theorie zur Praxis entspringen können.

Diejenigen Grundsätze, welche indes wirklich allgemein gemacht werden müssten, würden eine genauere Ausführung in dem Bündnisse selbst erfordern.

20.

Die Verhältnisse der mediatisirten Reichsstände bedürfen noch ausserdem eigner Festsetzungen [3]).

Diese Verhältnisse müssten mehr nach staatsrechtlichen Grundsätzen, als gerade mit historischer Rücksicht auf die ihnen bei der

---

[1]) Vgl. unten S. 529. [2]) Desgl. [3]) Vgl. unten S. 529f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Mediatisation, die nichts als eine Gewalthandlung war, gelassenen Rechte bestimmt werden. Es muss hierbei nothwendig die doppelte Frage entstehen: ob es nicht besser sein dürfte, die mediatisirten Reichsstände gänzlich den übrigen Landständen gleichzustellen? oder im Gegenteil, ihre Verhältnisse noch günstiger zu bestimmen und dann auch die kleineren unter den jetzt souverain gelassenen Fürsten zu mediatisiren und grösseren unterzuordnen.

Das Erstere wäre hart gegen eine schon höchst ungerecht behandelte Klasse[1]) und würde wenig oder keinen Nutzen bringen.

Das Letztere wird bei allen denen Beifall finden, welche wünschen, Deutschland bloss aus einigen grossen Staaten bestehen zu sehen. Ich würde aus den im Anfange dieses Aufsatzes angeführten Gründen dagegen sein. Deutschland wird kein Staatenverein, und das Wesentlichste, seine Einheit, leidet, wenn es bloss vier oder fünf Staaten zählt. Es lässt sich alsdann keine Garantie der inneren Rechte, kein gemeinschaftlicher Gerichtshof denken, und alle mediatisirten Fürsten würden sehr bald ihre Rechte gegen die Eingriffe der grösseren Regierungen verlieren. Die gegenwärtigen Vorschläge beschränken aber schon dergestalt die Souveränitätsrechte der kleineren, jetzt bestehenden Fürsten, dass der gemeinschaftlichen Sicherheit keine Gefahr daraus erwachsen kann.

Die allgemeine Aufhebung der Mediatisation für alle, welche unter ihr gelitten haben, würde unübersteigliche Hindernisse finden.

21.

Eingriffe der Regierungen in die Rechte der Stände können von dem beeinträchtigten Teile den vier Mächten, welche die innere Garantie in Deutschland übernehmen, angezeigt werden, und es wird darüber von dem unter ihre Aufsicht gestellten Tribunale[2]) entschieden.

22.

Auf dem gleichen Wege kann auf Klagen der Stände über verschwenderische Regierungen ein temporäres Sequester ihrer Länder eingeleitet werden[3]).

23.

Es wird nach der Bevölkerung eine gewisse Normalgrösse eines Deutschen Staates bestimmt, von welcher es abhängt, ob die Civilprozesse seiner Unterthanen sollen innerhalb desselben durch alle Instanzen gehen können? oder ob die höchste Instanz ausserhalb gesucht werden muss?

---

[1]) Randstrich Steins. [2]) Von Stein unterstrichen.
[3]) Fragezeichen Steins am Schluss des Absatzes. Vgl. unten S. 529.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

24.

Derjenige Staat, welcher nicht gross genug ist, um drei Civilinstanzen in sich selbst zu begreifen, muss auch seine Criminalurtheil, sobald die erkannte Strafe einen zu bestimmenden Grad erreicht, einer fremden Revision unterwerfen.

Da kleinere Staaten schlechterdings nicht drei geschiedene und gehörig besetzte Gerichtshöfe zu unterhalten im Stande sind, so ist diese Festsetzung durchaus nothwendig, wenn Willkühr vermieden werden soll.

25.

Ein solcher Staat kann ferner keine das bisher in ihm bestehende Civil- und Criminalrecht abändernde Verordnung ergehen lassen, ohne dieselbe demjenigen, an dessen höchste Gerichtshöfe er die Appellation zugeben muss, zur Genehmigung vorzulegen.

Die Rechtspflege und die Gesetzgebung stehen in so enger Verbindung miteinander, dass diese Bestimmung schechterdings durch die vorige nothwendig gemacht wird.

26.

Wenn derjenige Staat, welchem andere in Absicht der Appelation unterworfen sind, offenbare Unregelmässigkeiten in den Gerichtshöfen dieser bemerkt, kann er durch die vier die innere Ruhe Deutschlands garantirenden Mächte eine Revision derselben veranlassen.

27.

Um den kleineren Staaten auf eine bequeme und nicht kostbare Weise eine höchste Instanz zu verschaffen, werden sie alle nach ihrer geographischen Lage einer jener vier grösseren Mächte zugetheilt, welche alsdann jene Rechte über sie ausübt.

Viel besser als diese Einrichtung wäre die Anordnung eines eigenen Gerichtshofes für alle Fürsten[1]), von deren Staaten aus an andere appellirt werden müsste, wie ein solcher ehemals vorhanden war. Mit diesem müsste dann ein besonderer gesetzgebender Rath für ganz Deutschland verbunden sein, dessen Aussprüche für jene kleineren Fürsten verbindend wären und dessen Gutachten auch die grösseren einholen könnten — ein Weg, auf welchem vielleicht nach und nach eine allgemeine Deutsche Gesetzgebung zustande käme. Allein es ist sehr schwer, wenn kein Reichsoberhaupt vorhanden ist, einem solchen Gerichtshofe die gehörige Konsistenz, Unabhängigkeit und Einheit zuzusichern.

Ob dieser Gerichtshof mit demjenigen, von welchem oben (17) die Rede war und der eigentlich nur publizistische Fragen zu entschei-

[1]) Randstrich Steins. Vgl. unten S. 530.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

den haben würde, verbunden werden könnte, erfordert genauere, nicht hierher gehörende Untersuchung.

Gesetzgebung.

In Rücksicht dieser würde ich, ausser dem schon im Vorigen (25. 27) über die Civil- und Criminalgesetzgebung Gesagten, nur folgende Bestimmungen aufzunehmen vorschlagen.

28.

Jedem Unterthanen eines Deutschen Staates steht es frei, in einen anderen Deutschen Staat auszuwandern, und es kann ihm hierin keine Schwierigkeit entgegengestellt, noch ein Abzug von seinem Vermögen auferlegt werden.

Diese Freiheit ist die Grundlage aller Vorzüge, welche der Deutsche für seine individuelle Existenz aus der Verbindung Deutschlands zu einem Ganzen zu ziehen vermag.

29.

Alle Verweisung von Verbrechern, Vagabunden und verdächtigen Personen aus einem Deutschen Staat in einen andern hört von jetzt an gänzlich auf.

30.

Die Freiheit, auf fremden Deutschen Universitäten zu studieren, ist allgemein und wird durch keine Bestimmung, auch nicht durch die, wenigstens eine gewisse Zeit auf einer inländischen gewesen zu sein, beschränkt.

Die Gleichmässigkeit der Fortschritte der Geistesbildung in dem gesamten Deutschland hängt vorzüglich von dieser Freiheit ab, die auch in politischer Rücksicht wesentlich nothwendig ist.

31.

Die Deutschen Staaten schliessen einen allen ihren gegenseitigen Verkehr umfassenden Handelsvertrag, in welchem wenigstens das Maximum aller Eingangs- und Ausgangszölle im Innern von einem Deutschen Staat in den andern bestimmt wird. Die darin gemachten Festsetzungen können nur gemeinschaftlich abgeändert werden.

Es liesse sich vielleicht auch in anderer Hinsicht ein Zusammenwirken der Deutschen Staaten in Finanz- und Handelsangelegenheiten denken, und alsdann könnte eine gemeinschaftliche Deutsche Handels- und Finanzbehörde nützlich sein, die es vielleicht möglich wäre, an das wegen der solidarischen Obligationen der Fürsten angeordneten Comité[1]), welches ohnehin bis 1821 bestehen muss, anzuschliessen.

[1]) S. unten S. 527. Anm. 1.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Dies, lieber Freund, wären etwa meine hier erst flüchtig hingeworfene Vorschläge. Sie müssen aber nie vergessen, dass dieser ganze Aufsatz nur ein Versuch ist, zu zeigen, was noch geschehen kann, wenn einmal die Wiederherstellung einer Verfassung mit einem wahren Reichsoberhaupte, wie ich glaube, unmöglich ist. Könnte man dem Deutschen Reich ein Oberhaupt wiedergeben (welches aber, um nicht viel grössere Nachtheile herbeizuführen, genug Macht besitzen müsste, um sich des Gehorsams zu versichern, und genug Achtung, um nicht zur Eifersucht und zum Widerstande zu reizen), so müssten freilich die meisten Dinge anders eingerichtet werden, als hier gesagt ist. Denn alsdann müssten dem Oberhaupte auch wahre Reichsstände mit grösseren, sich auch auf die äusseren politischen Verhältnisse beziehenden Rechten gegenüberstehen.

Golowkin [1]) an Stein Stuttgart, 20. Dezember 1813/1. Januar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 1. Ausfertigung

Organisation der Landesbewaffnung in Württemberg. Erbittet weitere Unterlagen für die von Stein gewünschten Verhandlungen über den Beitritt Württembergs zum nationalen Creditsystem.

Immédiatement après la réception de la lettre du 25 décembre dont Votre Excellence m'a honoré et des annexes jointes, je les ai communiquées au ministrère de S. M. le Roi de Wurtemberg, les accompagnant de la note dont copie ci-jointe [2]). J'ai profité de cette occasion pour émettre plusieurs considérations relatives aux armements qui doivent se faire dans cet état et que je n'avais pas encore eu le moyen de faire parvenir par d'autres voies. Je ne manquerai pas d'instruire Votre Excellence du résultat de cette démarche.

La répugnance de S. M. pour toute mesure nationale et ses motifs vous sont trop connus, Monsieur le Baron, pour qu'il soit nécessaire de vous prévenir sur le peu d'accueil que les dernières propositions trouveront auprès du Roi. Les 10 Land Bataillons de 10 000 hommes chacun, dont le Roi promet l'organisation définitive pour le 24 janvier au plus tard, remplacent la Landwehr et lui seront même préférables sous le rapport de l'organisation, du choix des officiers et des soldats et de l'armement. Les frais en sont aussi bien plus considérables, mais puisque le Roi ne les regrette pas pour donner une autre dénomination à cette troupe, nous ne pourrons qu'y gagner. J'ai lieu d'espérer que l'abandon de ce corps en entier à la disposition des alliés aura lieu au terme préfixé, mais non sans difficultés pour réchauffer la tiédeur qui engourdit toutes les dispositions relatives à la cause générale. Le Landsturm en éprouvera probablement de plus fortes encore [3]). Il me semble qu'il serait très

[1]) Russischer Gesandter in Stuttgart. [2]) Vom 18./30. Dezember, ebd.

[3]) Die Einführung des Landsturms stiess gerade beim König von Württemberg auf besonders heftigen Widerstand, vgl. dazu Eichhorn, Zentralverwaltung der Verbündeten, S. 61 f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

avantageux d'envoyer ici un officier particulièrement chargé de cette partie et qui par sa présence préviendrait tous les délais qu'on cherchera à rejeter sur la lenteur de la correspondance ou sur l'insuffisance des renseignements. Le pays de Wurtemberg, d'ailleurs, par sa proximité de la France et par les positions militaires qu'il offre, mérite une attention spéciale et l'inspection particulière d'un militaire entendu.
J'avais jusqu'à présent trop d'objets pressants à mettre en avant pour aborder la question du fond national[1]). D'ailleurs, je désirerais connaître préalablement les états qui ont accédé à cette mesure, soit sans restriction, soit avec des modifications, et nommément de quelle nature: l'exemple des autres sera un grand argument pour soutenir ma cause. Je vous prie, Monsieur le Baron, de vouloir bien me communiquer les notions que vous avez à ce sujet et me faire connaître en même temps votre opinion sur le mémoire explicatif ci-joint dont je me propose d'accompagner la demande de l'accession du Roi au système du crédit national. Je vous demande cette opinion dictée par toute la franchise que vos sentiments pour moi me font espérer et qu'il m'est flatteur de mériter.

Tettenborn an Stein — Töningen, 2. Januar 1814

St. A. Gedr. Pertz. Stein. III. S. 704 ff.

77

Verlauf des Feldzugs gegen Dänemark. Die österreichische Friedensvermittlung. Bernadottes Misstrauen dagegen. Spannung zwischen ihm und den österreichischen Unterhändlern. Bernadotte wünsche dringend die Absetzung Napoleons, bestreite aber auf das entschiedenste, selbst Absichten auf den französischen Thron zu haben. Verleihung des Ehrenbürgerrechts von Bremen an Tettenborn.

Hügel an Stein — Frankfurt, 2. Januar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8. Ausfertigung

Wiedereinführung der alten Stadtverfassung in Frankfurt.

Es gereichet mir zur besonderen Zufriedenheit, Eurer Excellenz anzeigen zu können, dass die Wiederherstellung der alten städtischen Verfassung der hiesigen Stadt mit dem letzten Tage des verwichenen Jahres genau nach der Vorschrift vom 12. Dezember vollzogen worden ist. Der alte Senat und die übrigen bürgerlichen Kollegien haben sich an diesem Tage zum erstenmal wiederversammelt und haben sogleich die untern Aemter zu den früher gewohnten Verrichtungen berufen und eingesetzet ....
Illumination der Stadt zur Feier dieses Ereignisses.
.... Der Zeitpunkt tritt nun ein, den Bürgermeister und Rath zu den

[1]) Der auf Grund des in Frankfurt aufgestellten Plans „zu einer unter den deutschen Fürsten zu schliessenden Vereinigung über die Herbeischaffung der Kriegskosten" (gedr. Eichhorn a. a. O. S. 101 ff.) gebildet werden sollte. Ueber die Bedeutung dieses Unternehmens für die Einheitspläne Steins s. dessen Antwort unten S. 534 f.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

übrigen in den Berathungs Punkten [1]) enthaltenen Bearbeitungen aufzufordern und insbesondere eine baldige Ernennung jener Deputation von 21 oder weniger Mitglieder zu veranlassen, welche in drey Monaten den Entwurf der definitiven Konstitution vorlegen soll [2]).

Thielmann an Stein Dresden, 2. Januar 1813

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 10

Formation der sächsischen Linientruppen. Abmarsch von 8000 Mann nach dem Rhein unter dem Commando des Herzogs von Weimar. Weitere 9600 Mann seien marschbereit, aber ohne Waffen, deren Herausgabe Repnin verweigere.

Vermerk Steins: „Des K[aysers] M[jestät] haben die Ablassung der Waffen genehmigt, welches ich dem General Thielmann geantwortet habe, den 7. Jan. 1813."

Bemerkungen Steins zur Verfassungsdenkschrift Humboldts

Freiburg, 3. Januar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. IV. 1 2/3. Konzept. — Ausfertigung Haus-, Hof und Staatsarchiv Wien. — Nach dem Konzept

Kritik und teilweise schärfere Fassung der Humboldt'schen Vorschläge. Notgedrungener Verzicht auf die Wiederherstellung des Kaisertums. Grundzüge der deutschen Bundesverfassung: unzertrennlicher Staatenbund, Bundesheer, Rechte der Stände, einheitliches Postwesen, ständische Rechte der Mediatisierten, Unabhängigkeit der Rechtspflege, Geschworenengerichte. Gemeinsame Bundesangelegenheiten: Festungen, Zölle, Post, Münze, Reichstag.

Die Bildung eines Staatenvereins in Deutschland ist nach der gegenwärtigen Lage der Sache leichter als die Wiederherstellung der ehemaligen Reichsverfassung mit einer vergrösserten Gewalt des Reichsoberhauptes, der Verein befriedigt mehr die Ansprüche der grösseren Deutschen Mächte, von denen nur Hannover geneigt ist, die seinige aufzugeben [3]), er stimmt ferner, wie es scheint, mit denen Ansichten des Wiener Cabinets überein, das abgeneigt sein soll, seinem Souverän zu der Wiederannahme der Deutschen Kayserkrone zu rathen [4]).
Dem Wunsch der Nation ist die Bildung einer sie gegen äussere Gewalt und inneren Druck schützenden kräftigen Verfassung am meisten angemessen; stehen seiner Erfüllung aber grosse Schwierigkeiten entgegen, die theils in dem Individuellen der handelnden Personen, theils in dem Verhältnis der verbündeten Staaten liegen, so muss man sich mit dem leichter Erreichbaren begnügen, und dieses ist eine Bundesverfassung. Sie bleibt der Idee, Deutschland in vier oder fünf grössere, von einander unabhängige Staaten zu zerstückeln, bey weitem vorzuziehen.
Was aber die einzelnen Bestimmungen des Bundes anbetrifft, so bemerke ich folgendes:
ad § 1: Der Zweck des Bundes ist nach § 2 ausgedähnter als der der wechselseitigen Vertheidigung, man würde also sagen müssen:

[1]) S. oben S. 484. Anm. 2.
[2]) S. oben S. 486.
[3]) Davon war in Wirklichkeit keine Rede.
[4]) Vgl. oben S. 430.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Die Deutschen Fürsten vereinigen sich zu einem unzertrennlichen Staatenbund.

ad § 3: Die auswärtige Garantie hat sehr was Bedenkliches, auf jeden Fall würde man nur England oder Russland daran Theil nehmen lassen.

ad § 5: Das Eintreten anderer Stände in die Garantie Rechte hat seine grossen Schwierigkeiten — wer von den übrig bleibenden eignet sich dazu?

ad § 7: Das Verhältniss wäre zwei pro Cent.

ad § 11: Man könnte die Truppenzahl auf 25 000 Mann setzen — warum die Einschränkung auf Deutsche Prinzen?

ad § 12: Wer soll denn diese besondere Aufsicht auf die Militair Anstalten ausführen? Vermuthlich eine der vier dirigirenden Mächte oder eine Central Anstalt.

ad § 18: Diesen Ausdruck der Souveränität als ausländisch oder unpassend muss man vermeiden und setzen: „Alle Hoheit hat, insofern sie nicht durch den Bundes Abschied und die innere Bundes Verfassung beschränkt wird . . .“

ad § 19: Die wesentlichen Rechte der Stände sind: Recht, auf den regelmässig und periodisch zu berufenden Landtägen sich zu versammeln, Theil zu nehmen an der Landes Gesetzgebung, an der Abgaben Verwilligung, Erhebung, Verwendung. — Statt der § 22 vorgeschlagenen Sequestration ist es besser, den alten Deutschen Grundsatz zu bestätigen: Der Fürst unterhält sich und seinen Hof von seinen Domänen, die Landstände bestreiten Verwaltungs und Militärkosten durch Abgaben, die sie verwilligen und erheben — und verwenden.

ad § 20: Da Leyen und Isenburg wegen ihrer Kleinheit und wegen ihres verworfenen Betragens nicht beybehalten werden können, so würde man aus der Zahl der mediatisirten Reichsstände mit gutem Grund wieder zwey austretten lassen, nämlich Taxis und Fürstenberg, bey dem noch besondere Gründe eintreten. — Das Deutsche Postwesen muss wieder eine von den Territorien unabhängige Anstalt werden, nicht ihrer Polyzey, ihrem Finanzgeist untergeordnet bleiben, mögen die Stände gleich ein aversum von dem Oberhaupt des Postwesens erhalten, so muss es doch von ihnen unabhängig und selbständig seyn. Das Hauss Fürstenberg ist ferner eines der ältesten und mächtigsten Deutschen Häusser, es ist gleichzeitig mit Habsburg und Baden und besitzt eine Bevölkerung von 90 000 Seelen.

Denen Mediatisirten selbst und dem Lande, in welchem sie wohnen, ist es wohlthätig, wenn sie in den landständischen Verein treten, hierdurch erhält dieser mehrere Kraft und sie selbst für ihre Rechte mehreren Schutz.

Ihnen können aber mehrere Rechte gegeben werden:

a) gleich denen, welche ihnen Baden und Bayern einräumen.

b) Eine Verminderung der Abgaben auf ein Drittel, da der Uebergang

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

von gänzlicher sonst besessener Steuerfreyheit zu unbedingter Steuerpflichtigkeit aus bekannten Gründen zerstöhrend würkt.

c) Freyheit von der Conscription, [*Freyheit*] der Dienstwahl, privilegirten Gerichtsstand.

Mehrere und glänzendere Rechte als der mediatisirte Graf und kleine Fürst verlohren die Reichsritterschaft, ihre Mitglieder besassen gleiche persöhnliche und Landeshoheits Rechte mit ihm, ausschliessend war ihr Anspruch auf zwey Churfürstenthümer Maynz und Trier, auf die Bisthümer Worms, Speyer, Würzburg, Bamberg, gemeinschaftlich mit dem übrigen Deutschen Adel waren sie berechtigt zu dem Deutschen und Maltheser Orden und zu allen Dohmstiften in Deutschland.

Diese glänzenden und einträglichen Rechte sind verschwunden, und man hat sie auf die härteste Art behandelt. Ihnen müssen daher gleiche Rechte mit den übrigen Mediatisirten eingeräumt werden und den Einzelnen der Recurs an das § 21 bestimmte Tribunal freystehen.

ad § 27: Alle die kleinen Staaten könnten ein gemeinschaftliches Oberappelationsgericht bilden, welches bedeutende Sachen entschiede; zu denen kleineren Staaten würde man alle die, so weniger als 300 000 Seelen besitzen, rechnen. Die Unabhängigkeit der Gerichtshöfe in den Provinzen würde man sichern:

a) durch Oeffentlich[keit] des Verfahrens;

b) die Ernennung der Gerichtsmitglieder halb durch Stände, halb durch die Fürsten;

c) durch Inamovibilität des Richters ausser durch richterliches Erkenntniss;

d) Rechtspflege durch das Institut der Geschworenen würde das Leben und Freyheit des Bürgers sicher stellen gegen Willkühr.

Wird ein Staaten Verein gebildet, so entstehen gemeinschaftliche Angelegenheiten, die betrieben, gemeinschaftliche Güther, die verwaltet werden müssen.

Der Bundes Abschied soll ausgeführt, es muss für seine Aufrechterhaltung gesorgt werden, denen Beschwehrden über seine Beeinträchtigung abgeholfen; es bleiben gewisse Angelegenheiten, die sich gar nicht trennen lassen, Vestungen, Zölle, Posten, Münzen, gewisse allgemeine Maasregeln der Sicherheits Polyzey.

Es wird also unvermeidlich, eine Anstalt zu organisiren, die alle diese Fäden knüpft und die sie bewegt — man bedarf also eines periodisch sich versammlenden Bundestag[s] von Repräsentanten und eines fortdauernden Bundesausschusses oder Comités in der neuen fremden Sprache.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Metternich an Stein Freiburg, 3. Januar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 16. Vol. 1. Abschrift

Bescheid auf Steins Anträge vom 10. Dezember. Die Sperrung der böhmischen Grenze gegen Sachsen könne nicht generell aufgehoben werden, da der eigene Bedarf der österreichischen Armeen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes aufs äusserste anspanne. Die böhmische Landesregierung sei jedoch angewiesen, „sich mit dem Herrn General Gouverneur von Sachsen zu benehmen, den Betrag des von demselben verlangten Naturalien Bedarfs nach den Mitteln Böhmens abzuwägen und insofern es ohne die Sicherheit der inneren Subsistenz zu gefährden möglich ist, der bestehenden Sperre ohnbeschadet freundnachbarliche Hülfe zu leisten.“ [1])

Gruner an Stein Düsseldorf, 23. Dezember 1813/4. Januar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 1. Ausfertigung

Auflösung der für das reduzierte Grossherzogtum Berg viel zu umfangreichen aus der Franzosenzeit stammenden Behörden. Reorganisation der Verwaltung unter möglichster Einsparung an Personalkosten [2]).

Fürst Reuss an Stein Frankfurt, 4. Januar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 6. Ausfertigung

Fortgang der Landesbewaffnung im Grossherzogtum Frankfurt. Erschwerung durch Mangel an Gewehren und an Geld, sowie an geeigneten Offizieren und Unteroffizieren. Aufstellung des frankfurter Landsturms. Erschwerung all dieser Arbeiten durch die allgemeine Unsicherheit über die politische Zukunft der einzelnen Teile des Grossherzogtums. Ankunft der bisher noch unter französischen Fahnen festgehaltenen Kontingente (aus Glogau, Danzig und Spanien). Verwendung der frankfurter Landwehr zur Blockade von Mainz. Verdienste der Grafen Bassenheim, Schönborn und Ingelheim um die Aufstellung der Landwehr.

Hügel an Stein Frankfurt, 4. Januar 1814

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 8. Ausfertigung

Mit Bezug auf Steins Schreiben vom 29. Dezember wegen der Saumseligkeit der frankfurter Regierung bei der Durchführung der Massnahmen zur Mobilisierung aller Kräfte des Landes für den Befreiungskampf erwidert Hügel, dass er bereits von sich aus die Hauptverantwortlichen für diese Saumseligkeit — die alte, französisch gesinnte Zentralbehörde — entlassen (25. Dezember) und früher als ursprünglich beabsichtigt die Regierungsgeschäfte der Gouvernementsbehörde übertragen habe.

Eurer Excellenz geehrtes Schreiben vom 29. des Verwichenen über die Lauigkeit und Langsamkeit der Mitwirkung der Stadt Frankfurt zu den Absichten der hohen verbündeten Mächte und über die muthmaassliche Ursache dieser Veränderung der Gesinnungen Frankfurts, welches sonst so viele Beweise vaterländischer Gesinnungen gegeben habe, ist mir diesen Mittag zugekommen.

---

[1]) In Wirklichkeit ist trotz dieser (später wiederholten) Bitte Steins an Metternich aus Oesterreich kein Getreide zur Erleichterung der Not in Sachsen hergegeben worden. S. Plathner, a. a. O. S. 37.

[2]) Vgl. dazu auch den Bericht Gruners an das Central-Departement vom 28. Januar 1814, nebst Steins Antwort vom 15. Februar 1814 (Konzept Friese).

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Ich freue mich, dass ich — geleitet von gleicher Absicht, dem mir jetzt geäusserten Wunsche Eurer Excellenz bereits zuvorgekommen bin und schon acht Tage vorher dasjenige in Vollzug gesetzt habe, was durch den vertraulichen Erlass Eurer Excellenz beabsichtigt worden ist.
In meinen flüchtigen Bemerkungen über die beiden Weisungen an den General Gouverneur vom 12. December wegen der Stadt und wegen des Gouvernements Raths hatte ich mir bekanntlich vorbehalten, erst die Ankunft des neuen Herrn General Gouverneurs abzuwarten und bis dahin den Vollzug der zweiten Weisung zu verschieben [1]). Allein in gleicher — bald geschöpfter Ueberzeugung von der Schädlichkeit des Einflusses der alten Verwaltung auf die öffentliche Stimmung und auf den Gang der Regierungs Geschäfte habe ich selbst diesen Zeitpunkt nicht abgewartet und ohne weiteres die nöthig erachtete Entlassung der vier grossherzoglichen Minister und der sieben Staatsräthe schon am 25. December in Ausführung gebracht.
Organisatorische Schwierigkeiten bei dieser Umstellung. Infolge der Unfähigkeit und des mangelnden guten Willens des Generals Zweyer werde sich der Generalgouverneur der Hilfe des Generalmajors von Radenhausen bei der Organisation der Landesbewaffnung bedienen.

Stein an Frau vom Stein Freiburg, 4. Januar 1814
St. A.

Bevorstehende Abreise nach Basel

. . . Notre départ, peut-être, pour Bâle n'est plus bien éloigné [2]), Henriette verra que, si même elle m'aurait joint à Francfort, que nous aurions bientôt dû nous séparer — comme je continue toujours à mener une vie nomade — mais Henriette doit regretter [*de*] ne point voir le superbe pays que j'habite et la belle cathédrale de cette ville, monument superbe des Kunst Geistes und der Frömmigkeit der Vorfahren. . . .

Gruner an Stein Düsseldorf, 24. Dezember 1813/5. Januar 1814
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. II. 6. Ausfertigung

Schwierigkeiten bei der Aufstellung eines vollständigen Finanzetats für das Generalgouvernement Berg wegen Mangels der nötigen Unterlagen. Reorganisation der Landesbehörden durch das Edikt vom 12. Dezember 1813. Vorbereitungen zur Einführung des Gouvernementsrats.

Gruner an Stein Düsseldorf, 25. Dezember 1813/6. Januar 1814
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 4

Verteidigt sich gegen die in Steins Schreiben vom 28. Dezember 1813 erhobenen Vorwürfe. Gründe für die Beibehaltung der Conscription, deren gute Grundgedanken er beibehalten, deren Mängel er aber beseitigt habe. Guter Geist der bergischen Bevölkerung.

[1]) S. oben S. 491 Anm. 2.
[2]) Die Abreise nach Basel erfolgte am 9. Januar, s. unten S. 543.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Stein an Repnin [Freiburg, 6. Januar 1814]

Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VIII. Spec. 27. Vol. 2. Konzept

(Antwort auf Repnins Beschwerde vom 22. Dezember über die unerträgliche Belastung Sachsens. Verweis auf die inzwischen eingetretene Erleichterung des Landes durch den bereits erfolgten oder nahe bevorstehenden Abzug verschiedener Belagerungscorps, so dass nur noch das Corps Tauentziens vor Wittenberg bleibe. Detaillierte Berechnung der Bedürfnisse dieses Corps, deren Aufbringung ohne allzugrosse Härten möglich sein müsse.) Aufzählung der finanziellen Hilfsmittel des Landes. Steins Bestrebungen, dem Getreidemangel in Sachsen abzuhelfen.

. . . Die zu E. Excellenz Gebot stehende ausserordentliche Mittel scheinen mir folgende zu seyn:

a) Die ausgeschriebene ausserordentliche Kriegssteuer [1]). Was darauf eingegangen, wozu es verwendet, ist mir vollkommen unbekannt, und wünschte ich, eine Uebersicht davon zu erhalten.

b) Verpfändung landschaftlicher Obligationen an Capitalisten oder

c) Ausschreibung eines gezwungenen Anleyhens gegen Aushändigung dergleichen Obligationen an die Creditoren.

d) Ausdähnung der Fregischen Anleyhe in Holland [2]), da die Verbindung mit Holland wieder hergestellt ist.

e) Die im königlichen Schloss vorhandene Vaisselle und goldene und silberne Geräthe — überall haben die Regenten ihre eigene eingeschmolzen — man könnte dagegen ständische Obligationen deponiren.

Die neu creirten Obligationen der Deutschen Stände [3]) sind eigentlich dazu bestimmt, sie selbst in Ansehung der von ihnen geschehenen Lieferung untereinander auszugleichen, denjenigen, so an dem sie ausstellenden Verein nicht Theil genommen, steht auch kein Anspruch zu, dergleichen zu erhalten [4]). Es ist jedoch wohl möglich, da nunmehr Holland und das linke Rhein Ufer das Kriegs Theater ist, dass der bedeutendste Theil der Kriegs Kosten auf diese Länder falle und eine grosse Erspahrung bey der Verwendung der Obligationen erfolge, womit andern alsdann wird geholfen werden können, und sobald sich dieses einigermassen übersehen lässt, so werde ich versuchen, es zu bewürken, dass ein Theil zu der Erleichterung von Sachsen werde angewandt werden.

Ich bemerke auch, dass Sachsen durch das Lazareth Regulatif [5]) ein

[1]) S. oben S. 457, Anm. 9.

[2]) Das Leipziger Handelshaus Frege hat für das sächsische Königshaus eine Anleihe von 1 400 000 Gulden in Holland abgeschlossen, auf die im Oktober und November 300 000 Taler in Leipzig eingingen. Stein liess davon 200 000 Thaler für die Kasse der Zentralverwaltung einziehen. S. Plathner, a. a. O. S. 9. Anm. 3. Die Akten darüber in Rep. 114. VIII. Spec. 27. Vol. 1.

[3]) S. oben S. 527, Anm. 1.

[4]) Repnin hatte, da alle Versuche, bares Geld zur Abhilfe der dringendsten Notlage in Sachsen von Stein zu erhalten, fehlgeschlagen waren, um die Ueberlassung solcher Obligationen gebeten.

Vgl. dazu Eichhorn, a. a. O. S. 118ff.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

Recht erhält, den Ersatz der halben Kosten von den verbündeten Mächten zu fodern.
Um dem Mangel an Getreide in Sachsen abzuhelfen, sind verschiedene Anträge wegen seiner Herbeyschaffung aus Schlesien, Böhmen, Pohlen und Russland geschehen [1]). Eine Sperre existirt nicht in Schlesien, es erfolgt nach der urschriftlichen Anlage nur eine eingeschränkte Erlaubniss zur Ausfuhr, die aber doch, mit Umsicht benutzt, eine bedeutende Hülfe wird verschaffen können.
Die Anträge wegen einer Anfuhr aus Russland und Pohlen erneuere ich bey S. M. dem Kayser Alexander [2]), die erstere wird durch die Eroberung von Stettin und die Benutzung der Oder und Finow Canal Schiffarth sehr erleichtert.

Golowkin an Stein Stuttgart, 25. Dezember 1813/6. Januar 1814
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 1. Ausfertigung

Fortgang der Unterhandlungen mit der württembergischen Regierung über die Fragen der Landesbewaffnung und der Lazarette. Uebersendet das württembergische Landsturmreglement.

Stein an Golowkin Freiburg, 6. Januar 1814
Geh. Staatsarchiv Berlin. Rep. 114. VII. 1. Konzept

Billigt eine (nicht vorliegende) Denkschrift Golowkins über das nationale Creditsystem in Deutschland. Dessen Bedeutung im Rahmen der nationalen Einigungsbestrebungen.

La note dont V. E. a bien voulu me communiquer le projet [3]) contient un développement lumineux et exact des bases et des avantages du système de crédit des états allemands, il indique en même temps une idée fondamentale de l'application de laquelle nous devons seule nous attendre un ordre stable et fort de choses en Allemagne, c'est à dire la nécessité de former des institutions qui rassemblent dans un faisceau bien fortement réuni les forces des états isolés. — Le morcellement de l'Allemagne en 30 petites souverainetés isolées conservera l'influence prépondérante de la France et détruira la moralité de la nation, qui a perdu toute garantie de la liberté et de sa propriété et perdra successivement entièrement celui de sa dignité que possède l'homme dont l'existence est garantie par les lois. — Il est donc de toute nécessité que des institutions soient formées a) entre les états qui les réunissent en fédérations et b) dans les états qui circonscrivent la souveraineté.
Les idées libérales que V. E. a sur l'organisation sociale et sur les principes qui règlent les rapports des différents états entre eux, me sont

[1]) Vgl. Steins Schriftwechsel mit Metternich oben S. 531.
[2]) Entsprechendes Schreiben Steins an den Zaren vom selben Tag (Konzept) ebd.
[3]) Fehlt.

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org

garants de son assentiment à ceux que je viens d'énoncer. Si elle réussit à faire adopter par le Roi de Wurtemberg le plan de crédit, elle sera parvenue à établir une pierre d'attente à laquelle on pourra peu à peu lier l'édifice social et fédératif qu'on se propose d'élever, et l'Allemagne devra considérer Votre Excellence comme un des hommes d'État qui auront les droits les plus marqués à sa reconnaissance, puisqu'elle aura écarté une des plus grandes difficultés. . . . .

Dès ce que la réponse du roi à la note que vous avez reçue au sujet du Landsturm me sera parvenue, j'aurai l'honneur de vous envoyer le Lt. Colonel Ruhle pour se concerter avec les personnes déléguées par le roi sur l'exécution de ce genre d'armement . . . .

Stein an Solms Laubach Freiburg, 7. Januar 1814

Archiv der Grafen zu Solms in Laubach. Vollständig gedruckt im „Türmer"

Dank für die Uebernahme der ihm angetragenen Stellung in der Zentralverwaltung. Seine nächsten Aufgaben (Organisation des Kreditwesens und der Lazarettverwaltung). Bevorstehende Abreise Steins nach Basel.

. . . . Mit der Beharrlichkeit und Geschäftskunde, die Ew. Hochgebohren eigen ist, werden Sie auch diese Sache beendigen, und es hängt alles von dem Fortgang der kriegerischen Unternehmungen ab, denn so wie die Hoffnung oder Furcht für den Zurückkehr des grossen Gespensts immer mehr verschwindet oder wächst, so werden die Fürsten geschmeidiger oder fester werden. . . . . Morgen gehe ich nach Basel ab. . . . .

Quelle: Freiherr vom Stein, Bd. 4, Berlin 1933 / Internet-Portal "Westfälische Geschichte"
URL: http://www.westfaelische-geschichte.lwl.org